

Soziologie

**Veränderungen der theoretischen und politischen Konzeption
in Franz L. Neumanns Gesamtwerk**

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades
der
Philosophischen Fakultät
der
Westfälischen Wilhelms-Universität
zu
Münster (Westf.)

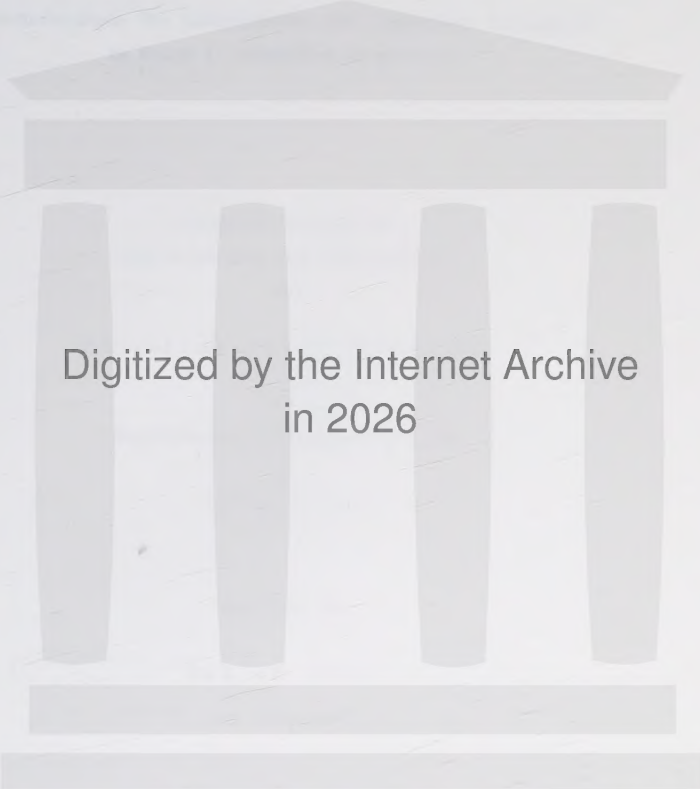
vorgelegt von

Stefan Rose

aus Düsseldorf

1988





Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41554807_0015

Soziologie

Veränderungen der theoretischen und politischen Konzeption
in Franz L. Neumanns Gesamtwerk

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades
der

Philosophischen Fakultät

der
Westfälischen Wilhelms-Universität
zu
Münster (Westf.)

vorgelegt von

Stefan Rose

aus Düsseldorf

Tag der mündlichen Prüfung: 20.1.1988

Dekan: Prof. Dr. Kauffmann

Referent: Prof. Dr. Krysmanski

Korreferent: Prof. Dr. Thamer

Inhalt

Einleitung	S. 1
1. Neumanns biographischer und wissenschaftlicher Bezugs- rahmen	S. 9
2. Neumanns geistige Väter	S. 18
2.1. Die Austromarxisten Otto Bauer und Karl Renner	S. 18
2.1.1. Otto Bauer	S. 20
2.1.2. Karl Renner	S. 22
2.2. Der Arbeitsrechtler Hugo Sinzheimer	S. 25
3. Weimarer Republik	S. 31
3.1. Demokratischer und sozialer Rechtsstaat	S. 31
3.2. 'Kollektive Demokratie' (1925 - 1929)	S. 33
3.2.1. 'Der Kampf um den Zwangstarif' (1925)	S. 35
3.2.2. 'Richterliches Ermessen und Methodenstreit im Arbeitsrecht' (1929)	S. 37
3.2.3. 'Gegen ein Gesetz zur Nachprüfung der Verfassungs- mäßigkeit von Reichsgesetzen' (1929)	S. 44
3.2.4. 'Die politische und soziale Bedeutung der arbeitsge- richtlichen Rechtsprechung' (1929)	S. 47
3.3. 'Sozialer Rechtsstaat' (1930 - 1933)	S. 53
3.3.1. Die Rechtfertigung der verfassungsmäßigen Neu- interpretation	S. 57
3.3.2. 'Koalitionsfreiheit und Reichsverfassung' (1932)	S. 60
3.4. Neumanns reformistische Strategie	S. 68
4. Nationalsozialismus	S. 75
4.1. Die Lektionen des Faschismus	S. 76
4.1.1. Erste Analysen des Nationalsozialismus	S. 76
4.1.2. Überprüfung der Politik und Gesellschaft von Weimar	S. 82
4.1.3. Neue Theorien über Recht und Politik	S. 86
4.1.4. Rechtliche und politische Analyse des National- sozialismus	S. 89
4.1.5. Lehren aus Weimar	S. 92

4.2. 'Behemoth'	S. 97
4.2.1. Entstehungszusammenhang des 'Behemoth'	S. 97
4.2.1.1. Zur Arbeit am 'Behemoth'	S. 97
4.2.1.2. Zielsetzung und Adressatenkreis	S. 100
4.2.2. Zur Theorie des 'Behemoth'	S. 102
4.2.2.1. Theorie der Strukturanalyse Neumanns	S. 102
4.2.2.1.1. Der Zusammenbruch der Weimarer Republik	S. 103
4.2.2.1.2. Das politologische Element	S. 104
4.2.2.1.3. Das soziologische Element	S. 107
4.2.2.1.4. Das ökonomische Element	S. 108
4.2.2.2. Vergleich der Faschismustheorien Neumanns und Pollocks	S. 109
4.2.2.2.1. Pollocks 'Staatskapitalismus'-Theorie	S. 109
4.2.2.2.2. Neumanns Theorie des 'totalitären Monopolkapitalismus'	S. 111
4.2.2.3. Vergleich der Faschismustheorien Neumanns und Fraenkels	S. 113
4.2.2.3.1. Fraenkels 'Doppelstaat'-Theorie	S. 113
4.2.2.3.2. Neumanns 'Behemoth' bzw. 'Unstaat'	S. 116
4.3. Hinwendung zu einer marxistischen Position	S. 118
 5. Praktische Politikberatung im Exil (USA)	 S. 127
5.1. Die 'Archäologie' der Deutschland-Analysen	S. 127
5.2. Die Identität von Interessen	S. 130
5.3. Die Nicht-Identität von Interessen	S. 137
 6. Nachkriegsdeutschland	 S. 142
6.1. Interesse am Nachkriegsdeutschland	S. 142
6.2. Der Zwang zur Neuorientierung	S. 144
6.3. Deutsche Demokratie im 'Kalten Krieg' (1947 - 1950)	S. 150
6.4. Grundzüge seines Spätwerks (1950 - 1954)	S. 157
6.4.1. Politik als Kritik	S. 157
6.4.2. Kritisch gewendeter Freiheitsbegriff	S. 160
6.4.3. Die späte Integration der Psychoanalyse	S. 165
6.4.4. Demokratie und politische Macht	S. 167
6.4.5. Zum Verhältnis von Politik und Ökonomie in Neumanns Spätwerk	S. 173

6.5. Annäherung an Essentials der 'Kritischen Theorie'	S. 176
6.6. Neumanns Spätwerk als Ansatz für eine Theorie der Politik	S. 179
6.6.1. Zu den formalen Anforderungen	S. 180
6.6.1.1. Zur Objektbereichsbestimmung	S. 180
6.6.1.2. Zur Methode in der Politikwissenschaft	S. 185
6.6.2. Zur inhaltlichen Angemessenheit	S. 189
6.6.3. Resümee	S. 194
7. Wirkungsgeschichte	S. 195
7.1. Rezeptionsgeschichte des 'Behemoth'	S. 195
7.1.1. Chronologischer Überblick	S. 195
7.1.2. Rezensionen	S. 198
7.1.3. Theoretische Auseinandersetzungen	S. 204
7.1.4. Verweise	S. 208
7.1.5. 'Nichterwähnungen'	S. 215
7.2. Bedeutung und Einfluß Neumanns	S. 217
8. Schluß	S. 223
Literaturverzeichnis	S. 230
1. Schriften Franz L. Neumanns	S. 230
2. Schriften anderer Autoren	S. 232

Einleitung

In den letzten Jahren ist das Interesse an der Theorie und Geschichte des Instituts für Sozialforschung wieder erwacht. War zur Zeit der Studentenbewegung vor allem eine Auseinandersetzung mit den Werken der Mitglieder des 'inneren Kreises' gegeben, so rücken nun auch diejenigen in den Mittelpunkt des Interesses, die damals keine Beachtung fanden. Einer dieser noch wenig berücksichtigten Mitarbeiter des Instituts für Sozialforschung in den 30er Jahren ist Franz L. Neumann.

Sein theoretisches Werk ist in der Bundesrepublik über einen langen Zeitraum relativ unbeachtet geblieben und bisher so gut wie nicht rezipiert worden, obwohl er eine der wichtigsten Untersuchungen über das nationalsozialistische Deutschland geschrieben hat, den "Behemoth"¹. Wenn Bücher ihre Schicksale haben, so auch das Los, zum Klassiker erhoben und beiseite gelegt, gelobt und vergessen, mitunter zitiert, aber nicht gelesen zu werden. Es ist nicht nur so, daß Neumanns Werk erst nach Jahrzehnten in Deutschland veröffentlicht worden ist, sondern es ist auch, wie noch zu zeigen sein wird, nie wirklich zur Kenntnis genommen, angemessen rezipiert und kritisiert worden. Das lag sicherlich nicht an der fremden Sprache allein und auch nicht daran, daß das Buch etwa veraltet war, weil es schon vor einem Menschenalter geschrieben worden war und in der Zwischenzeit ein unerhörter wissenschaftlicher Fortschritt sich Bahn gebrochen hatte. Sein Los gibt vielmehr der Tatsache Ausdruck, daß das historische und politische Denken der deutschen Emigration, soweit sie zur Linken gehörte und nicht resigniert hatte, von wenigen Ausnahmen abgesehen, bis Ende der 60er Jahre gewissermaßen weiterhin exiliert blieb - zumal dann, wenn das Selbstverständnis der

1) NEUMANN, Franz Leopold: Behemoth: The Structure and Practice of National Socialism. New York 1942. Deutsche Übersetzung: Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933 - 1944 (Aus dem Amerikanischen von Hedda Wagner und Gert Schäfer. Herausgegeben und mit einem Nachwort 'Franz Neumanns Behemoth und die heutige Faschismusk Diskussion' von Gert Schäfer). Köln 1976.

maßgeblichen Teile der nachfaschistischen westdeutschen Gesellschaft in Frage gestellt wurde, wie das durch Neumann geschah.

Die relativ späte und auch geringe Beachtung Neumanns ist mit objektiven Rezeptionsschranken ebenso wie mit subjektiven, Werk und Autor auszeichnenden Eigenschaften zu erklären. Neumann paßte nicht in die politische Landschaft Nachkriegsdeutschlands. Sein Verständnis der deutschen Geschichte und seine Auffassung von Form und Funktion der Sozialwissenschaft standen quer zum Geschichtsbild des Adenauer-Staates und zum demokratischen Moralismus der westdeutschen Politikwissenschaft; aber auch in der marxistischen Legitimationswissenschaft Ostdeutschlands konnte er mit seiner differenzierten Wissenschaftskonzeption und seiner Gegnerschaft gegen die östliche Demokratieauffassung nicht Fuß fassen. Es ist somit kein Zufall, wenn Neumann erst in allerjüngster Zeit die wissenschaftliche Publizität zuteil wird, die seinem praktischen und theoretischen Werk gebührt. Es spiegelt sich darin ein Versäumnis, das das Verhältnis der Deutschen zu ihrer Geschichte ein weiteres Mal als einen Verdrängungsprozeß erkennen läßt. Diesem Umstand scheint auch der Wissenschaftsbetrieb willfährig Rechnung zu tragen. Daß ausgerechnet derjenige, der in der Emigration die wichtigste Analyse des nationalsozialistischen Systems geschrieben hat, in der Bundesrepublik Deutschland als Theoretiker nahezu unbekannt und in der Wissenschaft kaum rezipiert ist, muß als großes Versäumnis dieser Republik und als symptomatisch für deren Geist gelten. Auch darum scheint es dringend geboten, gegen die herrschende Richtung in der gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Wirklichkeit der Bundesrepublik Deutschland die Beschäftigung mit dem Denken Neumanns zu setzen. Wir brauchen die politische Theorie von der geistigen Statur eines solchen Mannes, denn er zeigt, wie eine aussehen muß, die das Prädikat 'kritisch' verdient.

Eine in die Breite gehende Rezeption und Diskussion der Schriften Neumanns setzte erst in den letzten fünfzehn Jahren ein. Die erste Etappe dieser Rezeption galt vor allem der Rechtstheorie Neumanns, eine zweite begann mit dem Erscheinen einer deutschen Ausgabe seines Hauptwerks, des 'Behemoth'; in neuester Zeit gilt das Hauptinteresse der Rezeption des Spätwerkes Neumanns. Es spricht einiges

dafür, daß heute die Chancen besser geworden sind, Franz Neumann und sein Werk adäquat aufzunehmen:

- Neumann ist aktuell, weil sein Denken nichts gemein hat mit sozialistischen oder kommunistischen 'Kirchenvätern, Chefideologen oder -strategen' und deshalb in der Lage ist, politische Theorie als Kritik zu entwickeln.
- Neumanns politische Theorie ist heute gefragt als genaue Analyse von Ökonomie, Politik und den entsprechenden rechtlichen und philosophischen Kategorien.
- Neumanns Werk ist beispielhaft auch durch die Nüchternheit, Genauigkeit und Beharrlichkeit in einer Zeit, in der viele resignieren und das 'Prinzip Hoffnung' angesichts der scheinbaren Übermacht repressiver gesellschaftlicher und politischer Gruppen und Kräfte aufgeben.

Ziel dieser Arbeit ist, das oben dargestellte Versäumnis durch den Versuch auszugleichen, Veränderungen der politischen und theoretischen Konzeption in Neumanns Gesamtwerk aufzuzeigen - im Rahmen einer Geschichte, Politik und intellektuellen Anstrengung umschließenden Darstellung. Hierzu will ich das Gesamtwerk hauptsächlich unter zwei leitenden Aspekten untersuchen. Zunächst fällt Neumanns durchgängiges Interesse an der Arbeiterbewegung ins Auge; sie war der Bezugspunkt seines Denkens und Handelns. An seiner Lebensgeschichte sind Züge zu bemerken, die auf Identifikation mit und auch Distanzierung von der Arbeiterbewegung bzw. auf Desillusionierung schließen lassen. Mein Arbeitstitel 'Franz L. Neumann - Ein Intellektueller an der Seite der Arbeiterbewegung' grenzt sich bewußt ab von dem Ausdruck 'in der Arbeiterbewegung'. Franz Neumann war durch seine Herkunft, seine Bildung und seine Interessen nicht der Typus, der qua Sozialisation, qua Berufsrolle sich der Bewegung anschloß und in ihr aufging; und er war auch nicht im anderen Extrem der Typus des Intellektuellen, der allein für sich selbst denkt, lebt, Gedankenfolgen erstellt, die gesellschaftliche Realität beobachtet, daraus Konstruktionen von Wirklichkeit macht und zunächst nicht nach dem Wozu fragt. Er hat unter der Prämisse gedacht und gehandelt, daß sich sein Wissen und seine Ergebnisse im Interesse der Arbeiterbewegung anwenden lassen. Neumann hatte sehr lange die tiefe Überzeugung, daß die Arbeiterbewegung den

Fortschritt zur Freiheit, das allgemeine Interesse verkörpere und garantiere. Es war ein Glaube, den weder die Katastrophe des Ersten Weltkriegs, noch die Zwischenkriegszeit, ja noch nicht einmal der Faschismus zerbrechen konnten; der große Einschnitt trat erst in der Nachkriegsperiode in Europa und in den USA ein. An seiner Lebensgeschichte kann man die Tragik der reformistischen Arbeiterbewegung exemplarisch verfolgen. Seine sukzessiv depressiv werdende Lebensstimmung reflektiert Wandlungen der deutschen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung von der Weimarer Republik über den Faschismus zur Bundesrepublik Deutschland.

Der zweite Aspekt ist die gerade an seiner Person besonders gut zu konstatierende enge Verflochtenheit von Werk und Biographie mit der deutschen Geschichte. Durch diesen Blickwinkel wird vermieden, den Theorieentwurf Neumanns radikal von seinem Leben abzutrennen und die gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen seine Werke entstanden sind, auszublenden. Neumanns theoretische, politische und persönliche Verarbeitung einer gewerkschaftlichen Konzeption gesellschaftlicher Veränderung und der Emanzipation der abhängig Beschäftigten muß daher im Zusammenhang bzw. im Verlauf von vier divergierenden politischen Systemen gesehen werden: der Weimarer Republik, des Nationalsozialismus, der Demokratien England und USA (Exile) und der jungen Bundesrepublik Deutschland.

Die Methode, mit der ich Neumanns Schriften untersuchen will, ist daher die einer historisch-kritischen Interpretation, in der das intellektuelle Werk zugleich als Ausdruck der Biographie und als Resultat der objektiven und politischen Geschichte erscheint. Identität und Wandel seiner Arbeiten werden vielleicht verständlich, wenn sie aus der Dialektik von Theorie und Praxis, von intellektueller Abstraktion und politischer Intention begriffen werden.

In einem ersten Arbeitsschritt will ich mittels einer Kurzvita Neumanns dessen wissenschaftlichen und biographischen Bezugsrahmen aufzeigen. Als weitere Voraussetzung einer Einordnung und Kennzeichnung der Person und der Theorie Neumanns ist eine Darstellung derjenigen seiner Lehrer vonnöten, die ihn maßgeblich beeinflußt haben. Zu diesem Zweck charakterisiere ich kurz das Werk und die

Arbeit der beiden Austromarxisten Karl Renner und Otto Bauer und des Schöpfers des deutschen Arbeitsrechts, Hugo Sinzheimer. Die politischen Ideen dieser geistigen Väter Neumanns sind für dessen eigene spätere politische Einsichten von zentraler Bedeutung.

Neumanns Schaffen unterteile ich gemäß der Einbindung in die oben genannten politischen Systeme in vier Schaffensperioden. Die erste Phase von Neumanns wissenschaftlicher und politischer Arbeit bildet die Zeit von 1918, wo er sein Studium der Rechtswissenschaft aufnimmt, bis zu seiner Emigration im Jahre 1933, also die Zeit der Weimarer Republik. Anhand seiner wissenschaftlichen Publikationen und seiner politischen bzw. beruflichen Tätigkeiten will ich nachweisen, daß er sich in den Auseinandersetzungen der frühen Weimarer Republik alsbald auf die reformistische Seite schlug. Geprägt durch die sozialdemokratische Arbeiterbewegung verfolgte Neumann als engagierter Jurist die Deformierungen der demokratischen Republik mit höchstem Interesse und versuchte gleichzeitig, rechtliche und politische Gegenpositionen zu entwickeln und umzusetzen. Seine Schriften baut Neumann auf den beiden Grundprinzipien der Weimarer Verfassung - Demokratiepostulat und Sozialstaatspostulat - sowie der Erkenntnis von ihrer notwendigen Einheit auf. Die Beschäftigung mit theoretischen Frage- und Problemstellungen war für Neumann gerade nicht durch eine relative oder gar absolute Eigenständigkeit des Forschungsgegenstandes von seinen gesellschaftlichen Voraussetzungen bestimmt, sondern integraler Bestandteil seines an der 'Emanzipation der Arbeiterklasse' orientierten politischen Selbstverständnisses. Wissenschaftlich bleiben Neumanns vielfältige Arbeiten in dieser Phase auf die strenge Entfaltung juristischer Argumentationen für gewerkschaftliche Ziele begrenzt; Gesellschaftstheorie, gar Psychoanalyse - später wesentliche Interessenschwerpunkte seiner Forschungen - fehlen zu dieser Zeit noch. Die Annahmen, die es für diese erste Schaffensperiode Neumanns zu beweisen gilt, sind somit folgende: Es gibt zwar einen Einklang zwischen theoretischer und politischer Tätigkeit, doch war Neumann bis 1933 so stark politisch in die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung eingebunden, daß er seine theoretische der politischen Betätigung unterordnete; Neumanns 'Weimarer Zeit' ist primär durch ein unmittelbares, dezidiertes Interesse an der und ständiges Eingreifen

in die aktuelle Tagespolitik mit dem Schwerpunkt des Kollektiven Arbeitsrechts gekennzeichnet. Die These bezieht sich auf Neumann als typischen Vertreter der reformistischen Seite und eines typischen Intellektuellen der Weimarer Zeit bzw. der Gewerkschaftsbewegung. Neumann war überzeugt, daß ein gesellschaftlicher Veränderungsprozeß ohne eine grundlegende Umwälzung der Produktionsverhältnisse möglich wäre; sein politischer Beginn ist von dem unbeirrbaren Glauben an die kontinuierliche Veränderbarkeit des kapitalistischen Systems, die tagtägliche Revolte derer, die unter diesen Verhältnissen leiden, und die wegweisende Rolle des Juristen in diesem gesellschaftlichen Transformationsprozeß geprägt.

Für die zweite Schaffensperiode Neumanns möchte ich folgende Annahme beweisen: 1933 ist das Jahr, in dem Neumann seine politische Konzeption veränderte und von der Vorstellung abrückte, die Weimarer Republik wäre in eine sozialistische Gesellschaft zu transformieren. Erst durch den äußeren Zwang, sein Heimatland verlassen zu müssen, hat Neumann im Exil seine theoretische Position des Reformismus aufgegeben und einen marxistischen Standpunkt eingenommen. Weiterhin ist zu beobachten, daß er von der Rechts- zur Sozial- und Politikwissenschaft wechselt; es läßt sich eine Verschiebung der früher mehr rechtswissenschaftlichen Sichtweise zu einer politikwissenschaftlichen Perspektive nachzeichnen. Ein Anhaltspunkt hierfür ist der Umstand, daß er zunächst mehrere kleinere Schriften über die Ursachen des Versagens der Arbeiterbewegung vor dem Nationalsozialismus publiziert und die von ihm selbst in der Weimarer Republik eingenommene politische Position kritisiert. Weiterhin führt dieser sozusagen durch die historische Entwicklung aufgezwungene Wandel dazu, daß Neumann sich nunmehr ausführlich mit dem Aufstieg und Niedergang von Demokratie und Arbeiterbewegung, der Etablierung des Nationalsozialismus und dessen 'innerer', widersprüchlicher Entwicklung und Handlungslogik auseinandersetzt; den forschungswissenschaftlichen Höhepunkt dieser Entwicklung stellt ohne Zweifel sein 'Behemoth' dar.

Neumanns dritte Schaffensperiode beginnt 1942 mit seinem Eintritt in den Dienst der US-amerikanischen Regierung und endet mit seinem Ausscheiden im Jahre 1947. Da Neumann die Erfolgsaussichten

der Widerstandsbewegung in Deutschland pessimistisch einschätzt, erscheint es ihm folgerichtig, nicht zuletzt auch als Konsequenz aus seinem zuvor verfaßten 'Behemoth', im Bündnis mit der Macht zu arbeiten, von der er annimmt, daß sie das nationalsozialistische Deutschland besiegen wird. In diesem Teil der Arbeit gilt es zu klären, warum Neumann 1947 seine Regierungstätigkeit als gescheitert ansieht. Hierzu werde ich überprüfen, ob die politischen Ziele der US-Regierung und Neumanns deckungsgleich waren oder ob dies vielleicht nur zu Beginn der Zusammenarbeit der Fall war und nach der Niederlage Deutschlands nicht mehr. Wichtig ist es in diesem Zusammenhang, den Grad des Einflusses, den Neumann hatte, zu bestimmen und eine Verbindung zu seiner Enttäuschung 1947 herzustellen. Diese Fragen können dazu beitragen herauszufinden, was mit Neumanns politischen Vorstellungen während dieser Zeit geschieht. Kann er sie durchsetzen, behält er sie bei oder modifiziert er sie? Eine Schwierigkeit in dieser Phase ergibt sich bei der Analyse der Schriften aus dieser Zeit. Mit Neumann sind nämlich noch andere ehemalige Mitglieder des Instituts für Sozialforschung in Regierungsdienste übergewechselt, die dann in kollektiver Arbeitsweise Untersuchungen erstellen. Es gilt mittels einer geeigneten Methode, den Anteil Neumanns an der Verfassung dieser Analysen herauszufinden.

Neumanns letzte Schaffensperiode von 1947 bis 1954 setzt mit einer erneuten Desillusionierung über die westdeutsche Arbeiterbewegung ein, welche er mit den, wie er meint, erfolglosen Konzepten der Weimarer Zeit - Wirtschaftsdemokratie und Mitbestimmung - operieren sieht. Inwieweit diese, nach dem Untergang der Weimarer Republik zweite herbe Enttäuschung über die Arbeiterbewegung zum Ausgangspunkt seiner theoretischen Arbeiten in den folgenden Jahren wird, ist in diesem Teil der Untersuchung mein leitendes Interesse. Weiterhin soll untersucht werden, ob seine Analysen, die nun durch eine umfangreiche und sorgfältige Aufarbeitung der klassischen Philosophie und politischen Theorie ausgewiesen sind, als kritischer Kommentar zur Vor- und Frühgeschichte der Bundesrepublik Deutschland zu deuten sind. Ferner will ich den Gründen nachgehen, warum Neumann sich erst jetzt und nicht schon früher Erklärungsmustern der Psychologie und Sozialpsychologie zuwendet. Am interessantesten

erscheint mir jedoch die Frage, ob Neumann in dieser Spätphase der marxistisch orientierte Wissenschaftler bleibt oder sich möglicherweise wieder zu einem liberalen Theoretiker wandelt. Gibt es also zwischen seinen politischen Konzeptionen aus der Weimarer Zeit und denen aus der Entstehungszeit der Bundesrepublik Deutschland nennenswerte Unterschiede und wenn ja, welche? Darüber hinausgehend sollen die Grundzüge seines Spätwerkes unter dem Gesichtspunkt überprüft werden, inwiefern diese sich für einen Ansatz einer Theorie der Politik anbieten.

Der letzte Teil der Arbeit befaßt sich mit der Wirkungsgeschichte. Mittels eines chronologischen Überblicks über die Auseinandersetzung mit Neumanns 'Behemoth' und einer anschließenden Systematisierung der Bezugnahmen (in Rezensionen, theoretischen Auseinandersetzungen, Verweisen und sog. 'Nichterwähnungen') will ich die eingangs behauptete unzureichende Rezeption zunächst für Neumanns Hauptwerk nachweisen. Hiernach soll das Ausmaß und der Einfluß der Theorie Neumanns in Deutschland und den USA bestimmt werden. Abgeschlossen wird dieses Kapitel mit der Benennung der vielfältigen Gründe und Ursachen für die mangelnde Rezeption der Schriften Neumanns und für die unzureichende Beachtung seiner Person.

1. Neumanns biographischer und wissenschaftlicher Bezugsrahmen

Franz Neumann wurde am 23. Mai 1900 als Sohn einer deutsch-jüdischen Familie in dem damals zu Deutschland gehörenden Kattowitz in Oberschlesien geboren.¹ Er verbrachte dort seine Kindheit und Schuljahre; die Oberschule besuchte er in Königshütte. Mit 18 Jahren nahm er in Breslau das Studium der Jurisprudenz auf. Im Revolutionswinter 1918 wechselte er nach Leipzig, wo er aktiv am Barrikadenkampf der aufständischen Soldaten und Arbeiter teilnahm. Er wurde Mitglied einer sozialistischen Studentengruppe und trat in die Sozialdemokratische Partei ein. Nun begann er sich auch für die Politikwissenschaft zu interessieren, welche damals noch nicht als offizielle Disziplin von den Universitäten anerkannt wurde; in den Studentengruppen setzte er sich zum ersten Mal mit der Theorie von Marx auseinander. Die Zeit in Leipzig war der Beginn von Neumanns aktiver Teilnahme an der Politik.

Nach kurzem Aufenthalt in Rostock setzte er schließlich Ende 1919 sein Studium an der juristischen Fakultät der neugegründeten Frankfurter Universität fort, die zur damaligen Zeit eine der besten rechtswissenschaftlichen Abteilungen des Landes besaß. Zu seinen Lehrern dort zählten Lewald, Ernst Levi, Planitz, Pagenstecher, Titze und Max Ernst Mayer, für dessen Werk und Denken er sich während der letzten Semester in Frankfurt besonders interessierte. Dieser Gelehrte hatte durch Aufstellung seiner Kulturnormentheorie den Versuch unternommen, die Fachjurisprudenz aus der durch den Positivismus verursachten geistigen Isolierung zu befreien und die kulturelle Bedingtheit des Rechtswidrigkeitsmerkmals der strafbaren

1) Im folgenden stütze ich mich vor allem auf die Darstellungen von: PROSS, Helge: Einleitung. In: Herbert Marcuse (Hrsg.): Franz Neumann - Demokratischer und autoritärer Staat. Frankfurt am Main und Wien 1967. S. 9-27; FRAENKEL, Ernst: Reformismus und Pluralismus. Hamburg 1973. S. 168-179; SCHÄFER, Gert: Franz Neumann. In: Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.): Deutsche Historiker. Bd. 8. Göttingen 1982. S. 96-113; LEIGLAND, Tory James: Marxism, Law and Social Change: The Political Education of Franz Neumann. Ph. D. Columbia University New York 1980. S. 1-13.

Handlungen herauszuarbeiten. Bei ihm, dem zu seiner Zeit recht bekannten Rechtsphilosophen, promovierte Neumann 1929 mit der Arbeit 'Rechtsphilosophische Einleitung zu einer Untersuchung über das Verhältnis von Staat und Strafe'².

Ein großer Gewinn für die rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Frankfurt war die Aufnahme des namhaften Rechtstheoretikers und Schöpfers des deutschen Arbeitsrechts, Hugo Sinzheimer, im Jahre 1920. Dieser Wissenschaftler, der auch einer der besten politischen Köpfe war, über die der sozialdemokratische Reformismus in der Weimarer Republik verfügte, hielt in Frankfurt die, wenn man so will, ersten Stunden in Arbeitsrecht in Deutschland. Er machte auf die politischen und sozialen Gewinne aufmerksam, die durch die Reform des Weimarer Arbeitsrechts erzielt worden waren und drängte seine Studenten dazu, den Kampf für Reformen fortzusetzen. Neumann war einer von denjenigen, die am intensivsten mit Hugo Sinzheimer zusammenarbeiteten und wurde schließlich während seiner Referendarzeit dessen Assistent. In dieser Zeit, die Neumann als die entscheidende Anregung für seine politische Entwicklung ansah, formte sich seine wissenschaftliche Persönlichkeit. So weckte Sinzheimer in Neumann das Interesse für die marxistische Soziologie des Rechts, die der bekannte österreichische Rechtstheoretiker Karl Renner formuliert hatte. In seinen rechtlichen und politischen Schriften aus der Weimarer Zeit ging Neumann von der Theorie Renners in ihrer durch Sinzheimer modifizierten Gestalt aus. Seinem Lehrer Hugo Sinzheimer widmete er seine wichtigste Schrift aus der Weimarer Zeit: 'Koalitionsfreiheit und Reichsverfassung'³.

1927 verließ Neumann die Universität, ging nach Berlin und eröffnete mit einem Freund aus der Frankfurter Zeit, Ernst Fraenkel, eine

2) NEUMANN, Franz: Rechtsphilosophische Einleitung zu einer Untersuchung über das Verhältnis von Staat und Strafe. Frankfurt am Main. Rechtswissenschaftliche Dissertation vom 5. Juni 1923 bei Max Ernst Mayer. Maschinenschrift (vorhanden im Politischen Seminar der Universität Frankfurt).

3) NEUMANN, Franz: Koalitionsfreiheit und Reichsverfassung. Die Stellung der Gewerkschaften im Verfassungssystem. Berlin 1932.

Rechtsanwaltspraxis. Seine Klienten waren Gewerkschaften, vor allem der Baugewerksbund, die damalige Gewerkschaft der Bauarbeiter, und der Metallarbeiterverband. Neumann vertrat sie in zahlreichen Prozessen bis hin zum Reichsarbeitsgericht in Leipzig. Die politische Situation bürdete ihm weitere Aufgaben auf; so bestellte ihn der Vorstand der SPD im Sommer 1932 zum Syndikus der Gesamtpartei. Damit verlagerten sich die Schwerpunkte seiner Arbeit. Überwiegend kämpfte er jetzt als politischer Anwalt gegen Willkürakte der preußischen Regierung und der Reichsregierung: gegen Presseverbote, Auflösung von Versammlungen, Verhaftungen und Entlassungen von Beamten. Zusätzlich lehrte er von 1928 bis 1933 Arbeitsrecht an der Hochschule für Politik. Seine Publikationen in dieser Zeit, hauptsächlich auf den Gebieten Arbeitsrecht und Wirtschaftsdemokratie, sind zahlreich. Sie schlossen jetzt auch Probleme des Kartellrechts, des Tarifrechts und der Wirtschaftspolitik ein. Obgleich politisch gefährdet und als Jude bedroht, blieb Neumann auf seinem Posten, bis am 2. Mai 1933 die SA das Anwaltsbüro besetzte. Neumann wurde als einer der ersten Deutschen ausgebürgert. Anlaß war eine nie ausgelieferte Schrift zum Pressenotrecht⁴ vom 4. Februar 1933, worin er die Illegalität der Regierungsmaßnahmen bewies. Mit den Worten "Mein Bedarf an Weltgeschichte ist gedeckt" verabschiedete er sich von seinem Anwaltspartner Ernst Fraenkel und verließ Deutschland.⁵

Neumann ging nach England, um an der 'London School of Economics' Politikwissenschaft und Soziologie zu studieren. London wählte er, um Kontakte nicht zu verlieren und weil es von dort nach Überwinden des, wie er meinte, vorübergehenden Phänomens des Faschismus nur ein kurzer Weg zurück war. Außerdem wollte er Einfluß auf die inneren Verhältnisse Deutschlands durch anonyme Publikationen ausüben, wie seine späteren Schriften unter dem Pseudonym 'Leopold Franz' zeigen.

4) NEUMANN, Franz: Das gesamte Pressenotrecht vom 4. Februar 1933. Berlin 1933.

5) Vgl. FRAENKEL: Reformismus ... a. a. O., S. 175.

Tief enttäuscht war er von der Politik der Gewerkschaften und der SPD in der Weimarer Zeit. Der SPD warf er sowohl mangelndes Verständnis der historischen Situation als auch praktische Inaktivität vor. Ebenso scharf kritisierte er die Liberalen; sie hätten im Vertrauen auf die demokratisierende Macht der Erziehung ebenfalls den richtigen Augenblick für politisches Handeln verpaßt. Beide politischen Lager erschienen ihm deshalb als wesentlich unpolitisch und zugleich als theoretisch uninformiert; beide waren nach Neumanns Urteil durch Passivität und intellektuelle Unzulänglichkeit schuldig geworden. Diese neuen Einschätzungen Neumanns sind nur durch einen Wandel seiner eigenen politischen Ansichten zu einer radikaleren Position hin zu erklären. Der Wechsel wurde durch die Freundschaft mit dem britischen Sozialisten und führenden Theoretiker der Labour Party, Harold Laski, den Neumann schon während seiner Zeit in Berlin gekannt hatte, gefördert. War Neumanns Aufmerksamkeit zuerst noch unmittelbar auf die Entwicklung in Deutschland gerichtet - und die hieß Beobachtung der nationalsozialistischen Politik, Selbstkritik des Reformismus und Unterstützung des inneren Widerstandes - so besann sich der ehemalige juristische Praktiker rasch auf die Möglichkeiten, die ihm die Emigration noch beließ. Sie verwiesen ihn auf das Gebiet, das er nach seinen Studienjahren aufgrund des Engagements in der Arbeiterbewegung weitgehend zurückgestellt hatte: die Wissenschaft. So begann er, sich unter der Obhut von Harold Laski an der 'London School of Economics' zum Politikwissenschaftler ausbilden zu lassen. Die 'London School of Economics', an der ein interdisziplinärer und komparativer Ansatz vorherrschte, erwies sich als idealer Ort, um diesen Prozeß der allmählichen Aufgabe der juristischen Immanenz zugunsten der politischen und soziologischen Thematisierung des Rechts zu beschleunigen.

Laski verstand sich selbst als Marxist und, obwohl es einige reformistische Elemente in seinem politischen Standpunkt gab, verband ihn einiges mit dem linken Flügel der Weimarer Sozialdemokratie, die er jedoch oft wegen ihrer zu vorsichtigen, behutsamen und revisionistischen Politik kritisiert hatte. Neumann empfand Laski als einen ihm zweifellos verwandten Geist, obwohl sie in bestimmten Auffassungen differierten; so teilte Neumann Laskis Einschätzung

des Sowjetkommunismus als eines fortschrittlichen Staates nicht. Neumanns zweite Dissertation aus dem Jahre 1936 über 'The Governance of the Rule of Law'⁶, eine vergleichende Untersuchung von politischen Theorien, Rechtssystemen und sozial-ökonomischen Verhältnissen im 'Zeitalter des Liberalismus', war Harold Laski gewidmet. Die Arbeit zeigt sehr deutlich, daß Neumann die meisten der Annahmen Sinzheimers vom friedlichen, evolutionären sozialen Wandel hinter sich gelassen hatte und nun Renners Soziologie des Rechts mit einer radikalen Interpretation des Marxismus verbunden hatte.

Neumann schrieb während seiner Zeit in London außerdem einige Arbeiten zum Niedergang der deutschen Demokratie, zum Problem von Rechtsstaat, Gewaltenteilung und Sozialismus, zur marxistischen Staatstheorie sowie eine vergleichende Untersuchung zur Entwicklung der Gewerkschaften. Politisch konzentrierte sich seine Arbeit auf die Frage, warum die deutschen Demokraten unterlegen waren, was einerseits aus dieser katastrophalen Niederlage gefolgert werden mußte und wie andererseits das Verhältnis von deutscher Gesellschaft und Nationalsozialismus zu bestimmen sei. Selbstkritisch revidierte er dann seine von ihm selbst in der Weimarer Republik eingenommene reformistische Position.

Obwohl die Denkweisen und politischen Einstellungen im 'Political Science Department' der 'London School of Economics' Neumanns eigenen Auffassungen entgegenkamen, wollte er nicht in England bleiben. Die Aussichten für eine auch nur halbwegs annehmbare Berufstätigkeit waren zu schlecht, die britischen Universitäten durch Wirtschaftskrise und traditionalistische Auffassungen in ihren Handlungsspielräumen zu sehr eingeschränkt, um Emigranten aus Deutschland als Dozenten aufnehmen zu können bzw. zu wollen.

6) NEUMANN, Franz: The Governance of the Rule of Law. Phil. Diss. (bei Harold J. Laski, London School of Economics and Social Science). Maschinenschrift. London 1936 (vorhanden in der 'London University Library'); NEUMANN, Franz: Die Herrschaft des Gesetzes. Eine Untersuchung zum Verhältnis von politischer Theorie und Rechtssystem in der Konkurrenzgesellschaft (übersetzt und mit einem Nachwort von Alfons Söllner). Frankfurt am Main 1980.

Neumann wollte längst in die Vereinigten Staaten gehen. Die Möglichkeit dazu wurde ihm 1937 - nicht zuletzt durch Vermittlung Laskis - von Max Horkheimer geboten, der Neumann als Mitglied des nach New York emigrierten Frankfurter Instituts für Sozialforschung aufnahm. Von Horkheimer und dem 'inneren Kreis' des Instituts eher als Rechtsberater und Verwaltungsfachmann zur Unterstützung von Friedrich Pollock, dem 'Verwaltungsleiter' des Instituts, herangezogen, verbrachte Neumann den größten Teil seiner Zeit bis 1939 zunächst damit, Prozesse und Verhandlungen für das Institut zu führen, um dessen stets bedrohten finanziellen Status zu sichern. Dennoch publizierte er 1937, in der damals noch in Paris erscheinenden 'Zeitschrift für Sozialforschung' seinen bedeutenden Aufsatz 'Der Funktionswandel des Gesetzes im Recht der bürgerlichen Gesellschaft'⁷, der zu den einfluß- und folgenreichsten Beiträgen gehört, die aus der Tätigkeit des Instituts hervorgegangen sind.

Das Institut hatte sich die Aufgabe gestellt, eine theoretische Konzeption auszuarbeiten, mit deren Hilfe die ökonomischen, politischen und kulturellen Einrichtungen als spezifisch geschichtlich strukturierte sich begreifen ließen. Aus ihr konnten dann die voraussichtlichen Entwicklungstendenzen abgeleitet werden. Dieses Unternehmen beruhte auf bestimmten Grundvorstellungen, die allen Mitgliedern des Stabes gemeinsam waren, insbesondere darauf, daß eine Theorie der Geschichte die Vorbedingung für ein adäquates Verständnis gesellschaftlicher Phänomene sei und daß eine solche Theorie die Maßstäbe einer objektiven Kritik der gegebenen gesellschaftlichen Institutionen liefern könne, die deren Funktion und deren Ziele an den historischen Möglichkeiten menschlicher Freiheit zu messen habe.⁸

7) NEUMANN, Franz: Der Funktionswandel des Gesetzes im Recht der bürgerlichen Gesellschaft. In: Zeitschrift für Sozialforschung 6 (1937). S. 542-596. Nachdruck in: NEUMANN, Franz: Demokratischer und autoritärer Staat. Studien zur politischen Theorie (hrsg. und mit einem Vorwort von Herbert Marcuse, eingel. von Helge Pross). Frankfurt am Main 1967. S. 31ff.

8) Vgl. MARCUSE ... a. a. O., S. 5f.

Im Institut für Sozialforschung traf Neumann auf eine Reihe links-orientierter deutscher Intellektueller, von denen einige bald seine Freunde wurden, so Arkadij Gurland⁹, Otto Kirchheimer und vor allem Herbert Marcuse. Außer diesen Freundschaften hatte er mit den übrigen Institutsmitgliedern außer ihrer Opposition gegenüber dem Nationalsozialismus wenig gemein. Obwohl die 1937 neu in das Institut hinzugekommenen Wissenschaftler Neumann, Kirchheimer und Gurland eine Bereicherung der am Institut betriebenen Nazismus-Forschung darstellten, zeichnete sich gleichzeitig eine gewisse Bedrohung der Grundprämissen der Kritischen Theorie ab. Besonders Neumann, der über die Rechtswissenschaft zur politischen Theorie gekommen war, hatte einen anderen Ansatz und eine völlig andere Marxismusauffassung als Horkheimer und der 'innere Kreis' des Instituts. Die Kontroverse innerhalb der Nazismus-Forschung des Instituts spitzte sich 1942 mit der Publikation des 'Behemoth', an dem Neumann von 1939 bis 1942 gearbeitet hatte, zu. Obwohl das Buch eine materialreiche Analyse der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Struktur des nationalsozialistischen Deutschlands lieferte und die nächsten 25 Jahre das einflußreichste seiner Art blieb, wurde es von den führenden Mitgliedern des Instituts auf vielfältige Art bekämpft. Besonders brachte die theoretische Konzeption des 'Behemoth' Neumann in direktem Konflikt zu Friedrich Pollock, der gerade eine eigene Theorie über das nationalsozialistische Deutschland entworfen hatte.¹⁰ Die Frage der Kontroverse betraf die neue Rolle des Staatsapparates im Verhältnis zur Wirtschaftsordnung.¹¹ In der Konzentration auf dieses Problem waren sich

9) Gurland war in der Weimarer Republik einer der profilierten jüngeren Sprecher des linken Flügels der Sozialdemokratie. Vgl. besonders GURLAND, Arkadij: Das Heute der proletarischen Aktion. Hemmnisse und Wandlungen im Klassenkampf. Berlin 1931.

10) POLLOCK, Friedrich: Staatskapitalismus. In: Die Umschau 3 (1948). S. 144-166 (ursprünglich unter dem Titel: State Capitalism: Its Possibilities and Limitations. In: Studies in Philosophy and Social Science 9 (1941). S. 200-225); und POLLOCK, Friedrich: Ist der Nationalsozialismus eine neue Ordnung? (ursprünglich unter dem Titel: Is National Socialism a New Order? In: Studies in Philosophy and Social Science 9 (1941). S. 440-455).

11) Vgl. hierzu besonders JAY, Martin: The Dialectical Imagination - A History of the Frankfurt School and the Institute of Social Research 1923 - 1950. Boston und Toronto 1973 (deutsche Über-

Pollock und Neumann einig; sie unterschieden sich indes in den methodologischen Prämissen zur Lösung des Problems. Neumann vertrat die originär marxistische These, daß der faschistische Staat nur die dem fortgeschrittenen Monopolkapitalismus angemessene politische Form darstellt. Pollock dagegen meinte, daß mit der in seiner Theorie des 'Staatskapitalismus' beschriebenen Kontrolle des wirtschaftlichen Prozesses das von Marxisten behauptete Primat der Ökonomie über die Politik zumindest tendenziell abgeschafft sei. Nicht nur diese theoretischen Differenzen, sondern nicht zuletzt auch zunehmende persönliche mit den älteren Mitgliedern des Instituts führten zu Neumanns Entscheidung, das Institut für Sozialforschung und New York im Jahre 1942 zu verlassen.

Als Verfasser des 'Behemoth' wurde er von der amerikanischen Regierung als Experte nach Washington berufen, zuerst in den 'Board of Economic Warfare', später in das 'Office of Strategic Service' (OSS) und schließlich als Leiter der Deutschland-Abteilung des 'State Department'. Marcuse folgte ihm 1942, später kam noch Otto Kirchheimer hinzu. Politische Entscheidungsbefugnis besaß Neumann zu keiner Zeit, seine Funktion war Forschungsresearch. Im OSS bestand seine Aufgabe darin, die Tätigkeit der künftigen Militärregierung vorzubereiten. Für den praktisch orientierten Neumann war es die Konsequenz aus seinem zuvor verfaßten 'Behemoth', sich direkt für die Faschismusbekämpfung zur Verfügung zu stellen und zwar im Bündnis mit der Großmacht, die als einzige vom Nationalsozialismus unbehelligt geblieben war.

So galten die meisten seiner Bemühungen Plänen für eine Demokratisierung Deutschlands, welche die Mißerfolge der Weimarer Republik vermeiden sollten. Er versuchte zu zeigen, daß die Entnazifizierung, um wirksam zu sein, mehr sein mußte als eine personelle Säuberung und eine Abschaffung der nationalsozialistischen Gesetze - daß sie

setzung: JAY, Martin: Dialektische Phantasie. Die Geschichte der Frankfurter Schule und des Instituts für Sozialforschung 1923 - 1950. Frankfurt am Main 1976); WILSON, Michael: Das Institut für Sozialforschung und seine Faschismusanalysen. Frankfurt am Main und New York 1982.

den deutschen Faschismus an den Wurzeln treffen müsse, indem sie die ökonomischen Grundlagen der antidemokratischen Politik der deutschen Großindustrie beseitigte.

Neumann hatte gehofft, der Militärregierung würde es so gelingen, eine wirksame Entnazifizierung durchzuführen und die wirtschaftliche, soziale und politische Struktur Deutschlands so zu verändern, daß ein Wiederaufleben des Faschismus in neuen Formen unmöglich würde. Da sich diese Hoffnungen nicht oder nur zum Teil erfüllten, beendete er 1947 seine Tätigkeit als Regierungsexperte.

Schon bald nach dem Krieg erhielt Neumann einen Ruf an die Columbia University in New York. Ab 1948 lehrte er dort als ordentlicher Professor Politikwissenschaft. Reiche wissenschaftliche Publikationen, namentlich auf dem Gebiet der politischen Theorie, kennzeichnen seine letzten Lebensjahre, seine allerletzten Arbeiten berücksichtigen zum ersten Mal auch die Psychologie und die Sozialpsychologie.¹² Zusätzlich fühlte er sich Anfang der 50er Jahre wieder Berlin verbunden, insbesondere der Hochschule für Politik der Freien Universität, deren philosophische Fakultät ihm 1953 für seine Verdienste um den Ausbau der Universität den Grad des Ehrendoktors verlieh. Trotz all des Schweren, das er in Deutschland erlebt hatte, wollte er wieder zurückkommen. Als Krönung stellte er sich die Wiedererweckung eines freien akademischen Lebens im freien Berlin vor. Er dürfte wohl kaum an der Realisierung seiner weiteren wissenschaftlichen Pläne gezweifelt haben.

Am 2. September 1954 starb Franz Neumann an den Folgen eines Autounfalls in der Schweiz.

12) Vgl. besonders die Arbeiten aus den Jahren 1947 bis 1954 zur Entwicklung in Deutschland.

2. Neumanns geistige Väter

Franz Neumanns frühe Ansichten über Politik und Recht wurden stark beeinflusst durch das Werk und die Arbeit Karl Renners und Hugo Sinzheimers und, in etwas geringerem Ausmaß, durch das Werk Otto Bauers.

Neumann verdankte Renner eine marxistische Interpretation von Recht und sozialem Wandel sowie ein Verständnis für eine spezifisch soziologische Herangehensweise an die Rechtswissenschaft. Sinzheimer brachte Neumann dazu, sich für modernes Arbeitsrecht und die Probleme der Arbeiterbewegung zu interessieren. Bauer schließlich stellte Konzepte und Analysen bereit, welche Neumann zu verstehen halfen, inwiefern die Theorien Renners und Sinzheimers miteinander vereinbar waren.

Die politischen Einsichten, die sich bei Neumann während der Zeit der Weimarer Republik ausbildeten, dienten als Grundlage für die meisten seiner späteren Schriften, obwohl er später etliche seiner frühen Theorien verwarf. Es erscheint mir daher unumgänglich, wenigstens eine kurze Beschreibung der politischen Ideen von Bauer, Renner und Sinzheimer der Analyse von Neumanns eigenem Werk voranzustellen.

2.1. Die Austromarxisten Otto Bauer und Karl Renner

Renner und Bauer waren die führenden Vertreter einer Gruppe österreichischer Intellektueller und Politiker, die später als die Begründer des sog. 'Austromarxismus' bekannt wurden. Die Gruppe etablierte sich mit der Gründung der Gesellschaft 'Zukunft' im Jahre 1903. Neben Renner und Bauer gehörten ihr u. a. Rudolf Hilferding, Max Adler und Julius Deutsch an. Dieser Kreis beeinflusste maßgeblich die österreichische sozialdemokratische Partei und später auch die Regierung.

Ideologische Differenzen entstanden und verstärkten sich zusehends, als sich einige Mitglieder aktiv an der Politik beteiligten. Renner war der unbestrittene Führer des rechten Flügels der Sozialdemokraten und wurde schließlich der erste Kanzler der Republik Österreich bei deren Gründung im Jahre 1909. Unterschiede und Auseinandersetzungen gab es mit dem linken Flügel der Partei, und hier besonders mit dessen Führer, Otto Bauer.

Trotz einiger unterschiedlicher Ansichten existierten gemeinsame, grundlegende Auffassungen, die nahezu alle teilten. Sie verstanden sich als 'praktische' oder auch 'realistische' Marxisten, was meint, daß sie sich als österreichische Sozialdemokraten stark an den Erfordernissen der praktischen Politik orientierten; besonders setzten sie sich mit dem anhaltenden Konflikt zwischen den verschiedenen nationalen Gruppen (bis 1918) auseinander. Sie fühlten sich aufgerufen, praktische Antworten bzw. Lösungen für die multinationale Gesellschaft, in der sie operierten, bereitzustellen.

Die Bemühungen, die ideologischen Forderungen der sozialistischen Linken zu erfüllen, waren mitverantwortlich für die lange Zeit, in der die österreichische Sozialdemokratie gewillt war, die ideologische Verbindung zu Marx aufrechtzuerhalten. Das Ergebnis dieser Bemühungen war ein zaghaftes Wiedererwecken der marxistischen Doktrin, die später als 'Austromarxismus' bekannt wurde. Für den 'Austromarxismus' ist eine in mehrfacher Hinsicht vermittelnde Stellung kennzeichnend; er beschäftigt sich mit:

- dem Problem der nationalen Vielfalt; hierfür stehen zahlreiche Arbeiten Renners und Bauers;
- mit dem Versuch, die Einheit der Sozialdemokratie, welche zwei einander im Grunde widersprechende, revolutionäre und evolutionäre, Tendenzen aufwies, zu erhalten
- und schließlich der Einschätzung vom westlichen revisionistischen Sozialismus und östlichen Bolschewismus, den sie als totalitär einstufen.

An der inneren Problematik dieser Vermittlungsversuche ist der 'Austromarxismus' schließlich gescheitert.

2.1.1. Otto Bauer

Otto Bauer gilt als einer der bedeutendsten Köpfe im Führungsgremium der österreichischen Sozialdemokratie in der ersten Republik hauptsächlich deswegen, weil er dank seiner unbestrittenen geistigen Überlegenheit die Parteitaktik im gesamten Zeitraum vom Ersten bis zum Zweiten Weltkrieg entscheidend mitbestimmte. Sein Konzept des "Gleichgewichts der Klassenkämpfe"¹ zeigt die Methoden und Ziele der österreichischen Sozialdemokratie im allgemeinen und die des 'Austromarxismus' im besonderen. Dieses Konzept ist für das Verständnis der Arbeiten Neumanns während der Weimarer Republik von besonderer Bedeutung, da es zum Hauptbestandteil seiner Einschätzungen der deutschen Politik und Gesellschaft in den späten 20er Jahren wurde.

Bauers Theorie war Teil seines Versuchs, die Marx'sche auf die, wie er meinte, seit dessen Tod gewandelte soziale und politische Situation anzuwenden. Er glaubte, so tiefgreifende Veränderungen des Kapitalismus beobachtet zu haben, die es nötig machten, mit Hilfe neuerer Analysen die Mängel in Marx' Werk zu beheben.

So analysierte er 1923 die soziale Natur des österreichischen Staates und schlußfolgerte, daß dieser nicht mehr die Herrschaft einer einzigen Klasse verkörpere.² Stattdessen sei er zur "Volksrepublik"³ geworden, in der sich die konkurrierenden Klassen gegenseitig in Schach halten. Obwohl die Republik von einer bürgerlichen Parlamentsmehrheit regiert wurde, sei sie kein Klassenstaat der Bourgeoisie, da sie nur durch tägliche Kompromisse mit den Sozialdemokraten, der proletarischen Opposition im Parlament, regieren könne.⁴

Bauer konstatierte, daß diese Auffassung von einem Gleichgewicht der Kräfte in Widerspruch zu Marx' Feststellung stand, derzufolge kein anderer Staat als der Klassenstaat existieren könne. Er wies

1) BAUER, Otto: Die österreichische Revolution. Wien 1923. S. 196ff.

2) Vgl. ebenda, S. 244.

3) Vgl. ebenda, S. 242ff.

4) Vgl. ebenda, S. 244.

dies zurück als Sichtweise, die lediglich den Bedürfnissen des erst erwachenden, sich erst organisierenden, erst in den Kampf tretenden Proletariats entsprach.⁵ Stattdessen glaubte Bauer in den Analysen von Marx und Engels die derzeitige Situation Österreichs zu erkennen, welche er mit Engels beschrieben sah als eine, in der die kämpfenden Klassen zeitweilig einander das Gleichgewicht halten.⁶

Bauers Theorie enthielt eine Reihe von immanenten Schwächen und Unklarheiten. So ließ er offen, ob das behauptete Gleichgewicht in der Mitte der 20er Jahre tatsächlich noch bestand; er sagte nicht, was der friedlichen "Volksrepublik" bei einem Instabilwerden des Gleichgewichts folgen würde und machte auch keine Andeutungen, ob sich das Proletariat für die Revolution oder für die Verteidigung vorbereiten sollte.

Bauers Theorie wurde sowohl von links als auch von rechts hart kritisiert. Otto Leichter und Max Adler behaupteten, daß Bauer Marx insofern falsch interpretiert habe, als das von ihm beschriebene "Klassengleichgewicht" nicht mehr als eine kurze Unterbrechung in der historischen Entwicklung des Kapitalismus war. Aus einer rechten Position stimmte Hans Kelsen dieser Einschätzung bei, fügte aber hinzu, daß ungeachtet der falschen Interpretation der Marx'schen Theorie durch Bauer dieser Marx' Sicht des Staates widerlegt habe, da tatsächlich ein solches Gleichgewicht bestehe.⁷

Trotz dieser Kritik erfuhr Bauers Theorie sowohl in Österreich als auch in Deutschland mannigfaltige Unterstützung. Hierfür gab es mehrere Gründe. Kulturell war Österreich Teil Deutschlands und deutsche Politiker und Intellektuelle beobachteten interessiert die politische Situation in Österreich, da die deutsche Sozialdemokratie vor ähnlichen Problemen stand wie die österreichische. Zudem war der 'Austromarxismus' in Deutschland nicht unbekannt, da eine

5) Vgl. BAUER ... a. a. O., S. 242.

6) Vgl. ebenda, S. 242.

7) Zur Kritik an Bauers Theorie vgl. LEIGLAND ... a. a. O.

Zeitlang viele der führenden linken Zeitschriften von österreichischen Sozialisten herausgegeben wurden und regelmäßig Artikel von Bauer, Renner, Adler und Hilferding enthielten.

Wichtiger war jedoch wohl, daß Bauers 'Theorie des Klassengleichgewichts' eine orthodox marxistische Rechtfertigung für viele der reformistischen Ansichten, welche die SPD allmählich übernommen hatte, anzubieten schien. Vor allem propagierte Bauers Theorie eine friedliche politische Taktik und erklärte eine gewaltsame Revolution für unnötig. Bauer versuchte den nach links drängenden Gefolgsleuten zu beweisen, warum eine Nachahmung des russischen Beispiels für die österreichische Arbeiterschaft nicht möglich gewesen sei.

Neumann übernahm diese Sicht Bauers von der Struktur und Entwicklung der Gesellschaft fast vorbehaltlos, weil sie sich mit der reformistischen Perspektive, wie sie Sinzheimer, Fraenkel und er während der mittleren und späten 20er Jahre in der Weimarer Republik entwickelt hatten, deckte. Ein weiterer Grund dafür war auch, daß Neumann und seine Kollegen sich auf die eindeutig marxistische Interpretation von Politik und Recht im Werke Karl Renners bezogen, und während der 20er Jahre waren Renners und Bauers Theorie miteinander vereinbar.

2.1.2. Karl Renner

Karl Renner ist sowohl als ein einflußreicher österreichischer Staatsmann und Sozialreformer bekannt als auch als Autor eines Werkes auf dem Gebiet der Soziologie und Philosophie, mit dem er sich dauerhaftes wissenschaftliches Ansehen verschaffte. Sein 1904 erschienenes und 1929 stark überarbeitetes Buch 'Die Rechtsinstitute des Privatrechts und ihre soziale Funktion'⁸ wurde zur 'Bibel' für linksorientierte Juristen wie Sinzheimer und Neumann, da es sich

8) RENNER, Karl: Die Rechtsinstitute des Privatrechts und ihre soziale Funktion. Tübingen 1904 (die folgenden Seitenzahlen beziehen sich auf die 2. Aufl. von 1929).

durch eine hochentwickelte marxistische Soziologie des Rechts auszeichnete.

In dieser Hinsicht spiegelt Renners Werk die allgemeine Tendenz der 'Austromarxisten', 'neuen Wein in alte Schläuche zu gießen', wieder. Wie sich Bauer mit dem Marx'schen Diktum, daß jeder Staat ein Klassenstaat sei, beschäftigte, befaßte sich Renner mit Marx' Erklärung, daß das Recht stets Teil des ideologischen Überbaus einer Gesellschaft sei, nämlich Ausdruck von Klassenherrschaft in Abhängigkeit von den herrschenden Produktionsbeziehungen innerhalb des Unterbaus der Gesellschaft. Renner vermied es, diese orthodox-marxistische Position einzunehmen, da in diesem Fall eine marxistische Soziologie des Rechts wenig Bedeutung habe, wie er meinte. Wie Bauer gab auch Renner sehr deutlich zu verstehen, daß er Marx' Analyse für veraltet halte, da der Kapitalismus seit Marx' Tod gewaltigen Veränderungen unterworfen gewesen war.

Bei seiner Konzentration auf die Rechtsinstitute des Privatrechts stellt sich Renner die Frage, inwiefern die Gesetze von 1750 noch im wesentlichen dieselbe Bedeutung bzw. denselben Wortlaut hatten wie die von 1900, wo sie doch einen Funktionswandel durchgemacht hatten; die ökonomischen und sozialen Wirkungen der Rechtsinstitute des Privatrechts um 1900 waren doch sehr verschieden von denen um 1750.

Renner trennt zunächst die Rechtsinstitute zum Zweck der Untersuchung von ihrer ökonomischen Grundlage. Letztere sieht er einem konstanten Wandel bzw. einer Entwicklung unterzogen. Er behauptet, daß diese ökonomische Evolution allmählich die Funktion der Rechtsinstitute verändere, und zwar durch Veränderungen des Gegenstandes, mit dem sich die unveränderten Gesetze befassen mußten und müssen. Er unterscheidet vier Formen, in denen sich dieser Funktionswandel vollzieht. Ein rein quantitativer Wandel findet statt, wenn die Anzahl der Individuen und Objekte durch einen Normenwandel beeinflusst wird.⁹ Eine zweite wichtige Form des Funktionswandels

9) Vgl. RENNER ... a. a. O., S. 180f.

kann in den sozialen Beziehungen auftreten. Renner meint damit, daß Kontrolle bzw. Verfügung über Dinge sehr oft zu einer rechtlich unerkannten Kontrolle über Personen gerade in der modernen Industriegesellschaft führen kann.¹⁰ Eine dritte Möglichkeit sieht er in der Spaltung der technischen und juristischen Ausübung von Eigentum, wie in dem Fall eines Arbeiters, der zwar Eigentum (Arbeitskraft) besitzt, über dieses aber nicht rechtlich verfügen kann.¹¹ Die vierte Variante besteht in der Verbindung mit anderen Rechtsinstituten, so wandelt sich z. B. das Eigentum in produktives Kapital durch seine Verbindung mit dem Lohnvertrag.¹²

Das Resümee hieraus ist für ihn zunächst, daß Umwälzungen der Gesellschaft möglich sind ohne gleichzeitige Wandlung des Rechtssystems.¹³ Eine naheliegende Reaktion auf gesellschaftlichen Wandel wäre dann, das Recht so zu verändern, daß es wieder dem sozio-ökonomischen Substrat entspricht. Renner jedoch wehrt sich gegen jede Art von radikaler Gesetzgebung, die das Rechtssystem in dieser Weise verändern wollte.¹⁴ Stattdessen befürwortet er einen tiefgreifenden Wandel der Rechtsnormen. In diesem Zusammenhang ist es ihm sehr wichtig, daß der Arbeitsvertrag als das rechtliche Hauptinstitut der sozialen Regulierung der Arbeit anerkannt wird. Und in der Tat: als Renner eine überarbeitete Fassung seines Werkes 1928 herausgab, hatte der Rechtskodex in Europa diesen Teilkomplex des Funktionswandels anerkannt, indem er die Arbeitsbedingungen zum Objekt kollektiver Übereinstimmung, die öffentlicher Rechtskontrolle unterlag, machte.

Der neue Gesetzeskörper, der aus den Berichtigungen im rechtlichen Überbau entstand, zerfällt für ihn in zwei Hauptbestandteile: in das ökonomische und in das Arbeitsrecht. Unter dem ökonomischen Recht versteht er das Ergebnis der Ergänzungen des bestehenden Rechtssystems, die dieses an den sozio-ökonomischen Wandel anpassen sollen, der sich durch Wettbewerbswandel und die Bildung von

10) Vgl. RENNER ... a. a. O., S. 181f.

11) Vgl. ebenda, S. 182-184.

12) Vgl. ebenda, S. 184f.

13) Vgl. ebenda, S. 172.

14) Vgl. ebenda, S. 173.

Monopolen auszeichnet. Arbeitsrecht beinhaltete die Regulierung von Arbeitsauseinandersetzungen, wie die Vertragsverhandlungen zwischen Arbeitern und den Besitzern der Produktionsmittel, und war in der Tat eine Anerkennung des sozio-ökonomischen Wandels, welcher die Arbeiter in eine benachteiligte Position gebracht hatte.

Doch vermeidet Renner jegliche Diskussion darüber, wie solche Gesetze konkret aussehen sollen. Er beschließt seine Studie mit offenen Fragen der Rechtswissenschaft und der Aufforderung, auch sie in Angriff zu nehmen.¹⁵

Die Überzeugung Renners, daß nahezu alle rechtlichen und politischen Institute bzw. Institutionen einer künftigen sozialistischen in der bestehenden kapitalistischen Gesellschaft schon existierten, läßt ihn - wie auch Bauer - einen evolutionären Sozialismus vertreten und ein Programm des sozialen Pragmatismus entwerfen.¹⁶ Sein Ansporn ist der konstante ökonomische Fortschritt und die Einschätzung, daß der rechtliche Wandel auch in eine progressive Richtung weist. Ebenso wie Bauer bestreitet Renner entschieden die Notwendigkeit einer Revolution zur Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft.

2.2. Der Arbeitsrechtler Hugo Sinzheimer

Im Deutschland der 20er Jahre war Hugo Sinzheimer einer der führenden Vertreter und Verfechter der Theorie Renners von Gesellschaft und Recht. Er versucht, dessen Analyse zu modernisieren, zu ergänzen und sie durch die Konzentration auf die Probleme der Arbeiterbewegung praktisch anwendbar zu machen. Was später schließlich als modernes Arbeitsrecht bekannt wurde, war das Ergebnis seiner Anstrengungen. Großen Einfluß übte er auch auf seine Studenten, und hier vor allem auf Ernst Fraenkel, Otto Kahn-Freund und besonders Franz Neumann, aus. Doch die Hoffnungen, die er für die

15) Vgl. RENNEN ... a. a. O., S. 206.

16) Vgl. ebenda, S. 201.

Zukunft der gesellschaftlichen Entwicklung in Deutschland hegte und die sich auf seine Studenten übertrugen, stützten sich nur zum Teil auf die Reform des Arbeitsrechts.

Immer wieder wurde Sinzheimer im Interesse der deutschen Arbeiterbewegung tätig. Vor dem Ersten Weltkrieg vertrat er als Rechtsanwalt in Frankfurt häufig die Gewerkschaften und ihre Mitglieder. Schon sehr früh versteht er sich als Sozialist, war aber weniger dogmatisch als viele seiner Studenten; z. B. kritisiert Sinzheimer Neumann gelegentlich wegen dessen, wie er meint, hastiger und unbesonnener Urteile. Sinzheimer fühlt sich eher zur SPD-Mitte hingezogen, deren Abgeordneter er auch später in Frankfurt wird.

Sinzheimers Interesse an einer Reform des Arbeitsrechts erwacht mit der Erkenntnis vom Unrecht, welches den Arbeitern in einer modernen Industriegesellschaft widerfährt. Er vertritt die Ansicht, daß es im Rahmen der gegebenen ökonomischen Umwelt einen Ausweg aus einer Lage geben muß, in der der handarbeitende Mensch nicht nur von seiner Arbeit, sondern auch von seinem Staat und seinem Recht entfremdet ist und deshalb in einer unmenschlichen Umgebung lebt. Angeregt durch Karl Renners Werk aus dem Jahre 1904, 'Die Rechtsinstitute des Privatrechts und ihre soziale Funktion', geht er der Frage nach, wie sich das Eigentumsrecht des Arbeitgebers an den Produktionsmitteln auf die rechtliche Natur des Arbeitsverhältnisses auszuwirken vermag. Er versucht, sowohl die Gründe für das Nichteingehen des Rechtssystems auf die Probleme der Arbeit und die Art und Weise einer solchen rechtlichen Veränderung, die diese Situation beenden könnte, herauszuarbeiten. Er stimmt mit Renner darin überein, daß bisher nur Marx in Ansätzen erklärt hatte, wie der Kapitalismus den Funktionswandel im Rechtssystem zu seiner weiteren Expansion ausnutzt und wie auf diese Weise die soziale und politische Abhängigkeit des modernen Proletariats noch wächst.

So unterschreibt er auch Renners Einschätzung, daß es dringend erforderlich sei, geeignete Wege zu finden, die den rechtlichen Überbau wieder an das geänderte sozio-ökonomische Substrat anzu-

passen vermögen.¹⁷ Sinzheimer beginnt nun, den Prozeß der Bildung neuer Rechtsnormen, zu dem Renner sich in seinem Werk nicht geäußert hatte, zu erklären. Während seiner Arbeit sieht er sich mit einer Reihe von Problemen konfrontiert, die Renners Rechtsphilosophie ausgeklammert hatte. Die größten Schwierigkeiten ergeben sich für ihn aus Renners Rechtspositivismus.

Ganz in der Tradition des deutschen Rechtspositivismus ging Renner nämlich davon aus, daß ein Gesetz, gefordert von der Gesellschaft und verkündet durch den Staat, auch tatsächlich im Namen (und im Interesse) aller Staatsangehörigen beschlossen wurde. Indem er sich auf die Gesellschaft beruft, die angeblich durch den Staat repräsentiert würde, und ihr Recht, neue Normen (Gesetzesnormen) zu schaffen, lehnt er jeden radikalen Gesetzeswandel entschieden ab.

Renners Forderung nach einem Rechtswandel und seine gleichzeitige Vermeidung jeglicher Diskussion darüber, wie dieser Wandel vonstatten gehen soll, birgt für Sinzheimer ein praktisches Problem. Bis die Umwandlung in den Sozialismus erreicht ist, bis der Staat wirklich ganz den Willen der Gemeinschaft repräsentiert oder bis ein Gleichgewicht der Klassenkräfte in Form einer Volksrepublik institutionalisiert ist, fährt genau dieser Staat fort, den Willen einer einzigen, der ökonomisch dominanten, Klasse zu repräsentieren. Sinzheimer steht so vor dem Problem, wie Rechtsergänzungen gemacht werden sollen, um den Sozialismus zu realisieren, oder wie gar eine Übergangsform der Regierung installiert werden kann, wenn nur der Klassenstaat berechtigt sein soll, Gesetze zu verabschieden.

Sinzheimer lehnt jede gewaltsame Revolution als mögliche Lösung für Renners Problem ab. Stattdessen glaubt er, daß Renner recht hat, wenn er die Rechtsinstitute einer sozialistischen Gesellschaft schon im Rahmen einer kapitalistischen fast vollständig entwickelt

17) Vgl. SINZHEIMER, Hugo: Zur Kritik des bürgerlichen Rechts. In: Zeitschrift für Soziales Recht 2 (1929/30). S. 93-97, hier S. 93.

zu sehen glaubt.¹⁸ Wie Renner widersetzt sich auch Sinzheimer jeder Form einer proletarischen Herrschaft. Zunächst einmal befürchtet er mögliche negative Folgen für das Rechtssystem und glaubt darüber hinaus, daß die Unterdrückung vieler Menschenrechte auch in einer sozialistischen Gesellschaft fortbestehen würde.¹⁹

Sinzheimer versucht das Problem zu lösen, indem er den problematischsten Aspekten des Renner'schen Positivismus mit Otto Gierkes Genossenschaftstheorie entgegentritt. Dieser argumentiert im Gegensatz zur Genehmigungstheorie der deutschen Positivisten, daß soziale Gruppen organische Einheiten seien, zusammengesetzt aus Individuen oder anderen Gruppen, mit eigenen Entschlüssen, mit einem eigenen System eines Sozialrechts und fähig zum autonomen Wollen und Agieren. Jede Gruppe in der Gesellschaft habe eine wirkliche souveräne Persönlichkeit, ebenso wie der Staat. Und jede Gruppenpersönlichkeit sei das eigentliche, maßgebliche Subjekt von Rechten und Pflichten.²⁰ In Gierkes Theorie sind Gewerkschaften und Arbeitgebervereinigungen legitimierte Gruppen mit Rechten und Pflichten, die niemanden brauchen, der ihre jeweiligen Ziele vertritt. Sie haben ihre eigenen Organe und Umgangsformen, determiniert durch interne Regeln. Die Entscheidungen, die zwischen beiden Parteien fallen, bezeichnet Gierke als Sozialrecht, und damit hat die kollektive Übereinstimmung über die Arbeitsbedingungen die Kraft eines Gesetzes.

Sinzheimer argumentiert nun, daß diese Gruppen das Recht haben, Gesetze zu erlassen und schlägt vor, neben dem bestehenden System der parlamentarischen Repräsentation die Vereinigungen in eigenen Versammlungen sich repräsentieren zu lassen. Diese eigene Ratsversammlung solle Fragen des Arbeitsrechts, der Regulierung von

18) Vgl. SINZHEIMER, Hugo: Die Justiz in der Weimarer Republik. Eine Chronik. In: Die Justiz (1931). Wiederabgedruckt in: Ramm, Thilo (Hrsg.): Hugo Sinzheimer und Ernst Fraenkel. Die Justiz in der Weimarer Republik. Eine Chronik. Neuwied und Berlin 1968. S. 301.

19) Vgl. ebenda, S. 302.

20) Vgl. SINZHEIMER, Hugo: Otto von Gierkes Bedeutung für das Arbeitsrecht. In: Arbeitsrecht (1922). S. 1-6.

Monopolen und der Zukunft der ökonomischen Entwicklung klären. Das System einer doppelten Repräsentation scheint Sinzheimer ein gangbarer Weg hin zu einer friedlichen, fortschrittlichen Rechtsreform, auf dem sogar ein totaler sozialer Wandel erreicht werden könne. Er erkennt aber gleichzeitig auch, daß dieses System der doppelten Vertretung nur durch einen radikalen politischen Wandel zu erreichen ist.

Und tatsächlich begann 1918 mit der deutschen 'Revolution' die Entwicklung vieler dieser Reformen. Bis dahin genossen die Gewerkschaften und die kollektiven Vereinbarungen keine rechtliche Anerkennung in Deutschland. Aber nun erfuhren die Arbeiter rechtlich sanktionierte Verbesserungen, die ihnen vorher meist nur als Gunst gewährt worden waren. Sowohl auf dem Gebiet des Wirtschafts- als auch auf dem des Arbeitsrechts trieb die Weimarer Verfassung soziale Reformen in die Richtung voran, die von Sinzheimer geplant und ausgearbeitet worden war. So sah die Verfassung die Möglichkeit einer Verstaatlichung der Schlüsselindustrien vor, und freie und unabhängige Gewerkschaften wurden als legitime Vertretung der Arbeiter rechtlich anerkannt.

Obwohl die 'Revolution' viele der Reformen, die Sinzheimer vor dem Krieg entworfen hatte, zustande brachte, basierten viele dieser Veränderungen nicht auf seiner oder eines anderen Rechtstheorie, sondern waren das Resultat von Kompromissen zwischen den verschiedenen sozialen und politischen Gruppen. Eine Konsequenz hieraus war, daß die Verfassung Bestimmungen enthielt, die miteinander konfligierten und welche teils extreme Schwierigkeiten bei der praktischen Anwendung enthielten. Im Bereich des Wirtschafts- und Arbeitsrechts mußten die fundamentalen Prinzipien erst noch erarbeitet werden, bevor sie systematisch und effektiv angewendet werden konnten. Zu dieser Zeit wurde Arbeitsrecht ein eigenes Fach in den Rechtswissenschaften. In diesem Zusammenhang kann man Sinzheimer ohne Übertreibung als den Vater des deutschen Arbeitsrechts bezeichnen. Er arbeitete in den 20er und frühen 30er Jahren die Grundzüge dieser neuen Rechtsdisziplin aus; seine Auffassung vom System des Arbeitsrechts ließ sich dort übereinstimmend mit seinen zuvor ausgearbeiteten Theorien verwirklichen.

Während Sinzheimer den interpretativen Rahmen der schon bestehenden Gesetze ausfüllte, fand er sehr schnell heraus, daß er auf umfassendere Reformen zu drängen habe. Die Gerichte der Weimarer Republik arbeiteten ineffizient und an ihnen sammelten sich die reaktionärsten Kräfte Deutschlands. Konsequenterweise trat Sinzheimer darum für eine Gerichtsreform ein.

Ob er neue Interpretationen bestehender Gesetze anbot oder neue Reformen vorschlug, immer ging es Sinzheimer und auch seinen Studenten um die Anpassung des rechtlichen Überbaus an die veränderten sozio-ökonomischen Bedingungen.

3. Weimarer Republik

3.1. Demokratischer und sozialer Rechtsstaat

Als einer der begabtesten Studenten Sinzheimers und als dessen enger Freund verbrachte Neumann die nächsten Jahre nun damit, das von seinem Lehrer entworfene System der Partizipation der Arbeiterklasse am politischen und sozialen Leben in Deutschland zu realisieren. In der Konzeption der Schriften Neumanns bis 1933 fand Sinzheimers Idee eines kollektiven Arbeitsrechts ihre Umsetzung und bestimmte wesentlich Neumanns arbeits- und wirtschaftsrechtliche Positionen.

Als ausgebildeter und engagierter Jurist verfolgte Neumann die rechtspolitischen Deformationen, die auf seiten der Justiz und Bürokratie kontinuierlich zunehmend zur Zerstörung der Weimarer Republik beitragen sollten; parallel dazu entwickelte er gleichzeitig rechtliche und politische Gegenpositionen. Hauptgegenstände seiner zahlreichen Publikationen waren Tarifrecht, Arbeitsrecht in Theorie und Rechtsprechungspraxis, der Rechtsstatus der Gewerkschaften im Rahmen von Verfassung und projektierter Wirtschaftsdemokratie, Monopol- und Kartellkontrolle, der Funktionswandel der Justiz, sozialstaatliche Verfassungsinterpretation und, seit seiner zusätzlichen Tätigkeit als Syndikus der SPD ab 1932, Fragen der Pressefreiheit und ihre politische Restriktion. Neumanns 'Weimarer Jahre' sind primär gekennzeichnet durch ein unmittelbares, dezidiertes Interesse an der und ständiges Eingreifen in die aktuelle Tagespolitik; sein Schwerpunkt bildete das Kollektive Arbeitsrecht.

Das Konzept der von Neumann und von der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung vertretenen demokratischen Durchformung und Durchdringung der kapitalistischen Gesellschaft der Weimarer Zeit läßt sich zutreffend durch die Formel vom 'demokratischen und sozialen Rechtsstaat', verfassungsrechtlich normiert vor allem in den demokratischen Grundrechten und den sozialen Grundrechten der Weimarer Verfassung, erfassen. Neumann sieht die Aufgaben einer sozialistischen Staatstheorie darin, den positiven Gehalt des

zweiten Teils der Weimarer Verfassung zu entwickeln und konkret darzustellen. Für das Erreichen der sozialistischen Gesellschaftsordnung setzt Neumann politisch auf die Ausnutzung des bürgerlichen und in der Weimarer Verfassung modifizierten Legalitätssystems.

Neumann und Ernst Fraenkel, früher auch Assistent bei Sinzheimer und Neumanns Partner im Anwaltsbüro, verwenden schließlich den Terminus "Kollektive Demokratie"¹ für die Beschreibung des anzustrebenden Systems von politischer und ökonomischer Repräsentation. Sie glauben, daß das parlamentarische System politische Demokratie ermögliche, aber nur eine Seite der Anpassung von politischem und rechtlichem Überbau an die veränderten gesellschaftlichen Verhältnisse sei. Ebenso wichtig sei die ökonomische Demokratie, welche sich u. a. und vor allem in der rechtlichen Anerkennung der Gewerkschaften zeige. Diese Kombination von ökonomischer und politischer Demokratie bezeichnen sie als "Kollektive Demokratie". Mit dem politischen Begriff vom 'sozialen Rechtsstaat' vertritt Neumann eine Konzeption, deren tragende gesellschaftspolitische Elemente auf den 1918/19 'geschlossenen' politischen und sozialen Kompromissen zwischen sozialdemokratischer Arbeiterbewegung und liberal-demokratischem Bürgertum und Katholiken beruhen.

Neumanns Arbeiten vor 1933 verdanken ihren selbstbewußten Gestus dem Vertrauen auf eine starke politisch-soziale Bewegung. Ihr Kontext ist die reformistische Arbeiterbewegung, die ihre politische Basis in der SPD und ihren sozialen Rückhalt in den freien Gewerkschaften hatte; ihre Argumentationsform ist primär verfassungsrechtlich und rechtsdogmatisch mit ideologischer Orientierung am Wertsystem des reformistischen Sozialismus. Sie basieren auf den beiden Grundprinzipien der Weimarer Verfassung - Demokratiepostulat und Sozialstaatspostulat - und der Annahme von ihrer notwendi-

1) Neumann bevorzugte den Ausdruck 'kollektive Selbstverwaltung', hatte aber keine Probleme mit Fraenkels Verwendung des Begriffs 'kollektive Demokratie'. Siehe hierzu NEUMANN, Franz: Die politische und soziale Bedeutung der arbeitsgerichtlichen Rechtsprechung. Berlin 1929. S. 39 (Nachdruck in: Ramm, Thilo (Hrsg.): Arbeitsrecht und Politik. Neuwied und Berlin 1966. S. 147); und FRAENKEL, Ernst: Kollektive Demokratie. In: Die Gesellschaft (1929), Heft 8. S. 103-118.

gen Einheit. Auffallend ist, wie sehr in ihnen die juristische Begründungsstrategie alle anderen Elemente dominiert; Kern der Schriften ist eine legalistisch verkürzte Auffassung von der sozialen Realität.

Die konzeptionelle und strategische Grundlinie der von Neumann vertretenen Transformationsstrategie beruht auf einer evolutionären Auffassung. Zu dieser Zeit war der evolutionäre Sozialismus eines Karl Renner und eines Otto Bauer sowie dessen juristische Interpretation durch Hugo Sinzheimer von großer Bedeutung für Neumann.

Bei der folgenden eingehenden Untersuchung der wichtigsten Schriften Neumanns aus der Weimarer Zeit will ich deshalb auch der Frage nachgehen, ob Neumann seine reformistische Strategie, nämlich einen gesellschaftlichen Veränderungsprozeß ohne eine grundlegende Umwälzung der ökonomischen Produktionsverhältnisse herbeiführen zu wollen, wirklich konsequent und trotz des nicht zu übersehenden Wandels 1929/30 (Weltwirtschaftskrise, Regierungsantritt Brünnings) vertritt. Weiterhin ist zu fragen, warum Neumann nur im juristischen Rahmen argumentiert. Dies kann als Indiz dafür gelten - die Analyse der Texte wird den Beweis zu erbringen haben -, daß er das Recht als einziges Medium ansieht, durch das die Interessen der Arbeiterklasse realisiert werden können. Außerdem ist wichtig zu erfahren, wie es zur fatalen Fehleinschätzung der politischen Entwicklung in Deutschland kommen konnte und wie Neumann und die gesamte Weimarer Linke 1933 reagierten.

3.2. 'Kollektive Demokratie' (1925 - 1929)

Um Neumanns Kampf für sein Konzept von der 'Kollektiven Demokratie' darzustellen, beziehe ich mich im folgenden auf vier seiner Publikationen aus den Jahren 1925 - 1929, die mir für dieses Vorhaben besonders geeignet erscheinen. In dem Aufsatz 'Der Kampf um den Zwangstarif'² von 1925 setzt er sich mit der Kontroverse

2) NEUMANN, Franz: Der Kampf um den Zwangstarif. In: Die Arbeit 2 (1925). S. 694-703.

über den Zwangstarif auseinander und stellt fest, daß bei der Regelung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen die Vertreter der Arbeiterschaft nicht beteiligt bzw. im Nachteil sind und daher eine fortschrittliche Entwicklung hin zum Sozialismus unmöglich ist. In dem Text 'Richterliches Ermessen und Methodenstreit im Arbeitsrecht'³ von 1929 hält er aus der Perspektive einer marxistisch orientierten Rechtssoziologie die wachsende Macht der demokratiefeindlichen Richterschaft, die in reaktionärer Absicht die Funktion der gerade geschaffenen Rechtsnormen gemäß den Erfordernissen des Kapitals manipuliert, für ein zweites Hindernis auf dem Weg zur 'Kollektiven Demokratie'. Er zeigt die speziellen Gefahren dieser richterlichen Möglichkeiten für die Arbeiterbewegung auf, welche er besonders im Zerstören des Gleichgewichts der Kräfte und in der Rückkehr zum Klassenstaat sieht. Mit einem zweiten Aspekt richterlicher Macht, der Prüfung der Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen, beschäftigt er sich in einem dritten, ebenfalls 1929 entstandenen Aufsatz mit dem Titel 'Gegen ein Gesetz zur Nachprüfung der Verfassungsmäßigkeit von Reichsgesetzen'⁴. Dieses Prüfungsrecht bedeutet für Neumann ein Angriff auf die parlamentarische Demokratie selbst, da die Gerichte nicht mehr vom Parlament ausreichend kontrolliert werden können und so eigenständig wichtige politische Entscheidungen treffen, welche wiederum sozialdemokratische Reformen verhindern. Die vierte Schrift, 'Die politische und soziale Bedeutung der arbeitsgerichtlichen Rechtsprechung'⁵, nutzt Neumann noch einmal dazu, den Arbeitern ihre bedrohliche Situation klarzumachen und um sie wachzurütteln. Denn seiner Meinung nach hat deren mangelndes politisches Bewußtsein die Ausnutzung vieler guter Chancen auf dem Weg zur 'Kollektiven Demokratie' verhindert. Hierbei bezieht er sich vor allem auf die Mißstände in der arbeitsgerichtlichen Rechtsprechung, die von der Arbeiterklasse ohne Proteste stillschweigend akzeptiert wurden.

3) NEUMANN, Franz: Richterliches Ermessen und Methodenstreit im Arbeitsrecht. In: Arbeitsrecht 16 (1929). S. 321-336.

4) NEUMANN, Franz: Gegen ein Gesetz zur Nachprüfung der Verfassungsmäßigkeit von Reichsgesetzen. In: Die Gesellschaft 6 (1929). S. 517-536.

5) NEUMANN: Die politische und soziale Bedeutung ... a. a. O.

3.2.1. 'Der Kampf um den Zwangstarif' (1925)

Neumanns erster Versuch, einen Weg zur Etablierung eines Gleichgewichts der Klassenkräfte in Deutschland aufzuzeigen, entwickelt er in seinem vielbeachteten, 1925 publizierten Artikel, welcher sich mit der Kontroverse über den Zwangstarif beschäftigt.⁶ Der Aufsatz erschien zwei Jahre nachdem sich die Regierung ziemlich plötzlich zu einer Reform und zum vermehrten Gebrauch von bindenden Urteilen bei Tarifverhandlungen entschlossen hatte. Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) lehnte den gesetzlichen Einigungszwang bei Gesamtstreitigkeiten als große Gefahr für die Lebensinteressen der Arbeiterschaft und der Gewerkschaftsbewegung im Frühjahr 1924 grundsätzlich ab.

In der Praxis begann das Einigungsverfahren lediglich dann, wenn die freiwilligen Versuche einer Übereinkunft zwischen Arbeitgebern und -nehmern gescheitert waren. In den meisten Fällen wurde der nun in Aktion tretende Schiedsausschuß von einem Vorsitzenden geleitet, der vom Staat benannt worden war. Zusätzlich nominierten die streitenden Parteien für die Verhandlungsführung zuständige Assessoren. Falls bei der erneuten Unterredung wieder kein Abkommen erzielt wurde, wurde die Entscheidung durch Mehrheitsbeschluß herbeigeführt, die von beiden Fraktionen akzeptiert werden mußte. Dieses bindende Urteil galt vor dem deutschen Gesetz als eine Form der gemeinsamen Übereinkunft.

In dieser Situation vertritt Neumann die Ansicht, daß das Kapital signifikante Vorteile den Arbeitern gegenüber erworben habe und begründet dies mit dem Machtzuwachs, den Handel und Industrie durch Monopol-, Trust- und Kartellbildung erlangt haben und der einen grundlegenden sozio-ökonomischen Wandel bewirkt hat. Um das entstandene Ungleichgewicht auszugleichen, ist es nach Neumann geboten, eine neutrale dritte Instanz einzusetzen. Sie soll zwischen den Parteien vermitteln und die Befugnis haben, eine Schlichtung bzw. Übereinkunft herbeizuführen.

6) NEUMANN: Der Kampf ... a. a. O.

Neumann führt aus, daß sich die Haltung der europäischen Sozialisten gegenüber dem Staat seit dem Krieg geändert habe, der Sozialismus nicht mehr staatsfeindlich sei, sondern den Staat bejahe, wenn auch nicht den derzeitigen.⁷ Der bestehende deutsche Staat ist in seiner Sicht mehr als ein Klassenstaat und weniger als ein sozialistischer Staat. Selbst wenn die SPD irgendwann die Mehrheit im Parlament besäße, wären die Sozialisten nicht bereit, deren ökonomische Politik blind zu akzeptieren. Eine fortschrittliche Politik habe bestimmte Ziele und erfülle bestimmte Funktionen. Sie sollte die freie und progressive Entwicklung der ökonomischen Kräfte fördern und überdies die Befugnis des Staates, in die Wirtschaft einzugreifen mehrten bzw. aufrechterhalten. Diese Art der fortschrittlichen Entwicklung könne nur voll erreicht werden durch die demokratische Partizipation der autonomen, freiwilligen sozialen und ökonomischen Vereinigungen mit Staatsfunktion. Im Gegensatz zur Situation in der Sowjetunion sei diese enge Verbindung zwischen Sozialismus und Demokratie in Deutschland denkbar und gelte es anzustreben.⁸

In seinem Artikel führt Neumann weiter aus, daß die Regelung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen durch Tarifvertrag nur und ausschließlich das Recht und die Pflicht der Gewerkschaften sei aufgrund eines "wohl erworbenen Rechts", welches historisch legitimiert und verfassungsrechtlich normiert sei.⁹

Neumanns Argumentation in diesem Aufsatz zeigt seine theoretische Nähe zu den Positionen Bauers, Renners und Sinzheimers. Er beschreibt eine Gesellschaft im Prozeß des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, in welcher der Staat nicht länger ein Klassenstaat ist, gewillt, der arbeitenden Klasse seinen Willen aufzuerlegen. Die zwischen den beiden wichtigsten sozialen Klassen bestehende Balance offenbart sich durch die parlamentarische Demokratie und die demokratische Teilnahme der sozialen und ökonomischen Vereinigungen an den Staatsgeschäften. Der nach Neumanns Meinung im Entstehen

7) Vgl. NEUMANN: Der Kampf ... a. a. O., S. 698.

8) Vgl. ebenda, S. 699.

9) Ebenda, S. 700.

begriffene Sozialismus läßt sich an der Beilegung der Feindseligkeiten zwischen Sozialisten und Staat ablesen und in den Bemühungen der Sozialisten, diesen bis dahin weitgehend unparteiischen Staat zu stärken und dessen Aktivitäten in die Richtung sozialistischer Ziele zu lenken. Der Effekt einer in dieser Weise geordneten und funktionierenden Gesellschaft sei es, so Neumann, eine Entwicklung der ökonomischen Kräfte zu ermöglichen bis schließlich der Sozialismus vollständig realisiert sei.

3.2.2. 'Richterliches Ermessen und Methodenstreit im Arbeitsrecht' (1929)

Ein zweiter Ansatzpunkt Neumanns bzw. seiner Einschätzung nach eine große Bedrohung der 'Kollektiven Demokratie' sieht Neumann in der reaktionären Richterschaft. Ihm wird recht schnell klar, daß das deutsche richterliche Establishment versucht, den rechtlichen Überbau in ihrem Sinne zu verändern. Diese von der Richterschaft betriebenen Umformungen erweitern die Kluft zwischen der Entwicklung des rechtlichen Überbaus und der der sozio-ökonomischen Bedingungen, statt die beiden Entwicklungslinien, wie es in Sinzheimer, Fraenkels und seinem Interesse liegt, einander anzunähern. Sie hemmen den Prozeß politischen Wandels, wie ihn Neumann intendiert.

In den späten 20er Jahren war Neumann vorwiegend tätig als Syndikus des deutschen Baugewerksbundes, als Prozeßvertreter zahlreicher anderer Gewerkschaften und galt als Person mit beträchtlichem Einfluß auf die Rechtsabteilung des ADGB.¹⁰ Er arbeitete aktiv an der Formung eines kollektiven Arbeitsrechts, welches als rechtliche Grundlage für die 'Kollektive Demokratie' galt und durch die Verfassung bisher nur vage und unvollkommen formuliert geblieben war. Eine Zeitlang traf sich Neumann zwei Mal wöchentlich mit einem kleinen Kreis arbeitsrechtlicher Fachanwälte, um die Grundprinzipien

10) Vgl. FRAENKEL: Reformismus ... a. a. O., S. 173.

des Arbeitsrechts für die einzelnen, konkreten Rechtsfälle herauszuarbeiten.¹¹

Gerichtsentscheide in Deutschland, noch die des höchsten Gerichts konnten kein Gesetz schaffen und waren auch nicht bindend in anderen Fällen. Trotzdem, besonders im Arbeitsgerichtssystem, folgten die unteren Gerichte mit ihren Entscheidungen den Präzedenzfällen der höheren Gerichte. Zumindest mißachteten sie i. d. R. die Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichts nicht. Dieser höchsten Instanz für Berufungsklagen im Bereich des Arbeitsrechts wurden fast alle wichtigen Auseinandersetzungen angetragen. Auf das Reichsarbeitsgericht konzentrierte Neumann seine rechtlichen Aktivitäten. Etliche Male trat er in ausgesuchten Fällen mit sorgfältig vorbereiteten juristischen Argumentationen dort auf.

Neumanns Methode der rechtlichen Beweisführung basiert auf einem Konzept der Rechtssoziologie, das sich von Renner und Sinzheimer herleitet. Mehr als eine einfache technische Analyse der Rechtsform, beinhaltet sie die Interpretation von Gesetzen, deren Bedeutung unklar geworden war, da sich ihre soziale Funktion geändert hatte, ihr Wortlaut aber derselbe geblieben war.¹² Neumann stimmt mit Renner darin überein, daß die Rechtssoziologie, wie jede Soziologie, eine marxistische Orientierung haben müsse; sie soll die Schlußfolgerungen von Marx' ökonomischer Geschichtsauffassung anwenden.¹³

Neumanns Theorie ist jedoch wie die Renners nicht vollkommen deterministisch. Sie erkennt an, daß Diskrepanzen zwischen dem ökonomischen Unterbau und dem rechtlichen Überbau auftreten können, die dann durch Anpassung der Gesetze an die wirtschaftlichen Veränderungen ausgeglichen werden müssen.¹⁴ Ihr zufolge ist es daher die Aufgabe der Rechtssoziologen, solche Veränderungen dann zu empfehlen, wenn die Gesetze nicht länger ihre beabsichtigte Funktion erfüllen und sie die vollständige Realisierung des progressiven sozialen Wandels verhindern.¹⁵

11) Vgl. FRAENKEL: Reformismus ... a. a. O., S. 173.

12) Vgl. NEUMANN: Richterliches Ermessen ... a. a. O., S. 330.

13) Vgl. ebenda, S. 330.

14) Vgl. ebenda, S. 331.

15) Vgl. ebenda, S. 331.

Neumann ist überzeugt, daß die Richterschaft sich zu verschwören beginnt, indem sie nicht nur an Gesetzen festhält, welche nicht länger ihre intendierte Funktion erfüllen, sondern auch, indem sie in reaktionärer Weise die Funktion der gerade geschaffenen Rechtsnormen manipuliert.

Da die Richterschaft nach dem Krieg weitgehend unreformiert und undemokratisch blieb, wuchs unter den Führern der Arbeiterbewegung die Einschätzung, daß Gerichtsentscheide durch die Parteinahme der Richter für die herrschende Klasse der Vorkriegszeit bereits vorentschieden waren; diese Ausrichtung der Rechtsprechung wurde besonders deutlich durch den Charakter des Ende 1926 geschaffenen Arbeitsgerichtssystems.

1927 und 1928 erschienen Studien¹⁶, die zur Wachsamkeit gegenüber der wachsenden Macht der Richterschaft aufriefen und vor den möglicherweise verheerenden Folgen für die Republik warnten. Beide Studien waren in Deutschland weit verbreitet und übten einen erheblichen Einfluß auf Neumann aus.

In seinem 1928 erschienenen Werk 'Recht, Richtertum und Ministerialbürokratie'¹⁷ vertritt Friedrich Dessauer die Ansicht, daß die stetige Zunahme der juristischen Macht einen vermehrten Einfluß innerhalb des Staates bedeute, welcher als reaktionäre Instanz der Erhaltung des Kapitalismus verpflichtet und offiziell keinem verantwortlich sei. Ein Jahr früher publiziert Ernst Fraenkel sein Buch 'Zur Soziologie der Klassenjustiz'¹⁸, in welchem er die geänderte Funktion des Rechts und die Verantwortung der Richterschaft für diesen Wandel beschreibt. Schärfer jedoch als Dessauer greift er die Mitglieder der Richterschaft als willfähige Instrumente der kapitalistischen Klasse an, ausgewählt und erzogen allein zu dem Zweck, die Justiz für die Reetablierung der Klassenherrschaft zu

16) FRAENKEL, Ernst: Zur Soziologie der Klassenjustiz. In: Ders.: Zur Soziologie der Klassenjustiz und Aufsätze zur Verfassungskrise. Darmstadt 1968. S. 1-41; und DESSAUER, Friedrich: Recht, Richtertum und Ministerialbürokratie. Mannheim 1928.

17) DESSAUER ... a. a. O.

18) FRAENKEL: Zur Soziologie ... a. a. O.

mißbrauchen.¹⁹ Fraenkels Botschaft richtet sich primär an die Arbeiterklasse, um sie bei den Bemühungen zu unterstützen, ihren wachsenden politischen Einfluß im Sinne einer strikteren Gesetzesauslegung der Richterschaft zu nutzen.²⁰ Fraenkel gibt zu, daß die Weimarer Gesellschaft immer noch in zwei Klassen aufgeteilt ist und daß darum Klassenjustiz zwar nicht total aufzuheben sei, aber doch immerhin ihr Mißbrauch weitgehend begrenzt werden könne.

Neumann sieht in der Machtposition der Richter nicht nur eine Bedrohung für die vollständige Etablierung der 'Kollektiven Demokratie', sondern auch ein Anzeichen für die fragile Natur des konstatierten Klassengleichgewichts.

Die Richterschaft mißbrauchte die Justiz dazu, die Funktion der Gesetze durch Neuinterpretation so zu ändern, daß sie die Erfordernisse des Monopolkapitals erfüllen. Dies gefährdete unmittelbar die Weiterentwicklung der Arbeiterbewegung und lief auf den Erwerb von Macht auf Kosten des Parlaments hinaus, der dritten, zwar starken, aber neutralen Kraft, die zwischen den Klassenkräften zu vermitteln suchte. Indem sie die Stärke des Parlaments untergrub, stellte die Richterschaft die Wirksamkeit der parlamentarischen Demokratie in Frage. Das Ergebnis dieser Politik konnte nur ein Ende des relativen Klassengleichgewichts sein, etwa indem sich die Arbeiterklasse dem Faschismus oder einer ähnlichen, verschleierten Form des Klassenstaates zuwandte.

Neumann und Fraenkel sind optimistisch, daß der beständig wachsende Einfluß der Arbeiterbewegung das Parlament befähige, seine Autorität wirksam gegenüber der Justiz auszuüben.

In den Wahlen vom Mai 1928 erhöhten die Sozialisten die Anzahl ihrer Sitze im Reichstag, sämtliche andere Parteien verloren an Boden. Die SPD gewann ihre führende Rolle zurück und stellte die meisten Abgeordneten im Kabinett Müller.

19) Vgl. FRAENKEL: Zur Soziologie ... a. a. O., S. 28.

20) Vgl. ebenda, S. 28.

In dieser Situation erscheint es Neumann und Fraenkel dringend geboten, Arbeiterbewegung und SPD vom politischen und sozialen Charakter einer reaktionären Richterschaft zu überzeugen. 1929 analysiert Neumann zwei Aspekte des dramatischen Anwachsens der Möglichkeiten der Richterschaft, die soziale Funktion der bestehenden Gesetze zu verändern. Er verwendet seine rechtssoziologische Methode, die Konsequenzen für die Arbeiterbewegung aufzuzeigen.

In der Studie kritisiert Neumann zunächst einen anderen sozialistischen Rechtstheoretiker, Ludwig Bendix, wegen dessen positiver Einstellung zur richterlichen Doktrin vom freien Belieben und wegen einiger daraus sich ergebender rechtlicher Konsequenzen.²¹ Neumann argumentiert, daß die Doktrin des freien Ermessens und die richterliche Verwendung dieser vagen Paragraphen des Rechtsstaates, um die Fälle auf der Basis dessen, was als herrschender ethischer Standard des Staates erscheint, zu entscheiden, nur ein Weg sei, auf dem die Richter die soziale Funktion der bestehenden Gesetze verändern können, ohne letztere selbst zu ändern.²² Diese Art der Betätigung könne dazu beitragen, die gefährlichen Diskrepanzen zwischen dem ideologischen Überbau der Gesellschaft und dem sozio-ökonomischen Substrat aufrechtzuerhalten.

Neumann merkt an, daß vor dem Krieg solch eine Doktrin ökonomisch und sozial fortschrittlich gewesen wäre, da zu jener Zeit die herrschende Klasse das Recht für ihre Interessen instrumentalisiert hatte und es daher das berechtigte Anliegen der arbeitenden Klasse gewesen wäre, die Rechtsordnung zu bekämpfen und Gesetze zu ändern, wann und wie immer das möglich gewesen wäre.²³ Aber in den Jahren unmittelbar vor dem Krieg haben sich die sozio-ökonomischen Bedingungen der deutschen Gesellschaft geändert. Die Verfassung von 1918 hatte einen großen Teil des rechtspolitischen Überbaus der deutschen Gesellschaft an diese Veränderungen angeglichen und der Arbeiterklasse ein sehr viel höheres Maß an Kontrolle der Rechtsordnung zugestanden. In dieser Situation scheinen Neumann

21) Vgl. NEUMANN: Richterliches Ermessen ... a. a. O., S. 325f.

22) Vgl. ebenda, S. 328.

23) Vgl. ebenda, S. 324.

Angriffe auf das Rechtssystem als nicht mehr fortschrittlich, weil die soziale Funktion einer liberalen Idee wie die der Doktrin des freien Ermessens sich gewandelt hat.²⁴

Neumann betont nachdrücklich die Tatsache dieses Wandels, indem er nachweist, daß vor dem Ersten Weltkrieg liberale Ideen dieser Art als Teil der Ausdrucksideologie dienten, welche maßgeblich den ideologischen Überbau der deutschen Gesellschaft der Vorkriegszeit charakterisiert. Aber ähnlich wie viele andere Aspekte der liberalen Ideologie sei diese Doktrin ohne spezifisch rechtlichen Gehalt nur formal. In derselben Weise wie Renner das Gesetz als eine leere Hülse sieht, nämlich als fähig, sich jedem Wandel in der Gesellschaft anzupassen, faßt auch Neumann die liberale Rechtsideologie auf als imstande, jeden beliebigen Inhalt anzunehmen oder jede politische Position als Antwort auf den sozio-ökonomischen Wandel zu rechtfertigen.

Nach dem Krieg wird die Ermessensfreiheit Teil der Verdeckungsideologie, welche dem Geist und der Struktur des Weimarer Staates widerspricht.

Nach Neumanns Auffassung wird diese Art der Doktrin meist von einer unterjochten Klasse benutzt, um der herrschenden Klasse die Macht zu entreißen. Seiner Analyse zufolge hat sich in der Weimarer Republik eine Klassenherrschaft jedoch nicht etabliert, sondern im Gegenteil der wachsende Einfluß der Arbeiterklasse in der Weimarer Verfassung zu fundamentalen Rechtsanpassungen geführt. Der ideologische Überbau wird zunehmend mit dem Unterbau in Einklang gebracht, die Zeit schreitet der Verwirklichung des Sozialismus entgegen. Aber ebenso offensichtlich ist es für ihn, daß die reaktionären Kräfte immer noch gefährlich stark sind. Aspekte einer Verdeckungsideologie bestehen immer noch, gleichzeitig mit einer Ausdrucksideologie, wie die breite Akzeptanz der Ermessensdoktrin, selbst unter sozialdemokratischen Juristen, zeigt.²⁵

24) Vgl. NEUMANN: Richterliches Ermessen ... a. a. O., S. 325.

25) Vgl. ebenda, S. 322.

Neumann zeigt in seiner Studie die spezifischen Gefahren der Ermessensfreiheit für die Arbeiterbewegung auf; Renner hatte einige nicht erkannt. Dieser hatte sich in der Atmosphäre des Positivismus des 19. Jh.s nicht mit dem radikalen Wandel im Gesetzeskodex oder falscher Interpretation der Gesetze durch die Richter befaßt.

Die Aufgabe der Sozialisten war nun, diesen Prozeß des Wandels voranzutreiben, indem sie ausgewählte Konnexinstitute (Einrichtungen, die sich neben dem Hauptinstitut herausgebildet haben und dieses sichern sollen) zum Vorschein brachten, welche durch ihren Vorsprung gegenüber den Hauptinstituten, die ihrerseits nicht länger der sozio-ökonomischen Situation entsprachen, den Wandel der Funktion der Gesetze mitsichbrachten.

Als der Positivismus des 19. Jh.s in Mißkredit geriet, erwachte die Doktrin des freien Ermessens zum Leben und bot der Richterschaft die Möglichkeit, den Funktionswandel der Gesetze ohne Rücksicht auf Änderungen der sozio-ökonomischen Bedingungen zu vollziehen. Dies bedeutete, daß eine anti-republikanisch eingestellte Richterschaft die fortschrittliche Entwicklung des rechtspolitischen Überbaus der deutschen Gesellschaft hemmen und vielleicht die Entwicklung des Unterbaus stoppen bzw. umkehren konnte.

Für Neumann bedeutet diese Macht der Richter das potentielle Außerkraftsetzen des Gleichgewichts der Klassenkräfte und eine Rückkehr zum Klassenstaat. Er versucht die Art dieser Gefahr für die Arbeiterklasse durch die Analyse der richterlichen Ermessensfreiheit bei der Schaffung des Konzepts der 'Gemeinschaft der Arbeit' aufzuzeigen. Er schlußfolgert, daß sich die Richterschaft zu sehr auf den § 242 des Zivilrechts konzentriert hatte und andere, wie die §§ 615 und 623, welche als Ergänzungen zum § 242 gedacht waren, außer acht gelassen hatte. Neumann findet schließlich heraus, und hier bedient er sich der Terminologie Renners, daß die Richter vorsätzlich die eigentliche angemessene Beziehung zwischen rechtlichen Haupt- und Konnexinstituten falsch auslegen. Er merkt an, daß eine Untersuchung der entsprechenden Paragraphen des zivilrechtlichen Gesetzbuches, welche ihre intendierte Funktion in Rechnung stellt, die Existenz einer Risikogemeinschaft zwischen

Arbeitgebern und -nehmern ergeben würde.²⁶ Für eine Erklärung der intendierten Funktion dieser Paragraphen wendet sich Neumann wieder Renner zu. Wie Renner und Sinzheimer gezeigt hatten, schloß der Privatbesitz an Produktionsmitteln sowohl Herrschaft über Menschen als auch über Sachen ein. Neumann behauptet, daß das Arbeitsrecht, welches Sinzheimer zu formulieren geholfen hatte, lediglich die Macht der Produktionsmittelbesitzer begrenzen und nicht der Arbeiterklasse Beschränkungen auferlegen sollte. Das Arbeitsrecht muß folglich nach Neumann kombiniert mit den §§ 242, 615 und 323 des Zivilrechts interpretiert werden, um zeigen zu können, daß die 'Risikogemeinschaft' nur ein Schritt auf dem Weg zu wahrer ökonomischer Demokratie ist.²⁷

3.2.3. 'Gegen ein Gesetz zur Nachprüfung der Verfassungsmäßigkeit von Reichsgesetzen' (1929)

Der zweite Aspekt, auf dem die wachsende Macht der Richterschaft beruhte und mit dem Neumann sich beschäftigte, war die richterliche Prüfung der Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen. 1925 deklarierte das Verfassungsgericht das Recht eines jeden deutschen Gerichts, Gesetze unter Berücksichtigung ihrer Vereinbarkeit mit der Verfassung nachzuprüfen. Im Oktober 1928 leitete der Minister des Inneren, Arnold Brecht, dem Reichstag einen Entwurf zu, in dem er die Prüfung der Verfassungsmäßigkeit von Reichsgesetzen anerkannte. Im einzigen Artikel, den Neumann je in der damals führenden SPD-Zeitschrift 'Die Gesellschaft' veröffentlichte, attackiert er die wachsende, unkontrollierte Macht der Richter und will, indem er die daraus für die Arbeiterbewegung resultierenden Gefahren aufzeigt, sozialistische Kräfte dagegen mobilisieren.²⁸

Viele der Argumente in diesem Artikel waren identisch mit denen, die er schon gegen die Ermessensfreiheit vorgebracht hatte. Er zi-

26) Vgl. NEUMANN: Richterliches Ermessen ... a. a. O., S. 332.

27) Vgl. ebenda, S. 332.

28) Vgl. NEUMANN: Gegen ein Gesetz ... a. a. O.

tiert Dessauers Behauptung, daß die Richter bei ihren Versuchen, ihren Einfluß zu steigern, auf die veränderte sozio-ökonomische Situation nach dem Krieg reagieren. Richterliches Prüfungsrecht, ebenso wie Verfügungsfreiheit, sind demzufolge liberale Konzepte, welche eine reaktionäre Funktion in einer Situation bekommen, in der sich die sozialen Verhältnisse jährlich zugunsten der Arbeiterklasse verändern.²⁹ Was die richterliche Prüfung so außerordentlich gefährlich macht, ist nach Ansicht Neumanns die Existenz des großen, verwirrenden Katalogs von Grundrechten, der den zweiten Teil der Weimarer Verfassung ausmacht. Laut Neumann sind dies liberale Rechte und als solche regeln sie eher die Begrenzung der Regierungsgewalt zugunsten individueller Freiheit als daß sie die Staatsgewalt als Notwendigkeit für eine wahre demokratische Gesellschaft rechtfertigen. Liberalismus und liberale Rechte seien theoretisch unvereinbar mit der Demokratie und obwohl sie oft der Demokratie und dem Sozialismus nützlich sein können und es auch oft sind, könne die Verbindung zwischen liberalen Grundrechten und Demokratie zu eng und somit überaus gefährlich für letztere werden.³⁰

Nach Neumann ist dies 1929 der Fall gewesen. Er kritisiert die SPD für ihren außerordentlichen Respekt, den sie liberalen Ideen zollt.³¹ Dieser Respekt sei besonders nach dem Krieg unklug, wenn aufgrund von Veränderungen der sozio-ökonomischen Situation in Deutschland der formale Charakter der liberalen Grundrechte von reaktionären Gruppen ebenso ausgenutzt werde, wie es mit der liberalen Doktrin des freien Ermessens der Fall gewesen war. Im bürgerlichen Rechtsstaat, wie er vor dem Krieg existierte, seien diese liberalen Grundrechte Teil der Ausdrucksideologie, entsprechend der Ideologie und der Struktur der Gesellschaft. In einer sozialen Demokratie fungieren diese Rechte häufig als Teil einer Verdeckungsideologie. Neumann befaßt sich besonders mit der Tatsache, daß dieser reaktionären Ideologie inzwischen rechtliche Anerkennung

29) Vgl. NEUMANN: Gegen ein Gesetz ... a. a. O., S. 521.

30) Vgl. ebenda, S. 522f.

31) Vgl. ebenda, S. 523.

in der Verfassung verliehen worden sei. Das Prüfungsrecht bedeutet seiner Meinung nach ein machtvolles Instrument zur Verhinderung der sozialdemokratischen Reformen.

Neumann führt das Recht auf Privateigentum und das der Gleichheit vor dem Gesetz als Beispiele für den gefährlichen Formalcharakter der Grundrechte an.³²

Wiederum zitiert er Renner und Sinzheimer und verweist darauf, daß der Privatbesitz an Produktionsmitteln die Herrschaft des Eigentümers sowohl über Sachen als auch über Menschen mit sich bringt. Moderner Sozialismus sollte, wie Neumann mehrmals dargelegt hatte, auf eine Begrenzung dieser Form der Macht durch die Schaffung eines Systems von Arbeits- und Wirtschaftsrecht zielen. So könne die Abhängigkeit des Arbeiters vom Eigentümer an den Produktionsmitteln allmählich ausgeglichen werden. Aber der fortschrittlichen Perspektive stand die strikt formalistische Auslegung des Rechts auf Privatbesitz durch die Weimarer Richterschaft entgegen.

Neumann fordert, daß der Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz von den Richtern so interpretiert werden muß, daß jedes Gesetz jeden gleich behandelt; Ungleichbehandlung ist Diskriminierung. Solch eine Auslegung sei aber nur gerecht, wenn die Individuen gleiche Ausgangsvoraussetzungen hätten. Die sozialistische Arbeiterbewegung habe erkannt, daß dieses in der modernen Industriegesellschaft nicht der Fall sei und daß das Gesetz die organisatorische und soziale Ungleichheit in Betracht ziehen müsse, um die Situation zu retten.

Das Resultat der Kombination von Grundrechten mit dem richterlichen Prüfungsrecht besteht für ihn zunächst in der Gefährdung der zukünftigen Fortentwicklung des Arbeitsrechts. Schon werde gegen die rechtliche Position der Gewerkschaften unter Berufung auf eine Fülle von Grundrechten der Verfassung Sturm gelaufen.³³

32) Vgl. NEUMANN: Gegen ein Gesetz ... a. a. O., S. 524-529.

33) Vgl. ebenda, S. 527.

Die Bemühungen der Richterschaft, das Prüfungsrecht und die Grundrechte für ihre reaktionären Absichten einzusetzen, laufen auf einen Angriff auf die parlamentarische Demokratie selbst hinaus. Die Gerichte sind zu eigenmächtigen Instanzen der Macht geworden; unabhängig vom Parlament treffen sie politische Entscheidungen und begrenzen die Macht des Parlaments, indem sie die von ihm getroffenen Bestimmungen durch ihre Aktivität relativieren. Also müssen sie in geeigneter Form durch das Parlament kontrolliert werden. Nur so läßt sich der Einfluß des richterlichen Establishments auf Dauer wirkungsvoll begrenzen. Wie Neumann schon in seiner Argumentation zur Ermessensfreiheit gezeigt hatte, werde die liberale, amerikanische Staatspraxis der Trennung der Gewalten (bzw. Gewaltenteilung) mit einer unabhängigen Richterschaft aktuell mit allen Mitteln verhindert. In einer Demokratie ist jedoch das Parlament für Neumann der einzige Repräsentant des Volkswillens, und die Richterschaft hat eine sorgfältig begrenzte zweite Rolle zu spielen.

3.2.4. 'Die politische und soziale Bedeutung der arbeitsgerichtlichen Rechtsprechung' (1929)

In seiner letzten Arbeit, bevor das von ihm behauptete 'Gleichgewicht der Klassenkräfte' mit den Wahlen vom 14. September 1930 endgültig zerstört scheint, faßt Neumann noch einmal seine Argumente zur Durchsetzung der 'Kollektiven Demokratie' zusammen. Besonders eindringlich wendet er sich an die arbeitende Klasse, welche bisher unempfindlich für seine Analysen und Warnungen geblieben war.³⁴ Neumanns Pamphlet folgte einige Monate später ein Artikel von Ernst Fraenkel in der Zeitschrift 'Die Gesellschaft', welcher im Ton und in der Absicht ähnlich war und der daher der knappen Darstellung bedarf.³⁵

Zehn Jahre nach ihrer Entstehung geht Fraenkel in seinem Artikel auf die Weimarer Verfassung ein und registriert einige Wandlungen

34) NEUMANN: Die politische und soziale Bedeutung ... a. a. O.

35) FRAENKEL: Kollektive Demokratie ... a. a. O.

in der deutschen Politik. Tatsächlich, so gibt er zu, sind viele institutionelle Aspekte der Sinzheimer'schen Theorie von der 'Kollektiven Demokratie' in der Praxis nicht wirkungsvoll realisiert worden. Das Parlament ist nicht, wie erhofft, zum Zentrum der politischen Aktivitäten und der politischen Interessen geworden. Aufgrund von Ignoranz und Korruption repräsentiert es nicht mehr adäquat das deutsche Volk und als Konsequenz sei die Bevölkerung politisch desinteressiert. Neumanns Studien von 1929 zitierend argumentiert auch Fraenkel, daß die Richter auf Kosten des Parlaments zu eigenmächtig geworden seien. Ebenso seien die ökonomischen Bestimmungen der Verfassung nicht vollständig durchgeführt worden. Die Verfassung habe das Ausmaß der ökonomischen Entwicklung überschätzt. Als Resultat sei das Ratssystem, was zusammen mit dem Arbeitsrecht als Basis für Sinzheimers Entwurf gedient hatte, nie vollendet worden; Räteversammlungen seien generell ineffektiv als Teil eines ökonomischen Systems, welches seiner Essenz nach immer noch kapitalistisch ist.³⁶

Aber Fraenkel bestreitet weiterhin, daß die 'Kollektive Demokratie' tot sei. Er meint, daß die Aufgaben des Räteystems von freien, von der Regierung unabhängigen Vereinigungen erfüllt würden.³⁷ Durch die Existenz von Assessoren, die in verstärktem Maße als Vertreter dieser Vereinigungen in Prozessen und ähnlichen rechtlichen Angelegenheiten auftreten, sieht er sich bestätigt.

Tatsächlich würde, so Fraenkel, die parlamentarische Demokratie durch die Realisierung der 'Kollektiven Demokratie' gestärkt. Das Volk, welches hierbei einen größeren Anteil an der Formulierung und Ausführung der Staatspolitik als Mitglieder der freien Vereinigungen habe, würde sich der komplizierten und wichtigen Natur der politischen Entscheidungsfindung bewußter. Fraenkel betont, daß die 'Kollektive Demokratie' schon im wesentlichen bestehe und ihren Niederschlag in der Verfassung gefunden habe.³⁸ Aber der Sinn die-

36) Vgl. FRAENKEL: Kollektive Demokratie ... a. a. O., S. 110.

37) Vgl. ebenda, S. 112.

38) Vgl. ebenda, S. 117.

ser Verfassung sei eben noch nicht vollständig realisiert, so schließt Fraenkel, und der Zeitpunkt der Institutionalisierung der 'Kollektiven Demokratie' sei gekommen.

Neumanns Text behandelt explizit das fundamentale Problem, das Fraenkels Essay nur angedeutet hatte. Wie Sinzheimer ursprünglich formuliert hatte, habe es die Arbeiterbewegung versäumt, die 'Kollektive Demokratie' zum Funktionieren zu bringen. In der Verfassung selbst läge nicht der Fehler. Arthur Rosenberg hatte gerade seine klassische Studie 'Die Entstehung der Deutschen Republik'³⁹ veröffentlicht und aufgezeigt, daß die Verfassung eine Anzahl von zwischen verschiedenen sozialen und politischen Gruppen getroffenen Vereinbarungen enthalte. Es gab etliche Rahmenbedingungen in der Verfassung neben den Vorschlägen Sinzheimers, und sie bedurften der Ausarbeitung durch das Parlament. Die sozialen Kräfte in Weimar glichen sich aus, doch besaß die Arbeiterklasse das Potential sich über die Kapitalisten zu erheben. Bis 1929 hätte die Arbeiterbewegung mit Hilfe ihres wachsenden Einflusses im Parlament die Aussicht auf 'Kollektive Demokratie' realisiert haben können. Es ist nicht ganz klar, ob Neumann sich anschickte, die Arbeiterbewegung für dieses Versagen zu tadeln oder ob er das Fehlen einer wirkungsvollen Führerschaft in den Gewerkschaften und in der SPD als den entscheidenden Faktor ansieht. Wie auch immer wendet er sich 1929 direkt dem Problem des mangelnden politischen Bewußtseins auf seiten der Arbeiterklasse zu, analysiert es, dessen potentielle katastrophalen Konsequenzen und präsentiert seine Untersuchung schließlich der Arbeiterklasse.

Die Intention von Neumanns Text besteht in der Auswertung der Rechtsprechung, die das Arbeitsrecht betraf. Er beginnt mit einer Überprüfung seiner gerade publizierten Argumente gegen die richterliche Ermessensfreiheit und das Prüfungsrecht der Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen und stellt hierbei fest, daß sich die ursprüngliche soziale Funktion des Rechtsinstituts selbst verändert hat. Statt die Gesellschaft zu schützen, verteidigt die Richterschaft ledig-

39) ROSENBERG, Arthur: Die Entstehung der Deutschen Republik 1871 - 1918. Berlin 1928.

lich ihre eigenen Interessen und die der Monopolkapitalisten.⁴⁰ In solch einer Situation sind die Interessen der Gesellschaft gefährdet, und es liegt daher in der Verantwortung des Parlaments, die Selbstständigkeit der Gerichte zu beenden.

Nachdem er die Beziehung zwischen Richterschaft und Gesetz im allgemeinen analysiert hat, zeigt Neumann auf, wie diese Beziehung die konkrete arbeitsgerichtliche Rechtsprechung beeinflusst. Wie schon in einem anderen Zusammenhang (s. o.) zitiert er Renners und Sinzheimers Argumente, die im Privatbesitz von Produktionsmitteln, der Grundlage des kapitalistischen Systems, verschiedene Formen von Herrschaft sehen. Es sei daher das Ziel des fortschrittlichen Arbeitsrechts, diese verkleideten Funktionen des Rechtsinstituts des Eigentums zu beschränken. Speziell soll es die Aufgabe der arbeitsgerichtlichen Rechtsprechung sein, die Arbeiter und deren Räte, die sie am Arbeitsplatz vertreten, zu beschützen und die Anerkennung der Gewerkschaften als die rechtlichen Vertreter der Arbeiter zu leisten.⁴¹

Aber wie Neumann weiter argumentiert, hat die Rechtsprechung in Deutschland in jeder Hinsicht versagt. Er gibt zu, daß es zwar durch die Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichts einige soziale Verbesserungen gegeben habe, die aber lediglich alte und invalide Arbeiter betroffen hatten. Neumann tut diese Tatsache als rechtlichen Ausdruck der bürgerlichen Vorstellung von sozialem Mitleid ab.⁴² Unter Berücksichtigung der Räteidee behauptet er, daß die Richter das Recht falsch ausgelegt hätten, um die 'Risikogemeinschaft' auf Kosten der Arbeiter zu rechtfertigen. Darüber hinaus hätten die Gerichte die Rechtsposition der Gewerkschaften angegriffen und durch diese Aktion ihre ablehnende Haltung gegenüber jeder Form des Kollektivismus zu verstehen gegeben.⁴³

Alle früheren Versuche, die Neumann und Fraenkel während der 20er Jahre unternommen hatten, die Arbeiterklasse zur politischen

40) Vgl. NEUMANN: Die politische und soziale Bedeutung ... a. a. O., S. 124f.

41) Vgl. ebenda, S. 127f.

42) Vgl. ebenda, S. 135.

43) Vgl. ebenda, S. 140f.

Aktion aufzurufen, hatten mit der Aufzählung von Gefahren und Bedrohungen geendet; sie hatten angenommen, daß die Darstellung der Macht der Monopole, der Bürokratie und des Rechts ausreichen würde, politische Aktion auf seiten der Arbeiterklasse zu initiieren. Aber beiden wird ziemlich schnell klar, daß sich die Gewerkschaften und die SPD nicht durch ihre Argumente aktivieren lassen würden.

Im letzten Abschnitt seines Aufsatzes konfrontiert Neumann die Arbeiterklasse mit der Tatsache, daß, obwohl es ziemlich offensichtlich sei, daß die arbeitsgerichtliche Rechtsprechung ein großer Mißerfolg sei, die Arbeiterbewegung diese trotzdem akzeptiert hätte, ohne zugleich für Reformen zu kämpfen.⁴⁴

Neumann gibt zu, daß es einige arbeitsrechtliche Fortschritte gegeben hat, die den Arbeitern progressiv und attraktiv erschienen. Aber der eigentliche Grund für fehlendes Interesse und Aktivitäten sei ein mangelndes Vertrauen in das politische System selbst. Der Arbeiter sei von einer absoluten und völligen Mutlosigkeit gegenüber der Koalitionspolitik ergriffen und sehe in der Beteiligung der Arbeiterpartei an der Regierung keinen irgendwie wesentlichen Fortschritt zur Verbesserung seiner Lage. Auf der anderen Seite erfülle den Arbeiter die Macht der Bürokratie mit Erbitterung, welche nie reformiert oder demokratisiert worden sei und die nun die Macht des Parlaments bedrohe. Das Ergebnis einer solchen Einschätzung der Arbeiterklasse könne daher, laut Neumann, die Bereitschaft sein, Gedanken an einer Diktatur nachzuhängen und nachzugeben, und dies um so eher, wenn versichert würde, daß eine Diktatur keinesfalls mit einem sozialpolitischen Rückschritt Hand in Hand gehen müsse.⁴⁵

Unter der Voraussetzung eines 'Gleichgewichts der Klassenkräfte' geht Neumann davon aus, daß ein bestimmtes Maß an Koalitionspolitik und eine langsame Entwicklung zu den Zielen der Arbeiterbewegung hin die natürlichen Charakteristika einer parlamentarischen

44) Vgl. NEUMANN: Die politische und soziale Bedeutung ... a. a. O., S. 143.

45) Vgl. ebenda, S. 144.

Demokratie seien. Die Arbeiterklasse müsse sich dieser Tatsache bewußt sein und davon überzeugt werden, daß ihre eigenen fehlenden politischen Aktivitäten, resultierend aus einer falschen Interpretation der Situation, die Dinge nur noch schlechter mache, weil sie der Bürokratie und der Richterschaft erlaube, auf Kosten des Parlaments noch mehr Macht zu erlangen. Nur die Arbeiterklasse könne seiner Meinung nach die tragende Kraft für Reformen bilden. Da Neumann von der Annahme ausgeht, daß eine Koalitionsregierung zwischen bürgerlichen und Arbeiterparteien für die nächsten Jahre das politische Schicksal Deutschlands bestimmen wird, überlegt er, wie die Passivität der Arbeiterschaft und ihrer Verzweiflung über die Passivität der Regierung am besten entgegenzusteuern sei.⁴⁶ Für ihn bedeutet das zunächst die Aufklärung der Arbeiterschaft über das Wesen der Koalitionsregierung. Da Volk und Parlament durch Abgründe voneinander getrennt seien, könne der Arbeiterschaft die Notwendigkeit des Kompromisses und dessen Bedeutung in dieser Zeit nur durch aktive Beteiligung am politischen, sozialen und wirtschaftlichen Leben verständlich gemacht werden.⁴⁷

Die Erfüllung der Forderung nach dieser Art von Partizipation sei die Aufgabe der 'Kollektiven Demokratie', oder, wie Neumann es in seinem Aufsatz ausdrückt, der "kollektiven Selbstverwaltung".⁴⁸ Wie Fraenkel sieht er in der vermehrten Zulassung von Gewerkschaftsrepräsentanten als Assessoren im Arbeitsgerichtssystem einen großen Schritt in Richtung auf die Realisierung des Geistes der Verfassungsparagraphen, die sich auf Arbeit und Wirtschaft beziehen. Mit der rechtlichen Anerkennung der 'Kollektiven Demokratie' würde die Macht der Richter und der Bürokratie eingeschränkt und das Parlament seine verlorene Wirksamkeit zurückgewinnen.⁴⁹

46) Vgl. NEUMANN: Die politische und soziale Bedeutung ... a. a. O., S. 145.

47) Vgl. ebenda, S. 145.

48) Ebenda, S. 147.

49) Vgl. ebenda, S. 147.

3.3. 'Sozialer Rechtsstaat' (1930 - 1933)

Ende der 20er Jahre wurde es für Neumann, Sinzheimer und Fraenkel offensichtlich, daß ihr früherer Optimismus über die Möglichkeiten der Arbeiterbewegung nicht mehr länger berechtigt war. Monate vor dem 'Schwarzen Freitag' im Oktober 1929 sank der ökonomische Wohlstand Deutschlands, welcher teilweise der Rechtfertigung des politischen Status quo gedient hatte. Anfang 1929 erhöhte sich die Arbeitslosenquote dramatisch. Die Debatten im Parlament über die Verschlechterung der wirtschaftlichen Welt- und der deutschen Lage führten schließlich im März 1930 zur Auflösung der Koalition zwischen SPD, Zentrumspartei und Deutscher Volkspartei. Als die Nationalsozialisten im September 1930 die Wahlen gewannen, beschleunigte sich die Talfahrt der Republik rapide.

Unter diesen Umständen war nicht nur die vollständige Realisierung der 'Kollektiven Demokratie', sondern auch das parlamentarische System selbst gefährdet. Der Präsident, die große Mehrheit der Armeeoffiziere und ein großer Teil der Richter waren offen antidemokratisch. Ein Großteil der Angehörigen der städtischen und ländlichen Mittelklasse, die Unternehmer und viele Professoren und Studenten und alle wichtigen politischen Parteien (mit Ausnahme der SPD und des katholischen Zentrums) waren nicht gewillt, demokratische Methoden der Beilegung von politischen und ökonomischen Konflikten zu akzeptieren. Die demokratischen Spielregeln waren außer Kraft gesetzt.

Diese Situation war für Neumann, Fraenkel und Sinzheimer doppelt unangenehm, da viele der erreichten Teilaspekte der 'Kollektiven Demokratie', insbesondere die rechtliche Anerkennung der Rechte und Pflichten von freiwilligen Vereinigungen, mitverantwortlich waren für die abnehmende Effektivität der parlamentarischen Herrschaft. Aus der Gruppe um Sinzheimer blieb Neumann, der schon immer eine radikalere Position als Sinzheimer und Fraenkel eingenommen hatte, der aktivste im Kampf um die 'Kollektive Demokratie'; er verteidigte sie vehement sowohl gegen rechts- als auch linksorientierte Kritik des politischen Spektrums Weimars.

1930 erschien von Hermann Heller, einem Berliner Rechtsprofessor, ein Buch⁵⁰, welches nicht ohne Einfluß blieb. Es war das erste einer Anzahl von um 1930 publizierten Werken verschiedener Autoren, zu denen auch Neumann und Fraenkel gehörten, welche eine Rückkehr zum Konzept des Rechtsstaates forderten und zum Überdenken der Prinzipien der Weimarer Verfassung mahnten.

Heller meint, daß die Bourgeoisie den Rechtsstaat als Mittel zur Erlangung der rechtlichen Sicherheit, die für die Entwicklung des Kapitalismus nötig sei, entwickelt hätte.⁵¹ Aber nach 1848 habe sie die Rechtsstaatidee aufgegeben, da sie befürchtet habe, daß die Arbeiterklasse ihre rechtlich anerkannte und durch den Rechtsstaat garantierte Freiheit zur Gefährdung der politischen und sozialen Position der Bourgeoisie ausnutzen könne.⁵² Die 'materiale' Rechtsstaatidee, welche von seiten des Proletariats zu einer 'sozialen' Rechtsstaatidee entwickelt zu werden drohte, wäre stattdessen ein negatives, formales Konzept ohne jede Bedeutung oder Funktion mit Ausnahme der Verwendung durch die Weimarer Richterschaft für den bourgeois Liberalismus geworden. Aber die Bourgeoisie fühle sich immer noch durch das Proletariat und dessen Orientierung auf einen sozialen Rechtsstaat bedroht. Während der 20er Jahre reagiert die Bourgeoisie auf eine irrationale neofeudalistische Art und ruft nach einem starken Mann, der die Ordnung wiederherstellen kann.⁵³

Für Heller ist allein der Rechtsstaat eine akzeptable Alternative zur bestehenden deutschen Regierungsform und liegt sowohl im Interesse der Bourgeoisie als auch des Proletariats. Die Bourgeoisie benötige noch die vom Rechtsstaat bereitgestellte rechtliche Sicherheit, und auf die Dauer könne eine Diktatur weder zuverlässige Versprechungen bezüglich der rechtlichen Sicherheit machen noch der Regierungskorruption abhelfen. Ein Rechtsstaat in diesem Sinne würde zweifellos einen 'sozialen' Charakter entwickeln, da die For-

50) HELLER, Hermann: Rechtsstaat oder Diktatur? Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart. Tübingen 1930.

51) Vgl. ebenda, S. 6.

52) Vgl. ebenda, S. 7f.

53) Vgl. ebenda, S. 11.

derungen des Proletariats diesem nicht abgeschlagen werden könnten. Aber, so fragt sich Heller, bedeutet der soziale Rechtsstaat nicht die Herrschaft von 'Geringeren' oder den Untergang der Kultur, wie die Bourgeoisie zu glauben vorgibt?⁵⁴ Er schlußfolgert, daß 1930 nur die Wahl zwischen dem Rechtsstaat und der Diktatur besteht und darum der Rechtsstaat in seiner vollen sozialen Bedeutung die einzig akzeptable Option ist.

Neumanns Hauptwerk der Weimarer Jahre, 'Koalitionsfreiheit und Reichsverfassung', erschien 1932, nachdem er 1930/31 eine Reihe von Artikeln publiziert hatte, in denen er verschiedene Aspekte seiner These entworfen hatte.⁵⁵ Er versuchte ein Konzept des sozialen Rechtsstaats zu präsentieren, welches dazu bestimmt war, alle wichtigen Aspekte der 'Kollektiven Demokratie' einzuschließen.

Neumanns Ausgangspunkt ist die Einschätzung Kirchheimers, eines marxistisch orientierten Anwalts und Schülers von Carl Schmitt, daß ein friedlicher evolutionärer Übergang zum Sozialismus innerhalb des Rahmens der Weimarer Demokratie gelingen könne, wenn es die sozialistischen Juristen schaffen würden, die progressive "Entscheidung" innerhalb der Verfassung freizulegen.⁵⁶ Diese Entscheidung kann nur durch eine sozialistische Neuinterpretation der Grundrechte gefunden werden. Kirchheimer argumentiert, daß diese Rechte, welche tatsächlich für jede Auslegung offen sind, dann in einer zusammenhängenden Reihe von Werten umgeformt werden können, welche die sozio-politische Richtung der zukünftigen Entwicklung Deutschlands angibt.

Neumann legt nun die Verfassung in dieser Weise neu aus, um jene Doktrin rechtlich zu realisieren, die er später als Kombination des

54) HELLER ... a. a. O., S. 18.

55) NEUMANN: Koalitionsfreiheit ... a. a. O. Auf die vorhergegangenen Artikel komme ich im weiteren noch zu sprechen.

56) Vgl. KIRCHHEIMER, Otto: Weimar - und Was Dann? Entstehung und Gegenwart der Weimarer Verfassung (Berlin 1930. Ins Englische übersetzt und wiederabgedruckt). In: Frederic S. Burin und Kurt L. Shell (Hrsg.): Politics, Law and Social Change. Selected Essays of Otto Kirchheimer. New York und London 1969. S. 33-74, hier S. 74.

Erbes der bürgerlichen Rechte mit der rechtlich-politischen Gleichheit und den Erfordernissen des Kollektivismus beschreiben sollte.⁵⁷ Dies sei erst die soziale Rechtsstaatidee, weil sie eine Reihe von rechtlichen Restriktionen enthalte und dem Staat Pflichten auferlegt, die dieser verfassungsmäßig erfüllen müsse. Sie hat einen deutlich sozialen Charakter, weil sie der 'Kollektiven Demokratie' rechtliche Anerkennung verleiht.

Neumann sieht viele Schwierigkeiten nicht nur im Durchsetzen seiner Neuinterpretation der Verfassung als die maßgebende, sondern im eigentlichen Prozeß der Neuinterpretation selbst. 'Kollektive Demokratie' hat für Neumann und Fraenkel 1930 eine völlig andere Bedeutung als sie für Sinzheimer 1918 hatte, als das Fundament für die 'Kollektive Demokratie' in die Verfassung geschrieben worden war. Sinzheimers Räte-System, als Grundrecht in der Verfassung enthalten, war nur in Ansätzen verwirklicht worden. Wie oben gezeigt, konzidierten Neumann und Fraenkel 1929, daß die Räteversammlungen nicht länger als integraler Bestandteil der 'Kollektiven Demokratie' betrachtet werden könnten. Sie argumentierten, daß die Verantwortlichkeit der Räte von den freien Vereinigungen, besonders von den Gewerkschaften, übernommen worden sei und daß diese Verantwortung rechtliche Anerkennung erhalten sollte.

Neumanns Versuch, die Verfassung neu zu interpretieren, rief bei denen Kritik hervor, die eine Neuauslegung für überflüssig hielten oder nicht wünschten, weil ihnen entweder die Verfassung als nicht erhaltenswert oder die bestehende maßgebliche Auslegung als ausreichend erschien. Ironischerweise gehörte Kirchheimer bis 1930 zur ersteren Gruppe; er glaubte nicht an die Möglichkeit einer sozialistischen Neuauslegung, sondern an einen Prozeß der Auflösung der Verfassung und hielt den friedlichen Übergang zum Sozialismus innerhalb des konstitutionellen Rahmens Weimars für eine verpaßte Möglichkeit.⁵⁸

57) Vgl. NEUMANN: Behemoth ... a. a. O., S. 59f.

58) Vgl. KIRCHHEIMER: Weimar ... a. a. O., S. 73.

3.3.1. Die Rechtfertigung der verfassungsmäßigen Neuinterpretation

Vor 1930 hatten sich Neumann und Fraenkel an die Arbeiterklasse gewandt, die existierende 'Kollektive Demokratie' zu erkennen, zu akzeptieren und ihren Einfluß auf das Parlament für die Ausweitung, Vervollständigung und völlige rechtliche Anerkennung zu verwenden. Nach 1930 argumentiert Neumann, daß alles für das Funktionieren der 'Kollektiven Demokratie' Notwendige schon verfassungsmäßig anerkannt sei. Er sieht die 'Kollektive Demokratie' nicht nur als ein Recht oder als eine mögliche zukünftige Form der ökonomischen Organisation sondern auch als konstitutiven Bestandteil der bestimmten konstitutionellen Entscheidung über die Zukunft Deutschlands. Die Verfassung verlangt tatsächlich die Realisierung der 'Kollektiven Demokratie' und fordert die Gewerkschaften auf, die Aufgaben, die früher den Ratsversammlungen zugewiesen waren, zu übernehmen.

Für Neumann liegt der Grund, warum die Gewerkschaften nie diese Funktion besessen haben und somit der Anlaß für eine Neuauslegung der Verfassung darin, daß der wahre Gehalt hinter den Paragraphen der Grundrechte, die sich auf wirtschaftliche Angelegenheiten beziehen, ignoriert würde. In radikaler Abkehr von seiner 1929 geführten Attacke auf die Grundrechte schreibt er Ende 1930, daß sie eine Entscheidung im Interesse der Arbeiterklasse ausdrücken. "Denn die Verfassung ist im entscheidenden Teil ein Werk der Arbeiterklasse. Unmöglich, daß die Arbeiterklasse, die in dem Verfassungsausschuß durch verfassungsrechtlich so kundige Vertreter wie Sinzheimer und Katzenstein vertreten ist, mit der Verfassung nichts weiter tun wollte, als Freiheit und Eigentum des Bürgertums zu sichern."⁵⁹

Neumann fügt hinzu, daß die Grundrechte nun neu festgelegt werden müssen, und zwar nicht nur einfach deswegen, weil sie falsch ausgelegt worden seien, sondern weil diese Fehlinterpretation ein kalku-

59) NEUMANN, Franz: Die soziale Bedeutung der Grundrechte in der Weimarer Verfassung. In: (Die Arbeit 7 (1930). S. 569-582. Nachdruck in:) Alfons Söllner (Hrsg.): Franz L. Neumann. Wirtschaft, Staat, Demokratie. Aufsätze 1930 - 1954. Frankfurt am Main 1978. S. 57-75, hier S. 68.

lierter Versuch der Bourgeoisie gewesen war, radikal die Funktion der Gesetze zu verändern, welche durch und für die Arbeiterklasse erreicht worden waren. Durch die Rechtsprechung und hier insbesondere durch die Entscheidungen der Bundesgerichte habe das Bürgertum die Bedeutung dieser Rechte umgekehrt, die zum Zeitpunkt ihrer Formulierung zwecks Ausrichtung des rechtspolitischen Überbaus an die veränderten sozio-ökonomischen Strukturen der deutschen Gesellschaft entwickelt worden waren. Anstatt den Grundstein für die 'Kollektive Demokratie' in Gestalt einer Parität zwischen Arbeitern und Produktionsmittelbesitzern zu legen, welche das zugrundeliegende Klassengleichgewicht ausdrückt, seien die Grundrechte ausschließlich im Interesse der Bourgeoisie ausgelegt worden.

Neumann vertritt daher die Ansicht, daß es die zentrale Aufgabe der sozialistischen Staatstheorie sei, "... den positiven sozialen Gehalt des zweiten Teils der Weimarer Verfassung zu entwickeln und konkret darzustellen."⁶⁰ Er fleht die sozialistischen Juristen und Politiker an, für die wahre Bedeutung der Grundrechte einzutreten und sie praktisch verwirklichen zu helfen. "Wenn Kirchheimer ... 'Weimar ... und was dann?' fragt, so kann die Antwort nur lauten: Erst einmal Weimar!"⁶¹

Im Jahre 1931 führt Neumann zwei weitere Gründe an, die für die Notwendigkeit einer Neuauslegung der Verfassung sprechen.⁶² Der erste ist, daß der Kapitalismus selbst sich in den 20er Jahren geändert hat und daß die Grundrechte mehr sind als nur Werkzeuge, welche der Kapitalismus zur Rechtfertigung seiner Existenz benötigt. Aufgrund des wirtschaftlichen Wachstums und der Entwicklung von Monopolen, Kartellen und Trusts verdecken die Grundrechte nun die Dominanz der kapitalistischen Klasse, die viel größer ist als unter einem individualistischen Konkurrenzkapitalismus. Neumann konzediert

60) NEUMANN: Die soziale Bedeutung ... a. a. O., S. 74.

61) Ebenda, S. 74.

62) NEUMANN, Franz: Über die Voraussetzungen und den Rechtsbegriff einer Wirtschaftsverfassung. In: (Die Arbeit 8 (1931). S. 588-606. Nachdruck in:) Alfons Söllner (Hrsg.): Franz L. Neumann. Wirtschaft, Staat, Demokratie. Aufsätze 1930 - 1954. Frankfurt am Main 1978. S. 76-102.

zwar die Existenz einiger Freiheitsrechte in der Verfassung. Die Vertragsfreiheit und die Gewerbefreiheit sind aber für ihn nur Beispiele für Freiheitsrechte, die die Entwicklung des Kapitalismus unterstützen. Mit Hilfe des Arbeitsrechts konnte die Balance zwischen Arbeit und Kapital aufrechterhalten werden, aber der Monopolkapitalismus zielt auf die Zerstörung dieses Gleichgewichts ab, und die Freiheitsrechte, ursprünglich nur ein kleiner Teil der Grundrechte, verbergen nur das noch wachsende Ungleichgewicht. Eine umfangreiche Wirtschaftsverfassung sei nötig, so Neumann, um dem Staat Möglichkeiten zum Intervenieren in die Ökonomie zu eröffnen und um die Kooperation zwischen Arbeit, Management und staatlichen Instanzen zum Zweck der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung zu ermöglichen. Seiner Meinung nach besteht bereits eine starke konstitutionelle Basis für die Wirtschaftsverfassung, welche er als Ausgleich für die wachsende Macht des Monopolkapitalismus begriffen sehen will.

Der zweite Grund für die dringend erforderliche Neuinterpretation der Verfassung hängt ebenfalls mit dem konstatierten Zerfall des Klassengleichgewichts zusammen. Das Wirtschaftsrecht ist Neumann zufolge nicht nur für die Kompensation der neuen Klassensituation vonnöten, sondern das Parlament muß sich damit gegen den Einfluß der Interessengruppen, besonders der der Monopolkapitalisten, stärken. Neumann stimmt hier mit Carl Schmitt überein, daß die Weimarer Demokratie pluralistische, polykratische und föderalistische Züge aufweise und daß diese Gruppen und Institutionen ein Maß an Einfluß auf das Parlament erlangt hätten, welcher in diesem Ausmaß in der Verfassung nicht vorgesehen war. Dies ist kein besonderes Problem, solange die Klassenkräfte sich die Waage halten, so Neumann, da die Bourgeoisie diese Art der Einflußnahme auf das Parlament nicht zum Nachteil für das Proletariat ausüben kann, das ja über dieselbe Möglichkeit verfügt. Aber mit dem Ende des Klassengleichgewichts, signalisiert durch das Ergebnis der Wahlen vom September 1930, und primär verursacht durch das Anwachsen der Monopolmacht, muß das Parlament dagegen gestärkt werden. Die rechtlichen Beschränkungen der politischen Aktivitäten der wesentlichen ökonomischen Vereinigungen sollen neu festgelegt werden, und das Parlament muß Möglichkeiten und Mittel haben, in wirt-

schaftliche Angelegenheiten zu intervenieren. Für Neumann leistet dies die Wirtschaftsverfassung, freigelegt durch eine Neuinterpretation der Verfassung. Statt sich durch außerparlamentarische Gruppen kontrollieren zu lassen, soll das Parlament endlich damit beginnen, diese zu kontrollieren.

Vor allem aber hofft Neumann, daß seine konstitutionelle Neuinterpretation der Konsolidierung der in den 20er Jahren gemachten sozialen Errungenschaften dienen wird und diese Ergebnisse rechtlich durch Aufstellung klarer konstitutioneller Richtlinien, innerhalb deren der Klassenstaat erträglich gemacht werden soll, verteidigt werden können. Neumann argumentiert, daß er lediglich rechtlich anerkennen lassen will, was schon Realität ist. Auf diese Weise vervollständigt er die Anpassung des rechtlichen Überbaus an den sozio-ökonomischen Wandel, der im Unterbau der Weimarer Gesellschaft der 20er Jahre aufgetreten war.

3.2.2. 'Koalitionsfreiheit und Reichsverfassung' (1932)

Neumanns bedeutendster Versuch einer Neuinterpretation der Verfassung erschien im Jahre 1932. Es war ein technisch eindrucksvolles Unternehmen wegen der Fülle der vorhandenen, maßgeblichen und von ihm zu bearbeitenden Interpretationen. Primär behandelte Neumann drei Grundrechte. Das erste, der Art. 159, garantiert die Koalitionsfreiheit zum Schutz und zur Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen und wurde im allgemeinen als die rechtliche Grundlage des Arbeitsrechts betrachtet. Der Art. 165, die Instituts-garantie, galt als die Basis für das Rätssystem. Für Sinzheimer war dieses Recht der Ausgangspunkt für eine Wirtschaftsverfassung. Diese und das Arbeitsrecht waren Ausdruck der Wirtschaftsdemokratie, die - zusammen mit der durch ein starkes Parlament repräsentierten politischen Demokratie - das ausmachte, was als 'Kollektive Demokratie' bezeichnet wurde.

Die meisten maßgebenden konstitutionellen Interpretationen sahen so gut wie keinen Zusammenhang zwischen den Art. 159 und 165,

Abs. 1.⁶³ Das bedeutete, daß demzufolge bis 1930 eine echte Wirtschaftsdemokratie nicht existierte. Gemeinsame Übereinkünfte zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern waren im allgemeinen auf die Bereiche der Löhne und Arbeitsbedingungen begrenzt; die Arbeiterbewegung hatte die Möglichkeit eines signifikanten Einflusses auf das Management der Unternehmen und das Recht, in der Wirtschaft als Ganzes mitzubestimmen, verloren.

Der dritte Artikel, den Neumann sich verpflichtet fühlte zu behandeln, war der der garantierten Gleichheit vor dem Gesetz (Art. 109). Dieser Artikel war der erste und nach Neumanns Ansicht der grundlegendste der Grundrechte. Er sah ihn ebenso, wie er 1929 argumentiert hatte, durch die bestehende Auslegung als Hindernis für die Erreichung der Ziele der Arbeiterbewegung. Heller hatte die bestehende Interpretation dieses Artikels als das zentrale Problem bei der Schaffung des sozialen Rechtsstaates attackiert,⁶⁴ und Kirchheimer hatte gemeint, daß eine sozialistische Klärung des Art. 109 notwendig für die Entwicklung einer progressiven Entscheidung innerhalb der Grundrechte sein würde.⁶⁵

Zunächst unterteilt Neumann die Grundrechte nach einem Schema, das er zumindest in Teilen von Carl Schmitt übernommen hat.⁶⁶ Am bedeutendsten unter den Typen der Grundrechte sind für ihn die, die zunächst Renner und dann auch Schmitt als 'Institutsgarantien' bezeichnet haben. Unter 'Institutsgarantie' versteht er die verfassungsrechtliche Anerkennung einer Einrichtung des Privatrechts und unter 'institutioneller Garantie' die verfassungsrechtliche Anerkennung bestimmter Einrichtungen öffentlich-rechtlichen Charakters.⁶⁷ Neumann betont die Tatsache, daß die Verfassung die Beschaffenheit dieser Institute definiert und gegen jeden Änderungsversuch garantiert.

63) Vgl. NEUMANN: Koalitionsfreiheit ... a. a. O., S. 22-24.

64) Vgl. HELLER ... a. a. O., S. 8f.

65) Vgl. KIRCHHEIMER: Weimar ... a. a. O., S. 54-56.

66) Vgl. NEUMANN: Koalitionsfreiheit ... a. a. O., S. 13-19.

67) Vgl. ebenda, S. 16f.

Ein solches Institut verleiht nicht durch sich selbst der Einrichtung oder den Teilnehmern dieser Einrichtung subjektive Rechte. So verleiht z. B. die Institution der Ehe den Verheirateten keinerlei subjektiven Rechte. Neumann meint, daß die subjektiven Rechte, als eine Klasse der Grundrechte, völlig verschieden von den institutionellen Garantien seien.⁶⁸ Er fügt hinzu, daß teilweise subjektive Rechte in die Verfassung aufgenommen worden seien, um bestimmte Instituts-garantien zu ergänzen und zwar indem der Einrichtung selbst oder Teilnehmern der Einrichtung bestimmte Rechte garantiert werden. Doch können, obwohl die Natur der verfassungsmäßigen Instituts-garantie nicht verändert werden kann, die subjektiven Rechte in einer Vielzahl von denkbaren Möglichkeiten geändert werden, abhängig davon, welchen genau bestimmten Umfang dieses Recht hat. Neumann meint, daß die sicherste Form der subjektiven Rechte die sei, die nur durch das Verfahren einer Verfassungsänderung geändert werden kann; hierfür führt er eine Reihe von Beispielen an.⁶⁹

In diesem Zusammenhang erwähnt er auch den Art. 159. Neumann argumentiert weiter, daß der erste Absatz des Art. 165 eine Instituts-garantie schaffe und Art. 159 sei Art. 165 untergeordnet. Daraus ergibt sich der verfassungsmäßige Schutz, dessen Wirksamkeit sich aus seiner ursprünglichen Verbindung mit dem Gedanken des Räte-systems herleitet. Die Tatsache, daß bestimmte Versuche, das Institut in die Realität umzusetzen, gescheitert waren, berührt das Institut selber nicht. Da die Verwirklichung des Räte-systems mißlungen ist, gibt es zwar kein Recht, dafür aber eine konstitutionelle Verantwortlichkeit bestehender freier Verbände, all die in der Instituts-garantie aufgeführten Funktionen zu erfüllen. Die Mitglieder solcher Vereinigungen und vor allem die Verbände selber nehmen das durch Art. 159 garantierte subjektive Recht des Schutzes in Anspruch.

Für Neumann muß in der Verbindung der Art. 159 und 165, Abs. 1, eine Dreigliederung der Aufgaben der Arbeitnehmerkoalitionen gese-

68) Vgl. NEUMANN: Koalitionsfreiheit ... a. a. O., S. 18.

69) Vgl. ebenda, S. 14.

hen werden.⁷⁰ Einmal leisten sie als Genossenschaftsverbände ihren Mitgliedern Hilfe durch verschiedenartige Unterstützungen wie Kranken-, Arbeitslosen-, Streik-, Maßregelungs- und Invalidenunterstützung. Dann repräsentieren sie als Standesverbände die Arbeitnehmerschaft gegenüber dem Staat; sie stellen Forderungen an diesen in verschiedenster Art, auf allen Gebieten des politischen, sozialen und wirtschaftspolitischen Lebens. Und schließlich wollen sie als Marktorganisationen den Arbeitsmarkt regeln. Die Arbeiter und Arbeitgeber repräsentierenden Gruppen verhandeln miteinander, um zu Übereinkünften darüber zu kommen, wie Kartelle, Konzerne und Monopole der deutschen Gesellschaft geleitet werden sollen. Die gemeinsamen Bemühungen von Arbeit und Management bestimmen über die einfachen Fragen der Lohnfestsetzung und der Arbeitsbedingungen hinaus die Richtung der Entwicklung der deutschen Wirtschaft. Wie Neumann darlegt, sind vom Standpunkt der Arbeitnehmervereinigungen diese Marktfunktionen von großer Bedeutung. Es ist nötig, den wachsenden politischen Einfluß, den die Arbeitgeber über das Parlament als Resultat der Entwicklung des Monopolkapitalismus innerhalb einer pluralistischen Gesellschaft erworben haben, auszugleichen.

Allein die Gewerkschaften als Verbände sind nach Neumann imstande, all diese Funktionen im Interesse der Arbeiterbewegung zu erfüllen.⁷¹ Dies macht sie zu potentiellen Trägern der 'Kollektiven Demokratie', und es legt ihnen die Pflicht auf, bei der Durchführung der ökonomischen Bestimmungen der Verfassung in den drei Funktionsbereichen, in denen solche Verbände operieren, tätig zu werden. Die Wirtschaftsverfassung, wie Neumann sie auslegt, ergibt sich aus der Interpretation der Grundrechte, die vereinbar mit der kombinierten Anwendung und Bedeutung der Art. 159 und 165, Abs. 1, sein mußte.⁷²

Bei der eingehenden Beschäftigung mit den Einzelheiten der Wirtschaftsverfassung besteht Neumanns erste Schwierigkeit im Recht

70) Vgl. NEUMANN: Koalitionsfreiheit ... a. a. O., S. 20f.

71) Vgl. ebenda, S. 47.

72) Vgl. ebenda, S. 49.

der Gleichheit vor dem Gesetz nach Art. 109. Bezogen auf sein Klassifikationsschema gehört Art. 109 zu jener Sorte von Gesetzen, die ihre Bedeutung aus der Verfassung gewinnen.⁷³ Er fährt fort, die Bedeutung einer Reihe anderer wichtiger Gesetze zu untersuchen. So führt er den Art. 151 an, welcher deklariert, daß die Organisation des wirtschaftlichen Lebens alle menschlichen Lebensbedingungen sichern soll; Neumann behauptet, daß dieses Erfordernis als eine Begrenzung der wirtschaftlichen Freiheit angesehen werden muß.⁷⁴ Er bezieht sich dabei auf seinen zwei Jahre zuvor in der Zeitschrift 'Die Arbeit' publizierten Artikel 'Die soziale Bedeutung der Grundrechte in der Weimarer Verfassung',⁷⁵ in welchem er den verfassungsmäßigen Kontext des Art. 109 detaillierter untersucht habe. In diesem Aufsatz habe er auf eine Reihe von liberalen oder bürgerlichen Wirtschaftsrechten hingewiesen, die von der Verfassung nur für die Existenz innerhalb der gesetzlichen Schranken geschaffen worden waren. Diese Gesetze wären nur eingeschlossen worden, um der Entwicklung des wettbewerbsmäßigen Kapitalismus zu helfen, sie könnten aber durch die Verfügungsfreiheit des Parlaments geändert oder abgeschafft werden, falls sie ihre intendierte Funktion verlören.⁷⁶

Neumann führt weitere Artikel mit entschieden sozialistischen Charakter an, die sich mit Bestimmungen zur Verstaatlichung (Art. 156), zur Landreform (Art. 155) und zur sozialen Sicherheit (Art. 161) befassen.

Diese ausführliche Diskussion der Rechte soll demonstrieren, daß die Gleichheit vor dem Gesetz als ein 'positives' und nicht als ein 'negatives' Konzept geduldet werden müsse. Unter 'positiver Gleichheit' versteht Neumann die Forderung, für jeden einzelnen nicht nur die rechtlichen Möglichkeiten zu schaffen, an den Gütern der Gesellschaft teilzuhaben, sondern auch die tatsächlichen Möglichkeit.⁷⁷ Der Versuch der bürgerlichen Juristen, die

73) Vgl. NEUMANN: Koalitionsfreiheit ... a. a. O., S. 16.

74) Vgl. ebenda, S. 47f.

75) NEUMANN: Die soziale Bedeutung ... a. a. O.

76) Vgl. ebenda, S. 60.

77) Vgl. ebenda, S. 62.

Doktrin der Gleichheit vor dem Gesetz der Gesetzgebung und den Richtern auzuzwingen, gilt nach Neumann allein der Begrenzung der Entwicklung des materialen Gehalts der Demokratie und hat zur Folge, daß die bestehenden ungleichen ökonomischen Beziehungen in diesem Rahmen niemals wirklich ausgeglichen werden können.

Eine Interpretation der Grundrechte, aus der sich eine konsequente Wirtschaftsverfassung ableiten läßt, ist für Neumann nur der eine Teil der Aufgabe, die verfassungsmäßigen Implikationen der Art. 159 und 165, Abs. 1, vollständig herauszuarbeiten. Er meint, daß es innerhalb der Grundrechte andere Artikel und sogar einige Freiheiten und Institute in der Verfassung gebe, welche einen klar umrissenen und abgesicherten Status durch seine Interpretation der Beziehung zwischen Art. 159 und 165, Abs. 1, bekämen. Diese Artikel definieren i. d. R. Rechte, die nach der Klassifikation Schmitts und Neumanns wie die Freiheitsrechte auch nur Bedeutung haben, insoweit es Parlament und Rechtsprechung zulassen. Viele von ihnen sind rein technisch nicht nur nicht gegen radikale rechtliche Veränderungen geschützt, sondern auch nicht gegen ihr völliges Außerkraftsetzen durch den Einsatz der Notstandskompetenzen des Reichspräsidenten. Diese Rechte regeln die Meinungsfreiheit (Art. 118), die Versammlungsfreiheit (Art. 123) und die Vereinsfreiheit (Art. 124). Neumann verwendet Konzepte von Renner und Schmitt, um diese Freiheiten in eine spezielle Untergruppe, die der 'Konnexgarantien', zu klassifizieren;⁷⁸ er versteht darunter folgendes: "Unter Konnexgarantie wäre zu verstehen, die Sicherung einer Hauptfreiheit oder eines Hauptinstituts durch die verfassungsmäßige Anerkennung von Unterfreiheiten, die dem Schutz der Hauptfreiheit oder des Hauptinstituts zu dienen bestimmt sind und deren rechtliches Schicksal teilen. Unter Konnexinstitut wäre zu begreifen die Sicherung einer Haupteinrichtung oder einer Freiheit durch eine - oder mehrere - Nebeneinrichtungen, die dem rechtlichen Schicksal der Haupteinrichtung (Hauptfreiheit) folgen."⁷⁹ So sind diese Rechte nach Neumann voll durch die Verfassung abgesichert und geschützt. Er schließt in

78) Vgl. NEUMANN: Koalitionsfreiheit ... a. a. O., S. 86-88.

79) Ebenda, S. 87.

diese Gruppe der Rechte auch die Pressefreiheit ein, technisch gesehen zwar nicht als ein verfassungsmäßiges Recht, aber als eines, das Neumann für die Freiheit der Meinungsäußerung notwendig erscheint.⁸⁰

Wichtiger im Zusammenhang der Frageperspektive dieser Arbeit ist jedoch Neumanns Äußerung, daß auch der Tarifvertrag ein Konnexinstitut sei, nämlich ein Rechtsinstitut, das durch die Verfassung gegen Veränderung oder Abschaffung geschützt und das essentiell für die Vereinsfreiheit sei.⁸¹ Die Abschnitte der Verfassung, die sich auf die Übereinkünfte zwischen den Vereinigungen beziehen, werden daher zur Institutsgarantie, weil diese gemeinsamen Übereinkünfte dem Charakter nach - ähnlich dem Tarifvertrag - dem Privatrecht angehören.⁸²

Neumanns Darstellung des Tarifvertrags als eine verfassungsmäßig anerkannte Konnexgarantie deutet auf die Zukunft der 'Kollektiven Demokratie', die er immer noch anstrebt. Im Kapitel über die Konnexinstitute bezieht er sich auf Renners Analyse, derzufolge die Konnexinstitute als Einrichtungen, die sich neben dem Hauptinstitut herausgebildet haben und diesem dienen sollen, letzteres häufig in den Hintergrund drängen. Das Konnexinstitut wird so allmählich zum Hauptinstitut.⁸³ Ein zweiter, wichtigerer Gesetzeswandel vollzieht sich, wenn der öffentlich-rechtliche Charakter des Konnexinstituts anerkannt wird. Privatrecht wird zum Öffentlichen Recht und der Staat wird voll aktiv in der Wirtschaftsverwaltung. All dieses kann nur in Übereinstimmung mit der Entwicklung des ökonomischen Unterbaus geschehen. Eine sozialistische Planwirtschaft ist nach Neumann nur möglich, wenn sich die Wirtschaft voll entwickelt hat und wenn alle wichtigen, die Hauptinstitute verdrängenden, Konnexinstitute als öffentlich-rechtliche Institute anerkannt werden.

80) Vgl. NEUMANN: Koalitionsfreiheit ... a. a. O., S. 100.

81) Vgl. ebenda, S. 116f.

82) Vgl. ebenda, S. 119.

83) Vgl. ebenda, S. 86f.

Mit der konstitutionellen Anerkennung des Tarifvertrags als eines privaten Rechtsinstitutes legt Neumann den Grundstein für den eigentlichen, rechtlichen Übergang von der 'Kollektiven Demokratie' zum Sozialismus. Schon 1931 konstatiert er den wirtschaftlichen Wandel vom wettbewerbsmäßigen Kapitalismus zum Monopolkapitalismus. Mit dem Anwachsen der Monopole geht die Trennung von Besitz und Kontrolle und auch das Ende der Unternehmensfreiheit einher. Das, was Neumann mit den "persönlichen Voraussetzungen der kapitalistischen Wirtschaft"⁸⁴ bezeichnet, verschwindet langsam. Diese Veränderungen im wirtschaftlichen Unterbau sind für die Arbeiterklasse nur dann gefährlich, wenn der rechtliche Überbau nicht entsprechend angepaßt wird. Wenn dies jedoch geschieht und die 'Kollektive Demokratie' rechtlich anerkannt und in die Praxis umgesetzt wird - und hierfür war Neumanns Neuauslegung ein notwendiger Schritt -, dann können die progressiven Merkmale des geänderten Unterbaus vollen Ausdruck erlangen.

Neumann stellt sich ein Gremium von Vertretern der Arbeitgeber und -nehmer vor, unterstützt vom Staat, welches daran arbeitet, Monopole, Trusts und andere Formen wirtschaftlicher Vereinigungen zu lenken. Wirtschaftlicher Konzentration solle nicht Einhalt geboten, sondern sie soll unterstützt werden. Diese Idee verdankt Neumann einer sozialistischen Wirtschaftstheorie, die in Kartellen eine progressive Form der wirtschaftlichen Organisation sieht und die nur bei Mißbrauch korrigiert werden soll.⁸⁵

Neumann glaubt, auch bei der kapitalistischen Klasse Veränderungen auszumachen und hält dies für ein Anzeichen für die langsam verschwindenden Klassenunterschiede. So wie diese abnähmen, würde auch das in den Art. 159 und 165, Abs. 1, garantierte Koalitionsrecht an Bedeutung verlieren. Das Konnexinstitut des Tarifvertrages träte als das Hauptinstitut im Bereich des Wirtschaftsrechts in den Vordergrund. Wenn schließlich die Klassenunterschiede verschwunden

84) NEUMANN: Über die Voraussetzungen ... a. a. O., S. 76.

85) Vgl. NEUMANN, Franz: Der Entwurf eines Kartell- und Monopolesetzes. In: Die Arbeit 7 (1930). S. 773-786, hier S. 777.

sind und die Wirtschaft sich voll entwickelt hat, wird die Gesellschaft erkennen, daß die Aufgabe der Wirtschaftslenkung den wahren Repräsentanten der Gesellschaft und nicht denen der nicht mehr existierenden sozialen Klassen zukommt. An diesem Punkt erst wird der öffentlich-rechtliche Charakter des Tarifvertrages anerkannt werden und der Staat selbst zum Ort, an dem Vereinbarungen über die Wirtschaftsverwaltung getroffen werden. Diese Vorstellung vom Staat als eines nur noch administrativen Armes der Gesellschaft ist ein wichtiger Bestandteil der Vision Neumanns von einer zukünftigen sozialistischen Gesellschaft. Der Staat als ein Zwangsmechanismus sozialer Kontrolle wird nicht länger existieren.

3.4. Neumanns reformistische Strategie

Fragt man nach dem politischen Wertsystem, das in Neumanns und auch in seiner Freunde Schriften wirksam ist, so ist man auf den Weimarer Reformismus insgesamt verwiesen. Systematisch läßt sich die politische Strategie des Weimarer Reformismus mit der Formel von der Dialektik von politischer und sozialer Demokratie beschreiben. Die Herbeiführung der sozialistischen Gesellschaftsordnung soll mit Hilfe und unter Ausnutzung des bürgerlichen und in der Weimarer Verfassung - wie gezeigt - modifizierten Legalitätssystems erreicht werden. Der Erfolg der reformistischen Strategie hängt nach der Annahme von SPD und Gewerkschaften davon ab, ob es in einem ersten Schritt gelingen wird, den in der Verfassung normativ ausgedrückten Klassenkompromiß in Arbeitsrecht und Wirtschaftsdemokratie positiv auszugestalten und konkret in der Sozialstruktur zu verankern. Das Fernziel, die endlich erreichte Identität von politischer und sozialer Selbstverwaltung in einer klassenlosen Gesellschaft, bleibt dabei, wie vermutlich aus der inneren Logik jedes Reformismus folgert, mehr oder weniger im Hintergrund. So ist es denn auch kein Zufall, daß die großen historischen und ideologischen Fragen und Probleme des Reformismus - als Strategie der Arbeiterbewegung - so gut wie völlig hinter der positiv-technischen Realisierung des nächsten Schrittes verschwinden. Neumann selbst beschreibt seine Tätigkeit (wie gesehen) in der für ihn typischen lei-

denschaftslosen Art als die Aufgabe, die rechtliche Formulierung für eine Situation zu finden, die nicht mehr rein kapitalistisch, aber auch noch nicht sozialistisch ist. Die verheerenden Folgen dieser Strategie, die solche Widersprüche wie die Duldung, ja die positive Akzentuierung der progressiven Kapitalkonzentration beinhaltete, hat der Reformismus nicht richtig eingeschätzt und dann zu spät erst erkannt.

Historisch war die in Arbeitsrecht und Wirtschaftsdemokratie implizierte Dialektik von politischer und sozialer Demokratie eine Konkretisierung der seit der Jahrhundertwende geführten Diskussion um Reform und Revolution, um Endziel und Bewegung. Sie war zugleich die spezielle und ohne Zweifel einseitige Version, die Sozialdemokratie und Gewerkschaften von der 'Revolution' von 1918 gaben, und in diesem Sinne die Dogmatisierung jener doppelten Abgrenzung, die den Ausgangspunkt der Weimarer Demokratie bezeichnet: Abgrenzung nach rechts - gegen Bürgertum, Monarchie, Adel und die Bürokratie des Ancien regime - bedeutete Verhinderung einer rein liberalkapitalistischen Gesellschaftsordnung; Abgrenzung nach links bedeutete Abwendung der Räte Demokratie und Aufbau der alternativen parlamentarischen Demokratie. Der von der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Führung - mit blutiger Hilfe von Reichswehr und Beamtenschaft - durchgesetzte Kompromiß fand nach der Etablierung der Nationalversammlung und der Verfassung eine weitere Konkretisierung im Betriebsrätegesetz von 1920 und im 'Vorläufigen Wirtschaftsrat', stagnierte jedoch insgesamt bald. Ein neuer Institutionalisierungsversuch wurde mit der Reichsarbeitsgerichtsbarkeit ab 1927 gemacht; all diese Reformtendenzen sollten in der Wirtschaftsdemokratie zu einem vorläufigen Gesamtergebnis reformistischer Befreiung der Arbeiterklasse zusammengeschlossen werden.

Auf das Problem der rein juristischen Argumentation ist gerade schon kurz hingewiesen worden. Wie sehr in den Schriften Neumanns die juristische Begründungsstrategie alle anderen Elemente dominiert, kann sehr gut an seiner Hauptschrift aus der Weimarer Zeit 'Koalitionsfreiheit und Reichsverfassung' demonstriert werden. Es geht hier primär um die dogmatische Ableitung der gewerkschaftlichen Konzeption der Wirtschaftsdemokratie aus dem Grundrechtskanon der

Weimarer Reichsverfassung; noch die Rudimente einer historischen Soziologie der Koalitionsfreiheit und der politischen Theorie der reformistischen Gesellschaftstransformation fügen sich diesem vor-dringlichen Zweck. In eigentlich allen Schriften der letzten Jahre Weimars, in denen Neumann eine Neuinterpretation der Verfassung vornimmt, zeigt sich diese rein juristische Argumentation. Er ver-sucht nämlich, den rechtlich-politischen Überbau der deutschen Gesellschaft an die veränderten sozio-ökonomischen Bedingungen anzupassen, um so eine wachsende Partizipation der Arbeiterklasse zu institutionalisieren.

Wenn man konsequent den Frühschriften Neumanns den Charakter einer politischen Theorie überhaupt absprechen will, muß man sich jedoch die Geschichte des Weimarer Reformismus vergegenwärtigen, und von der Tatsache ausgehen, daß dessen politische Theorie wie auch seine Praxis als Ganzes rechtsorientiert oder, um es anders zu sagen, legalistisch waren.

Sehr wichtig und interessant ist in diesem Zusammenhang die Frage, wieso Neumann so lange an dieser reformistischen Strategie fest-hielt und wieso es zu der fatalen Fehleinschätzung der deutschen Entwicklung kommen konnte.

Zunächst einmal muß festgestellt werden, daß Neumann im Gegen-satz zu seinen Kollegen Kirchheimer und Fraenkel bis fast zum Schluß eine konsistente theoretisch-politische Position einnimmt und in die streitschlichtende Funktion des Rechts und in die Konsens-fähigkeit menschlicher Vernunft vertraut. Das ist umso erstaunlicher, weil die Jahre 1929 bis 1933 mit Sicherheit die wichtigsten in der Entwicklung des Arbeitsrechts waren. Seit Ende der 20er Jahre wurde das kollektive Arbeitsrecht, das nach 1917/18 entstanden war, über Notverordnungen und andere juristische Instrumentarien außer Kraft gesetzt. Es ist deshalb für den heutigen Beobachter außerordentlich überraschend, daß Neumann in der gesamten Phase bis 1933 an dem Glauben festhält, daß das Recht das Medium sei, durch das die Interessen der Arbeiterklasse realisiert werden können. Neumann erkennt selbst nach der Weltwirtschaftskrise nicht den systematischen Charakter, den die Erosion des Weimarer Staats-

und Rechtsgefüges seit Brünings Regierungsantritt angenommen hat. Dies kommt deutlich zum Ausdruck in der Tatsache, daß sich Neumann ab 1929 statt auf die Krise auf Fragen der Wirtschaftsdemokratie konzentriert - zu einem Zeitpunkt also, da die sozialen und politischen Grundlagen des Gewerkschaftsprogramms von 1928 bereits zerstört waren; und es wird deutlich durch die Form, in der Neumann dies tut: Seine Arbeiten zur Wirtschaftsdemokratie kaprizieren sich auf die verfassungs- und staatsrechtliche Dogmatik einer Demokratisierung der Wirtschaft, in der die Gewerkschaften paritätisch mit den Unternehmern die entscheidende organisatorische Rolle spielen sollten. Im Gegensatz zu Neumann hatte Kirchheimer schon 1930 vorgetragen, daß man auf die Weimarer Verfassung alleine nicht hätte bauen sollen, daß der legalistische Weg falsch war. Ebenso hatte Fraenkel 1931 jede Hoffnung auf das Erreichen der 'Kollektiven Demokratie' aufgegeben und suchte von da an lediglich die Hauptprinzipien der bestehenden rechtsstaatlichen Ordnung zu retten.

Eine wichtige Voraussetzung für Neumanns Transformationsstrategie war - wie gesehen - die Einschätzung eines bestehenden Gleichgewichts der Klassenkräfte. Da aber ein solches Gleichgewicht in der Weimarer Republik nie existierte, hatte die Anpassung des Rechts an die veränderten sozio-ökonomischen Bedingungen auch eine andere als die von Neumann intendierte Bedeutung. So bewirkte der Gesetzeswandel nicht automatisch die von Neumann gewünschten wirtschaftlichen Veränderungen, da Neumann und seine Kollegen konsistent die Tatsache zu ignorieren schienen, daß die 'Kollektive Demokratie' nur realisierbar war, wenn ein solches Gleichgewicht schon bestand. Und solch eine Balance könnte nur das Ergebnis der Entwicklung des sozio-ökonomischen Substrats der Gesellschaft sein. Wenn aber diese Balance in den 20er Jahren in Deutschland nicht existierte, und Neumann gab dies später zu, war viel seiner Arbeit, von einem marxistischen Standpunkt aus gesehen, von Anfang an falsch angelegt und zum Scheitern verurteilt. Wichtiger aber war, daß das, was Neumann und Fraenkel 'Kollektive Demokratie' nannten, in marxistischen Termen ausgedrückt, nur funktionieren konnte als eine neue und vielleicht wirksamere ideologische Verkleidung für die kapitalistische Unterdrückung.

Neumanns Glaube an die mögliche Realisierung einer sozialistischen Gesellschaft kombiniert mit einer realistischen Erkenntnis von den plötzlichen Bedrohungen für die Arbeiterbewegung zwingen ihn zu einigen Zugeständnissen bei der Neuinterpretation der Verfassung. Neumann versteht später diese Zugeständnisse, besonders seine Bereitschaft, die Trennung der Gewerkschaften von politischen Parteien zu fördern, als charakteristisch für die allgemeine Haltung der Arbeiterbewegung, die somit die nationalsozialistische Machtübernahme nur indirekt unterstützt hat. So gesehen kann man in der Tat seine Sicht in ihren Auswirkungen als für eine reaktionäre Ideologie objektiv förderliche ansehen.

Ende der 20er Jahre wird sich Neumann dessen bewußt, daß er sich nicht mit einer Arbeiterklasse auseinandersetzt, die sich nicht der Attacken gegen sie innerhalb des politischen Systems Weimar bewußt ist, sondern mit einer Arbeiterklasse, die sich nicht länger darüber sicher ist, ob das System selbst erhalten werden soll. Am Zustandekommen dieser Situation haben sowohl Neumann als auch Fraenkel maßgeblichen Anteil. Sie und andere Kritiker des Weimarer Liberalismus hatten der Arbeiterklasse gesagt, daß Teile des Systems - die Gerichte und die Bürokratie - Instrumente des Monopolkapitalismus seien und daß das Parlament ineffektiv sei. Neumann und Fraenkel wirkten so maßgeblich an einer Situation mit, in der es den Mitgliedern der Arbeiterklasse logisch schien, daß das System selbst grundsätzlich korrupt und ineffizient sei und daß jede Form einer radikalen Veränderung besser sei als eine Reform der bestehenden Institutionen.

In Neumanns Schriften vor 1933 mischen sich auch weniger optimistische, zweifelnde Töne in seine Argumentation. Er scheint zu ahnen, daß die Dialektik von politischer und sozialer Demokratie, Vehikel des sozialdemokratischen Fortschrittsglaubens in der Weimarer Epoche, auch den umgekehrten Weg einschlagen kann, als den von der Arbeiterbewegung projektierten, und zwar in dem Maße, in dem das Legalitätsgerüst der Weimarer Staatsordnung im Zuge der fortschreitenden Wirtschaftskrise selber brüchig wird. So indiziert er wichtige Symptome der antidemokratischen Entwicklung: die chronische Schwäche des Parlaments, die komplementäre Machtstei-

gerung von Regierung, Reichspräsident und Justiz, gegen deren Anspruch auf ein richterliches Prüfungsrecht er ja mit Verve argumentiert hat. Er realisiert, was der globale historische Sinn dieser Desintegrationserscheinungen ist, nämlich die Verhinderung der von der Arbeiterbewegung angestrebten Reformen vor allem wirtschaftlicher Art. Aber er realisiert nicht - und dies tritt besonders im Vergleich mit Otto Kirchheimers gleichzeitigen Analysen hervor - den systematischen Charakter der staatlichen Desintegration und die geballte Macht der Reaktion, die hinter ihr steht.

Neumann hatte keine ökonomisch und soziologisch fundierte Krisentheorie der Weimarer Staatskrise; hätte er sie gehabt, so hätte er den Zweifeln an der reformistischen Strategie mehr Gehör schenken müssen, als er es tat. So sind Neumanns Schriften vor 1933 geprägt von einer gewissen Zweideutigkeit und Unentschiedenheit, was durch die Frage nach dem politischen wie dem methodischen Sinn einer legalitätsorientierten Theorie und Praxis hervortritt. Sie machten einen Ansatz, um Legalismus und Rechtsgläubigkeit sowohl sozialwissenschaftlich als auch auf politische Ziele hin zu relativieren, aber sie kaprizierten sich am Ende doch auf diese heiligen Formeln des deutschen Reformismus und blieben ohne wirkliche Distanz dazu.

Neumann beginnt erst im September 1932 zu zweifeln. In einem Brief an Schmitt diskutiert er die Probleme der Berichtigung bzw. Neuinterpretation des entscheidenden zweiten Teils der Weimarer Verfassung und äußert sich sehr pessimistisch über die Erreichung eines anderen Wirtschaftssystems. Neumanns letzte Arbeit, nur ein paar Monate veröffentlicht bevor er Deutschland verläßt, ist eine detaillierte Rechtsanalyse der Notgesetzgebung vom Februar 1933, mit der die Pressefreiheit unterdrückt wurde und die sozialistische Arbeiterbewegung ihrer nötigen Propaganda für die bevorstehenden Wahlen vom 5. März beraubt wurde.⁸⁶

86) NEUMANN: Das gesamte Pressenotrecht ... a. a. O.

Er bemerkt, daß diese Notverordnungen der Ungültigkeitserklärung sieben in der Verfassung garantierter Grundrechte gleichkomme. Sie schließen die vier Konnexgarantien ein, die Neumann schon 1932 als unabdingbare Notwendigkeit für die Realisierung der Koalitionsfreiheit und daher nur veränderbar durch verfassungsmäßige Berichtigung angesehen hat. Seiner Meinung nach steht Deutschland nun bereit für eine Diktatur.

Neumanns Aufsätze und Broschüren bis 1933 können als historische Dokumente der politischen Hoffnungen, aber auch der Illusionen der Weimarer Linken gesehen werden. Denn Neumann und seine Kollegen teilten das Schicksal, das den Reformismus am Ende der Weimarer Republik generell ereilte, ein Schicksal, das, wie Neumann später selbstkritisch anmerkt, "sowohl unvermeidlich wie selbstverschuldet"⁸⁷ war. Wie Neumann mit dieser Erkenntnis und mit der neuen Situation in Deutschland umging, ob sich all seine Zweifel nun Bahn verschafften und inwiefern sie Einfluß auf seine politische Theorie bzw. Konzeption hatten, wird an den Schriften aus seiner Zeit im Exil zu untersuchen sein.

87) NEUMANN, Franz: The Decay of German Democracy. In: (The Political Quarterly 4 (1933). S. 525-543. Übersetzt wiederabgedruckt unter dem Titel 'Der Niedergang der deutschen Demokratie' in:) Alfons Söllner (Hrsg.): Franz L. Neumann. Wirtschaft, Staat, Demokratie. Aufsätze 1930 - 1954. Frankfurt am Main 1978. S. 103-123.

4. Nationalsozialismus

Nach 1933 wandelte sich Neumanns Einstellung zur Politik und zum Recht entschieden. Angesichts der politischen Entwicklungen in Deutschland veränderte er seine politische und Rechtsphilosophie und nahm nun im Gegensatz zu seinem früheren Anwaltspartner Ernst Fraenkel eine radikalere Position ein als während der Weimarer Zeit. Zu diesem Positionswechsel nach den Ereignissen von 1933/34 wurde er von einer Gruppe von Kollegen, mit denen er kurz vor und während des Krieges zusammenarbeiten sollte, ermutigt. Der bedeutendste von diesen war Harold Laski, der als Professor für Politische Wissenschaften an der 'London School of Economics' lehrte, an der Neumann Mitte der 30er Jahre eine 'Umschulung' zum Politikwissenschaftler vollzogen hatte. Neumann erkannte den Einfluß Laskis auf seine zweite Dissertation, welche er Anfang 1936 in London fertigstellte, dankbar an. Diese Arbeit enthält die theoretischen Schlußfolgerungen Neumanns und seine Einschätzung von der politischen Entwicklung in Deutschland; sie diente als theoretische Grundlage für alle Arbeiten, die er bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges fertigstellen sollte.

Ein anderer, ebenso wichtiger Einfluß auf Neumanns Arbeit während dieser Periode rührte von seiner Verbindung zum Institut für Sozialforschung her, dessen Mitglied Neumann auf Empfehlung Laskis im Jahre 1936 wurde. In New York arbeitete er eng mit seinem langjährigen Gegenspieler Otto Kirchheimer zusammen, der über Paris 1937 an das Institut kam. Kurz nachdem Neumann 1933 Deutschland verlassen hatte, zeigte sich in seinem Werk eine vermehrte Würdigung dessen, was Kirchheimer während der Weimarer Jahre geschrieben hatte. Neumann und Kirchheimer arbeiteten bei den Analysen zum Nationalsozialismus eng zusammen.

Beeinflußt wurde Neumann auch durch die Arbeit eines anderen Institutsmitglieds, Herbert Marcuse, der ihm ein persönlicher Freund wurde. Marcuses Arbeiten über Hegel und Marx ließen Neumann die Bedeutung der gerade wiederentdeckten '1844'-er-Manuskripte von Marx erkennen. Neumann profitierte außerdem in gewissem Aus-

maß von Diskussionen mit anderen Mitarbeitern des Instituts, und hier ist besonders Max Horkheimer zu nennen, der 1930 Institutsdirektor geworden war.

4.1. Die Lektionen des Faschismus

4.1.1. Erste Analysen des Nationalsozialismus

Aber trotz dieser neuen Einflüsse auf Neumanns Arbeit nach 1933 bildete sich seine veränderte Einstellung gegenüber dem Marxismus sowie seine Grundsicht vom Nationalsozialismus vornehmlich in einer Reihe eigener politischer und ökonomischer Studien heraus, die in den ersten zwei Jahren nach Verlassen Deutschlands erschienen.¹

1933 und 1934 analysiert Neumann die Beziehung zwischen der Arbeiterklasse und dem Staat in Deutschland und kommt zu dem Schluß, daß der Nationalsozialismus ein konterrevolutionäres Instrument des Monopolkapitals und dessen verzweifelter, allerletzter Versuch, den Klassenkampf zu gewinnen, sei. "Der Faschismus läßt sich beschreiben als die politische Herrschaft des Kleinbürgertums, das die ökonomische Diktatur des Monopolkapitals verdeckt."²

Neumann führt eine Reihe von Ereignissen in Deutschland zum Beleg für diese Behauptung an. So sieht er in der Aufhebung der verfassungsmäßigen Rechte nur die Grundlage der Nazierrschaft, meint aber, daß sich der wahre Klassencharakter des Nationalsozialismus in seiner Haltung gegenüber der Arbeit klar zeige. Neumann

1) NEUMANN: The Decay ... a. a. O.; NEUMANN, Franz: The State and Labour in Germany. In: The Contemporary Review 146 (1934). S. 713-721; NEUMANN, Franz: Trade Unionism, Democracy, Dictatorship (mit einem Vorwort von Harold J. Laski. London 1934. Übersetzt wiederabgedruckt unter dem Titel 'Die Gewerkschaften in der Demokratie und in der Diktatur') in: Alfons Söllner (Hrsg.): Franz L. Neumann. Wirtschaft, Staat, Demokratie. Aufsätze 1930 - 1954. Frankfurt am Main 1978. S. 145-222.

2) NEUMANN: Trade Unionism ... a. a. O., S. 188.

zeichnet die einzelnen Etappen der Zerstörung der deutschen Arbeiterbewegung, beginnend mit der Beschlagnahme des Besitzes der Gewerkschaften im Mai 1933 und über die Einsetzung von Treuhändern der Arbeit (um Löhne und Arbeitsbedingungen diktatorisch zu regeln) ebenfalls im Mai, nach. Die Deutsche Arbeitsfront (DAF), eine Massenorganisation, vornehmlich eingesetzt, um den Anschein noch existierender Gewerkschaften zu erwecken, ist für Neumann das Zeichen für die vollständige Zerschlagung der deutschen Arbeiterbewegung.³

Die nationalsozialistische Haltung der kapitalistischen Klasse gegenüber ist für Neumann offensichtlich. Eines der ersten Anzeichen für das, was er in diesem Zusammenhang die 'wahren Farben' des neuen Regimes nennt, ist die Entlassung des Wirtschaftsministers Hugenburg im Juni 1933. Hugenburg, ehemals ein einflußreicher und reaktionärer Direktor der Firma Krupp, wurde laut Neumann entlassen, weil seine Politik nach Meinung der Nationalsozialisten die Arbeiterklasse noch zu sehr begünstige.⁴ Neumann sieht sich auch durch das neue Kartellgesetz vom Juli 1933 bestätigt. Er betont nachdrücklich die Bedeutung des Paragraphen, welcher dem neuen Wirtschaftsminister die Einrichtung von Zwangskartellen erlaubt. Dieses Gesetz enthülle die "wirklichen sozialen und wirtschaftlichen Ziele"⁵ der Nationalsozialisten. Neumann erwähnt, daß Fritz Thyssen, einem führenden reaktionären Ruhrindustriellen, die Kontrolle über die Gelsenkirchener Bergbau AG als Belohnung für seine finanzielle Unterstützung der Nationalsozialisten übertragen wurde.⁶

Wenn die Nationalsozialisten behaupten, daß ihre Schritte zur Neuorganisation der Wirtschaft Teil einer Politik zur Beendigung des Klassenkonflikts seien, dann setzen sie diese Politik nach Neumann im Namen eines deutschen Sozialismus gegen einen marxistischen oder internationalen Sozialismus.⁷ Die Idee der Nationalsozialisten

3) Vgl. NEUMANN: The State ... a. a. O., S. 718.

4) Vgl. NEUMANN: The Decay ... a. a. O., S. 121.

5) Ebenda, S. 121.

6) Vgl. NEUMANN: Trade Unionism ... a. a. O., S. 210.

7) Vgl. NEUMANN: The State ... a. a. O., S. 715.

besteht darin, die Aspekte der deutschen Wirtschaft, welche den Klassenkonflikt verstärkt haben, abzuschaffen und an dessen Stelle das alte deutsche Konzept einer 'Gemeinschaft', das Führer, Gefolge und die bekannten Begriffe von Sorge und Treue, Befehl und Gehorsam einschließt, zu setzen.

Im Januar 1934 wurde das 'Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit' als Ersatz für die bestehende Gesetzgebung der Weimarer Verfassung, die sich auf kollektive Übereinkünfte, Betriebsräte und die Vereinsfreiheit bezog, erlassen. Alle demokratischen Mittel der Arbeitervertretung in Gewerbe und Industrie wurden abgeschafft und durch Vorstellungen ersetzt, in denen der Arbeitgeber Führer und die Angestellten Vasallen waren.

Neumanns Antwort auf den nationalsozialistischen Anspruch, einen deutschen Sozialismus auf der Basis des Konzepts einer deutschen Gemeinschaft geschaffen zu haben, ist die Brandmarkung des Systems als eine Form des Feudalismus.⁸ Der Feudalismus wird das organisierende Leitbild der frühen Analysen Neumanns zur nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik. Er übernimmt den Begriff aus einem Werk von Moritz J. Bonn,⁹ einem Mitbegründer der Deutschen Demokratischen Partei und Wirtschaftsprofessor in Berlin bis 1933. Bonn argumentiert, daß der Kapitalismus in seinem Übergang von der wettbewerbsmäßigen zur autoritär-monopolistischen Ausprägung essentielle Bestandteile des Feudalismus angenommen hat, um ein wirtschaftliches System mit totaler Sicherheit für die dominanten wirtschaftlichen Interessen zu schaffen. Erreicht wird diese Sicherheit durch Ausschalten der wirtschaftlichen Risiken mittels der Organisation der Wirtschaft in riesigen Trusts und Kartellen und durch die direkte Kontrolle des Staates durch wirtschaftliche Interessen. Neumann sieht diesen Schritt in die Richtung einer feudalistisch strukturierten Gesellschaft als eine Reaktion der deutschen Kapitalisten auf die Fortschritte der Demokratie während der Weimarer Periode. Darin drückt sich das Bemühen der Kapitalisten aus,

8) Vgl. NEUMANN: The State ... a. a. O., S. 713.

9) BONN, Moritz J.: Das Schicksal des deutschen Kapitalismus. Berlin 1930.

die Gesellschaft in ein statisches System zu verwandeln, in dem jeder seinen festen Standort hat und in dem soziale Bewegung nicht länger möglich ist.¹⁰

Neumann will seine Analysen des Nazi-Feudalismus in zweifacher Weise interpretiert sehen. Zunächst sind es nur die einem feudalistischen System entlehnten sprachlichen Versatzstücke mit ideologischer, verschleiender Funktion, die die, seiner Meinung nach, nackte Herrschaft des Monopolkapitalismus in Deutschland verdecken.¹¹ Das bedeutet, daß es keinen gravierenden Unterschied gibt zwischen dem Nationalsozialismus und dem italienischen Faschismus, den Neumann als den 'cleversten' und als die geschickteste Maske eines autoritären Kapitalismus bezeichnet.¹² Während ein System die Terminologie des Feudalrechts verwendet und die Gewerkschaften abschafft, nimmt das andere die Ideologie des korporativen Staates an und läßt verstümmelte Gewerkschaften als staatsabhängige Körperschaften zu. Laut Neumann gibt es jedoch auch kleinere Differenzen zwischen beiden Systemen. Das Klassenbewußtsein der deutschen Arbeiter ist stärker ausgeprägt als das ihrer italienischen Kollegen und das Monopolkapital braucht sich vor der Bedrohung durch eine Opposition, die eventuell sogar von - jedoch nicht existierenden - nationalsozialistischen Gewerkschaften ausgehen könnte, nicht zu fürchten.¹³ Aber Neumann schlußfolgert, daß das Nazi- und das feudalistische System insofern identisch sind, als beide auf der Anerkennung und Stabilisierung der diktatorischen Macht des Eigentums basieren.¹⁴ Konsequenterweise verwendet Neumann deshalb während der 30er und 40er Jahre wechselweise die Begriffe 'Nationalsozialismus' und 'Faschismus'.

Neumann meint, daß es einer näheren, zweiten Bestimmung des Nationalsozialismus in seiner Analyse bedarf. Er hält es für notwendig, die Beziehung zwischen dem ökonomischen Charakter des Fa-

10) Vgl. NEUMANN: Trade Unionism ... a. a. O., S. 214f.

11) Vgl. NEUMANN: The State ... a. a. O., S. 719.

12) Vgl. ebenda, S. 719.

13) Vgl. ebenda, S. 720.

14) Vgl. ebenda, S. 720.

schismus und dem, was er die Grundidee des Faschismus nennt, Konzept des totalitären Staates näher zu untersuchen und zu erklären.¹⁵ Dieses Konzept ist ein weiterer Aspekt des vermeintlich sozialistischen Charakters des nationalsozialistischen Faschismus. In einem totalitären System, so argumentiert er, sei jede Sphäre des Lebens offen für staatliche Interventionen, einschließlich und insbesondere des ökonomischen Bereichs. Aber das totalitäre Konzept spiegelt laut Neumann weder die Situation in Deutschland noch in Italien genau wieder. Neumann führt Mussolinis Argumentation an, daß der Faschismus jede politische Theorie oder Ideologie annehme, um die politische Macht beizubehalten, die nötig sei, um das soziale System, welches die schamlose kapitalistische Ausbeutung einschließe, zu verteidigen.¹⁶

Neumann behauptet nun, daß die Verwendung des totalitären Konzepts als Maske für die Herrschaft des Besitzes in Deutschland noch deutlicher zum Ausdruck komme. Seiner Meinung nach geht die in Deutschland propagierte Version dieses Konzepts auf Carl Schmitts Idee eines qualitativen, totalitären Staates zurück.¹⁷ Schmitt hat seine Theorie 1932 entwickelt, um einen Staat zu beschreiben, der wie Mussolinis Italien seine Macht, politische Entscheidungen zu treffen, verteidigt, indem er all jene unterdrückt, die an dieser Macht teilhaben wollen. Dies bedeutet Unterdrückung oder zumindest staatliche Kontrolle der politischen Parteien, Massenmedien etc., aber auch, daß der Staat nicht in Bereiche eingreift, die nicht 'politisch' sind, also auch nicht in den privaten Wirtschaftssektor. Schmitt stellt dies einem quantitativen, totalitären Staat gegenüber, wie er ihn in der Weimarer Republik verwirklicht sah, - ein Staat, der sich unter der Führung verschiedener politischer Parteien in alle Bereiche des menschlichen Lebens einmischt.

Bis zum Januar 1933 hatte Schmitt öffentlich gegen die politischen Ziele aller extremen Parteien, die Nationalsozialisten eingeschlossen,

15) Vgl. NEUMANN: The State ... a. a. O., S. 720.

16) Vgl. NEUMANN: Trade Unionism ... a. a. O., S. 197.

17) Vgl. NEUMANN: The State ... a. a. O., S. 721.

opponiert. Aber die Ereignisse nach Hitlers Ernennung zum Kanzler am 30. Januar 1933 überzeugten Schmitt davon, daß die Weimarer Verfassung nicht länger rechtsgültig war. Hitler erschien Schmitt als die Ausprägung eines strengen, wirkungsvollen Führers, der benötigt wurde, die deutschen Wunden zu heilen. Am 1. Mai 1933 trat Schmitt der nationalsozialistischen Partei bei. 1934 wurde er Führer der Rechtsprofessoren in der nationalsozialistischen Richtervereinigung.

Neumann bezeichnete Schmitt als den "intelligentesten und verlässlichsten aller nationalsozialistischen Verfassungsrechtler"¹⁸ und befaßte sich daher während der 30er und 40er Jahre kontinuierlich mit dem Werk Carl Schmitts, in dem die wichtigsten Aussagen zur nationalsozialistischen Rechtsideologie enthalten sind. Laut Neumann war Schmitts 'qualitativer' Totalitarismus lediglich eine andere Maske für die Herrschaft des Kapitals in Deutschland. Schmitts Theorie erfüllt seiner Meinung nach den Zweck, zwischen den teilweise divergierenden Bedürfnissen von Kapital und Nationalsozialismus zu vermitteln und Widersprüche auszugleichen.¹⁹

Aber für ihn ist es auch nicht völlig korrekt zu sagen, daß Deutschland in allen Bedeutungen des Wortes kein 'totalitärer' Staat sei. Neumann sieht jedoch nicht eine ausgeglichene Partnerschaft zwischen den Nationalsozialisten und dem Monopolkapital. Er erkennt in Deutschland drei relevante Kräfte: Privatbesitz, der hauptsächlich in Monopolen seinen Ausdruck findet, die nationalsozialistische Partei und den Staat.²⁰ Die tatsächliche ökonomische, soziale und daher politische Macht liege beim Privatbesitz.²¹ In einem gewissen Sinne existiere daher in Deutschland ein Totalitarismus. "The Fascist State is not total. The society of property-owners rather becomes total and dominating. National Socialism represents the total domination by dictatorial means of the society of monopoly property-holders over the State, using the terminology of the totalitarian state."²²

18) NEUMANN: Behemoth ... a. a. O., S. 77.

19) Vgl. NEUMANN: The State ... a. a. O., S. 721.

20) Vgl. ebenda, S. 719.

21) Vgl. ebenda, S. 719.

22) Ebenda, S. 721.

4.1.2. Überprüfung der Politik und Gesellschaft von Weimar

Neumanns frühe Analysen des Nationalsozialismus führen ihn zu einer erneuten Evaluation des politischen und sozialen Charakters der Weimarer Demokratie wie zu einer Neubewertung der Prinzipien der 'Kollektiven Demokratie', welcher er während der Weimarer Jahre das Wort geredet hatte. Neumanns Analysen des Nationalsozialismus schienen einige der fundamentalsten Lehrsätze des Marxismus zu bestätigen, Lehrsätze, die von einer Reihe selbsternannter Marxisten während der Weimarer Periode ignoriert, übersehen oder revidiert worden waren. Wie gezeigt, gehörten dieser Gruppe auch Renner, Bauer, Sinzheimer und Neumann selber an. Der einfache, aber wichtigste und vielleicht der am meisten mißverständene dieser Lehrsätze war der, der die bedingenden Wirkungen des sozio-ökonomischen Unterbaus auf die essentiellen Wesenszüge des rechtspolitischen, ideologischen Überbaus jeder modernen Gesellschaft beschrieb. Neumann hatte zwar Schwierigkeiten mit diesem Bedingungsverhältnis, aber sein Eintreten für die 'Kollektive Demokratie', die auf Bauers Idee eines 'Gleichgewichts der Klassenkräfte' basierte, bewertete Neumann bereits kurz nach 1933 als sträfliche Vernachlässigung der tatsächlichen Auswirkungen des ökonomischen Unterbaus. Diese Gesellschaft möchte vielleicht in Hinsicht auf die sozialen Kräfte ausgeglichen sein, die Wirtschaft jedoch war unzweifelhaft kapitalistisch geblieben. Nach 1933 verwandte Neumann eine orthodoxere marxistische Analyse, um die Geschichte der Weimarer Republik zu erklären und um die Prinzipien der 'Kollektiven Demokratie' zu kritisieren.

Der Schlüssel für das Verständnis der politischen Geschichte Weimars liegt nach Neumanns Ansicht im Erkennen der beiden wichtigen sozio-ökonomischen Entwicklungen, die in Deutschland mit dem Ersten Weltkrieg begonnen haben. Die erste dieser beiden Entwicklungen stellt die Kapitalkonzentration und die Rationalisierung auf dem ökonomischen Sektor dar, welche die Wirtschaft vom Konkurrenz- zum Monopolkapitalismus wandelt.²³ Die zweite ist das gewachsene politische Bewußtsein der Arbeiterklasse.²⁴

23) Vgl. NEUMANN: Trade Unionism ... a. a. O., S. 175ff.

24) Vgl. ebenda, S. 177.

Letzteres schafft eine Situation, in der sich die Kräfte der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie auszugleichen scheinen. Zumindest kann die Bourgeoisie nicht mehr länger dem Klassenkonflikt in der gleichen Weise wie während der Periode des Liberalismus vor dem Krieg begegnen. Neumann sieht deshalb wie Kirchheimer die Weimarer Verfassung als eine Reihe von Kompromissen zwischen den verschiedenen sozialen und politischen Gruppen in Deutschland. Die Verfassung institutionalisierte also einen allgemeinen Kompromiß zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Bis 1934 war Neumann gewillt, das Resultat dieses Kompromisses als 'Kollektive Demokratie' zu bezeichnen.

Im Rahmen dieses Kompromisses hat der Staat vielen privaten Organisationen einige seiner Aufgaben übertragen und ihnen somit auch Anteil an der politischen Macht verliehen.²⁵ Vom Staat selber nahmen die Interessengruppen an, daß er als neutrale, dritte Kraft verbleibt, der in wirtschaftliche Angelegenheiten nur dann eingreift, wenn die anderen Kräfte (Klassen) keine Übereinkunft erzielen können.²⁶ So stellt sich vielen führenden linken Theoretikern die Situation 1918 dar. Bis 1934 ist Neumann bereit zuzugeben, daß in diesem System der Sozialismus nur ein tolerierter und unangenehmer Partner ist, der jederzeit fallengelassen werden kann, wenn das Monopolkapital dies für notwendig erachtet.²⁷

Neumann fährt fort, die 'Kollektive Demokratie' nicht nur als ideologische Maske für die ökonomische Domination der Bourgeoisie zu beschreiben, sondern zeichnet auch den Übergang vom deutschen Liberalismus zum Faschismus nach. Er zeigt diese Entwicklung anhand der Darstellung der Folgen der ökonomischen Entwicklung während der Weimarer Jahre für die drei Elemente, die in der 'Kollektiven Demokratie' die Hauptrollen spielen: die Bourgeoisie, die Arbeiterklasse und der Staat.

25) Vgl. NEUMANN: Die Herrschaft ... a. a. O., S. 320.

26) Vgl. ebenda, S. 320.

27) Vgl. NEUMANN: The State ... a. a. O., S. 713.

Die Bourgeoisie treibt weiter die Konzentration und Rationalisierung in der Wirtschaft voran, indem sie durch organisierte Handelsvereinigungen den Warenmarkt und durch Arbeitgeberverbände den Arbeitsmarkt kontrolliert.²⁸ Das bedeutet jedoch zugleich als Resultat dieser ökonomischen Entwicklungen auch eine direkte Schwächung der Arbeiterklasse; auf die Gewerkschaftsbewegung bezogen geschieht dies in dreifacher Weise.

Zunächst einmal trägt zu dieser Machtminderung die veränderte Zusammensetzung der Arbeiterschaft bei. Das Kleinbürgertum hat aufgrund der ökonomischen Entwicklung in Deutschland Angst und erkennt die Interessen des Proletariats nicht als die eigenen. Die Kapitalisten nutzen dies aus, indem sie deren Privilegien beibehalten bzw. erweitern und somit den 'neuen Mittelstand' zum Massenservoir der Nationalsozialisten machen.²⁹ Zum zweiten münden vermehrte wirtschaftliche Produktivität und Konzentration in technischer Arbeitslosigkeit. Die Gewerkschaften müssen ihre Unterstützungen herabsetzen und verlieren als Folge Mitglieder und deren Mitarbeit.³⁰ Der dritte Grund hängt mit den beiden vorgenannten zusammen. Die Gewerkschaften wenden sich mit der Bitte um Unterstützung (für ihre Mitglieder) an den Staat und dieser antwortet mit einer verstärkten Einmischung bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. All dies läßt nach Neumann die Frage aufkommen, wozu die Gewerkschaften noch nötig seien. Die neuen Aufgaben des Staates führen zu einer "psychologischen Abhängigkeit"³¹ der Gewerkschaften vom Staat.

Sowohl die Vertreter der Arbeiter als auch die des Kapitals befürworten die wachsende Einflußnahme des Staates in ökonomischen Angelegenheiten; die einen, weil sie glauben, der Staat sei eine neutrale dritte Partei, die anderen, weil sie merken, daß sie so mehr und mehr Einfluß auf die Staatsgeschäfte bekommen. Im Gegensatz zu seiner Auffassung aus der Weimarer Zeit glaubt Neu-

28) Vgl. NEUMANN: Trade Unionism ... a. a. O., S. 175.

29) Vgl. ebenda, S. 180f.

30) Vgl. ebenda, S. 180.

31) Ebenda, S. 181.

mann jedoch ab 1933, daß unter der Voraussetzung der Existenz sozialer Klassen nichts anderes als ein Klassenstaat möglich sei und die Souveränität des Parlaments damit abgeschafft sei. Er schränkt letzteres jedoch ein, weil er meint, daß die Souveränität auf die Bürokratie und Richterschaft übergegangen sei. Diese Verschiebung bewirkt das Anwachsen eines Antistaates innerhalb der bestehenden Regierungsstrukturen.³² Nach 1933 konzidiert Neumann, daß dieser Antistaat Souveränität erlangt hat und daß dies das Fortbestehen des Klassenstaates in Deutschland bedeutet. Laut Neumann habe das deutsche Experiment sehr deutlich bewiesen, daß die Ideen der Abschaffung der Staatssouveränität oder des Endes des Klassenstaatscharakters solange Illusionen bleiben, wie eine kapitalistisch organisierte Wirtschaft existiert.

Er meint, daß der eigentliche Übergang zum autoritären Staat sich aufgrund der Wirtschaftskrisen, die 1929 begonnen haben, ereignet habe. Die Ausbildung des Monopolkapitalismus sei Teil der Anstrengungen, die Wirtschaftskrisen abzuwehren; in den späten 20er Jahren verschwinden dann das Gleichgewicht der Klassenkräfte und die letzten Merkmale einer 'Kollektiven Demokratie'. Die Kapitalisten bitten den Staat um Hilfe, und die Arbeiterbewegung behält ihren naiven Glauben an den neutralen Staat. Mit der verstärkten Forderung von Arbeit und Kapital nach dem Staat, der in die Depression eingreifen soll, wächst die Macht und der Einfluß des Antistaates drastisch.

Schließlich ist das Weimarer System, das auf Kompromissen basiert, nicht mehr in der Lage, die gewachsenen Bedürfnisse des Kapitalismus zu erfüllen. Als ihre Gewinne gefährdet scheinen, reagieren die deutschen Kapitalisten mit der typischen Antwort einer jeden herrschenden Klasse in einer solchen Situation; sie zerstören die Demokratie und die Arbeiterbewegung und errichten ein autoritäres Regime.

32) Vgl. NEUMANN: The Decay ... a. a. O., S. 112.

4.1.3. Neue Theorien über Recht und Politik

Nach den Analysen der Ereignisse von 1918 bis 1933 in Deutschland unterzog Neumann seine rechtlichen und politischen Theorien einer Überprüfung. Sie bezog sich primär auf die marxistische Soziologie des Rechts, die er von Renner und Sinzheimer übernommen hatte. In diesem Zusammenhang war die 'Kollektive Demokratie' in den Augen Sinzheimers, Fraenkels und Neumanns das Medium gewesen, das einen friedlichen evolutionären Übergang zum Sozialismus ermöglichen sollte.

Aber nach den Ereignissen von 1933/34 kam Neumann zu der Überzeugung, daß die 'Kollektive Demokratie' stattdessen, wie oben gezeigt, als Übergang zum Nationalsozialismus gedient hatte. Die zweite Dissertation an der 'London School of Economics' aus dem Jahre 1936 stellte den Beginn von Neumanns Versuch dar, zu retten, was von seiner früheren theoretischen Position noch zu retten war. Das bedeutete zunächst die Abkehr von den Auffassungen Sinzheimers, Gierkes und Bauers und eine Analyse der Gründe für die Fehlinterpretationen dieser Theoretiker.

Zunächst befaßt er sich mit der Unvollständigkeit der Renner'schen Theorie. Renner hat wenig Konkretes über den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus gesagt. Neumann versucht nun in seiner Dissertation, diese Lücken zu schließen, indem er die Rechtssysteme des Liberalismus, der 'Kollektiven Demokratie', des Nationalsozialismus und die Beziehungen zwischen diesen Rechtssystemen und dem sozio-ökonomischen Unterbau dieser Gesellschaften untersucht. Vor allem versucht er, den Punkt herauszufinden, an dem durch die Anpassung des rechtlichen Überbaus die Entwicklung zum Sozialismus und nicht zum Nationalsozialismus geführt hätte. Mit seinem Ergebnis will er den Arbeiterklassen außerhalb Deutschlands die Erfahrung eines autoritären Staates und die Notwendigkeit einer Revolution auf dem Weg zum Sozialismus ersparen. Darüber hinaus soll durch die Analyse der ideologische Charakter des nationalsozialistischen Rechtssystems enthüllt werden. Der Nationalsozialismus ist für ihn nämlich dieselbe Art der Klassenherrschaft, die sich auch unter der Maske des Liberalismus verbirgt.

Die Definition von Recht, Staat und Souveränität, die Neumann ab 1933 als Teil seiner Überarbeitung der marxistischen Soziologie des Rechts vornimmt, reflektiert seine Abkehr von den Konzeptionen Sinzheimer und Gierkes. Neumann bestimmt den Begriff des Rechts durch die zwei Elemente der Ordnung und des Zwangs.³³ Die Rechtsordnung repräsentiert die Ordnung der Zwecke der Gesellschaft, aufrechterhalten durch Zwang.³⁴ Die sozialen Gruppen können zwar soziale Normen schaffen, diese werden aber nur durch die Zwangsgewalt des Staates zu Rechtsnormen.³⁵ Der Staat ist von der Gesellschaft getrennt, und nur der Staat kann entscheiden, wo die Grenzen zwischen ihm und der Gesellschaft liegen. Aber obwohl der Staat entscheiden kann, wo und inwieweit er in die Gesellschaft eindringt, werden seine Aktionen auch durch die sozialen Kräfte veranlaßt.

Diese kausale Beziehung bedeutet nach Neumanns Auffassung nicht, daß sich die Soziologie des Rechts nur auf die ökonomischen Auslegungen der Rechtsnormen und -institute konzentrieren soll. Er kommt zu dem Schluß, daß das Rechtssystem manchmal entscheidend geändert werden muß, um den Notwendigkeiten der veränderten sozio-ökonomischen Bedingungen zu entsprechen.

Ein weiterer Aspekt des ideologischen Überbaus einer jeden Gesellschaft, der für die Ausgestaltung und den Gebrauch der Gesetze verantwortlich zeichnet, seien politische Ideen oder Theorien, die die Funktion der Gesetze ohne Rücksicht auf Veränderungen in dem ökonomischen Unterbau verändern. Dies hatten Fraenkel und Neumann schon während der letzten Weimarer Jahre an der Voreingenommenheit der Richterschaft demonstriert. Schließlich werden diese reaktionären politischen Ideen mit dem wachsenden Einfluß des Monopolkapitals auf das Parlament kombiniert und verändern so das Rechtssystem nicht zum Sozialismus, sondern hin zum Nationalsozialismus.

Neumann analysiert die rechtliche Dimension des Aufstiegs des Liberalismus und schenkt hierbei der Bedeutung einer naturrecht-

33) Vgl. NEUMANN: Die Herrschaft ... a. a. O., S. 27.

34) Vgl. ebenda, S. 27.

35) Vgl. ebenda, S. 27.

lichen Interpretation besondere Aufmerksamkeit. Während des Zeitalters des Liberalismus sei mit der Herrschaft der Bourgeoisie das Naturrecht allmählich verschwunden und durch die Idee der Herrschaft des Gesetzes ersetzt worden. Er fährt fort, drei wichtige Elemente, die für den Charakter der Idee von der Herrschaft des Gesetzes relevant sind, aufzuführen. Es sind dies: 1. Das Gesetz muß in seiner Satzbildung generell sein. 2. Es muß in seiner Allgemeinheit bestimmt sein und 3., es darf keine rückwirkende Kraft haben.³⁶

Neumann kontrastiert England und Deutschland als Länder, in denen zwei verschiedene Spielarten der Idee der Herrschaft des Gesetzes angewandt werden. In England bezieht die Bourgeoisie die Vorstellung von der Souveränität des Parlaments auf zwei Hauptkomponenten der Idee von der Herrschaft des Gesetzes, auf das allgemeine Recht und auf eine Sphäre der Freiheit. Durch Eroberung des Parlaments und Förderung der Auffassung von der parlamentarischen Souveränität stellt die englische Bourgeoisie für den Fall eines staatlichen Eingriffs mit Hilfe von bürgerlichen Rechten sicher, daß sie selber die Art und das Ausmaß dieses Eingreifens bestimmen kann.³⁷ In Deutschland dagegen bleibt das Bürgertum politisch inaktiv, sichert aber mit der Etablierung der Idee von der Herrschaft des Gesetzes als herrschender Ideologie zugleich die Begrenzung des staatlichen Aktionsradius' durch einen gesetzlichen Rahmen.³⁸

Neumann betont immer wieder, daß die Herrschaft des Gesetzes, wie jede Theorie des Naturrechts, lediglich eine Ideologie ist, die die Interessen der Bourgeoisie unterstützt. Die Entlarvung dieses ideologischen Charakters des liberalen Rechtssystems ist eines der primären Ziele Neumanns. Nach 1933 erkennt er im Nationalsozialismus einen gefährlichen Auswuchs des Liberalismus, der die Kraft besitzt, den unaufhaltsamen Gang der Geschichte zum Sozialismus zu unterbrechen und zu verlangsamen.

36) Vgl. NEUMANN: Der Funktionswandel ... a. a. O., S. 13.

37) Vgl. ebenda, S. 28.

38) Vgl. ebenda, S. 28.

4.1.4. Rechtliche und politische Analyse des Nationalsozialismus

Ein weiterer großer Teil der Dissertation Neumanns gilt der Analyse, wie und warum in Deutschland ein Übergang zum Nationalsozialismus und nicht zum Sozialismus stattgefunden hat. Die Ursache für die Zerstörung der Demokratie sieht er in erster Linie in der Zerstörung der formalrechtlichen Rechts- und Gesetzesstruktur im Gefolge der Kapitalkonzentration.³⁹ Er operiert hier auf einer rechtstheoretisch-ökonomischen Ebene und macht damit Form, Veränderung und wechselseitigen Zusammenhang der zentralen Vergesellschaftungsprinzipien bürgerlicher Gesellschaften, nämlich Recht und Ökonomie, zum Hauptgegenstand seiner Untersuchungen.

Methodisch geht er dabei so vor, daß er zunächst die frühbürgerliche, konsequent liberal-demokratische Rechts- und Gesellschaftsstruktur skizziert und darin die klassischen Funktionen des Rechtssystems in ökonomischer, sozialer und politischer Hinsicht bestimmt. Dieses 'Modell' dient ihm als Bezugspunkt für die Diagnostizierung von Veränderungsprozessen.

Nach Neumann ist für die frühbürgerliche Gesellschaft der rationale Rechtsbegriff charakteristisch. Dieser Rechtsbegriff unterscheidet sich von einem politischen Rechtsbegriff, demzufolge Recht lediglich durch seinen Ursprung aus dem souveränen Willen der Macht bestimmt wird, durch die Rationalität seiner Form und die Vernunft seines Inhalts. Während in den frühen Naturrechtstheorien, die Neumann ausführlich untersucht hat, noch Gewicht auf die inhaltliche Entsprechung des Gesetzes mit den Postulaten von Freiheit, Gleichheit und Sicherheit gelegt wird, rückt mit zunehmender Entfaltung der bürgerlichen Gesellschaft in den sie reflektierenden Theorien die Bedeutung der Formalstruktur des Gesetzes in den Vordergrund. Gesetze werden nunmehr als Eingriffe in den privaten Verfügungsbereich, in Freiheit und Eigentum, verstanden, und da solche Eingriffe nur aufgrund von Gesetzen zulässig sein sollen, müssen diese notwendig den Charakter der Allgemeinheit besitzen: Gesetze sind

39) Vgl. NEUMANN: Der Funktionswandel ... a. a. O., S. 7ff.

nur insoweit vernünftig, als sie diesem Postulat entsprechen. Gleichheit durch Allgemeinheit, Voraussehbarkeit und Berechenbarkeit von staatlichen Eingriffen in die Sphäre bürgerlicher Freiheit sind nach Neumann die Kernelemente der formalen Rationalität des Rechts.⁴⁰

Neumann verkennt freilich nicht, daß auch der klassische bürgerliche Staat immer schon - weil er auf kapitalistischen Strukturen und der sozialen Realität der Klassengesellschaft beruht - von starken irrationalen Elementen gekennzeichnet ist: So stellt der Nationalismus "... einen unerläßlichen, speziell irrationalen Integrationsfaktor dar".⁴¹ Das Klassenwahlrecht verhindert die politische Artikulation der Unterschichten; die Formalstruktur des Rechts leistet sowohl die Sicherung des Eigentums durch Vorhersehbarkeit und Berechenbarkeit der Staatseingriffe und zugleich die Repression gegenüber den abhängigen Klassen und verdeckt diese spezifische Funktionalisierung durch die bürgerlichen Klasseninteressen zugleich. Die formale Rationalität des Rechts ist somit nach Neumann funktional bezogen auf die Mechanismen der freien Konkurrenz, so daß der Typus des allgemeinen Gesetzes mit seinen spezifischen rechtsstaatlichen Konnotationen (inhaltliche Bestimmtheit, Rückwirkungsverbot, Gleichförmigkeit der Gesetzesanwendung, daher Gewaltenteilung, Gesetzesbindung der Verwaltung und der Justiz) die adäquate Vermittlungsform zwischen Staat und Gesellschaft in der Epoche des Konkurrenzkapitalismus darstellt. Dieser Gesetzestypus ist jedoch zugleich - und das ist für Neumanns Entwicklungsdiagnose von Recht, Gesellschaft und Staat entscheidend - gegenüber den Anforderungen der freien kapitalistischen Konkurrenz transzendent: Die formale Rationalität des Rechts sichert jedermann ein 'Minimum an persönlicher und politischer Freiheit' durch den Ausschluß staatlicher Willkür, die Anerkennung persönlicher Gleichheit und die aus der Trennung von Recht und Moral resultierende Gewissensfreiheit. Neumann nennt dies die 'ethische Funktion' des bürgerlichen Formalrechts.⁴²

40) Vgl. NEUMANN: Die Herrschaft ... a. a. O., S. 245ff.; und NEUMANN: Der Funktionswandel ... a. a. O., S. 8ff.

41) SÖLLNER, Alfons: Geschichte und Herrschaft. Studien zur materialistischen Sozialwissenschaft 1929 - 1942. Frankfurt am Main 1979. S. 118.

42) Vgl. NEUMANN: Der Funktionswandel ... a. a. O., S. 26.

Rechtstheorie und Rechtspraxis erfahren konsequent mit fortschreitender Kapitalkonzentration "... in der Periode des Monopolkapitalismus eine entscheidende Änderung. Die Herrschaft des allgemeinen Gesetzes ist nun nicht mehr möglich. Ist der Staat nur mit einer einzigen Partei, einem Monopol konfrontiert, so ist es sinnlos, eine generelle Norm aufzustellen. Die individuelle Maßnahme ist dann die einzig sachgerechte Äußerung des Souveräns".⁴³ Damit verliert das Rechtssystem seine "... relative Selbständigkeit, auf der im Liberalismus seine relative Rationalitätswirkung beruhte"⁴⁴, und die zentralen Formbestimmungen des bürgerlichen Formalrechts gehen vorbei. Bereits in der Weimarer Republik, so konstatiert Neumann, treten immer häufiger punktuelle Maßnahmegesetze und vage Generalklauseln an die Stelle inhaltlich bestimmter, allgemeiner Gesetze; dadurch wird die Gesetzesbindung der Justiz und damit das Konzept der Teilung und Unabhängigkeit der Staatsgewalten voneinander aufgehoben. Unter der schließlich auch politisch voll errichteten Herrschaft des Monopolkapitalismus - als solche identifiziert er den Nationalsozialismus - wird der "... Richter auf den Status eines Polizeibeamten reduziert",⁴⁵ wird auch das Rückwirkungsverbot aufgegeben und das Recht insgesamt zum "... technischen Mittel zur Durchsetzung bestimmter politischer Ziele", es "... ist nur noch Befehl des Souveräns".⁴⁶ Auch der Rest an Vernunft, der nach Neumann noch in der formalen Rationalität des Rechts enthalten ist, wird beseitigt, so daß im Nationalsozialismus von einem, seinem rationalen Begriff entsprechenden Recht keine Rede mehr sein kann, funktional reduziert sich 'Recht' auf eine Kombination von Propaganda und Gewalt, auf einen "Prozeß der Massenmanipulation durch Terror in Form von 'Recht'".⁴⁷ Damit verliert das Recht zugleich seine gesellschaftstheoretisch-analytisch zentrale Stellung als relativ eigenständiger Vergesellschaftungsmechanismus, nach dessen Rationalitätsmodus die bürgerliche Gesellschaftsordnung funktionierte, sich reproduzierte und zugleich legitimierte. Das

43) NEUMANN: Behemoth ... a. a. O., S. 515.

44) SÖLLNER: Geschichte ... a. a. O., S. 135.

45) NEUMANN: Behemoth ... a. a. O., S. 517.

46) Ebenda, S. 518.

47) Ebenda, S. 524.

technisch-funktionale Recht der monopolkapitalistischen Phase wird zum bloßen "Appendix monopolistischer Herrschaftsausübung".⁴⁸ Folgerichtig spielt in Neumanns umfangreicher Untersuchung über Struktur und Herrschaftspraxis des Nationalsozialismus die Analyse der rechtlich-normativen Struktur nur noch eine ganz untergeordnete Rolle: Da das Rechtssystem die monopolkapitalistische Gesellschaft nicht länger integriert, die Funktions- und Vermittlungsformen von Staat und Gesellschaft nicht mehr auf einen einheitlichen Reflektionsmodus zentriert sind, zerfasert das gesellschaftliche Gesamtsystem zum 'Behemoth', zum chaotischen 'Unstaat'.

Nach Neumanns Analyse ist die Rationalität des Rechts also unwiderruflich durch den Übergang zum Monopolkapitalismus zerstört worden. Der Versuch, in Deutschland eine den bürgerlichen Vernunftsprinzipien entsprechende Gesellschaft zu errichten, war historisch objektiv unmöglich, weil verspätet. Folgerichtig haben sich nach Neumann schon in der Weimarer Republik die wesentlichen Merkmale der Gesetzesrationalität aufgelöst.⁴⁹ Der Nationalsozialismus als 'totalitäre' Herrschaftsform des Monopolkapitalismus vollendet gleichsam nur noch diesen Prozeß der Transformation von Recht in Gewalt und Willkür, in Unrecht.

4.1.5. Lehren aus Weimar

Wann immer Neumann während der mittleren und späten 30er Jahre seine Sichtweise vom Nationalsozialismus präsentiert, ist seine Folgerung, daß, gleichgültig wie energisch die herrschende Klasse in Deutschland auch Konflikte zwischen den Klassen zu unterbinden sucht, sie am Ende doch damit scheitern wird. Weder die Errichtung einer monopolisierten Wirtschaft noch direkte Verbesserung der Produktionsbedingungen durch radikale Veränderungen des Rechtssystems können den Kapitalisten ihren Profit auf lange Sicht sichern

48) SÖLLNER: Geschichte ... a. a. O., S. 139.

49) Vgl. NEUMANN: Behemoth ... a. a. O., S. 515ff.

oder den sozialen Konflikt, der dem wirtschaftlichen Bankrott folgen wird, vereiteln. Nach Neumann hat der Nationalsozialismus den Staat ruiniert und zieht nun das gesamte ökonomische System mit in den Untergang.⁵⁰

Aber das Beispiel von Weimar liefert Lehren für die Arbeiterklasse im übrigen Europa, wie dieser Form der kapitalistischen Unterdrückung, für die der Nationalsozialismus in Deutschland und der Faschismus in Italien Beispiele sind, zu entgehen ist. Neumann glaubt nicht, daß Renners optimistische Sicht einer friedlichen Anpassung des rechtlichen Überbaus an den sozio-ökonomischen Unterbau nicht zu realisieren sei. Neumann meint unzweifelhaft erkennen zu können, daß sogar Marx gewisse Hoffnungen für eine friedliche Transformation zum Sozialismus in einigen Ländern hegte; dies hing zum großen Teil von den Reaktionen der herrschenden kapitalistischen Klasse ab, und es bedurfte sehr viel an sorgfältiger Planung und Zeit. 1934 merken Neumann und Laski, daß für die englische Arbeiterklasse der Moment der Wahrheit unmittelbar bevorsteht. Das Schicksal dieser Klasse, so Neumann, hängt von der Reaktion auf bestimmte bedrohende Maßnahmen des englischen Parlaments ab, so z. B. auf die 'Trade Union Act' von 1927.⁵¹ In einem Text zur englischen Situation sieht er auch in Großbritannien schon die Gefahr faschistischer Tendenzen.⁵²

Nach Neumann kann sich die englische Arbeiterklasse der Bedeutung der 'Trade Union Act' und anderer Maßnahmen der herrschenden Klasse besser bewußt werden, wenn die Fehler der deutschen sozialistischen Arbeiterbewegung erläutert und verstanden werden. Und wie schon anläßlich der Kritik an der Theorie und Praxis der 'Kollektiven Demokratie' präsentiert Neumann die Fehler der Arbeiterbewegung als Manifestationen allgemeiner Unfähigkeit oder des Unwillens, bestimmte soziale und politische Entwicklungen in Deutsch-

50) Vgl. NEUMANN: Trade Unionism ... a. a. O., S. 212.

51) Vgl. ebenda, S. 221.

52) NEUMANN, Franz: Faschismus in Großbritannien. In: Deutsche Freiheit ('Einzige Unabhängige Tageszeitung Deutschlands'. Erscheinungsort: Saarbrücken) 2 (1934). Nr. 57 vom 9. März (unter Pseudonym 'Leopold Franz').

land nach dem Ersten Weltkrieg klar zu erkennen und einzuschätzen. Beginnend mit dem 'Stinnes-Legien Abkommen' von 1918, in dem die Gewerkschaften einer Zusammenarbeit mit den Arbeitgeberorganisationen zur Regulierung von Löhnen und Arbeitsbedingungen zustimmten, verfolgt die deutsche Arbeiterbewegung eine naive Politik der Anpassung und Bequemlichkeit. Die institutionalisierte Form dieser Anpassung, die 'Kollektive Demokratie', wurde ersonnen als ein Kompromiß zwischen Kapitalismus und Sozialismus, der allerdings nur insoweit funktionierte, als er das Kapital auf Kosten der Arbeit stärkte. Die deutschen Sozialisten versagen bei der Einschätzung der Bedeutung des ökonomischen Unterbaus der Gesellschaft; so lange, wie in Deutschland der Kapitalismus existiert, gibt es auch einen Klassenstaat. Ein institutionalisierter Kompromiß wird dann bedeutungslos, wenn der Profit bedroht ist.

Die deutschen Sozialisten hätten ebenso erkennen müssen, daß der Kapitalismus in die letzte Phase seines Niedergangs eingetreten ist und daß es daher essentiell für die Arbeiterbewegung war, ihre Handlungsfreiheit aufrechtzuerhalten und den Kapitalisten den unbegrenzten Gebrauch von Staatsgewalt zur Aufrechterhaltung des zusammenbrechenden Wirtschaftssystems zu versagen. Unter keinen Umständen hätte die Arbeiterklasse auf ihr eigenes Anrecht auf unbegrenzte Dominierung des Staates verzichten dürfen, so wie sie es 1918 getan hatte.⁵³ 'Kollektive Demokratie' könne nur vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus tolerierbar sein, so Neumann 1934, wenn diese Klasse durch das Parlament entscheidenden Einfluß auf den Staat habe.⁵⁴

Neumann unterstellt, daß eine richtige Einschätzung der Bedeutung der deutschen Regierungshaltung während der späten 20er Jahre gegenüber monopolistischer Regulierung und Kontrolle die 'Kollektive Demokratie' vielleicht noch gerettet hätte. Die deutschen Sozialisten jedoch sahen in den Monopolen ein progressives Phänomen, nämlich den ersten Schritt hin zum Sozialismus. Ihr revisionistischer Optimis-

53) Vgl. NEUMANN: The Decay ... a. a. O., S. 103.

54) Vgl. NEUMANN: Trade Unionism ... a. a. O., S. 171.

mus brachte sie dazu, die Tatsache zu ignorieren, daß unter den sozio-ökonomischen Bedingungen der Weimarer Demokratie Monopole nur hätten fortschrittlich sein können, wenn sie durch den Staat kontrolliert bzw. geschaffen würden.⁵⁵

Neumann argumentiert, daß nach 1930 der deutsche Kapitalismus erkannt habe, daß nur durch mehr direkte staatliche Hilfe die angeschlagene Wirtschaft gerettet werden könne. Demokratie oder liberale Demokratie sind in einer solchen Situation unglaublich und sollten daher geschwächt werden. Die Souveränität des deutschen Parlaments wurde systematisch abgeschafft und die politischen und sozialen Freiheitsrechte zurückgenommen.⁵⁶

Dies war der entscheidende Wendepunkt, ab dem eine relativ friedliche Transformation zum Sozialismus unmöglich wurde. Die politischen und sozialen Freiheitsrechte, die Neumann meint, waren die Konnexinstitute, die Renner als notwendig für einen friedlichen, rechtlichen Übergang zum Sozialismus beschrieben hatte. Wenn diese Freiheiten durch politischen Druck oder durch die Drohung mit Gewalt in Deutschland aufrechterhalten worden wären, wäre keine Notwendigkeit für eine gewaltsame Revolution gegeben gewesen. Aber mit dem Verlust dieser Freiheiten verblieb der sozialistischen Arbeiterbewegung nur eine Möglichkeit. Nur durch die Erkämpfung der Staatsgewalt wäre die Existenz der Gewerkschaften und die Sicherung der Menschenrechte des Arbeiters gesichert gewesen.⁵⁷

Laut Neumann hätten die deutschen Gewerkschaften von 1932 an aber den gegenteiligen Weg eingeschlagen. Statt politisch aktiv zu werden, wie er befürwortete, seien sie passiv geblieben und hätten sich sogar langsam von der SPD getrennt.⁵⁸ "Die deutsche Demokratie hat Selbstmord verübt und ist gleichzeitig ermordet worden."⁵⁹

55) Vgl. NEUMANN: Die Herrschaft ... a. a. O., S. 315f.

56) Vgl. NEUMANN: Trade Unionism ... a. a. O., S. 183.

57) Vgl. ebenda, S. 187.

58) Vgl. ebenda, S. 187.

59) NEUMANN: The Decay ... a. a. O., S. 119.

Offensichtlich schwingt in Neumanns Diskussion der Fehler der deutschen Arbeiterbewegung ein großer Teil Selbstkritik mit. Denn Neumann war zusammen mit Fraenkel und Sinzheimer einer der stärksten Vertreter der 'Kollektiven Demokratie' gewesen. Neumann hegte auch noch Anfang der 30er Jahre Hoffnungen für einen lang-samen, friedlichen und rechtlichen Übergang zum Sozialismus. Dies zeigte sich in seinem Eintreten für die Unabhängigkeit der Gewerkschaften von der SPD und in seiner Teilnahme an den Bemühungen der SPD, die rechtliche Partei im Kampf mit dem Nationalsozialismus zu sein. Seine nach 1933 geänderte Auffassung über die Zustände und die rechtliche Taktik der deutschen sozialistischen Arbeiterbewegung faßt er angesichts des faschistischen Sieges folgendermaßen zusammen: "Es ist nicht meine Auffassung, die Frage zu beantworten, ob die Arbeiterschaft nicht trotzdem hätte kämpfen sollen, ob nicht ein heroischer Untergang der Sache der Demokratie und des Sozialismus mehr geholfen hätte als stillschweigende Ergebung."⁶⁰

Neumann hofft, daß die Arbeiterbewegungen außerhalb Deutschlands und Italiens von den Fehlern, die die deutschen Sozialisten gemacht haben, lernen würden. Vor allem setzt er darauf, daß eine korrekte Bewertung der sozialen und politischen Macht des Eigentums in solchen Ländern vermittelt werden kann, welchen die Erfahrungen der Weimarer Republik möglicherweise noch bevorstand. Er beharrt darauf, daß der Sozialismus das unveränderliche Ziel jeder Arbeiterbewegung sei und definiert ihn als ein System der Identität von Herrscher und Beherrschten und der Abschaffung von Privatbesitz.⁶¹

Neumann betont, daß in jenem Stadium des Kapitalismus, welches in den letzten Jahren der Weimarer Republik erreicht wurde - wenn also der Staat als Zwangsapparat in die sozialen Verhältnisse entscheidend eingegriffen hat -, der Kampf um diesen Zwangsapparat das zentrale Problem der Arbeiterschaft sein muß. Dieser Kampf erfordere, daß alle Kräfte der Arbeiterbewegung, auch die Kräfte

60) NEUMANN: The Decay ... a. a. O., S. 119.

61) Vgl. NEUMANN: Trade Unionism ... a. a. O., S. 217.

der Gewerkschaften, sich der politischen Führung unterordnen. Der Staat müsse friedlich erobert werden durch die Dominanz der Arbeiterbewegung im Parlament; wenn aber die wichtigen politischen und sozialen Freiheiten, insbesondere die Koalitionsfreiheit, eingeschränkt oder abgeschafft seien, müsse die Arbeiterbewegung angemessen reagieren und notfalls einen Bürgerkrieg wagen.⁶²

4.2. 'Behemoth'

4.2.1. Entstehungszusammenhang des 'Behemoth'

4.2.1.1. Zur Arbeit am 'Behemoth'

Bevor ich auf die Theorie Neumanns Hauptwerk zu sprechen komme, möchte ich kurz auf seine Arbeit am 'Behemoth' selbst und seine Arbeitsstätte, das emigrierte Institut für Sozialforschung eingehen; letzteres hatte entscheidenden Einfluß auf den Ansatz des 'Behemoth'.

Neumanns Eintritt in das Institut für Sozialforschung, in dem er von 1937 bis 1942 am 'Behemoth' arbeitete, verdankte sich seiner Einsicht in die Erfolglosigkeit der Emigrantenpolitik in London. Für seine Aufnahme in das Institut spielten nicht zuletzt die Empfehlung seiner Lehrers Laski und seine Wandlung zum Sozialwissenschaftler eine Rolle. Es erscheint mir wichtig, diese Arbeitsstätte Neumanns näher vorzustellen und zwar vornehmlich im Hinblick auf die Geschichte, das Forschungsinteresse, die Aufgabe, die Faschismusforschung und die Sonderstellung des Instituts für Sozialforschung.

Das Institut wurde 1924 gegründet, aber erst für die Zeit ab 1930 unter dem Direktorat Max Horkheimers sind die Begriffe 'Kritische Theorie' und 'Frankfurter Schule' angemessen und zulässig für die dort entwickelte Richtung.⁶³ Nach der Machtübernahme durch die

62) Vgl. NEUMANN: Trade Unionism ... a. a. O., S. 217.

63) Siehe zur Geschichte des Instituts für Sozialforschung: JAY ... a. a. O.

Nationalsozialisten wurde das Institut geschlossen. Zunächst emigrierten die Mitarbeiter nach Genf und dann über Paris nach New York, wo sich das Institut unter dem Namen 'Institute of Social Research' neu konstituierte. Das theoretische und politische Organ war die 'Zeitschrift für Sozialforschung'; die Arbeit an dieser Zeitschrift bestimmte im wesentlichen die folgenden Jahre. Alice Maier, Horkheimers Sekretärin in New York, sah das alles dominierende Interesse des Instituts in den späten 30er und frühen 40er Jahren in der Vorstellung, Hitler und den Faschismus besiegen zu müssen; diese 'Mission' gäbe den Mitarbeitern erst ein Gefühl von Loyalität und Zusammengehörigkeit.⁶⁴ Herbert Marcuse, eines der Mitglieder, stellte als Aufgabe des Instituts die Ausarbeitung einer theoretischen Konzeption, "... die es vermochte, die ökonomischen, politischen und kulturellen Einrichtungen als eine spezifische geschichtliche Struktur zu begreifen, aus der die voraussichtlichen Entwicklungstendenzen abgeleitet werden konnten". Weiter sagt er: "Dieses Unternehmen beruhte auf bestimmten Grundvorstellungen, die allen Mitgliedern des Stabes gemeinsam waren."⁶⁵

Die 1937 neu in das Institut aufgenommenen Wissenschaftler Neumann, Otto Kirchheimer und Arkadij Gurland stellten einerseits zwar eine Bereicherung der am Institut betriebenen Nazismusforschung dar, teilten andererseits aber auch nicht alle Grundprämissen der 'Kritischen Theorie'. Neumann vertrat - von der Rechtswissenschaft zur politischen Theorie kommend - einen anderen Ansatz als Horkheimer und der 'innere Kreis' des Instituts.

Innerhalb der Faschismusthematik macht Alfons Söllner drei typische Zugänge zum Phänomen des Nationalsozialismus aus, auf die Neumann bei seinem Eintritt in das Institut traf.⁶⁶ Zum einen handelt es sich dabei um den sozialpsychologischen Ansatz, der sich vornehmlich in den 'Studien über Autorität und Familie' findet. Als ideologiekritischen, kulturkritischen Ansatz bezeichnet er jene Arbeiten, vor

64) Vgl. JAY ... a. a. O., S. 175.

65) MARCUSE ... a. a. O., S. 5f.

66) Vgl. SÖLLNER, Alfons (Hrsg.): Horkheimer, Pollock, Neumann, Kirchheimer, Gurland, Marcuse. Wirtschaft, Recht und Staat im Nationalsozialismus. Frankfurt am Main 1981. S. 9-11.

allem Horkheimers und Marcuses, "... die an markanten Beispielen zeitgenössischer Philosophie die Wechselbeziehung zwischen dem lebensphilosophischen Irrationalismus und dem völkischen Irrationalismus der Nationalsozialisten aufdecken."⁶⁷ Zum dritten Ansatz, dem politisch-ökonomischen, zählt er die frühen Aufsätze Friedrich Pollocks.

Die Forschungen des Instituts für Sozialforschung über Staats- und Wirtschaftsordnung im faschistischen System sind bis heute sowohl im theoretischen Niveau wie im empirischen Gehalt und besonders in ihrem interdisziplinären Charakter unerreicht geblieben.⁶⁸ Als eines der hervorragenden Beispiele hierfür gilt Neumanns 'Behemoth'. Aber auch in anderen Forschungsbereichen kann man die Sonderstellung des Instituts innerhalb der intellektuellen Emigration ausmachen, die durch die "... spezifische Kombination von marxistischer Geschichtsauffassung, moderner Sozialwissenschaft und empirisch-historischer Forschung"⁶⁹ erzielt wurde.

Innerhalb des Instituts gab es eine Kontroverse in der Nazismusforschung über das Verhältnis von Politik und Ökonomie im Faschismus. Die Fronten dieser Auseinandersetzung wurden gebildet durch Neumann, Gurland, Kirchheimer und Marcuse auf der einen sowie Pollock und Horkheimer auf der anderen Seite. Die Kontroverse entzündete sich an der neuen Rolle des Staatsapparats im Verhältnis zur Wirtschaftsordnung. In der Konzentration auf dieses Problem waren sich Pollock und Neumann als die Hauptvertreter der beiden Seiten einig; sie unterschieden sich indes in den methodologischen Prämissen zur Lösung des Problems.⁷⁰

Wichtig für Neumanns Arbeit und Interesse am 'Behemoth' waren seine Ziele und selbstgesteckten Aufgaben in der Emigration. Im

67) SÖLLNER: Horkheimer ... a. a. O., S. 10f.

68) Vgl. DUBIEL, Helmut (Hrsg.): Friedrich Pollock. Studien des Kapitalismus. München 1975. S. 16.

69) SÖLLNER: Geschichte ... a. a. O., S. 11.

70) Im Kapitel 5.2.2.2. dieser Arbeit gehe ich hierauf noch näher ein im Zusammenhang der verschiedenen Theoriekonzeptionen Neumanns und Pollocks.

engeren Sinn hatte er sich nicht mehr aktiv politisch betätigt seit seiner Auswanderung aus Deutschland. Seine in höherem Sinn politische und wissenschaftliche Aufgabe sah er in der theoretisch fundierten und empirisch belegten Aufdeckung der Wesensmerkmale des nationalsozialistischen Deutschlands, er wollte den Kampf gegen die Nationalsozialisten mit Hilfe seiner juristischen und in London neu erworbenen Fähigkeiten, deren Resultat schließlich der 'Behemoth' werden sollte, aufnehmen und unterstützen.

Franz Neumann hat in den Jahren 1937 bis 1942 den, wie man in den USA sagt, 'one man job' geleistet, ein enzyklopädisches Werk über den Nationalsozialismus zu schreiben.⁷¹ Mit einer schon fast asketischen Entsagung hat er jahrelang das Material über die Wirtschaft, die Sozial- und Staatsordnung, das Parteiwesen und die Ideologie des Nationalsozialismus gesammelt. Nur dank der Präzision seiner Diktion, der streng durchgeführten Systematik und der dialektisch zugespitzten Darstellung war es möglich, den Riesenstoff in einem Band zusammenzufassen.

4.2.1.2. Zielsetzung und Adressatenkreis

Im folgenden möchte ich auf die Intention Neumanns, die er mit dem 'Behemoth' verfolgte, näher eingehen. Ausgehend von seinem Verständnis von politischer Aktivität und dem wissenschaftlichen Aufgabengebiet des Instituts für Sozialforschung liegt sein Hauptinteresse in der Schaffung von Bedingungen für ein demokratisches und sozialistisches Deutschland nach dem Weltkrieg und in der Neugestaltung ganz Europas. Seinen 'Behemoth' versteht er als ein Mittel des Kampfes gegen den Faschismus mit einer neuen politisch-wissenschaftlichen Theorie, die der neuen Zeit angemessen ist. Diese Absicht Neumanns ist gut zu erkennen an den praktischen Hinweisen, die er auf den letzten Seiten des ersten Teils seines Werkes gibt.⁷²

71) Vgl. FRAENKEL: Reformismus ... a. a. O., S. 177.

72) Vgl. NEUMANN: Behemoth ... a. a. O., S. 549f.

Zunächst muß seiner Meinung nach die militärische Niederlage eingehend mit ökonomischen und psychologischen Aktionen. Außer der Entmachtung von Partei, Wehrmacht und hoher Bürokratie muß dann die Macht der Monopolwirtschaft gebrochen und die ökonomische Struktur Deutschlands grundlegend geändert werden. Im psychologischen Bereich fordert er ein Vorantreiben des Demokratisierungsprozesses in England und in den USA, um die Massen in Deutschland abzubringen vom Glauben an Leistungen, die in deren Vorstellungswelt nur mit Hilfe des Faschismus erreicht werden können. Ein politisches Handeln der unterdrückten Massen ist notwendig, welches die Risse und Brüche im nationalsozialistischen System ausnutzt, um das Regime zu stürzen.

Anhand dieser Anweisungen für den Kampf gegen Deutschland ist der Adressatenkreis, an den sich der 'Behemoth' richtet, recht einfach auszumachen; es ist vor allem ein angelsächsisches Publikum und es sind besonders die Leser, die auf die amerikanische Deutschlandpolitik in irgendeiner Weise Einfluß ausüben konnten. Während des Krieges und nach dem Krieg prägte der 'Behemoth' das Deutschlandbild vieler einflußreicher Amerikaner, hauptsächlich im akademischen Leben. Gert Schäfer schreibt im Nachwort des 'Behemoth', daß sich durch den Blick auf diesen Leserkreis auch einige Schwerpunkte und Argumentationsstränge Neumanns erklären lassen.⁷³

Während des Krieges und der ersten Nachkriegsjahre hat der 'Behemoth' eine Doppelfunktion erfüllt. Er war zunächst die am häufigsten benutzte Informationsquelle über Deutschland für die wissenschaftlich interessierten Praktiker und die am konkret Politischen ausgerichteten Theoretiker der amerikanischen Öffentlichkeit. Die zweite Funktion erfüllte es als unentbehrliches Nachschlagewerk für jeden, der sich mit dem Deutschland-Problem in jener Epoche in den USA ernsthaft befaßte. So konnte der 'Behemoth' die ersten Jahre der US-Besatzungspolitik in Deutschland beeinflussen.

73) SCHÄFER, Gert: Franz Neumanns Behemoth und die heutige Faschismuskritik. In: NEUMANN: Behemoth ... a. a. O., S. 663-776, hier S. 668f.

4.2.2. Zur Theorie des 'Behemoth'

4.2.2.1. Theorie der Strukturanalyse Neumanns

Neumanns Konzept des 'totalitären Monopolkapitalismus', mit dem er die neu entstandene Gesellschaft im Nationalsozialismus erfassen will, ist der Versuch eines komplexen, gesamtgesellschaftlichen Erklärungsmodells. Es erscheint mir daher bei der inhaltlichen Darstellung des 'Behemoth' sinnvoll, gerade auch im Hinblick auf die sich anschließenden Theorienvergleiche mit Pollock und Fraenkel, die verschiedenen Dimensionen der Analyse herauszuarbeiten und vorzustellen, statt eine Wiedergabe des jeweiligen Inhalts der einzelnen Kapitel zu leisten, die sich zu sehr am Text orientiert. Von den mir zugänglichen Zusammenfassungen der Theorie des 'Behemoth' hat dies m. E. am besten und umfassendsten Alfons Söllner geleistet.⁷⁴

Neumann analysiert die Struktur des nationalsozialistischen Systems in drei Arbeitsschritten, die die Elemente bzw. Dimensionen seiner Untersuchung bilden. Nach einer kurzen Einleitung über den Zusammenbruch der Weimarer Republik schildert er im ersten Arbeitsschritt den Prozeß der politischen Machtkonzentration in den Händen der Partei, sowie die geistesgeschichtliche Herkunft und soziale Funktion der nationalsozialistischen Ideologie; dies bezeichnet Söllner als das politologische Element der Neumann'schen Strukturanalyse.⁷⁵ Das zweite Element beschäftigt sich mit der progressiven Bürokratisierung, die Politik und Gesellschaft gleichermaßen umfaßt; hier beschreibt Neumann auf der Grundlage des 'totalitären Monopolkapitalismus' die Struktur der deutschen Gesellschaft als die einer herrschenden Klasse und beherrschter Klassen. Das dritte Element und das strukturbestimmende liegt für ihn in der Steigerung des der bürgerlichen Gesellschaft zugrundeliegenden ökonomischen Organisationsprinzips - in der kapitalistischen Produktionsweise; diese

74) Im folgenden stütze ich mich im wesentlichen auf diese Ausführungen: SÖLLNER: Geschichte ... a. a. O., S. 139-162.

75) Vgl. ebenda, S. 148.

neue Form des Wirtschaftssystems bezeichnet er als 'totalitären Monopolkapitalismus'.

4.2.2.1.1. Der Zusammenbruch der Weimarer Republik

Neumann eröffnet seinen 'Behemoth' mit einer kurzen Einleitung über den Zusammenbruch der Weimarer Republik. In der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft folgt auf die Epoche des Liberalismus eine Gesellschaftsordnung, die er idealtypisch als Kombination von Monopolkapitalismus und pluralistischer Massendemokratie bezeichnet. Gekennzeichnet ist diese auf ökonomischer Ebene durch beschleunigte Industrialisierung und steigende Kapitalkonzentration; in sozialer Hinsicht treten als die gesamtgesellschaftlichen Handlungsfaktoren Kapital und Arbeit hervor. Die Industriearbeiterschaft wird mit Hilfe der Arbeiterbewegung zu einer großen politischen Kraft gegenüber dem Kapital, einen legalen Zugang zur politischen Machtausübung erkämpft sich die Arbeiterklasse durch die Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts und die parlamentarische Demokratie. Für Neumann ist die Kombination aus Monopolkapitalismus und politischer Demokratie ebensosehr eine Epoche gesteigerter Klassenkämpfe wie auch, greifbar vor allem in der pluralistischen Gesellschaftsgliederung und im Kompromißcharakter der sozialen und politischen Konfliktaustragung, bereits ein großer Teilsieg der Arbeiterklasse. Einerseits hatten die progressiven Elemente des neuen Gesellschaftstypus große Einflußnahme erhalten, die stärkste Arbeiterbewegung Europas hatte angefangen, einen arbeiterfreundlichen Sozialstaat zu schaffen und machte erste Schritte bei der Durchsetzung einer sozialen Demokratie mit Hilfe von Arbeitsrecht und Wirtschaftsdemokratie. Andererseits hatte sich aber dann auch umgekehrt in Weimar gezeigt, was im Zusammenspiel von Kapitalismus und Demokratie an regressiven Möglichkeiten lag. Die verbandliche Organisation der sozialen Gruppen führte nicht zu einer generellen Zurückdämmung des Staates und der Bürokratisierung, sondern zur Entmachtung des Parlaments durch Bürokratie, Justiz und den plebiszitären Reichspräsidenten. Für Neumann wurde die Demokratie und mit ihr die Arbeiterbewegung schon vor 1933 zu

Fall gebracht und zwar durch die Ausweitung der bürokratischen Elemente des demokratischen Staates und ihre Funktionalisierung durch die wirtschaftlichen Machthaber.

In seiner Zusammenfassung schreibt er, daß der Pluralismus in Deutschland nur unter ganz bestimmten Bedingungen hätte funktionieren können. Die erste Möglichkeit dazu wäre die friedliche Integration Deutschlands in den Weltmarkt gewesen. Das System hätte auch dann funktionieren können, wenn die herrschenden Gruppen Konzessionen gegenüber den Arbeitern gemacht hätten; die dritte Möglichkeit wäre die Umwandlung Deutschlands, bis 1932, in einen sozialistischen Staat gewesen. So aber blieb nur die Rückkehr zur imperialistischen Expansionspolitik unter Einbindung der Massen, die schon eine demokratische Phase durchschritten hatten und deshalb nicht ausgeklammert werden durften. Der neue Expansionismus nahm daher die Form des Nationalsozialismus an.

4.2.2.1.2. Das politologische Element

In seiner Analyse der politik- und staats-theoretischen Dimension stellt Neumann im Nationalsozialismus einen neuen Herrschaftstypus fest, der sich von sämtlichen Rationalitätskriterien der staatsrechtlichen und philosophischen Tradition gelöst hat. Verglichen selbst mit den autoritären Staatslehren erweist sich die nationalsozialistische Herrschaft als opportunistisch, unberechenbar und notwendig mit Terror verbunden. Mit Hilfe des Instrumentariums einer von Weber entwickelten Theorie der charismatischen Gefolgherrschaft, seinen in idealtypischer Absicht entworfenen Auffassungen zur Bürokratie und zur Bürokratisierung sowie schließlich ideologiekritischen und wissenssoziologischen Studien zur nationalsozialistischen Ideologie und seiner differenzierenden Anwendung versucht Neumann eine Beschreibung der Funktionsweise der nationalsozialistischen Herrschaft und vor allem ihrer sozialen und ökonomischen Funktionen.

Die Proklamation des 'totalen Staates', hervorgegangen aus der konservativen Liberalismuskritik der Staatsrechtler Carl Schmitt und

Ernst Forsthoff, war anfänglich die wichtigste Grundlage der nationalsozialistischen Bewegung. Mit dem Ziel der 'Gleichschaltung' wurde die Entdifferenzierung der politischen Institutionen gleich nach der Machtübernahme mit größter Energie durchgeführt. Neumann verwendet jedoch weder den Begriff des 'totalen Staates' noch die Vorstellung von der totalen Partei als Instrument für die Analyse der weiteren Ausbildung des nationalsozialistischen Regimes. Für ihn verdecken beide Konzepte in ihrer Einseitigkeit mehr als sie erklären. Zum einen wurde der Führer und die Partei von den Nationalsozialisten über den Staat gestellt und andererseits konnte der Nationalsozialismus nur dadurch überleben, daß die überkommenen Handlungssysteme von Bürokratie und Privatwirtschaft relativ intakt blieben. Durch einen idealtypischen Vergleich mit Italien und Rußland zeigt Neumann den spezifischen und komplexen Charakter der nationalsozialistischen Herrschaft auf. Während in der Sowjetunion die Partei über den Staat dominierte, blieb sie in Italien ein relativ integrierter Bestandteil des Staatsgefüges. Die Besonderheit des deutschen Faschismus kommt in einer Art Mischtypus zum Ausdruck: einerseits relatives Intaktbleiben der alten Bürokratie und andererseits totale Beherrschung bestimmter Gesellschaftsbereiche durch die Partei.

Neumann sieht die einzige Möglichkeit, ein Bezugssystem für das Verständnis des politischen Systems des Nationalsozialismus zu schaffen, in einem Verfahren, das sich an die Weber'sche Herrschaftslehre anlehnt. Auf die bei Weber verwendete Unterscheidung von bürokratischem und demokratischem Herrschaftstypus sind große Teile des 'Behemoth' bezogen. Die Idealtypen Webers sind für Neumann ein hervorragendes Instrumentarium, um seine für die Analyse des politischen Systems des Nationalsozialismus vordringliche Frage nach der Bestimmung des Verhältnisses von Bürokratisierung und charismatischem Führertum zu beantworten. Eine implizierte Korrektur an der Weber'schen Herrschaftslehre nimmt Neumann vor, wenn er zeigt, daß im Nationalsozialismus die Balance zwischen charismatischer Führerherrschaft und bürokratischer Rationalität nicht einmal ein Minimum an gesellschaftlicher Rationalität in sich berge. Der unter dem Nationalsozialismus festzustellende Fortschritt der Bürokratisierung, der den Staat nicht weniger betrifft als Ökono-

mie und Partei, wird zum Mittel der Steigerung der Irrationalität. Der Untersuchung des materialen Sinns und der Verlaufslogik dieses Irrationalisierungsprozesses hat Neumann den größten und intensivsten Teil seiner Arbeit gewidmet. In diesem Zusammenhang analysiert er drei für ihn zentrale Themen: das des historischen Ursprungs des Charismas, das der psychischen Disposition der Gefolgschaft und das der sozialen Funktion der charismatischen Herrschaft. Zur ersten Fragestellung will ich nur seine ausführlichen Untersuchungen nennen, die sich hauptsächlich beschäftigen mit dem Glauben an die Erwähltheit der germanischen Rasse, dem Hang des bürgerlichen Rationalismus zu irrationaler Unterwerfung unter Autoritäten, dem Gehalt des Rassismus in der Vorgeschichte und anderes mehr. Der wichtigste Teil seiner Faschismusanalyse liegt in der Beantwortung der Frage nach der sozialen Funktion der charismatischen Herrschaft. Er zeigt, daß dem Antisemitismus nicht nur eine sozialpsychologische Funktion zukommt (Identitätserzeugung durch Schaffung eines Feindes), sondern auch eine für die rein ökonomischen Zwecke der Kapitalkonzentration. Die um Volk und Rasse zentrierten Gehalte sind vergleichbar eben nicht 'Ideologie', sondern materialisieren sich mittels des im Führerprinzip liegenden Organisationspotentials und werden zur gesellschaftlichen Realität. Seine Analyse der nationalsozialistischen Politik beschließt Neumann mit der Frage, woher die ungeheuren gesellschaftlichen Energien kamen, die das nationalsozialistische Wahngebäude in die Wirklichkeit umsetzten. Seine Antwort geht über die Erklärungsversuche, die sich auf positive Zwangsgewalt des Führers, Massensuggestion und Terror beschränken, hinaus und führt an einen der wohl wichtigsten Punkte seiner Faschismusanalyse. Die Energien konnten nur daher kommen, daß selbst die gesellschaftlichen Kräfte, die vorher für die Demokratie und die emanzipatorische Gestaltung des Arbeitslebens gekämpft hatten, gleichsam umgelenkt und in die Kanäle der imperialistischen Aggression gelenkt wurden. Erreicht wurde dies hauptsächlich durch die grandiose Ersatzprogrammatik der nationalsozialistischen Ideologie für die demokratischen Ziele von Marxismus und Arbeiterbewegung; hier klären sich auch die "pseudomarxistischen Elemente der sozialimperialistischen Theorie".⁷⁶

76) NEUMANN: Behemoth ... a. a. O., S. 238ff.

Aus dem spezifischen Herrschaftstypus des Nationalsozialismus ergibt sich auch der Titel seiner Analyse. Neumann sprach dem politischen System des Nationalsozialismus den Charakter des 'Staates' im traditionellen Sinne ab und bezeichnete ihn als 'Unstaat' und 'Chaos', eben als 'Behemoth'.⁷⁷

4.2.2.1.3. Das soziologische Element

Das zweite Element von Neumanns Analyse liegt im soziologischen Teil des 'Behemoth', da dort die ökonomische und politische Strukturanalyse "... in theoriegeschichtlich interessanter Weise zu einer kombinierten Klassen- und Elitentheorie zusammenlaufen".⁷⁸ Es ist der analytische Ort, wo seine vorangegangene Rechtstheorie des Nationalsozialismus einzuordnen ist.

Als die vier hauptsächlichen Herrschaftseliten nennt Neumann: Großkapital und Großgrundbesitz, staatliche Bürokratie, Militär und Parteiführung. Gekennzeichnet werden kann die Beziehung dieser neuen Machteliten untereinander vielleicht als eine neuartige 'day-to day'-Kompromißbildung. Diese Cliquen stimmen in einem sehr wichtigen Punkt jedoch vollkommen überein, in der Abschaffung des egalisierenden Potentials, das im liberalen Rechtssystem institutionalisiert war und in seiner Umwandlung zu einem technischen Mittel der Massenbeherrschung. Neumann sieht das Recht in den für die nationalsozialistische Herrschaftsweise charakteristischen Herrschaftsmitteln aufgegangen, welche aus fünf Elementen besteht: monistisch-totale Organisation, Atomisierung des Individuums, Elitenbildung, Transformation der Kultur in Propaganda und Terror.⁷⁹ Neumann hat dieser These im 'Behemoth' eine doppelte Gestalt, eine negative und eine positive, gegeben. Das Rechtssystem des Nationalsozialismus erweist sich als die Vernichtung sämtlicher Eigenschaften, die der

77) NEUMANN: Behemoth ... a. a. O., S. 16.

78) SÖLLNER: Geschichte ... a. a. O., S. 149.

79) Vgl. NEUMANN: Behemoth ... a. a. O., S. 464ff.

liberalen Konkurrenzgesellschaft eine rationale Gestalt gaben, - es ist negativ bestimmt durch das Fehlen der Allgemeinheit, des Prinzips der Nicht-Rückwirkung des Gesetzes und der Unabhängigkeit des Richters. Die evolutionäre Auflösung der Rechtsrationalität hat sich somit vollendet. Eine positive Funktion hat das so veränderte Recht strukturell gesehen insofern, als es ja als solches nicht verschwunden ist. Indem Recht und Justiz ihre relative Selbständigkeit verloren haben, sind sie zu einem Instrument zur Effizienzsteigerung der nationalsozialistischen Herrschaftsform geworden. Konkret hat Neumann dies am nationalsozialistischen Arbeitsrecht untersucht und nachgewiesen.

Kern, historische Aufgabe und strukturelle soziale Funktion des Nationalsozialismus ist nach Neumanns Ansicht die Vernichtung der deutschen Arbeiterbewegung und vor allem der von ihr verkörperten arbeitsrechtlichen und wirtschaftsdemokratischen Bestrebungen. Dabei arbeiten politische und ökonomische Organisation des Nationalsozialismus Hand in Hand. Die Auflösung der Arbeiterbewegung geschieht auf den drei Ebenen, auf deren Kontrolle die Arbeiterbewegung ihre politische Schlagkraft konzentriert hatte: im Betrieb selbst, auf dem Arbeitsmarkt und gegenüber dem Staat. Von Neumann besonders beachtet wird hier die Transformation des Arbeitsrechts, das sich zunehmend in eine private Institution der herrschenden Eliten des Nationalsozialismus verwandelt.

4.2.2.1.4. Das ökonomische Element

Das dritte Element in Neumanns Analyse, zugleich das strukturbestimmende, wird für ihn greifbar im fortlaufenden Funktionieren, ja in der Steigerung des der bürgerlichen Gesellschaft zugrundeliegenden Organisationsprinzips - in der kapitalistischen Produktionsweise. Das Zentrum seiner Theoriebildung kreist hier um die alte marxistische Frage nach dem methodologischen Stellenwert der Ökonomie für eine Theorie der bürgerlichen Gesellschaft. Neumann untersucht, ob der Nationalsozialismus noch kapitalistisch im marxistischen Sinne des Wortes ist. Mit dieser Fragestellung Neumanns werde ich mich

im folgenden Kapitel näher beschäftigen, da sich Neumanns Theorie des 'totalitären Monopolkapitalismus' gut durch den Vergleich mit der 'Staatskapitalismus'-Theorie seines Mitarbeiters im Institut für Sozialforschung, Pollock, darlegen läßt.

4.2.2.2. Vergleich der Faschismustheorien Neumanns und Pollocks

Zunächst möchte ich noch einmal kurz erläutern, warum sich m. E. ein Vergleich und eine Gegenüberstellung der Faschismustheorien Neumanns und Pollocks anbietet und als interessant erweist. Neumann und Pollock beschäftigten sich beide bis Ende der 30er Jahre intensiv mit der Nazismusforschung im Institut für Sozialforschung.⁸⁰ Pollock publizierte zwei Aufsätze, in denen er zur in Teil 4.2.2.1.4. genannten Fragestellung eine gegenteilige Einstellung zu Neumann vertrat.⁸¹ Im weiteren möchte ich auf die Kontroverse über das Verhältnis von Politik und Ökonomie eingehen, die sich am deutlichsten im 'Behemoth' und den beiden Aufsätzen Pollocks zeigt, die beide Autoren aber während ihrer gemeinsamen Zeit im Institut für Sozialforschung durchgehend geführt haben.

4.2.2.2.1. Pollocks 'Staatskapitalismus'-Theorie

Thema der beiden oben genannten Aufsätze Pollocks ist die faschistische Reorganisation der monopolistischen Wirtschaft. Seine Theorie des 'Staatskapitalismus' im gleichnamigen Aufsatz versteht sich als Schema, als idealtypische Konstruktion. Pollock versucht eine konsequente Systematisierung von Trends, die er besonders im nationalsozialistischen Deutschland, aber auch in den USA, erkennen zu können glaubt. Für die Beschreibung dieser Trends hält er den Begriff 'Staatskapitalismus' für besser geeignet als die Bezeichnungen

80) Vgl. hierzu Teil 4.2.2.2. dieser Arbeit.

81) POLLOCK: State Capitalism ... a. a. O.; und POLLOCK: Is National Socialism ... a. a. O.

'Staatssozialismus', 'gelenkte Wirtschaft', 'Neomerkantilismus' etc. Die Herausbildung bzw. Entwicklung dieser Form von Kapitalismus erklärt er damit, daß die laissez-faire-Wirtschaft des Liberalismus vom Monopolkapitalismus verdrängt worden und an dessen Stelle eine qualitativ neue Form des Kapitalismus getreten sei, deren Merkmal der Staatseingriff sei. Gekennzeichnet sei der Staatskapitalismus, im Unterschied zu den beiden ersten Phasen, zunächst durch das Außer-Kraft-Setzen des freien Marktes zugunsten von Preis- und Lohnkontrolle. Weiterhin betreibe er die Rationalisierung der Wirtschaft als bewußte Politik, übernehme die Kontrolle über Investitionen zu politischen Zwecken und restringiere die konsumorientierte Warenproduktion. Am nachhaltigsten aber unterscheide sich der Staatskapitalismus von kapitalistischen Frühphasen durch die Unterordnung von Einzel- oder Gruppenprofiten unter die Erfordernisse des allgemeinen Plans. "Das Profitmotiv" sei, so Pollock, wenn auch nicht völlig verschwunden, so doch "... vom Machtmotiv überlagert".⁸²

Kritisch wendet Pollock gegen den Begriff 'Staatskapitalismus' ein, daß es sehr zweifelhaft sei, ob das politische System unter dem Nationalsozialismus als 'Staat' bezeichnet werden kann. Er hält aber aus vier Gründen an dieser Kategorie fest: 1. weil die 'neue Ordnung' des Nationalsozialismus der Nachfolger des Privatkapitalismus sei, 2. weil der Staat wichtige Funktionen des Privatkapitalismus übernehme, 3. weil kapitalistische Institutionen wie der Verkauf von Arbeitskraft sowie Profite noch eine bedeutende Rolle spielten und 4. weil die 'neue Ordnung' keinen Sozialismus darstelle.

Pollock hält das System des Staatskapitalismus durchaus für imstande, langfristig die Imperative einer jeden modernen Wirtschaftspolitik (Wachstumsstetigkeit, Vollbeschäftigung) zu sichern und läßt die klassischen Einwände dagegen nicht gelten, die besagen, daß ein solches System nur in Kriegszeiten funktioniere. Als Grenzen dieses Systems sieht er nur den Mangel an Rohstoffen, technischen Anlagen und qualifizierten Arbeitskräften oder politische Entwicklungen, wie Konflikte in der herrschenden Klasse oder in der politischen Spitze.

82) POLLOCK: State Capitalism ... a. a. O., S. 207.

Wie gesagt, der Staatskapitalismus ist in dieser Argumentation nur die idealtypische Konstruktion einer Wirtschaftsordnung, deren entsprechende politische Organisation Pollock zunächst ambivalent beurteilt. Explizit hält er einen 'autoritären' und einen 'demokratischen' Staatskapitalismus für möglich.

Sein zweiter Aufsatz⁸³, ebenfalls aus dem Jahre 1941, zeigt, daß er die autoritäre Version des Staatskapitalismus als die wahrscheinlichere Alternative ansieht und daß er sich bei dem Entwurf seiner Theorie letztlich an der nationalsozialistischen Entwicklung orientiert. Pollock neigt mit seinem idealtypischen Konstrukt des 'Staatskapitalismus' zu der Auffassung, daß ein voll entwickeltes faschistisches System den von Marxisten behaupteten Primat der Ökonomie über die Politik tendenziell abschaffe.

4.2.2.2.2. Neumanns Theorie des 'totalitären Monopolkapitalismus'

Die Frage, an der sich die Kontroverse zwischen Neumann und Pollock entzündet, betrifft also die neue Rolle des Staatsapparates im Verhältnis zur Wirtschaftsordnung. In der Konzentration auf dieses Problem sind sich beide einig; sie unterscheiden sich indes in den methodologischen Prämissen der Lösung des Problems. Die Erörterung bzw. Beantwortung dieser Frage gibt Neumann im Ökonomie-Kapitel seines 'Behemoth', das zugleich das dritte Element seiner Analyse darstellt.⁸⁴ Dieses Kapitel, das die thesenhafte Pointe seines Buches enthält, richtet sich direkt gegen Pollocks idealtypische Konstruktion des 'Staatskapitalismus'.

Nach Neumanns Auffassung gibt es zwei Wege, eine Alternative wie die zwischen der 'Staatskapitalismus'-These und der des 'totalitären Monopolkapitalismus' mit guten Gründen zu klären. - Man kann entweder nach der logischen Schlüssigkeit einer Theorie fragen, oder

83) POLLOCK: Is National Socialism ... a. a. O.

84) Vgl. hierzu Teil 4.2.2.1.4. bzw. 4.2.2.2. dieser Arbeit.

man kann sie historisch-empirisch erproben. Beide Verfahren schließen einander keineswegs aus, wie Neumanns Arbeit zeigt. Für ihn ist der von Pollock konstruierte Typus schon auf der logischen Überprüfungsebene fragwürdig, er bezeichnet ihn als eine "contradictio in adjecto".⁸⁵ Die nationalsozialistische Gesellschaft ist entweder noch kapitalistisch, dann müssen Marktmechanismus, Konkurrenz und Profitmotiv noch in Funktion sein, oder der Staat ist Eigentümer der Produktionsmittel, dann aber handelt es sich nicht mehr um Kapitalismus im marxistischen Sinne des Wortes.

Für Neumann ist der Nazismus eine Fortführung des Monopolkapitalismus, wenn auch mit anderen Mitteln. Alle Veränderungen innerhalb des kapitalistischen Systems, die Pollock als Elemente einer 'neuen Ordnung' interpretiert, seien nichts anderes als notwendige Modifikationen, die für die Fortschreibung des monopolkapitalistischen Status quo unabdingbar seien. Von einem Ende des monopolkapitalistischen Herrschaftssystems könne erst dann die Rede sein, wenn die Kontrolle der Investitionen sich an sozialen Prioritäten orientiert hätte und die Profite durch rigide Besteuerung sozialisiert worden wären. Aber weder das eine noch das andere sei unter dem deutschen Faschismus praktiziert worden. Unter dieser Voraussetzung überzeugen jene Indikatoren wenig, die Pollock als Vertreter der 'Staatskapitalismus'-These als Ausdruck der Überwindung monopolkapitalistischer Strukturen anführt. Für Neumann bestehen diese noch, trotz der Aufhebung des freien Arbeitsmarktes und der Einschränkung des Automatismus der Marktbeziehungen auf vielen Gebieten. Obwohl eine Befehlswirtschaft im Entstehen sei, verdränge sie keineswegs den alten Monopolkapitalismus; vielmehr könnten beide durchaus nebeneinander existieren, solange die imperialistische Expansion die Befriedigung der Ansprüche der verschiedenen Gruppen in der herrschenden Elite gestattet.

Die Wirtschaft des nationalsozialistischen Deutschland hat zwei umfassende und hervorstechende Kennzeichen. Sie ist eine Monopol- und eine Befehlswirtschaft. Sie ist eine privatkapitalistische Ökono-

85) NEUMANN: Behemoth ... a. a. O., S. 274.

mie, die durch einen totalitären Staat reglementiert wird. Als den besten Namen, sie zu beschreiben, schlägt Neumann 'totalitärer Monopolkapitalismus' vor.⁸⁶

Als Zusammenfassung der Thesen der Protagonisten des Streites um das Verhältnis von Politik und Ökonomie im Nationalsozialismus läßt sich folgendes sagen: Neumann vertritt die originär marxistische These, daß der faschistische Staat nur die dem fortgeschrittenen Monopolkapitalismus angemessene politische Form darstellt. Pollock dagegen meint, daß mit der in der Theorie des 'Staatskapitalismus' beschriebenen Kontrolle des wirtschaftlichen Prozesses das von Marxisten behauptete Primat der Ökonomie über die Politik zumindest tendenziell abgeschafft ist.

4.2.2.3. Vergleich der Faschismustheorien Neumanns und Fraenkels

Ein Vergleich der Theorien Neumanns und Fraenkels bietet sich insofern an, als Neumanns Freund und früherer Studien- bzw. Arbeitskollege Fraenkel 1941 ein Werk über den deutschen Faschismus mit dem Titel "The Dual State"⁸⁷ publizierte, in dem er eine DoppelstaatsThese entwirft und vertritt. Neumann dagegen spricht vom 'Behemoth', da für ihn die Struktur des Nationalsozialismus einen Staat nicht mehr darstellt.

4.2.2.3.1. Fraenkels 'Doppelstaat'-Theorie

In seiner Studie geht es Ernst Fraenkel um die Aufdeckung der Bewegungsgesetze, die seiner Meinung nach entscheidend die Verfassungswirklichkeit des nationalsozialistischen Herrschaftssystems be-

86) NEUMANN: Behemoth ... a. a. O., S. 313.

87) FRAENKEL, Ernst: Der Doppelstaat. Frankfurt am Main und Köln 1974 (ursprünglich: Fraenkel, Ernst: The Dual State. A Contribution to the Theory of Dictatorship. New York, London und Toronto 1941).

stimmen.⁸⁸ Den Schlüssel zu dessen Verständnis glaubt er "... im Nebeneinander eines seine eigenen Gesetze im allgemeinen respektierenden 'Normenstaates' und eines die gleichen Gesetze mißachtenden 'Maßnahmenstaates' "⁸⁹ gefunden zu haben. Der eigentliche Gegenstand seiner Untersuchung ist die Beziehung dieser Duplizität zum deutschen Kapitalismus der 30er Jahre.

Vorher aber ist es notwendig, die zentralen Begriffe des 'Maßnahmen'- und 'Normenstaates' zu klären. Unter 'Maßnahmenstaat' versteht Fraenkel nichts anderes als die Umschreibung der Tatsache, daß der politische Sektor des Dritten Reiches ein Vakuum bildet. Auch wenn in seinem Rahmen ein bürokratischer Apparat wirkt, der "... eine gewisse Ordnung und Kalkulierbarkeit des Verhaltens seiner Funktionäre" durchaus ermöglicht, so fehlt doch in diesem Bereich "... eine auf publizierten und daher generell verbindlichen Normen basierende Regelung des Verhaltens seiner Behörden und sonstigen Exekutivorgane".⁹⁰

Im Gegensatz zum Rechtsstaat, in dem "... die Gerichte die Verwaltung unter dem Gesichtspunkt der Gesetzmäßigkeit" kontrollieren, überwachen im 'Maßnahmenstaat' des 'Dritten Reiches' "... die Polizeibehörden die Gerichte unter dem Gesichtspunkt der Zweckmäßigkeit".⁹¹ Diese aber werde nach politischen Kriterien definiert, und als politisch müsse unter den Bedingungen des deutschen Faschismus an der Macht gelten, "... was die politischen Instanzen für politisch erklären."⁹²

Der 'Normenstaat' unterscheidet sich nicht im Umfang der staatlichen Intervention in den Wirtschaftsprozess, sondern in der unterschiedlichen Festlegung seines Handlungsspielraumes. Während nämlich

88) Bei der Darstellung der Theorie Fraenkels stütze ich mich im wesentlichen auf: SAAGE, Richard: Faschismustheorien. München 1976. S. 53ff.; und SCHÄFER: Franz Neumanns 'Behemoth' ... a. a. O., S. 682ff.

89) FRAENKEL: Der Doppelstaat ... a. a. O., S. 13.

90) Ebenda, S. 26.

91) Ebenda, S. 69.

92) Ebenda, S. 72.

der 'Maßnahmenstaat' keiner nach außen ersichtlichen Beschränkung seiner Kompetenz unterworfen ist, kann sich der 'Normenstaat' nur in den Grenzen seiner gesetzlich klar bestimmten Zuständigkeit bewegen. Für Fraenkel ist nun wichtig, daß der 'Normenstaat' im Rahmen des nationalsozialistischen Herrschaftssystems keineswegs als eine Variante des Rechtsstaates aufzufassen ist, die als der eigentliche Gegenpol des 'Maßnahmenstaates' zu interpretieren wäre. Vielmehr stellen beide ein interdependentes Ganzes dar, so daß eine isolierte Betrachtung des einen ebensowenig zulässig ist wie die von diesem gegenseitigen Bezug losgelöste Beurteilung des anderen. Dieses Zusammenwirken definiert für ihn geradezu den Doppelstaat.

Im weiteren klärt Fraenkel die Frage, warum das Gebot der Effizienz im Sinne der Errichtung politisch bestimmter Ziele, durch das sich der 'Maßnahmenstaat' legitimiere, die Beibehaltung des 'Normenstaates' verlange und welche verschiedenen, aber sich offensichtlich ergänzenden gesellschaftlichen Funktionen beide auszuüben haben. Hiermit leitet Fraenkel dann zu seiner eigentlichen These über: Genauso, wie das komplementäre Verhältnis von 'Maßnahmen-' und 'Normenstaat' das institutionelle Gefüge des nationalsozialistischen Herrschaftssystems charakterisiert, stellt der 'Doppelstaat' seinerseits nur "... die der imperialistischen Phase des Kapitalismus dienliche politische Struktur" dar.⁹³ Fraenkel versucht, dies an der Funktionsbestimmung von 'Maßnahmen-' und 'Normenstaat' zu zeigen. Er zeigt auf, daß der 'Maßnahmen-' gegenüber dem 'Normenstaat' keine unmittelbare und echte Kontrollfunktion besitzt, sondern diesen bestenfalls einschränkt und zugleich indirekt unterstützt.

Diese indirekt unterstützende Rolle des 'Maßnahmenstaates' ist für Fraenkel aus drei Gründen für das monopolistische System in Deutschland notwendig geworden. Einerseits macht es die 1933 erfolgte Option für einen radikalen Nationalismus und das mit ihm verbundene

93) FRAENKEL: Der Doppelstaat ... a. a. O., S. 230.

imperialistische Programm notwendig, "... Sicherungsgarantien gegen politische Störungen und vorzeitige Unterbrechungen zu errichten".⁹⁴ Andererseits sei es für die Durchführung einer Außenpolitik, die von der gleichen Grundhaltung geprägt sei wie auch die früheren monopolistischen Wirtschaftsträger, nämlich der Synthese von Nationalismus und Imperialismus, notwendig gewesen, mit Hilfe des 'Maßnahmenstaates' die offenen Klassenkonflikte zu unterdrücken, "... die aus dem Weiterbestehen relativ freier Arbeiterorganisationen entstanden wären" und die "... die Effizienz des Regimes ... durch Verschwenden von Energien und Unterbrechungen der Produktion beeinträchtigt hätten".⁹⁵ Schließlich habe der 'Maßnahmenstaat' durch drastische Drohungen und gesetzlich nicht normierte Sanktionen insofern indirekt zum Erfolg der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik beigetragen, als er die Unternehmer veranlaßte, deren Prioritäten unter Vermeidung großer Risiken zu akzeptieren.

Zusammenfassend und mit Blick auf Neumanns Theorie läßt sich sagen, daß der von Fraenkel ausgemachte und beschriebene 'Doppelstaat', ungeachtet des "Nebeneinanders von Rationalität und Irrationalität"⁹⁶ und ungeachtet des Vordringens willkürlicher Herrschaftsgewalt gegenüber rationaler Kalkulierbarkeit, für ihn dennoch ein Staat bleibt.

4.2.2.3.2. Neumanns 'Behemoth' bzw. 'Unstaat'

Im 'Behemoth' hat Franz Neumann wesentliche Elemente der Fraenkel'schen Konzeption des 'Dual State' in Frage gestellt. Im Gegensatz zu Fraenkel, der im Sinne von Max Weber von der Annahme ausgeht, ein kapitalistisches System könne nur im Rahmen universaler und kalkulierbarer Gesetze existieren, denen der 'Normenstaat' Rechnung trage, glaubt Neumann, das faschistische System unter Kriegsbedingungen vor Augen, im Dritten Reich ein Wirtschaftssystem

94) FRAENKEL: Der Doppelstaat ... a. a. O., S. 219.

95) Ebenda, S. 219f.

96) Ebenda, S. 293.

ausmachen zu können, das dieses Korrelats entbehre, ohne seinen monopolkapitalistischen Charakter aufgeben zu haben. Für ihn war nämlich mit der Durchsetzung des 'totalitären Monopolkapitalismus' die Destruktion des bürgerlichen Staates sowohl in dem umfassenden Sinn einer Herrschaft des Gesetzes als auch in der eingeschränkten Bedeutung der Konzeption des 'Dual State' verbunden. Er bestreitet, daß im nazistischen Deutschland eine formal oder funktionell einheitliche souveräne Gewalt existiert. Gegen Fraenkels Theorie, das 'Dritte Reich' sei ein Staat, der teilweise normativ nach dem Gesetz, teilweise im Rahmen normativ ungebundener Maßnahmen funktioniere, wendet Neumann weiter ein, daß es in Deutschland überhaupt keine Sphäre des rationalen Gesetzes, wohl aber Tausende kalkulierbarer technischer Regeln gebe. In dem Maße nämlich, wie die Monopolisierung voranschreite, werde die Herrschaft des generellen Gesetzes obsolet und gewinne die individuelle Maßnahme als adäquater Ausdruck des Souveräns zunehmend an Bedeutung.

Darüber hinaus sei es zweifelhaft, ob der Nationalsozialismus tatsächlich über einen zentralisierten Zwangsapparat verfüge, wie Fraenkel unterstellt. Die Partei sei, wie Neumann meint, unabhängig vom Staat im Hinblick auf die Kontrolle der Polizei und der Jugend, in allen anderen Angelegenheiten jedoch diesem untergeordnet. Gleichfalls müsse die Armee auf vielen Gebieten als 'souverän' gelten, wie es in anderen Sektoren auch für die staatliche Bürokratie und die Wirtschaft in ähnlicher Weise zutrefte. Für Neumann unterscheidet sich der von ihm festgestellte 'Pluralismus' konkurrierender Machteliten von einem demokratischen bzw. verfassungsmäßigen System dadurch, daß in ihm die Konflikte keineswegs auf der Grundlage gesetzlich fixierter Spielregeln ausgetragen werden, deren Einhaltung eine zentralisierte Exekutive garantiert. Vielmehr reicht es zur Integration des Gesamtsystems aus, wenn die Spitzen der vier Machtblöcke informell hinsichtlich einer bestimmten Politik übereinstimmen. In dem Maße, wie sich der bürgerliche Staat als Inhaber des Monopols politischer Gewalt aufgelöst habe, gebe es weder eine Autorität, die die vier Machtblöcke koordiniere, noch einen lokalisierbaren Ort, wo der jeweils punktuell ausgehandelte Konsens zwischen den vier Herrschaftsträgern in eine universal verbindliche Norm eingebunden würde. Neumann sieht die Auflösung

des Staates also darin begründet, daß weder durch allgemeines Gesetz noch durch einen formal-rationalen bürokratischen Betrieb eine insofern strukturell einheitliche Integration der konfligierenden Interessen erfolgt.

Abschließend muß man Neumanns Kritik an Fraenkels Konzept des 'Dual State' vielleicht einschränken, weil sich Fraenkel auf die Verhältnisse im 'Dritten Reich' bis etwa 1938, die noch stark durch Elemente des autoritären Ordnungsstaates geprägt waren, konzentriert, während Neumann das nationalsozialistische Regime unter Kriegsbedingungen und damit den vollen Auflösungsprozeß der Überreste des bürgerlichen Staatsapparates vor Augen hat. So gesehen, wäre es eine interessante, weiterführende Aufgabe, nachzuprüfen, ob Fraenkel und Neumann sich nicht insofern ergänzen, als der eine die faschistische Herrschaft in Deutschland in ihrer noch traditionell obrigkeitsstaatlich eingebundenen autoritären Ausformung analysiert, während der andere die Spätphase in den Griff zu bekommen versucht, in der sich der expansive rassistisch motivierte Imperialismus neuen Stils durchgesetzt hat, der seinerseits mit einem Machtverlust der alten Eliten Hand in Hand geht.

4.3. Hinwendung zu einer marxistischen Position

Angesichts der Zerschlagung der Arbeiterbewegung mußte Neumann, der als Gewerkschaftsanwalt und Syndikus der SPD an den Auseinandersetzungen zwischen Nationalsozialisten und demokratischen Kräften selbst teilgenommen hatte, die verfolgte Taktik überdenken. Die sozialdemokratische Reformstrategie, die mit Arbeitsrecht und Wirtschaftsdemokratie nach einer sozialstaatlichen Ausgestaltung der Weimarer Verfassung gesucht hatte, bezeichnet er jetzt explizit als gescheitert. Vor 1933 ein Gegner jedes theoretischen und politischen Radikalismus, nimmt er sozusagen bereits in den ersten Stunden der Emigration eine Position ein, die nun ihrerseits radikaler ist als etwa die Otto Kirchheimers. So wird das Exil zur Bedingung, daß aus dem Reformpolitiker ein Radikaler werden konnte, ein Radikaler freilich nur auf dem schmalen Sektor, den der neue

Staat Hitlers seinen Gegnern übrig ließ: auf dem Gebiet der theoretischen Kritik von außen.

Die Notwendigkeit zu einer umfassenden Neuorientierung auf den Gebieten von Recht und Staat begründet Neumann damit, daß der Erfolg der faschistischen Bewegungen seiner Meinung nach mehr als nur eine periphere Veränderung in der politischen Landschaft Europas ist. Durch ihn sieht er den globalen Sinn der bürgerlichen Gesellschaft als solchen verwandelt, weil nicht nur die Arbeiterbewegung, sondern auch Theorie und Praxis des liberalen Staates eine entscheidende und bis auf weiteres nicht wettzumachende Niederlage erlitten haben.

Während Neumanns Schriften vor 1936 im Kontext der sozialdemokratischen Versuche stehen, Aufklärungsschriften nach Deutschland einzuschleusen - das Pseudonym 'Leopold Franz' findet hier seine Begründung -, reflektieren die Arbeiten der frühen 40er Jahre den mehr esoterischen Ansatz des Instituts für Sozialforschung. Für Alfons Söllner, gewiß einen der besten Kenner Neumanns, stehen sämtliche Schriften von 1933 bis 1942 aber unter einer einheitlichen theoretischen Intention, so daß es ihm legitim scheint, selbst von einer einheitlichen Schaffensperiode zu sprechen. Weil ihr organisierendes Zentrum in der Erarbeitung einer materialistischen Rechts-, Staats- und Gesellschaftstheorie besteht, spricht er von Neumanns "materialistischem Jahrzehnt"⁹⁷.

Schon Neumanns erste Emigrationsschrift, der noch 1933 in London erschienene Artikel 'The Decay of German Democracy', zeigt seinen spezifischen Ansatz. Er ist radikal nicht bloß im Ausdruck der Verzweiflung, sondern geht in der theoretischen These auch gleich aufs Ganze und tastet nach den sozialen Tiefenstrukturen, aus denen der Nationalsozialismus entsprungen sein muß: "Die These dieses Aufsatzes ist, daß die nationalsozialistische Revolution eine Konterrevolution der monopolisierten Industrie und der Großgrundbesitzer

97) SÖLLNER, Alfons: Franz L. Neumann - Skizzen zu einer intellektuellen und politischen Biographie. In: Ders. (Hrsg.): Franz L. Neumann. Wirtschaft, Staat, Demokratie. Aufsätze 1930 - 1954. Frankfurt am Main 1978. S. 7-56, hier S. 20.

gegen Demokratie und gesellschaftlichen Fortschritt ist; daß diese Revolution nur deshalb erfolgreich war, weil die Struktur und Praxis der Weimarer Verfassung sie erleichterten; daß die Revolution weitgehend durch die Entstehung eines Anti-Staates ermöglicht wurde, den der demokratische Staat duldete, obwohl er dazu geschaffen wurde, die Demokratie zu zerstören; daß die Sozialdemokratische Partei und die Freien Deutschen Gewerkschaften, die als einzige die parlamentarische Demokratie verteidigten, zu schwach waren, um gegen den Nationalsozialismus zu kämpfen; und daß ihre Schwäche sowohl unvermeidlich wie selbstverschuldet war."⁹⁸ Dies ist die erste Formulierung für ein Programm, das Neumann seit 1933 mit ungeheurer Energie verfolgt. Was er hier unter Bezug auf den Nationalsozialismus postuliert, setzt er zunächst in einem mehr generellen Sinne fort mit den kurzen Abhandlungen zur materialistischen Staats- und Rechtstheorie. Die vom SPD-Parteivorstand herausgegebene 'Zeitschrift für Sozialismus'⁹⁹, in der sie erscheinen, ist eines der interessantesten Dokumente für die theoretische Radikalisierung, die der Sieg des Nationalsozialismus im deutschen Reformismus erzeugt. Neumanns Diskussionsbeiträge zur Rechts- und Staatstheorie, Seite an Seite etwa mit den ökonomischen Analysen Paul Serings (das ist Richard Löwenthal)¹⁰⁰, sind eine schonungslose Kritik und Selbstkritik des Rechts- und Staatsfetischismus der Weimarer Zeit. Er nimmt dabei nicht nur den Rechtspositivismus eines Hans Kelsen und den offenen Autoritarismus eines Carl Schmitt 'auf's Korn', sondern auch den einzigen prominenten sozialistischen Staatsrechtslehrer von Weimar, Hermann Heller. Gegen dessen zuletzt auf Freyers Struktursoziologie gegründete 'wirklichkeitswissenschaftliche' Staatslehre schlägt er sich auf die Seite des englischen Empirismus, den er seit Laskis marxistischer Wende nach 1933 eine glückliche und produktive Verbindung mit der marxistischen Geschichtsauffassung eingehen sieht. Bestimmend für seine eigene Position ist jetzt weniger das Legitimationsproblem, jedenfalls nicht in der Form, in der in Hellers Staatslehre die Substantialisierung des Nationalstaats auch

98) NEUMANN: The Decay ... a. a. O., S. 104.

99) Sie erschien von 1933 bis 1936 in Karlsbad.

100) Wiederabgedruckt in: SERING, Paul: Faschismus und Monopolkapitalismus. (Raubdruck) o. O., o. J. (1975).

für die sozialistische Zukunft und die Verlagerung des Theorieproblems aus der Soziologie in die Philosophie zum Vorschein kommen. Die Idealisierung des bürgerlichen Rechtsstaates in der Theorie wie in der Praxis war ein entscheidender Fehler der Weimarer Arbeiterbewegung, wodurch sie von einer kämpferischen antikapitalistischen Politik abrückte. Angemessen erscheint Neumann die Gleichsetzung von Staat und 'Government', die die englische 'Political Science' beherrscht.

Die von Neumann nach 1933 durchlaufene Entwicklung ist vor allem in der Strategie der Theoriebildung interessant. Der von ihm methodologisch sowie in der materialen Forschung eingeschlagene Weg zielt auf einen rationalen sozialwissenschaftlichen Marxismus, auf einen komplexen Theorietypus, der eine mittlere Position zwischen theorielosem Empirismus und empirieloser Staatsphilosophie einnimmt und gleichzeitig auf eine neue Identität von Theorie und Praxis, in der die geringer werdenden Möglichkeiten eines praktischen Eingreifens durch gesteigerte Verfeinerung der Theoriebildung kompensiert werden.

Die 'London School of Economics', an der Neumann bis 1936 hauptsächlich arbeitete, war für dieses Vorhaben ein idealer Ort. Gleichsam auf halbem Weg in diesem Prozeß steht Neumanns Arbeit über die europäische Gewerkschaftsbewegung.¹⁰¹ Unter dem Pseudonym 'Leopold Franz' 1935 zur Belebung des antifaschistischen Widerstandes nach Deutschland eingeschmuggelt, war sie schon 1934 auf Englisch erschienen. Mit ihrem prägnanten Ansatz, ihrem komparativen Vorgehen und ihrem politischen Urteil ist sie ein kleines Meisterwerk materialistischer Sozialwissenschaft - Harold Laski hat sie einer beschwörenden Einleitung für würdig befunden. Hier versichert sich der einstige politische Kämpfer noch einmal der Stärke der Bewegung, die ihn bis vor kurzem getragen hat; gegenüber den früheren Arbeiten haben sich jedoch sowohl geschichtliche Rekonstruktion wie auch die Argumentation verändert; letztere orientiert sich jetzt, nach 1933, weniger an juristischen und mehr an sozial-

101) NEUMANN: Trade Unionism ... a. a. O.

wissenschaftlichen Kategorien. Hatten früher die auf Marx und Renner zurückzuführenden Bestimmungen eine Art soziologischer Begleitfunktion, so dienen sie jetzt der Ordnung und dem Vergleich der historischen Daten, an denen sich die Durchsetzung der Gewerkschaftsbewegung ablesen läßt. Die historische Darstellung kann freilich beim Triumph der Arbeiterbewegung nicht stehen bleiben, denn auf ihn folgt die epochale Niederlage - und daß auch diese sich noch mit denselben Kategorien erfassen läßt wie ihr Aufstieg, zeigt das ganze Dilemma, vor dem die Arbeiterbewegung mit dem Eintritt in das faschistische Zeitalter steht. Zumindest in einigen Ländern Europas scheinen revolutionäre und reformistische Praxis gleichermaßen vom Kalender der Geschichte gestrichen. Aber wenn gleich jetzt die der marxistischen Analyse anhaftenden utopischen und moralischen Elemente einer Neuinterpretation und -bewertung bedürfen, so ist dies für Neumann doch kein Anlaß, die polit-ökonomischen Kategorien der marxistischen Geschichtsauffassung als analytisches Instrument fallenzulassen, wie dies etwa wenig später für den 'inneren Kreis' des New Yorker Instituts für Sozialforschung zu beobachten ist. Im Gegenteil, zu korrigieren ist nicht die marxistische Evolutionstheorie, durch deren Anwendung der Übergang zum autoritären und faschistischen Staat erst richtig, d. h. in seiner gesamtgesellschaftlichen Dynamik verständlich wird, zu korrigieren ist lediglich - und gerade jetzt - der auf Staat und Reich gestützte naive Fortschrittsoptimismus, der das oberste Prinzip der politischen Theorie des Reformismus darstellt. Die politische Moral, die Neumann aus seiner Gewerkschaftsgeschichte zieht, ist die Version des alten Themas der Dialektik von sozialer und politischer Demokratie, die durch die Erfahrung des Faschismus einen neuen Akzent erhalten hat. Auf die Praxis bezogen bedeutet dies für die innerdeutsche Situation die Zusammenfassung aller verbliebenen Kräfte des Widerstandes, während es für die westlichen Arbeiterbewegungen gilt, das Mittel des ökonomischen Kampfes nicht mehr nur einzusetzen für die Ziele der Arbeiterschaft, sondern für die Rettung der Demokratie selbst. Denn dies ist der ironische Zustand, den die geschichtliche Entwicklung produziert hat: Die Arbeiterschaft ist zur Bewahrung dessen aufgerufen, und letztlich einzig und allein dazu in der Lage, was einst lediglich Mittel zur Verwirklichung des Sozialismus sein sollte - Rechtsstaat und Demokratie. Diese nicht

kämpferisch zu verteidigen, würde bedeuten, daß der gesamte bürgerliche Westen in archaische Zustände zurückzufallen droht, während gleichzeitig die sozialistische Revolution im Osten von ihren neuen Machhabern um ihre eigenen Ziele betrogen wird. Die verschiedenen Versionen, die Neumann der deutschen, der englischen und der amerikanischen Fassung seiner Gewerkschaftsarbeit gegeben hat, können als Verweise auf die wechselnden praktischen Horizonte gelten, in die die Theorie eingebettet war und auch als Beweis für deren sich in der Emigration stetig verdünnenden Charakter gelesen werden.

Die in dieser Phase entstandenen kleineren Schriften sind Stufen auf dem Weg zur 'materialistischen Sozialwissenschaft', jener Konzeption, wie Söllner meint, unter der Neumanns "materialistisches Jahrzehnt" allein verständlich wird.¹⁰² Diese Klassifizierung bedarf der Erläuterung, weil sie nicht umstandslos in die Klischees paßt, unter denen die neuere Wissenschaftsgeschichte vor allem in Deutschland dargestellt zu werden pflegt. Das erste voll ausgearbeitete Beispiel für Neumanns Konzeption einer 'materialistischen Sozialwissenschaft' ist die 1933 unter Harold Laski und Karl Mannheim begonnene und 1936 von der 'London School of Economics' angenommene Dissertation 'The Governance of the Rule of Law'. In ihr hat Neumann die Fundamente für seine weitere theoretische Entwicklung gelegt. Ausgehend von einer Kritik der theoretischen und jetzt auch praktisch erwiesenen Unzulänglichkeit der Weimarer Rechts- und Staatslehre, holt er zu einer umfassenden Rekonstruktion des Rechts- und Staatsbegriffs der bürgerlichen Gesellschaft aus. Als durchgehendes und logisch konstitutives Problem, das sich von Thomas von Aquin bis zu Hegel verfolgen läßt, arbeitet er den Konflikt von Freiheit und Zwang, von Recht und Moral heraus, der, notwendiger Ausdruck gesellschaftlicher Antagonismen, in der staatlichen Souveränität seine prekäre und fast immer gewaltsame Auflösung erfährt. Sodann entfaltet er, aufbauend teils auf einer Kritik des klassischen Liberalismus, teils auf den Vorstellungen der modernen Soziologie, ein gesamtgesellschaftliches Erklärungsmodell der

102) Vgl. SÖLLNER: Skizzen ... a. a. O., S. 23.

bürgerlichen Gesellschaft, innerhalb dessen er die gesellschaftliche Funktion von Recht und Staat in ihrer Veränderung abzuhandeln vermag. Dabei werden drei Stufen unterschieden: Liberalismus, Monopolkapitalismus und Faschismus. Die komplexen Ergebnisse dieser Abhandlung hat Neumann dann in dem bekannten Aufsatz 'Der Funktionswandel des Gesetzes im Recht der bürgerlichen Gesellschaft' und in der weniger bekannten Arbeit 'Types of Natural Law'¹⁰³ verkürzt zusammengefaßt. Gemeinsam ist diesen Arbeiten der ihnen zugrunde liegende Theorietypus. 'Materialistisch' ist die Form, in der die Veränderungen in Recht und Staat als Funktionen der kapitalistischen Produktionsweise abgebildet werden; 'sozialwissenschaftlich' hingegen in einem modernen Sinn sind die damit verbundene Ablehnung jedes ökonomischen Reduktionismus, die Integration von Methoden und Denkmodellen der modernen Soziologie, hier vor allem Max Webers, Karl Mannheims und Harold Laskis, und schließlich das Insistieren auf empirischer Forschung. 'Materialistische Sozialwissenschaft' bedeutet also jene interessante Mischung aus undogmatischem Marxismus, beweglicher Verwendung sozialwissenschaftlicher Erklärungsansätze und empirisch-historischer Forschung, deren Seltenheit man als eines der großen Probleme der deutschen Sozialwissenschaft nach 1945 ansehen muß.¹⁰⁴

Abschließend möchte ich noch die These diskutieren, daß Franz Neumann im Exil seine theoretische Position, die des Reformismus, verändert und sich zum Marxisten entwickelt hat. Ich würde für die Zeit zwischen dem Verlassen Deutschlands (die reformistische Phase der 'Kollektiven Demokratie' endete) und der Arbeit in den Vereinigten Staaten, also für die Zeit an der 'London School of Economics', von einer orthodoxen marxistischen Position Neumanns sprechen. Er glaubte zu dieser Zeit nicht mehr an die Möglichkeit einer friedlichen Umwandlung der Gesellschaft in Deutschland, sondern

103) NEUMANN, Franz: Types of Natural Law. In: (Zeitschrift für Sozialforschung 8 (1939/40). S. 338-361. Übersetzt wiederabgedruckt unter dem Titel 'Typen des Naturrechts' in:) Alfons Söllner (Hrsg.): Franz L. Neumann. Wirtschaft, Staat, Demokratie. Aufsätze 1930 - 1954. Frankfurt am Main 1978. S. 223-254.

104) Vgl. SÖLLNER: Skizzen ... a. a. O., S. 24.

hoffte und erwartete, daß die Arbeiterklasse in Deutschland die Initiative ergreifen würde. Dies wird in den Arbeiten ab 1934 sehr deutlich. Neumann selbst sprach zwar nie explizit von Revolution, doch er versuchte deutlich zu machen, daß er seine Position überdacht und überarbeitet hatte. Er glaubte zu verstehen, warum dieser friedliche Wechsel während der Weimarer Zeit nicht zustande gekommen war. Er verneinte zwar nie, daß es eine Entwicklung gegeben habe, doch er machte in seiner Dissertation klar, daß die Arbeiterklasse ab einem gewissen Punkt für ihr Recht kämpfen muß, damit es zu einer gesellschaftlichen Veränderung, wie sie Renner beschrieben hatte, kommen kann. Mit anderen Worten: Wenn der Arbeiterklasse gewisse rechtliche Garantien entzogen werden, ist die Zeit reif für eine Revolution. Er und Laski riefen zwar nicht direkt zur Revolution auf; sie zeigten jedoch, daß der Faschismus die schlimmste Form des Kapitalismus ist und daß die Arbeiterklasse diesen Prozeß stoppen muß. Dies ist im Prinzip auch die Botschaft seiner Dissertation.

Nach seiner Übersiedlung in die Vereinigten Staaten und mit zunehmender Forschungstätigkeit erkannte er, daß die Entwicklung, die er 1934 vorausgesehen hatte, nicht eingetroffen war, eine Erkenntnis, die 1941 in seine Arbeit am 'Behemoth' einfloß. Jetzt war seine Einschätzung die folgende: Solange die Arbeiterschaft unter einem Joch zu leiden hat, wird sie sich immer auflehnen; es sei denn, sie wird in allen Bereichen rücksichtslos verfolgt und unterdrückt. Eine große Hilfe für die Arbeiterklasse Deutschlands, den ihr im geschichtlichen Prozeß zustehenden Platz einzunehmen, wäre der Sieg der Alliierten über Deutschland und deren Entstehen und Vorbild für einen friedlichen Übergang zum Sozialismus. Diesen Prozeß sollte er dann im 'Behemoth' beschreiben. Meiner Meinung nach begreift sich Neumann auch noch in dieser Zeit als orthodoxer Marxist, und die Arbeiterklasse ist nach wie vor für ihn der Agent der sozialen Veränderungen. Nur erfährt er jetzt zum ersten Mal, daß die Führungsrolle der Nationalsozialisten so stark ist, daß dadurch die eigentliche geschichtliche Entwicklung pervertiert wird. Und er schreibt den Alliierten Kräften die Aufgabe zu, dem Nazi-regime durch einen Sieg über Deutschland ein Ende zu bereiten.

Die Veränderung in Neumanns Denken besteht zunächst in der Erkenntnis, daß der Sozialismus nicht gewaltlos realisiert werden kann und daher eine Revolution notwendig ist. Daraus folgt, daß sich auch Neumanns Einstellung in vielen Punkten, in denen man auf den ersten Blick noch eine Übereinstimmung mit der früheren Position feststellt, geändert hat. Wenn er jetzt die Notwendigkeit einer Revolution nicht mehr ausschließt, dann bedeutet das, daß er Widersprüche in der kapitalistischen Gesellschaft jetzt auch dort sieht, wo er früher keine gesehen hat. Während der Weimarer Zeit akzeptierte er nur mit Einschränkungen das materialistische Konzept der Geschichte, das Marx entworfen hat, er war vielmehr ein Befürworter von Kirchheimers These, nach der sich die sozio-ökonomische Substruktur der Gesellschaft bis zu einem Punkt entwickelt, an dem sich der Sozialismus verwirklichen läßt. Gleichzeitig behauptete er wie die Sozialdemokratie insgesamt, daß sich die menschliche Natur zwar erst mit der ökonomischen Entwicklung verändere, daß aber die Arbeiterschaft auch unabhängig von der Entwicklung der Ökonomie Klassenbewußtsein entfalte. Essentieller Bestandteil der Theorie von der gewaltlosen Umwandlung der Gesellschaft zum Sozialismus hin ist also die These, daß sich die Ökonomie und die menschliche Natur auf einen Punkt hin entwickeln, an dem der Sozialismus verwirklicht werden kann. Nachdem er dann Deutschland verlassen mußte, erkannte er, daß das materialistische Konzept der Geschichte richtig ist. Er sah, daß die sozio-ökonomischen Bedingungen der Arbeit und des Lebens auch die Gedanken und Einstellungen der Menschen bestimmen. So wurde er ein orthodoxer Marxist und glaubte, daß die Arbeiter ein revolutionäres Bewußtsein entwickeln müssen, wenn sie die ökonomischen Verhältnisse verändern wollen. In der Weimarer Zeit dagegen war er vom mangelnden Bewußtseinsstand der Arbeiterklasse überzeugt, unfähig die Macht zu übernehmen, müsse sie erst noch erzogen werden, um die ihr zufallende Verantwortung tragen zu können.

Wenn wir also ein Resümee aus der 'Weimarer Zeit' und aus der Exil-Periode in Franz Neumanns Leben ziehen, dann läßt sich sagen, daß er beide Hauptströmungen des Marxismus vertreten hat: während der 'Weimarer Zeit' die reformistische Position und dann im Exil die orthodoxe.

5. Praktische Politikberatung im Exil (USA)

1942 verließ Neumann das Institut für Sozialforschung und arbeitete bis 1947 als Experte für Deutschlandfragen in verschiedenen US-Regierungsbehörden. Zunächst war er als Chefberater im 'Board of Economic Warfare' tätig, dann begab er sich - zusammen mit Otto Kirchheimer, Herbert Marcuse und Arkadij Gurland - in den Dienst des 'Office of Strategic Services' (OSS), wo er stellvertretender Leiter der 'Research and Analysis Branch' wurde. Ab 1945 war er als Leiter der wissenschaftlichen der Deutschland-Abteilung des 'State Department' tätig; seine Funktion dort war Forschungs-research, der dazu diente, die Tätigkeit der künftigen Militärregierung vorzubereiten.

5.1. Die 'Archäologie' der Deutschland-Analysen

Diese Phase in Neumanns Leben ist bislang kaum erforscht. Das liegt zunächst an dem recht schwierigen Zugang zu den Quellen und an der Tatsache, daß den Berichten, die im Rahmen der Arbeit für das 'State Department' entstanden, nicht eindeutig einzelne Autoren zugeordnet werden können. Da es sich um anonyme Dokumente handelt, geben die Deutschlandberichte keinerlei Aufschluß darüber, wer sie geschrieben hat. Obwohl die Arbeiten i. d. R. jeweils von einer Person verfaßt wurden, war deren eigener Anteil daran nicht auszumachen, weil kollektiv gearbeitet wurde und die Herkunft bestimmter Gedanken deshalb nicht zu klären war. Ein weiterer Grund liegt in der internen Arbeitsstruktur des OSS, in dem die Texte durch verschiedene Hände gingen und Korrekturen und Abstimmungen vorgenommen wurden. Die aus dieser Zeit vorliegenden Analysen, an denen man einen maßgeblichen Anteil Neumanns erkennen kann, können daher auch nie wirklich die Konsistenz von Theorien erreichen. Sie nehmen eine schwer greifbare Stellung zwischen Politik und Wissenschaft ein. Neben meinem speziellen Interesse an der Entwicklung und Veränderung der politischen Theorie Neumanns können diese Arbeiten für ein deutsches Publikum noch unter anderen

Gesichtspunkten von besonderem Interesse sein. Erstens gehören sie in den Zusammenhang jenes 'anderen Deutschlands', das auf eine zukünftige deutsche Demokratie Einfluß zu nehmen versuchte, noch bevor der Nationalsozialismus militärisch besiegt war. Zweitens werfen sie Licht auf eine bislang apokryph gebliebene Entwicklungsphase der neueren Sozial- und Politikwissenschaften, speziell des Zweiges der Kritischen Theorie der 'Frankfurter Schule', der für die Demokratiewissenschaft der Nachkriegsära eine gewisse Bedeutung erlangte. Schließlich geben sie Aufschluß über die verschlungenen Wege, die eine kritische Intelligenz in den 40er Jahren gehen mußte, um der Idee einer sozialistischen Demokratie in Deutschland auf der Spur zu bleiben.

Im folgenden stütze ich mich hauptsächlich auf die Ausführungen Söllners¹ und Erds², die besten Kenner Neumanns, da, soweit mir bekannt, lediglich sie sich näher mit dieser Schaffensperiode Neumanns beschäftigt haben, wenn auch z. T. unter anderen Gesichtspunkten. Aufschlußreich ist Rainer Erds Buch, in dem er verschiedene Interviews mit Gesprächspartnern, die mit Neumann in den US-Regierungsbehörden zusammengearbeitet haben, veröffentlicht hat. Söllners Interesse in seinen beiden Bänden 'Zur Archäologie der Demokratie in Deutschland' gilt gezielt den Analysen der politischen Emigranten im amerikanischen Außenministerium. Durch die Zusammenstellung, Übersetzung und Herausgabe dieser Arbeiten durch Söllner wurden sie erst einer größeren Öffentlichkeit zugänglich.

Um die theoretische Praxis, den 'Diskurs' der Deutschland-Studien zu beschreiben und eine begründete Einschätzung des Anteils von Neumann (und auch von Kirchheimer und Marcuse) vortragen zu können, bedient sich Söllner einer Methode, die die Emigrationsge-

1) SÖLLNER, Alfons (Hrsg.): Zur Archäologie der Demokratie in Deutschland. Analysen politischer Emigranten im amerikanischen Geheimdienst. Band 1. 1943 - 1945. Frankfurt am Main 1982; und SÖLLNER, Alfons (Hrsg.): Zur Archäologie der Demokratie in Deutschland. Band 2: Analysen von politischen Emigranten im amerikanischen Außenministerium. 1946 - 1949. Frankfurt am Main 1986.

2) ERD, Rainer (Hrsg.): Reform und Resignation. Gespräche über Franz L. Neumann. Frankfurt am Main 1985.

schichte als "Archäologie der deutschen Demokratie"³ begreift. Denn die Geschichte der politischen Emigration scheint eine verdeckte Geschichte zu sein. Kompliziert wird ihre Erkenntnis dadurch, daß ihre Akteure, sofern sie wirklich politischen Einfluß nehmen wollten, an dieser Verdeckung selber mitwirken mußten. Was hat diese Verdeckung erzwungen?

Das Beispiel der 'Kritischen Theoretiker' im amerikanischen Geheimdienst, so extrem es auch sein mag, gibt darüber einige Aufschlüsse: Zehn Jahre lang hatten sie den Nationalsozialismus mit dem Blick auf die Aussichten einer deutschen Revolution erforscht, nun mußten sie sich, wenn sie die Resultate praktisch wirksam werden lassen wollten, einem geheim und anonym operierenden Institutionensystem anvertrauen - Neumann, Kirchheimer und Marcuse produzierten ab 1943 für die Geheimarchive einer Macht, zu deren Mitverwaltern sie damit wurden.

Diese Konstellation nimmt Söllner zum Anlaß, von den Dokumenten der politischen Emigranten als von 'archäologischen Texten' zu sprechen. Der Begriff der 'Archäologie' hat für ihn dabei nicht nur metaphorische Bedeutung, sondern er versteht darunter ein spezielles Verfahren der Forschung.⁴ Der Vorschlag, die Geschichtsforschung unter den Leitbegriff der Archäologie zu stellen, stammt von Michel Foucault. Dessen Methode für die Geschichte der politischen Emigration zu Rate zu ziehen, liegt deswegen nahe, weil sie einer Problemlage entstammt, die zu unserem Gegenstandsbereich mehr als nur oberflächliche Parallelen aufweist. Foucaults archäologisches Verfahren bildet gleichsam eine Brücke, um wissenschaftsgeschichtliche Studien mit der politischen Geschichte methodisch zu verbinden. Eben dies sieht Söllner als das zentrale methodologische Problem einer Geschichtsschreibung der politisch-intellektuellen Emigration.⁵ Im Gefolge der Erkenntnisse von Foucault treten an den Geheimdienstdokumenten drei Momente bemerkenswert hervor: die besondere

3) SÖLLNER: Zur Archäologie ... Bd. 1, a. a. O., S. 10.

4) Vgl. ebenda, S. 17.

5) Vgl. ebenda, S. 19.

Weise ihrer Verwicklung in die Politik, die eigentümliche Mischung von Wissenschaft und Ideologie und ihre individuelle Unzurechenbarkeit bzw. ihre Anonymität.⁶ Die historischen Dokumente sind Produkte einer Praxis, die dem Spannungsverhältnis von Wissen und Macht auf exemplarische Weise standzuhalten hatten. Sie geben Antwort auf die Frage, was deutsche Sozialisten (also auch Neumann) im amerikanischen Geheimdienst gedacht und geschrieben haben und was sie damit bewirken wollten; sie geben aber insbesondere Auskunft darüber, wie später noch zu zeigen ist, wie beschränkt ihre politischen Wirkungsmöglichkeiten tatsächlich waren.

5.2. Die Identität von Interessen

Der wichtigste Grund für Neumanns Entschluß, als Politikberater in verschiedenen US-Regierungsbehörden zu arbeiten, ergibt sich unmittelbar aus der Lektüre des Schlußkapitels seines 'Behemoth'.⁷ Hatte dieser mit strategischen Überlegungen geschlossen, wie der Nationalsozialismus praktisch niederzuzwingen sei, so erscheint es für einen sowohl praktisch als auch theoretisch ambitionierten Mann nur konsequent, sich direkt für die Faschismusbekämpfung zur Verfügung zu stellen. Daß nicht so sehr eine sozialistische, sondern eher eine antifaschistische Perspektive Neumann im OSS arbeiten ließ, bestätigt auch Rainer Erd anhand eines Interviews.⁸ Die beste Möglichkeit hierfür lag für Neumann daher im Bündnis mit der Macht, die als einzige vom Nationalsozialismus unbehelligt geblieben war und zugleich über die Möglichkeiten verfügte, ihm Paroli zu bieten; hierbei bot sich ihm besonders das für die propagandistische und militärische Faschismusbekämpfung geschaffene OSS an. Nicht zuletzt begründeten bzw. beschleunigten aber auch persönliche und theoretische Differenzen mit älteren Mitgliedern des Instituts für Sozialforschung seinen Eintritt in den Dienst der US-Regierungsbehörden. Das Interesse an

6) Vgl. SÖLLNER: Zur Archäologie ... Bd. 1, a. a. O., S. 21.

7) Vgl. NEUMANN: Behemoth ... a. a. O., S. 549f.

8) Vgl. ERD: Reform ... a. a. O., S. 154.

der Anstellung Neumanns und anderer Sozialisten war offensichtlich, solange der Krieg mit Hitler andauerte und niemand in den USA mehr über Deutschland wußte als die Emigranten; es sollte sich mit der Niederlage Hitlers ändern.

Was die Zielvorstellungen betrifft, mit denen Neumann in das OSS eintrat, so waren die so idealistisch wie illusionär - wie sich schnell herausstellte. Er hatte wohl die Hoffnung gehabt, daß die amerikanische Regierung nicht nur für die Niederringung des Faschismus kämpfen würde, sondern auch als Garant dazu dienen könnte, in Deutschland die Bedingungen für den Aufbau einer postkapitalistischen Gesellschaft herzustellen, in der ein Wiederaufleben des Faschismus in neuen Formen unmöglich würde. Da aber für die USA die Wiedererrichtung der Demokratie identisch war mit der Wiedererrichtung des Kapitalismus, hat sich dieses zweite Ziel, wie ich später noch zeigen werde, natürlich sehr schnell als unerreichbar erwiesen.

Drei Dinge waren für die Arbeiten Neumanns in dieser Schaffensperiode entscheidend: der amerikanische Einfluß, die Aufmerksamkeit auf die Ereignisse in Deutschland bzw. die Fehler, die dort gemacht worden waren und die zum Nationalsozialismus geführt hatten, und schließlich die Frage, wie man wieder zu einem demokratischen Europa kommen konnte.

Mir erscheint es im weiteren wichtig, zunächst die Struktur des OSS näher zu beleuchten, da diese einen direkten Einfluß auf Neumanns Studien und auch auf sein späteres Ausscheiden aus dieser Institution hatte.

Das OSS war auf amerikanischen Boden die erste selbständige und ausschließlich zum Zweck der Informationssammlung und -verarbeitung geschaffene Organisation. Es stellte das geheimdienstliche und nachrichtentechnische Pendant zur Umrüstung des amerikanischen Staatsapparates in eine gigantische Kriegsmaschine dar. Der Direktor des OSS entwarf im Hinblick auf eine dynamische Verkopplung von wissenschaftlicher Strategiebildung und Kriegsführung geradezu eine politische Soziologie des Wissens, um die Überlegenheit seiner Kon-

zeption gegenüber jeder traditionellen militärischen Informationsbeschaffung zu beweisen. Das bedeutete einerseits die Orientierung der Informationsarbeit an den Aufgaben und Zielen des Militärs, andererseits konnte diese dienende Rolle nur dann effektiv wahrgenommen werden, wenn die Informationsbeschaffung und -bewertung vom Militär institutionell getrennt wurde. Die im OSS erstellten Studien gehören zwar in den Rahmen der amerikanischen Kriegsführungsstrategien; wichtiger und dominierend dürften jedoch die Auswirkungen gewesen sein, die sich aus der Tatsache des im OSS institutionalisierten Informationsmonopol ergeben haben.

Die innere Organisation des OSS war nach streng bürokratischem Muster aufgebaut, verknüpfte also sachliche Arbeitsteilung mit einer hierarchischen Verwaltungs- und Entscheidungsstruktur. Die 'Research and Analysis'-Abteilung, deren stellvertretender Leiter Neumann war, fungierte als das theoretische Gehirn des gesamten Geheimdienstes; ihre überragende Position resultierte aus der Verbindung von Wissenschaft und relativer Autonomie, die als das Merkmal eines modernen integrierten Geheimdienstes anzusehen ist. Dominiert von hochspezialisierter wissenschaftlicher Intelligenz war sie das Lieblingskind ihres Gründers Donovan. Die 'Research and Analysis Branch' hatte keine propagandistischen Aufgaben zu erledigen, sondern Informationen über Länder zu sammeln und auf der Grundlage dieser Informationen Vorschläge auszuarbeiten, wie z. B. die 'guide-lines' für die spätere Besetzung Deutschlands. Sie beschäftigte in den Jahren ihrer größten Ausdehnung (1943 - 1945) etwa 1.200 Personen, davon ca. 400 in Übersee. Unterteilt war sie in vier große Regionalabteilungen, die selber noch einmal funktional und regional gegliedert waren. Die funktionale Untergliederung zerlegte Mitteleuropa in fünf Sachgebiete: Wirtschaft, Politik, Recht und Verwaltung, soziale Gruppen und Regionalprobleme. Die Quellen, aus denen diese Abteilungen ihre Informationen bekamen, kann man sich nicht vielfältig genug vorstellen.

Die hier angedeutete interne Organisationsstruktur der 'Research and Analysis Branch' und ihr Stellenwert im Gesamtgefüge haben für das Verständnis der Deutschland-Studien eine große Bedeutung. Es wird hier gleichsam die Apparatur sichtbar, die wohl einen aus-

schlaggebenden Determinationsfaktor für die Arbeit der Emigranten im amerikanischen Geheimdienst bildete. Sie war nicht nur ein Transportsystem, das den geheimdienstlichen Informationsfluß an den Abnehmerkreis weiterleitete, sie bestimmte vor allem die Arbeitsweise und die soziale Organisation des Forschungsprozesses selbst. Die hier entstandenen Arbeiten zeigen jenes schwer zu fassende Mischverhältnis von Auftragsbindung und Forschungsautonomie, das als zentrales Charakteristikum für die Arbeit der deutschen Emigrantengruppe im Geheimdienst wie im 'State Department' auszumachen ist und das sie als durchaus moderne Form der wissenschaftlichen Politikberatung ausweist.

Als Basis für Neumanns Arbeit im OSS diente seine wissenschaftliche Kompetenz, die er vor allem aufgrund des 'Behemoth' erworben hatte. Seine Aufgabe bestand zum großen Teil darin, die Tätigkeit der künftigen Militärregierung, insbesondere die Entnazifizierung vorzubereiten. Er versuchte zu zeigen, daß diese, um wirksam zu sein, mehr sein mußte als eine personelle Säuberung und eine Abschaffung der nationalsozialistischen Gesetze, daß sie den deutschen Faschismus an den Wurzeln treffen mußte, indem sie die ökonomischen Grundlagen, der antidemokratischen Politik der deutschen Großindustrie beseitigte. Neumann zeichnete hauptsächlich verantwortlich für die Erstellung einer sehr ausführlichen Studie über deutsche Kartelle und Monopole, über ihre Eigentümer und Manager unter dem speziellen Aspekt ihrer Verwicklung in den Aggressionskrieg. Weiterhin hat er mitgewirkt an einer Liste über Nazi-Organisationen und -Persönlichkeiten, die das Hauptziel der Entnazifizierung darstellen sollten. Seine Studien über die Linksparteien und Gewerkschaften waren für die künftige politische Struktur Deutschlands von Interesse. Viele dieser Studien lassen sich sowohl von der Methodik als auch von der Thematik her mit hoher Wahrscheinlichkeit Neumann zuordnen. So findet sich eine ganze Gruppe von Arbeiten, die einzelne Tendenzen des Nationalsozialismus in einer Weise aus der Struktur der Weimarer Republik herleiten, die im 'Behemoth' ihr deutliches Vorbild hat. Sie könnten zwar auch von Marcuse, Gurland oder Kirchheimer geschrieben worden sein, aber der Einfluß von Neumann ist immer deutlich.

Darüber hinaus bereitete das OSS noch die Okkupation vor, indem nicht nur politische, sondern auch geographische und wirtschaftliche Informationen über Deutschland für die Armee bereitgestellt wurden. Ebenso wurden die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse vorbereitet; hiermit war besonders Franz Neumann beschäftigt, da er einer der wenigen war, die sich gut in den nationalsozialistischen Führungseliten auskannten.

Als politischer Grundkonsens verband die Mitglieder des Instituts für Sozialforschung, die im OSS arbeiteten, eine gemeinsame sozialdemokratische Einstellung bzw. die Tradition der deutschen Arbeiterbewegung. Vielleicht läßt sich in Bezug auf Neumann sogar die These vertreten, daß er die Vorstellung hatte, daß das Verhältnis von Gewerkschaften und Arbeitgebern nach 1945 wieder so aussehen sollte wie in der Weimarer Republik.⁹ Zumindest spricht einiges dafür, anzunehmen, daß Neumann in einer Situation, in der zu befürchten war, daß sich die amerikanischen Behörden antigewerkschaftlich verhalten würden, es für einen großen Erfolg hielt, das alte System zu reetablieren. In diesem Zusammenhang muß man auch bedenken, daß es überhaupt keine Ansätze für eine neue Gewerkschaftspolitik von deutscher Seite nach dem Zusammenbruch gab. Alles war auf Rekonstruktion, auf Wiedererrichtung des vor-nazistischen Systems gerichtet. Neumanns Vorstellung vom Wiederaufbau Deutschlands lief auf ein sozialistisches Deutschland hinaus. Hierbei grenzte er sich jedoch stark von der Sozialdemokratie Schumachers ab. Neumann vertrat eine Richtung, die zwischen den beiden maßgeblichen der amerikanischen Besatzungspolitik lag, nämlich zwischen der einen, die Deutschland so schnell wie möglich zum amerikanischen Verbündeten gegenüber der Sowjetunion machen wollte, und der anderen, die - à la Henry Morgenthau - Deutschland

9) Bei der Kennzeichnung der politischen Position und der Vorstellungen Neumanns über die Neugestaltung Deutschlands beziehe ich mich vor allem auf die Aussagen seiner ehemaligen Mitarbeiter im OSS und 'State Department', die Rainer Erd in seinem Interviewband (s. Anm. 2 auf S. 128) im Kapitel III (S. 151-182) abgedruckt hat. Dies ist erforderlich, da sich Neumanns persönliche Sicht der Dinge in den angefertigten Studien nicht unbedingt genau identifizieren läßt.

bestrafen, zerschlagen, 'pastoralisieren' wollte. Vernachlässigt wird, gerade auch von der deutschen Forschung, eine dritte Richtung, die dazwischen lag und die vielleicht sogar damals die vorherrschende war - zumindest bei Neumann und den anderen Emigranten. Sie folgte einer liberal-demokratischen Perspektive und glaubte an die Möglichkeit, ein demokratisches Deutschland jenseits von Agrarisierung, aber auch jenseits des westlichen Kapitalismus schaffen zu können - ein Deutschland mit einer demokratischen Verfassung, die alle Optionen vorläufig offen lassen würde. Intendiert war also zunächst die Schaffung einer Basis, von der aus alles Weitere sich ergeben würde, möglichst in Form eines demokratischen Sozialismus. Neumann strebte also, was die Deutschlandpolitik betraf, eine mittlere Position zwischen den Kommunisten und den traditionellen Sozialdemokraten an, er wollte einen unabhängigen europäischen Sozialismus, der sich von keinem der Blöcke abhängig machte und somit ein neutrales Deutschland.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Frage, was mit Neumanns traditionellem Sozialismus im OSS geschah. Hierzu äußert sich Eugene N. Anderson¹⁰, der als Direktor der 'Central European Section' des OSS in dieser Zeit mit Neumann zusammengearbeitet hatte. Er spricht davon, daß der Sozialismus der Emigranten sozusagen transformiert wurde in die Idee von der amerikanischen Demokratie. Die marxistische Komponente habe an Bedeutung verloren und die sozialistische wurde im Rahmen der amerikanischen Demokratie akzeptiert. Seiner Meinung nach vollzog sich dies analog zu den Entwicklungen des Sozialismus in England, Frankreich und Italien in dieser Zeit, der sich vom dogmatischen Marxismus und seinen Rigiditäten zum demokratischen Sozialismus wandelte.¹¹ Er meint damit, daß Neumann und die anderen vom marxistischen Dogmatismus und Determinismus und von der Diktatur des Proletariats abließen und durch das ersetzten, was er den "sozialwissenschaftlichen Gesichtspunkt" nennt.¹² Andererseits haben aber auch die Arbeitsbedin-

10) Vgl. SÖLLNER: Zur Archäologie ... Bd. 2, a. a. O., S. 29.

11) Vgl. ebenda, S. 29f.

12) Ebenda, S. 26.

gungen (s. o.) die Forschungen der Emigranten geprägt, weil sich die Marxisten oder Sozialisten unter ihnen den Verhältnissen anpassen mußten, um etwas in ihrem Sinne zu bewirken. John Herz, ein ehemaliger Mitarbeiter Neumanns meint, daß die Institution des Geheimdienstes Neumann also in seiner Identität transformiert hat; er vertrat nun nicht mehr seine marxistische Position, sondern eher eine sozialdemokratisch-reformistische, die durch die angelsächsischen Demokratien mitgeprägt war.¹³

Was bei den OSS-Studien auffällt und sich in ihnen fortsetzt, ist die antipsychologische Methodik, die sich ja auch im 'Behemoth' findet. Neumann, Kirchheimer und Gurland - weniger übrigens Marcuse - hatten sich ja schon während ihrer Mitarbeit im Institut für Sozialforschung demonstrativ geweigert, den sozialpsychologischen Marxismus von Fromm und Horkheimer zu übernehmen. Auch jetzt setzten sie die Ausgrenzung der analytischen Sozialpsychologie fort, und dies, obwohl ein großer Teil der amerikanischen Deutschlandpolitik deutlich psycho-politische Ziele verfolgen sollte; denn natürlich war das Entnazifizierungs- und das 'Reeducation'-Programm, das die Militärregierung dann verfolgte, Ausdruck einer Art von politischer Psychologie. Söllner meint, trotz der nicht zu verkennenden Änderung der politischen Position Neumanns (s. o.), ein Festhalten Neumanns an einer marxistischen Strukturanalyse, was methodisch der Primat der politischen und ökonomischen Analyse bedeutet, erkennen zu können.¹⁴ Natürlich sei das in den Studien nicht explizit, sondern gehe ganz versteckt in die materialen Aussagen ein, etwa in das Links-Rechts-Schema in den Parteien- und Gewerkschaftsstudien oder in die erhöhte Aufmerksamkeit gegenüber den ökonomischen Determinanten der deutschen Kriegsführung. Er spricht daher von einem "kryptischen Marxismus".¹⁵

13) Vgl. SÖLLNER: Zur Archäologie ... Bd. 2, a. a. O., S. 37. Man muß aber auch hier bedenken, daß die von Neumann verfaßten Texte eine bestimmte praktische Funktion zu erfüllen hatten und somit nicht unbedingt Neumanns Position im 'Idealzustand' wiedergeben.

14) Vgl. ERD: Reform ... a. a. O., S. 164.

15) Ebenda, S. 164.

5.3. Die Nicht-Identität von Interessen

Interessant ist im weiteren die Frage, wie groß der Einfluß einer kleinen Gruppe deutscher Emigranten, unter ihnen Neumann, auf die Wissensproduktion der Deutschland-Studien der 'Research and Analysis Branch' war und wie durch sie das Deutschlandbild dieser Studien geprägt worden ist.

Wenn es richtig ist, daß in der inneren Organisation und Arbeitsweise der 'Research and Analysis Branch' (s. o.) ein entscheidender Formierungsfaktor greifbar wird, so gilt es zu klären, welche Stellung die Deutschlandexperten in diesem Zusammenhang hatten. Unbestritten ist zunächst innerhalb dieser Emigrantengruppe die dominierende Rolle Neumanns bis zu seinem Ausscheiden 1947; danach wurde sie übernommen und in seinem Sinne fortgeführt von Herbert Marcuse, der während der OSS-Zeit zum engsten persönlichen Freund Neumanns geworden ist. Dies alles bestätigen auch die von Rainer Erd geführten Interviews.¹⁶ Innerhalb der gesamten Abteilung wird die überragende Rolle der Deutschlandexperten, die aus dem Institut für Sozialforschung kamen, betont.¹⁷ Neumann, Kirchheimer und Marcuse waren im Team diejenigen, die ihrer Vorarbeiten, ihrer Vorgeschichte und ihrer Arbeitsweise wegen die größte wissenschaftliche Kompetenz besaßen.¹⁸ Das darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß der tatsächliche Einfluß der deutschsprachigen Forschungsgruppe auf die Planung der amerikanischen Deutschlandpolitik schon vor 1945 ausgesprochen gering war und daß er nach dem Krieg rapide abnahm. Söllner spricht in diesem Zusammenhang davon, daß der gemeinsame Tenor aller Mitteilungen, wenn denn bei der Spärlichkeit der Informationen über die Rolle der deutschen Emigranten im amerikanischen Staatsdienst überhaupt davon gesprochen werden kann, der von der Marginalität der Exilierten sei.¹⁹ Wie John Herz, einer der Mitarbeiter Neumanns im OSS,

16) Vgl. ERD: Reform ... a. a. O., S. 153ff.

17) Vgl. SÖLLNER: Zur Archäologie ... Bd. 1, a. a. O., S. 29.

18) Bestätigt findet sich dies in den Interviews, die Rainer Erd mit ehemaligen Mitarbeitern des OSS, u. a. mit H. Stuart Hughes, Carl Schorske und John Herz führte. Vgl. ERD: Reform ... a. a. O., S. 153ff.

19) Vgl. SÖLLNER: Zur Archäologie ... Bd. 2, a. a. O., S. 7f.

es ausdrückte, sah es konkret ab 1945 so aus, daß die Gruppe ein Memorandum nach dem anderen einreichte - und die 'desk-people', also die Entscheidungsträger in den anderen Abteilungen des 'State Department' sie einfach in den Papierkorb warfen. Sie hätten nie Reaktionen bekommen, hätten nie das Gefühl gehabt, daß überhaupt etwas zur Kenntnis genommen wurde von dem, was sie empfohlen hätten oder wovor sie gewarnt hätten. Die Erfahrungen nach 1945 faßt er dann so zusammen, daß alle Emigranten so enttäuscht waren über ihre Einflußlosigkeit, über die Wirkungslosigkeit dessen, was sie jahrelang ausgearbeitet hatten, daß einer nach dem anderen vom Gefühl beschlichen wurde, hier nichts mehr zu suchen zu haben.²⁰

Hughes unterscheidet drei Ebenen, auf denen sich der Mangel an Einfluß zeigte: eine organisatorische, eine persönliche und eine ideologische.²¹ Zugleich versucht er die Ursachen dafür zu benennen. Er beginnt mit dem Organisatorischen: Die alteingesessenen Beamten des 'State Department' konnten sich nicht damit abfinden, daß eine so große Zahl von Leuten aus dem OSS herübergekommen war; diese kamen nicht aus der diplomatischen Laufbahn, sondern hatten einen akademischen Hintergrund. Sie stellten eine organisatorische Bedrohung zumindest für den traditionellen diplomatischen Dienst dar, deren Vertreter die neue Gruppe nicht gewollt hatten und sie nun wohl oder übel akzeptieren mußten.

Daneben gab es Probleme aufgrund unterschiedlicher ethnischer Herkunft und Klassenzugehörigkeit. Die Beamten im Außenministerium stammten i. d. R. aus der 'wasp-upper-class'; ihre Kenntnisse von Europa und der Fremdsprachen hatten sie aus Schweizer Elite-schulen. Sie fanden die Spezialisten der 'Research and Analysis Branch' exotisch, merkwürdig, sogar bedrohlich, weil sie Fremde waren, einen Akzent hatten und zu einem sehr großen Teil jüdisch waren.

20) Vgl. SÖLLNER: Zur Archäologie ... Bd. 2., a. a. O., S. 43f.

21) Vgl. ebenda, S. 48ff.

Die dritte Dimension betrifft die ideologische Ebene. Das Problem, das sich von Anfang an stellte, bestand darin, daß die neu hinzugekommene Gruppe nicht in Kategorien des Nationalinteresses dachte. Hinzu kam, daß sie Linke in einem sozialistischen Sinne waren. Hughes fügt in diesem Zusammenhang an, daß der grundsätzliche Fehler der 'Frankfurter' gewesen sei, sich nicht hinreichend vom Stalinismus abgegrenzt zu haben und daß damit ihre gesamte Konzeption obsolet geworden sei.

Der entscheidende Wandel vollzog sich 1945, als das OSS aufgeteilt wurde. Zum Hauptteil wurde der heute berühmte, oder eher berühmte, CIA. Die 'Research and Analysis Branch', in der Neumann arbeitete, wurde dem 'State Department' als sog. 'Research Intelligence Division' angegliedert, die es übrigens bis zum heutigen Tag gibt. Dadurch ergab sich für die Emigranten eine gewisse Reorganisation technischer Art, aber die Arbeit der Emigranten blieb im wesentlichen das, was sie vorher gewesen war: Forschungsarbeit.

Neumann widmete sich der Untersuchung des Problems der Neugründung von Parteien in Deutschland und dem Verhalten der Gewerkschaften. Waren die Kriegsjahre noch durch die Aussicht auf eine positive Lösung in Deutschland bestimmt, so führten Entwicklungen während der Nachkriegsjahre zur Desillusionierung bei den Emigranten. Das Jahr 1947 läßt sich als Markstein in der deutschen Nachkriegsentwicklung und in der auf ihre Gestaltung zielenden Eingriffe der Besatzungsmächte bezeichnen. Mit der Restauration ging der aufkommende 'Kalte Krieg' einher. Hier müssen die Stichworte 'Truman-Doktrin' und 'Marshall-Plan' für das Jahr 1947 genügen; die zukünftige Politik der USA deutete sich in der Unterstützung der politischen Strategie, der 'Truman-Doktrin', durch eine ökonomische Strategie, den 'Marshall-Plan', an.

Das Jahr 1947 bedeutete für das 'State Department' eine Verlagerung vom Auftrag der Entnazifizierung auf den, wie er genannt wurde, der Schaffung von Sicherheit gegen die Sowjetunion. Dies war von da an der Haupt Gesichtspunkt, und ihm wurde alles untergeordnet. Die verschiedenen genannten Entwicklungen bewogen Neumann schließlich 1947 aus den Diensten der US-amerikanischen Re-

gierungsbehörde auszuscheiden. Bis 1945 hatten die US-Amerikaner und die Emigrantengruppe um Neumann eng zusammengearbeitet, es gab den einen Gegner: Hitler; die Optionen für die Zeit nach seiner Niederlage waren noch offen. Danach verringerten sich jedoch die Aussichten auf einen wirksamen Einfluß, der 'Kalte Krieg' entwickelte sich. Diese Wendung zum 'Kalten Krieg' schlug sich unmittelbar auf die Arbeit der Deutschlandforscher nieder und veränderte durchgreifend und sehr früh die gesamte historische Landschaft.

Für Neumann und seine Kollegen bedeutete dies, daß ein liberal-demokratischer interner Konsens, wenn er denn je bestanden haben sollte, durch die externen Veränderungen ins politische Abseits rutschen mußte - die vollkommene Marginalisierung der Deutschland-spezialisten im 'State Department' bestätigt dies. Auf der anderen Seite führte gerade dies zum Entschluß, die politische Beratertätigkeit aufzugeben und den Absprung ins akademische Milieu zu versuchen. In den Texten von Neumann wird das ganze Dilemma greifbar, in das deutsche Demokraten und Sozialisten geraten mußten, als sie sich für ein 'anderes Deutschland' in den Dienst einer der Siegermächte begaben. In gewisser Weise brach der Konflikt erst richtig auf, als es - nach der Erreichung des negativen Kriegsziels, der bedingungslosen Niederlage von Hitlers Truppen - um die positive Formulierung der künftigen Politik ging. Es handelte sich um nichts weniger als um ein Paradox, das man für den hier zur Debatte stehenden Ausschnitt der Nachkriegsgeschichte vielleicht so formulieren könnte: Auf der einen Seite sollten die Reste an Arbeiterbewegung, in denen ein kämpferischer Antifaschismus am Leben geblieben war, zum Ausgangspunkt der demokratischen Rekonstruktion werden; auf der anderen Seite wußte man, das gerade das Medium der Rekonstruktion, die Besatzungsherrschaft, diesen vitalen Kern wenn nicht zerstören, so doch niederhalten würde - und genau dies stellte sich auch gleich als das wichtigste Resultat der ersten Besatzungsmonate heraus.

Die Geschichte der Entstehung der Deutschland-Studien, und somit auch Neumanns Arbeit der praktischen Politikberatung, ist eine Geschichte der Identität und Nicht-Identität von Interessen. An ihrem

Anfang stand eine Übereinstimmung, die durch die gemeinsame Überzeugung von der Notwendigkeit totalitätsorientierter Gesellschaftsanalyse verbürgt schien; ihr Ende markierte der Dissens der Interessen. Hierbei sind Anfang und Ende nicht unbedingt zeitlich zu verstehen, sondern als die Pole eines Widerspruchs, der die theoretische Praxis der Emigranten im amerikanischen Geheimdienst durchgängig bestimmte. Dieser Widerspruch konnte jedoch nicht offen ausgetragen werden, er war von den institutionellen Bedingungen, unter denen die Deutschland-Spezialisten im Geheimdienst zu arbeiten hatten, gleichsam stillgelegt; gleichwohl kam er zum Ausdruck, freilich in gebrochener und verdeckter Weise. Einer der Hauptgründe für Neumanns Ausscheiden aus dem 'State Department' war ja der, daß er die Aussichtslosigkeit der Verwirklichung seiner Ansichten, für die die sozialen Grundlagen der Demokratie im Zentrum standen, innerhalb der amerikanischen Politik erkannte. Für ihn verschmolz, um es pointiert zu formulieren, die Haltung der Militärregierung mit der Wiederauferstehung der deutschen Restauration, d. h., die Wiedererrichtung der Demokratie durch die Amerikaner war für ihn identisch mit der Wiedererrichtung des Kapitalismus. Neumann erlebte zunächst das Ausbleiben der erhofften antifaschistischen Massenaktion, später den sich abzeichnenden Verzicht der Militärregierung auf eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Neuordnung in Deutschland und schließlich die Wirkungslosigkeit der von ihm mitprojektierten Entnazifizierung. Der erste Satz, den Franz Neumann 1947, nach seinem Ausscheiden aus den US-Regierungsbehörden publizierte, läßt vermuten, daß er seine Forschungs- und Planungsarbeit im OSS als gescheitert ansah. Jedenfalls spricht er ohne Illusionen den gewissermaßen apriorischen Widerspruch aus, der die deutsche Nachkriegsgeschichte und damit auch den politischen Diskurs der Deutschlandanalytiker in der 'Research and Analysis Branch' einschneidend geprägt hat, den Widerspruch von Militärregierung und Demokratie: "Erziehen ist schwierig; Umerziehen ist noch schwieriger; eine andere Nation umerziehen ist nahezu unmöglich. Zu versuchen, die Deutschen mittels einer Militärregierung umzuerziehen, heißt, das Unmögliche zu versuchen."²²

22) NEUMANN, Franz: Die Umerziehung der Deutschen und das Dilemma des Wiederaufbaus. Wiederabgedruckt in: Alfons Sölner (Hrsg.): Franz L. Neumann. Wirtschaft, Staat, Demokratie. Aufsätze 1930 - 1954. Frankfurt am Main 1978. S. 290-308, hier S. 290.

6. Nachkriegsdeutschland

6.1. Interesse am Nachkriegsdeutschland

Nachdem Neumann 1947 seine Tätigkeit in verschiedenen US-Regierungsbehörden beendet hatte, erhielt er einen Ruf an die Columbia Universität in New York. 1948 wurde er zum 'Visiting Professor' ernannt, und ab 1950 lehrte er dort als 'Full Professor of Public Law and Government'. Wie es möglich war, daß Neumann, der sich stark auf den Marxismus bezog, an einer renommierten amerikanischen Universität Professor werden konnte, erklärt Martin Fleisher, der zur selben Zeit ebenfalls an der Columbia University lehrte.¹ Er betont, daß Neumanns Berufung in einer Übergangsperiode zwischen dem Ende des Krieges und dem Beginn des 'Kalten Krieges' erfolgte, in der die ideologischen Fronten noch nicht so festgelegt waren. Angestellt worden sei Neumann aufgrund des 'Behemoth', wobei weniger die theoretische Grundlage seines Werkes, sondern vielmehr die Analyse des Nationalsozialismus, die einmalig war, den Ausschlag gegeben habe. Der 'Behemoth' sei als das grundlegende Werk über die Struktur und die Entwicklung des Nationalsozialismus betrachtet worden und der marxistische Theorierahmen sei dabei nicht aufgefallen. Fleisher fügt hinzu, daß Neumann außerdem aus dem 'State Department' kam, für die Regierung also akzeptabel gewesen war und es folglich auch für die Columbia University sein konnte.

Sämtliche seiner nach 1947 publizierten Arbeiten kreisen um die Sorge, wie in Deutschland eine stabile Demokratie aufgebaut werden könne. Sie gelten Neumann aber auch als Vorstufe zu einer Theorie der Politik. Eine reale Theorie der Politik zu verfassen, war im Hinblick auf seine wissenschaftliche Tätigkeit in dieser Phase sein größter Wunsch. Die Themen, auf die sich Neumann konzentriert, erstrecken sich vor allem auf zwei Gebiete, einerseits auf die politische Philosophie, ihre Geschichte und ihre gegenwärtige Bedeutung,

1) Vgl. ERD: Reform ... a. a. O., S. 186f.

andererseits auf den Themenbereich, der zum angestammten Untersuchungsfeld der Politikwissenschaft geworden ist: Macht, Herrschaft, politisches System. Seine politischen Analysen können als kritischer Kommentar zur Vor- und Frühgeschichte der Bundesrepublik und der Besatzungs-, Entnazifizierungs- und Demokratisierungspolitik der Alliierten gelten.

Ursprung und Richtung der Entwicklung, die Neumann in seiner letzten Schaffensperiode genommen hat, liegen in der praktischen Politikberatung begründet. Zur Charakterisierung seiner letzten Arbeiten muß zunächst ein methodologischer Hinweis genügen: Die Form, in der Neumann politologische Realanalyse und politische Philosophie in Beziehung setzte, deutet daraufhin, daß er eine Politikwissenschaft im Auge hatte, die weder dem Positivismus der amerikanischen 'political science' noch dem Neonormativismus der Totalitarismustheorie verfiel. Seine Absicht war, eine 'reale Theorie der Politik' im Rahmen einer vorsichtig reformulierten Gesellschaftstheorie des Spätkapitalismus zu konzipieren.

Spekulationen gibt es darüber, ob Neumann Amerika Anfang der 50er Jahre wieder verlassen und nach Deutschland zurückkehren wollte. Einige seiner Freunde meinen, daß er wieder als Arbeitsrechtsanwalt tätig sein wollte.² Andere sagen, Franz Neumann habe nicht an eine Rückkehr nach Deutschland gedacht, einfach deswegen, weil er nicht nur das Scheitern der Entnazifizierung, sondern die Renazifizierung Deutschlands Anfang der 50er Jahre befürchtete. Zudem war er sicherlich sehr skeptisch gegenüber der Adenauer-Regierung, und es hatte ihn auch zunächst niemand gebeten, z. B. durch einen Ruf an eine Universität, nach Deutschland zurückzukommen.

Ein Grund möglicherweise doch noch in Deutschland tätig zu werden, war mit Sicherheit der, daß er eine recht wichtige Rolle bei dem Aufbau der Freien Universität und des Instituts für Politik in Berlin spielte. Wichtig hierbei war ihm wohl weniger der Aufbau der ge-

2) Vgl. ERD: Reform ... a. a. O., S. 226ff.

samten FU als vielmehr der Wiederaufbau der Deutschen Hochschule für Politik, wie sie in der Weimarer Republik geheißen hatte. Die Konzeption von Politikwissenschaft, von denen das spätere Otto-Suhr-Institut seinen Ausgang nahm, geht deutlich auf Vorstellungen zurück, die Franz Neumann sowohl in Amerika als auch in Vorträgen in Berlin entwickelt hatte.

6.2. Der Zwang zur Neuorientierung

Neumann war nicht der einzige Marxist, dem die Begründung des Phänomens des Faschismus theoretische Anstrengungen abverlangte. Die linksorientierten Denker, die auf Neumann signifikanten Einfluß gehabt und selbst den Krieg erlebt hatten, waren zu bedeutsamen Veränderungen ihrer Erklärungsmuster gezwungen.³

1938 starb Otto Bauer; kurz vor seinem Tod faßte er wichtige Probleme der praktischen Anwendung des Austromarxismus ins Auge. Er hatte vorausgesagt, daß der wirtschaftliche Zusammenbruch lediglich eine Krise der Rationalisierung sei und daß die ökonomische Erholung das Gleichgewicht der Klassenkräfte wiederherstellen würde. Doch die soziale und wirtschaftliche Situation in Österreich während der früher 30er Jahre zwang ihn zu einer Neuorientierung, derzufolge die Bourgeoisie durch den Faschismus ihre Klassendominanz aufrechterhielt und sich aus ihm unbekannten Gründen die Massen von den sozialistischen und demokratischen Parteien abwandten. Bauer weigerte sich, seine mechanische Sicht von der Unausweichlichkeit der historischen Entwicklung, der automatischen Abfolge der Ereignisse, aufzugeben.

1930 gab er zu, daß die Revolution von 1918 und die 'Volksrepublik' der 20er Jahre nur Entwicklungsstufen in einem notwendigen historischen Prozeß waren, der zu einer bürgerlichen Republik führte. Der

3) Meine Darstellung dieser Veränderungen folgt im wesentlichen LEIGLAND ... a. a. O., S. 308-317.

Faschismus bedeutete für ihn nun das Ende des Kapitalismus, und zwischen 1934 und 1938 interpretierte er nahezu jedes wichtige internationale Ereignis als zusätzlichen Beweis für den unvermeidlichen Triumph des Sozialismus. 1937 behauptete Bauer, daß der Faschismus seinen Höhepunkt überschritten habe. Er sagte ein Anwachsen der politischen Opposition, gebildet durch die Arbeiter, in ganz Europa voraus und erneuerte sein Lob der Sowjetunion, welche er 1931 als einen Staat charakterisiert hatte, der sich gemäß der historischen Notwendigkeit von der Diktatur fortentwickele. Bauer hoffte offenbar, daß die Sowjetunion angesichts der wachsenden faschistischen Bedrohungen zur Bastion demokratischer, sozialistischer Stärke würde.

Von Juni bis Dezember 1937 führten Bauer und Otto Leichter harte Auseinandersetzungen mit einer neuen, machtvollen Gruppierung innerhalb der österreichischen sozialdemokratischen Partei, die sie als 'Pessimisten' bezeichneten, weil sie den traditionellen, optimistischen Glauben des Austromarxismus an den unausweichlichen historischen Fortschritt nicht teilten. Tatsächlich vertrat diese neue Gruppe jedoch noch einen optimistischen Sozialismus in dem Sinne, daß sie hofften, daß das menschliche Streben den sozialistischen Sieg bringen würde. Sie waren jedoch insofern pessimistisch, als sie die Möglichkeit fortgesetzter faschistischer politischer Gewinne sahen und an der Gewißheit des sozialistischen Triumphs zweifelten.

Die Antwort Bauers auf die Vorstellungen der 'Pessimisten' zeigt den Charakter seiner theoretischen Position und seinen nie versiegenden Optimismus: Revolutionäre Treue sei eingeschränkt durch die marxistische Überzeugung vom 'Automatismus' des historischen Laufs. Bauer und auch Renner glaubten, daß eine Ablehnung des sozialen Determinismus eine Aufgabe des Marxismus bedeute und nicht von unwissenschaftlichem Denken zeuge. Ab 1935 behaupteten beide, daß der zu erwartende, aus den imperialistischen Notwendigkeiten des deutschen Kapitalismus resultierende Krieg einen historisch unausweichlichen sozialistischen Sieg bringen würde. Ein Krieg zwischen Deutschland und den anderen großen kapitalistischen Mächten würde nach Bauer das Ergebnis einer deutschen Invasion in die Tschechoslowakei sein. Sein Tod im Jahre 1938 bewahrte ihn davor,

den Fall der Tschechoslowakei ohne Krieg, Stalins 'Verrat' und die zahlreichen sozialen und politischen Entwicklungen in Europa vor und während des Zweiten Weltkrieges überdenken zu müssen.

Nach dem Schrecken des Bürgerkrieges in Österreich in den späten 20er Jahren wuchsen die theoretischen Differenzen zwischen Bauer und Renner. Bauer hatte sich ein wenig zum orthodoxen, revolutionären Marxismus zurückbewegt, indem er das erneute Entstehen einer bürgerlichen Republik erkannte und die Klassenbalance nur noch als eine 'Pause' im Verlauf der Geschichte bezeichnete. Bauer hoffte zwar weiter auf ein wiederhergestelltes Klassengleichgewicht, doch mit der wachsenden Bedrohung durch den Faschismus hielt er die Eroberung der staatlichen Macht durch die arbeitende Klasse für möglicherweise doch nötig. Aufgrund der Revolution von 1918 war auch Renner gezwungen, seinen marxistischen Standpunkt entschieden zu modifizieren. 1928 bekannte er, daß offensichtlich mehr als geringfügige Anpassungen im politischen Überbau einer Gesellschaft notwendig seien, um den historischen Fortschritt zu realisieren. Doch in den späten 20er Jahren opponierte er gegen Bauers Wiederentdecken einer neuen bürgerlichen Republik ebenso wie gegen dessen Theorie einer 'Pause' zwischen 1918 und 1928. Noch in den 30er Jahren lehnte er jede gewaltsame Eroberung der Macht ab.

1934, nachdem sich die österreichischen Arbeiter zu Protesten gegen die anti-sozialistische Politik des Staates erhoben hatten, wurde Renner verhaftet und damit an weiteren politischen Aktivitäten gehindert. Von 1934 bis 1938 schrieb er den ersten Teil seiner Biographie. Während der Kriegsjahre lebte Renner in stiller Zurückgezogenheit, darauf bedacht, sowohl sich der Teilnahme an der Untergrund-Politik zu enthalten als auch der nationalsozialistischen Verfolgung zu entgehen.

Nach dem Krieg kehrte er zur Politik zurück und beschäftigte sich mit politischen und rechtlichen Theorien. 1945 half er, eine neue österreichische Regierungskoalition zu organisieren und wurde ihr erster Kanzler. In neuen, in den früher 50er Jahren herausgegebenen theoretischen Studien erkannte Renner die wachsende Trennung

zwischen Besitz und Kontrolle innerhalb der modernen kapitalistischen Wirtschaft und sprach von der Bildung einer politisch neutralen 'service class' von Managern. Wie in seinem früheren Werk vermied Renner auch weiterhin die präzise Bestimmung der Beziehung zwischen sozio-ökonomischem Unterbau einer gegebenen Gesellschaft und ihrem rechtlich-politischen Überbau. Die Behandlung verschiedener Aspekte dieses Problems in seinem Spätwerk zeigt, daß er den rechtlichen Überbau doch stärker in relativer Unabhängigkeit vom determinierenden Einfluß des Unterbaus sieht als in seinen früheren Studien. Jedoch ging Renner nie so weit, rechtlichen Veränderungen den Status eines signifikanten, determinierenden Faktors für den sozialen und wirtschaftlichen Wandel zuzusprechen.

Bei Hugo Sinzheimer war dies nicht der Fall. Nie ein dogmatischer Marxist, widmete er sich in seinen letzten Schriften u. a. der Frage der sozio-ökonomischen Determinierung. Wie Neumann war Sinzheimer 1933 aus Deutschland geflohen, aber nach Holland gegangen. Dort wurde er Professor für Rechtssoziologie an der Universität von Amsterdam, bevor er gezwungen wurde, sich vor der Nazi-Besetzung zu verstecken. In seiner 'Theorie der Gesetzgebung', drei Jahre nach seinem Tod im Jahre 1945 erschienen, verwarf er Marx' bekannte Behauptung, daß das soziale Sein das Bewußtsein des Menschen bestimme, und kehrte sie um. Um das materialistische Konzept der Geschichte zu kritisieren, bezog er sich u. a. auf die Argumente für die Willensfreiheit des Menschen, die der einflußreiche deutsche Philosoph Nicolai Hartmann ausgeführt hatte. Sinzheimer glaubte auch, daß die marxistische Perspektive auf einer veralteten Vorstellung von der Naturwissenschaft beruhe. Aber er würdigte viel von dem, was er für eine machtvolle moralische Anklage des Kapitalismus in Marx' frühen Manuskripten hielt.

Einige der Differenzen zwischen Neumanns Analyse des Nationalsozialismus im 'Behemoth' und Ernst Fraenkels 'Doppelstaat' sind schon beschrieben worden (s. o.). Doch schon vor 1933 hatten sich die beiden Anwaltspartner theoretisch auseinander entwickelt. Nach dem Ende der von ihnen apostrophierten Klassenbalance befürwortete Fraenkel die Bewahrung einer minimalen Rechtsordnung, während die vollständige Realisierung der 'Kollektiven Demokratie' weiterhin

Neumanns Ziel war. Fraenkel blieb bis 1938 in Deutschland und nahm in dieser Zeit an den Aktivitäten des Widerstandes teil; er beobachtete aus nächster Nähe die Operationen des Nazi-Regimes. Bevor Fraenkel mit der Emigration aus Deutschland den 'Doppelstaat' veröffentlichte, hatte er dessen Grundthese schon 1937 in der Form eines Essays einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Anders als bei vielen seiner Kollegen aus den Weimarer Jahren war Fraenkels Interesse an sozialistischen Theorien ursprünglich ein Resultat seiner Parteinahme für die Arbeiterbewegung. Der Marxismus erschien ihm besonders geeignet als Perspektive, von der aus das Phänomen des Faschismus analysiert werden könnte. Obwohl Fraenkel viele Jahre später behauptete, der Marxismus habe immer eine große Bedeutung für seine politischen und sozialen Auffassungen gehabt, tauchen einige Elemente der marxistischen Theorie, die Neumann als die wichtigsten bezeichnete, in seiner Analyse des 'Doppelstaates' nicht auf. Neumann war sich vieler dieser Differenzen zwischen ihren Faschismustheorien wohl bewußt.

Eine Anzahl von Faktoren trug zur Abkehr Fraenkels vom Marxismus, die sich nach dem Krieg noch beschleunigte, bei. Schon kurz nach 1933 war er von der Hoffnungslosigkeit des Widerstandes in Nazi-Deutschland überzeugt, teilweise aufgrund der Unfähigkeit und vielleicht sogar des Unwillens der deutschen Arbeiterklasse, offen gegen Hitler zu opponieren. Die sozialen und politischen Entwicklungen in der Sowjetunion und die Unterzeichnung des Hitler-Stalin-Paktes zeigten Fraenkel, daß die Sozialisierung von Privatbesitz nicht notwendigerweise zu einer klassenlosen, humanen Demokratie führt.

Auf der anderen Seite war Fraenkel stark beeindruckt von dem, was er die "Roosevelt-Revolution"⁴ nannte, vom stabilen und progressiven Charakter der pluralistischen Demokratie in den Vereinigten Staaten von Amerika. Hoch schätzte er den möglichen Nutzen

4) FRAENKEL: Reformismus ... a. a. O., S. 26.

dieses amerikanischen Pluralismus für das Nachkriegsdeutschland ein. Während der zwei Jahrzehnte nach dem Krieg war Fraenkel der führende Vertreter des deutschen Neo-Pluralismus.

Aber für Fraenkels Neo-Pluralismus und seinen Bruch mit dem Marxismus war nicht nur die amerikanische politische Theorie und Praxis verantwortlich. In einem hohen Grade basierte seine neue Sichtweise auf der Vorstellung von der 'Kollektiven Demokratie', die er und Neumann während der Zeit zwischen den Kriegen entwickelt hatten. Dies deutet auf einen gravierenden Unterschied zwischen den Positionen Neumanns und Fraenkels während des und nach dem Zweiten Weltkrieg hin. Fraenkel reagierte auf die Übernahme der Macht durch die Nationalsozialisten mit der kritischen Selbstreflexion der reformistischen Implikationen seiner marxistischen Perspektive. Für ihn blieb weiterhin die Idee der 'Kollektiven Demokratie' leitend, da er das Arbeitsrecht nicht als eine frühe historische Manifestation des Nazi-Institutionalismus ansah, so wie das Neumann tat. Fraenkel führte die nationalsozialistische Rechtsideologie auf eine gemeinschaftliche Naturrechtstheorie zurück, die ihren Ursprung im 17. Jh. hat. Diese Theorie wurde den Nationalsozialisten durch die Werke vieler Theoretiker, einschließlich des deutschen Soziologen Ferdinand Tönnies, vermittelt. Kombiniert mit dem 'importierten' biologischen Mystizismus von 'weißrussischen' Emigranten wie Alfred Rosenberg und ausgearbeitet durch eine Reihe opportunistischer Nazi-Rechtstheoretiker wie Schmitt war die Nazi-version dieses Rechts laut Fraenkel ein Gemeinschafts-Konzept, das sich auf eine organische oder biologische Gemeinschaft bezog, die eher auf dem Gesetz des Instinkts als auf dem der Vernunft basierte. Fraenkel betrachtete diese Doktrin nicht nur als irrational und als Ausdruck des nationalsozialistischen Antisemitismus, sondern auch als entscheidenden Dreh- und Angelpunkt zwischen dem normativen und dem Vorrechtsstaat. Er versuchte zu zeigen, daß die Gemeinschafts-Idee ein Weg war, beide Rechtssysteme gleichzeitig anzuerkennen.

Nach Fraenkel unterschied sich dieses Konzept der Gemeinschaft von dem der Genossenschaft von Gierke. Diese Rechtsideologie sei eher ein politisches Instrument zur direkten Erleichterung der Herrschaft

einer politisch regierenden Gruppe, als eine Waffe gegen bestimmte rechtliche Freiheiten, die sich auf die Leitung der ökonomischen Aktivitäten bezogen, wie dies Neumann meinte. Nach Fraenkels Ansicht lieferte eine Untersuchung der nationalsozialistischen Rechtsideologie mehr Einblicke in die nationalsozialistischen Herrschaftstechniken als in die ökonomischen Motive der Nationalsozialisten.

6.3. Deutsche Demokratie im 'Kalten Krieg' (1947 - 1950)

Die ersten Arbeiten Neumanns nach seinem Ausscheiden aus dem amerikanischen Staatsdienst reflektieren den Kontext der praktischen Politikberatung noch sehr deutlich, freilich wiederum in einer Weise, die das Eigenrecht der Theoriebildung und die Freiheit des politischen Dissenses gegenüber dem Strategieprimat der amerikanischen Politik entschlossen zum Ausdruck bringt.

Was das bedeutet, soll exemplifiziert werden an Neumanns Begriff und Theorie der Demokratie, um die seine Nachkriegsarbeiten kreisen. Bemerkenswert ist dabei zunächst ein negativer Aspekt, der vor allem im Vergleich mit dem missionarischen Moralismus der amerikanischen Außenpolitik, aber auch dem Normativismus mancher Vertreter der späteren Politikwissenschaft hervortritt. Die innerdeutsche Reaktion auf das heillose Chaos, das der Nationalsozialismus in seiner selbstmörderischen Endphase hervorrief, war weitgehend moralischer Natur. So verständlich der Gestus des schaudervollen Zurückblickens, der sich bald in dem Aufruf zum 'Neu-Beginnen' umwandelte, auch war - der Moralismus der 'Stunde Null' verhinderte eine tatsächliche Aufarbeitung dessen, was geschehen war. Zwar sieht auch er die nationalpsychologischen Wurzeln des und die geistesgeschichtlichen Ursachen für den Faschismus, auf den dieser Moralismus sich stützte, doch hält er diesen Aspekt nicht für den ausschlaggebenden. Als entscheidend gelten ihm Gründe, die in der ökonomischen, sozialen und staatlichen Organisationsform der deutschen Gesellschaft liegen und die nach seiner Auffassung trotz oder möglicherweise sogar wegen des Booms demokratischer Moral den Zusammenbruch des 'Dritten Reiches' überdauern können.

In diesem Zusammenhang verweist Neumann auf die sowjetische Politik der Umerziehung und Demokratisierung, die für ihn insofern progressiv ist, als sie den Nationalsozialismus als ein sozio-ökonomisches Phänomen betrachtet. Er drängt die Alliierten, die soziale Struktur Deutschlands und die politischen Institutionen (in veränderter Form) zu rekonstruieren. Ohne eine vollkommene Strukturreform werden sich die politischen und sozialen Einstellungen nicht ändern, von denen allein der zukünftige Status der Nachkriegserziehung in Deutschland abhängen wird, unabhängig davon, was die langfristigen Reformziele des Erziehungssystems der Besatzungsmächte sind. "Ohne einen geradezu revolutionären Akt ist es ganz unmöglich, diesen *circulus vitiosus* zu durchbrechen".⁵ Solche Kritik richtet sich nicht zuletzt gegen die Besatzungspolitik der westlichen Alliierten, vor allem die der Amerikaner. Diese sieht er, je mehr die Ideologie des 'Kalten Krieges' zum obersten Bezugspunkt der Innen- und Außenpolitik wird, in den fundamentalen Selbstwiderspruch verstrickt, die Demokratie in Deutschland etablieren zu wollen mittels einer mehr oder weniger direkt fühlbaren Fremdherrschaft und ohne die für den Zusammenbruch der deutschen Demokratie verantwortlichen Sozialstrukturen beseitigen zu wollen.

Positiv gesehen sind Neumanns demokratiethoretische Auffassungen eingebettet in eine komplexe und sozialwissenschaftlich reflektierte Vorstellung von der Struktur und den Tendenzen der deutschen Geschichte. Vier Dimensionen sind es im wesentlichen, in die er die 'deutsche Frage' zergliedert, um sie dann in einem höchst originellen politischen Urteil und einer Strategie zur Durchsetzung seiner Vorstellungen wieder zusammenzufügen. Dabei geht es um den ökonomischen Wiederaufbau, um die Rekonstruktion des politischen Lebens und einer staatlichen Identität, um eine kulturelle Umorientierung und moralische Rehabilitierung und schließlich um die internationale Konstellation. Die komplexe Ausdifferenzierung, die Neumanns Analyse auszeichnet, verweist ebenso wie sein synthetisch-politisches Urteil zurück auf den Autor der 30er und frühen 40er Jahre, auch wenn die theoretischen und methodischen Reflexionen

5) NEUMANN: Die Umerziehung ... a. a. O., S. 304.

im Hintergrund bleiben. Auch orientiert sich Neumann nicht mehr ausschließlich an der Ökonomie wie noch kurz vor und während des Krieges. Er drängt die Alliierten nicht länger, die monopolistische deutsche Wirtschaft aufzulösen, um damit die Nationalsozialisten ihrer ökonomischen Grundlage zu berauben und eine klassenbewußte Arbeiterschaft von dem Terror zu befreien, der sie von der Revolutionierung der Gesellschaft abgehalten hat. Neumann glaubt weiterhin, daß die sozio-ökonomische Struktur einer Gesellschaft einigen Einfluß auf die menschlichen Ansichten von ihr ausübt, aber er spricht nicht mehr von der 'Ausdrucksideologie', derzufolge mit dem Rationalisierungsprozeß der Produktion der gelernte Arbeiter zu einem denkenden Wesen geformt wird, das fähig ist, die Bedeutung der sozialen Antagonismen zu erkennen und gewillt, diese zu beseitigen. Neumann insistiert sowohl auf einer gründlichen Reform des politischen Systems als auch auf einer der sozio-ökonomischen Struktur. Diese Reformen lassen sich seiner Meinung nach nicht durch Handlungen von seiten der Gewerkschaften oder der politischen Parteien durchführen, sondern nur durch die Militärregierung der Besatzungsmächte. Neumanns Hoffnungen für soziale Reformen basieren auf dem Primat der Politik.

Trotz des ausgewiesenen sozialwissenschaftlichen Charakters, den man Neumanns Schriften zur Vorgeschichte der Bundesrepublik attestieren kann, wäre es verfehlt, ihren Theoriegehalt überzubewerten. Auf ein Moment jedoch gilt es hinzuweisen, das, ohne von Neumann direkte Anstöße empfangen zu haben, für die Ausbildung der Politikwissenschaft nach 1945 wichtig wurde. Es ist dies die Dimension der internationalen Verflechtung, ja des notwendig globalen Charakters, den jede nationale Politikkonzeption im 20. Jh. annehmen muß. Schon im 'Behemoth' hatte Neumann den internationalen Charakter der nationalsozialistischen Politik herausgearbeitet, die freilich - in Fortsetzung des deutschen Imperialismus und der Ausrichtung gegen die 'Kommunistische Internationale' - den mörderischen Anspruch auf ein germanisches Weltreich und schließlich den selbstmörderischen Zug des Weltvernichtungskrieges angenommen hatte.⁶

6) Vgl. NEUMANN: Behemoth ... a. a. O., S. 169ff.

Die Niederringung des europäischen Faschismus und, zu diesem Zweck, die Solidarität der westlichen und östlichen Systeme von 1942 bis 1945 stellten dann eine weitere und vorübergehende Phase des politischen Internationalismus dar. Diese schließlich wurde abgelöst von der Systemkonkurrenz zwischen Ost und West, von jener Epoche also, die gemeinhin als die des 'Kalten Krieges' bezeichnet wird.

Neumann sieht die Verflechtung der 'deutschen Frage' in diesen spezifischen Kontext sehr deutlich und analysiert sie als den eigentlich komplizierenden Faktor der Rekonstruktion der Demokratie in Deutschland.⁷ Aber auch hier scheint ihm in der bedrohlich 'heißen' Situation des 'Kalten Krieges' nicht Theoriebildung vordringlich zu sein, sondern praktische Politikberatung. Bedeutsamer als seine Theorie sind so, weil im zeitgenössischen Kontext von großer Originalität, seine politischen Wertungen, Urteile, Aufforderungen, Warnungen, Korrekturvorschläge, die sich in den Deutschlandschriften finden. Auf einige gilt es kurz hinzuweisen.

Ein wiederkehrendes Thema Neumanns ist die differenzierende Erörterung der Ideologien des 'Kalten Krieges'. Dies brachte ihn in eine teils instinktive, teils bewußte Gegnerschaft zur bald nach 1945 zum eisernen Vorrat der Deutschland- wie der Weltpolitik zählenden Formel vom apriorischen Gegensatz von Ost und West, von westlicher Freiheit und östlicher Diktatur, von Demokratie und Totalitarismus. Neumann war zu sehr Sozialwissenschaftler, um ein politisch-ideologisches Syndrom unbesehen zu akzeptieren, das die Epoche des 'Kalten Krieges' wie ein geschichtsphilosophischer Glaube beherrschte und das sein wissenschaftliches Pendant wenig später in der sog. Totalitarismustheorie finden sollte. Bemerkenswert ist die Art und Weise, in der Neumann diese mit der Verkündung der 'Truman-Doktrin' und erst recht seit der Berlin-Blockade dominierende Supertheorie trotz der Tatsache, daß sein praktischer Adressat die amerikanische Außen- und Besatzungspolitik war, abhan-

7) Vgl. besonders den Vortrag vor der 'Academy of Political Science': NEUMANN, Franz: Germany and Western Union. New York 1949 (Druck: Columbia University).

delte. Übrigens ließ er an seiner Abneigung gegenüber der sowjetischen Version von Demokratie nie einen Zweifel.⁸ Bis 1950, als der 'Kalte Krieg' längst Realität war und sich in der innerdeutschen Teilung manifestiert hatte, verwies Neumann auf den suggestiven und den 'Kalten Krieg' fortsetzenden Charakter dieser ideologischen Abbildung der Nachkriegssituation.

Positiv bedeutet dies die Konzeption eines dritten Weges zwischen Kapitalismus und Sowjetsystem, der für Deutschland und Europa angemessener sein sollte als das, was die Ideologie des 'Kalten Krieges' an Denkmöglichkeiten übrig gelassen hatte. Diese These, die Neumann in enger Anlehnung an die politischen Realitäten der Nachkriegszeit entwickelt, also keineswegs bloß für eine spekulative Möglichkeit hält, ist zu unterscheiden von der Neutralitätsforderung etwa des 'Nauheimer Kreises' um Friedrich Noack. Hinter ihr verbirgt sich seiner Meinung nach der Traum von einer neuen deutschen Großmachtstellung, der in offenen Chauvinismus umschlagen kann.⁹

Seine Position steht der jener Intellektuellen am nächsten, die wie Richard Löwenthal und Carlo Schmid einen genuin westeuropäischen Sozialismus vertraten, einen Rechtsstaat 'jenseits des Kapitalismus', mit liberalen Persönlichkeitsrechten, jedoch einer sozialistisch organisierten Ökonomie. Eine solche differenzierte Einschätzung ist nur möglich, weil Neumann - anders als die meisten Befürworter einer Westintegration Deutschlands - sich keine Illusionen über die machtpolitischen und ökonomischen Motivationen macht, die hinter dem moralischen Pathos stehen, mit dem die 'Containment-Politik' und der 'Marshall-Plan' vorgetragen werden. Als die entscheidende Realität deutscher Politik hebt er den Besatzungszustand und die Fremdherrschaft hervor, die in eklatantem Widerspruch zur Absicht

8) Vgl. die mit größter Sachlichkeit durchgeführte und von Moralismen ganz freie Analyse Ostdeutschlands: NEUMANN, Franz: Soviet Policy in Germany. In: The Annals of the American Academy of Political and Social Science (1949). S. 165-179.

9) Vgl. NEUMANN, Franz: German Democracy 1950. In: (International Conciliation, Carnegie Endowment for International Peace. New York 1950. S. 251-296. Nachdruck unter dem Titel 'Deutsche Demokratie' in:) Alfons Söllner (Hrsg.): Franz L. Neumann. Wirtschaft, Staat, Demokratie. Aufsätze 1930 - 1954. Frankfurt am Main 1978. S. 327-372.

des Wiederaufbaus stehe.¹⁰ Dabei unterscheidet er zwischen militärischer und ökonomischer Westintegration: Für die zweite sieht er bald keine Alternative mehr, wenn man die katastrophalen ökonomischen Verhältnisse in Deutschland rasch beseitigen will; von der ersten stellt er prosaisch fest, daß sie grundsätzlich unvereinbar sei mit dem Ziel der nationalen Einheit Deutschlands; schon gar nicht hält er eine Wiederbewaffnung Deutschlands für einen Schritt progressiver Politik. So sehr Neumann, dem ihm eigenen Realismus folgend, in vielen Einzelheiten mit der Politik der SPD und später auch der Adenauer-Regierung übereinstimmt, er zeichnet sich ihnen gegenüber stets durch größere Differenzierung aus. Gegenüber dem suggestiven Klima des 'Kalten Krieges' beharrt er auf der Unabdingbarkeit ideologiekritischer und herrschaftssoziologischer Situationsanalyse und betont ihre präskriptive Rolle auch für die praktische Politik; zum anderen bekundet er gegenüber dem Fetisch der Kommunismusfurcht, den die Adenauer-Regierung ohnehin, aber auch die oppositionelle SPD pflegt, eine seltene Nüchternheit. Auch wenn er natürlich erkennt, daß eine Bedrohung durch den Kommunismus nicht der innerdeutschen, sondern der weltpolitischen Konstellation entspringt - er verweist zu Recht darauf, daß der dritte Weg zu einem demokratischen Sozialismus für West- und Mitteleuropa nicht prinzipiell unbegehrbar sei, sondern nur deswegen, weil die Großmächte an von ihnen unabhängigen Zonen nicht interessiert seien - und dies treffe für die USA nicht weniger zu als für die Sowjetunion.

Von besonderer Bedeutung ist, betrachtet man Neumanns Vorgeschichte, seine Einstellung gegenüber der deutschen Arbeiterbewegung. Auch hier zeigen sich Übereinstimmungen und Differenzen. Deutlich ist, daß er, insofern er die Fundierung der politischen durch die soziale Demokratie nach wie vor als das entscheidende historische Problem der modernen Gesellschaft ansieht, in der Arbeiterbewegung die einzig verlässliche Stütze auch der politischen Demo-

10) Vgl. besonders NEUMANN, Franz: Military Government and the Revival of Democracy in Germany. In: (Columbia Journal of International Affairs 2 (1948). S. 3-20. Nachdruck unter dem Titel 'Militärregierung und Wiederbelebung der Demokratie in Deutschland' in: Alfons Söllner (Hrsg.): Franz L. Neumann. Wirtschaft, Staat, Demokratie. Aufsätze 1930 - 1954. Frankfurt am Main 1978. S. 309-326.

kratie erblickt. Dieser These eines positiven Funktionszusammenhangs von Arbeiterbewegung und Demokratie läuft jedoch eine zweite, vor allem nach dem Regierungsantritt Adenauers und der Etablierung der 'sozialen Marktwirtschaft' vertretene entgegen, die sich auf die Beobachtung einer generellen historischen Tendenz stützt und als kritische Warnung an die Adresse der Arbeiterbewegung gerichtet ist. Bezogen auf den einzuleitenden Prozeß der Demokratisierung stellt Neumann fest, daß die Macht der Arbeiterbewegung, bedingt durch die Verbreiterung der Zwischenschichten zwischen Kapital und Arbeit, in ganz Europa abnimmt, auf den inneren Zustand von Gewerkschaften und SPD gemünzt, bemängelt er eine gefährliche Neigung zur Verselbständigung der bürokratischen Führungskader gegenüber der Basis, was die schon vor 1933 aufgetretenen Folgen hat: politische Entfremdung der Mitgliederschaft und damit fehlende Aktivität und Kampfbereitschaft der Basis, Legalismus und Identifikation der Funktionäre mit dem gegebenen Staat statt Orientierung an den politischen Zielen der Arbeiterschaft. Die deutsche Arbeiterbewegung operiert nach 1945 zwischen diesen Polen, zusätzlich bedroht von der prokapitalistischen Besatzungspolitik der Westmächte und vom Neutralitätszwang, der aus dem Konzept der Einheitsgewerkschaft resultiert. Wie richtig diese Diagnose ist, hat sich schon am liberalen Grundgesetz und an den Wahlergebnissen von 1949 gezeigt. Die deutsche Arbeiterbewegung hat für Neumann ihre historische Aufgabe, nämlich die Durchsetzung des dritten Weges zwischen Kapitalismus und Sozialismus nicht erfüllt, teils, weil die weltpolitische Stellung der Supermächte dies verhindert hat, teils, weil die Arbeiterschaft die weltpolitische Lage zu oft umstandslos zur Grundlage ihrer eigenen Politik gemacht hat. Hier, im vorläufigen Scheitern der deutschen Arbeiterbewegung, dürfte auch eine der Wurzeln für die in Neumanns Schriften nach 1950 zu beobachtende Positionsverschiebung zu einem erkenntnistheoretischen Skeptizismus und moralischen Pessimismus liegen, nicht, wie noch zu zeigen sein wird, in einem grundsätzlichen Wandel seiner Auffassungen von Politik und Gesellschaft.

6.4. Grundzüge seines Spätwerks (1950 - 1954)

Neumanns theoretisches Interesse nach 1950 gilt der Erarbeitung einer umfassenden Studie der Diktatur; zusätzlich denkt er an Arbeiten über den Tugendbegriff in der Politik und über den Begriff der politischen Entfremdung. Ergänzt um einen Aufsatz über den Begriff der politischen Freiheit (1953) und einen Vortrag über Angst und Politik (1954) will er diese Analysen als Vorstudien zu einer Theorie der Politik verstanden wissen. Ziel seiner Arbeiten soll nach seinen eigenen Angaben die Abfassung einer realen Theorie der Politik sein.

Im folgenden soll Neumanns politikwissenschaftliches Spätwerk in seinen Grundzügen dargestellt werden. Es besteht hauptsächlich aus einer Anzahl zu unterschiedlichen Anlässen gehaltener und über verschiedene Themen geschriebener Vorträge und Aufsätze, die manchmal recht unvermittelt nebeneinander stehen. Der Reformulierungsversuch ist folgendermaßen geordnet: Im ersten Schritt soll Neumanns programmatischer Anspruch 'Politik als Kritik' (1) dargestellt werden, um dann die normative Basis des kritischen Anspruchs seines Freiheitsbegriffs zu explizieren (2). In seinen früheren Arbeiten enthielt Neumann sich größtenteils sozialpsychologischer Erklärungsmuster; in seinem Spätwerk erfolgt deren Integration (3). Am Beispiel seiner Machttheorie wird erläutert, wie Neumann seinen kritisch gewendeten Freiheitsbegriff in die konkrete Theoriebildung einarbeitet (4). Neumanns Wiederaufnahme der Bestimmung des Verhältnisses von Politik und Ökonomie gilt der letzte Abschnitt der Darstellung (5).

6.4.1. Politik als Kritik

"Soweit sich die politische Theorie mit der Legitimität der Macht und ihrer Ausübung befaßt, erfüllt sie nach herrschender Auffassung eine rein ideologische Funktion."¹¹ Neumanns Kritik gilt der libera-

11) NEUMANN, Franz: Demokratischer und autoritärer Staat. Beiträ-

listischen Politikauffassung, die staatliche Zwangsgewalt von vornherein als legitim betrachtet und der politischen Theorie lediglich die Aufgabe zuweist, die Schranken des Zwangs zu bestimmen. Die Analyse der politischen Macht wird in diesem Modell einer anderen Disziplin zugesprochen - der Soziologie, die in ihrer Analyse allerdings nicht so weit geht, die Macht in Frage zu stellen. Die dahinterstehende Vorstellung, daß die politische Macht eine dem Menschen gegenüberstehende, fremde Kraft ist, drückt für Neumann die "politische Entfremdung des Menschen in der Gegenwart aus"¹². Gerade die moderne Soziologie und die moderne Politikwissenschaft sind von der düsteren Theorie des sog. Machiavellismus durchzogen, die, den Ursprung der Macht aus der selbstsüchtigen und bösen Natur des Menschen ableitend, Politik nur als Manipulation der Massen durch kleine Eliten oder, kürzer, Politik nur als Kampf um die Macht verstehen. Damit wird nach Neumann politische Theorie zur Ideologie degradiert, die, nur geschickt genug verkauft, ihre Wirkung nicht verfehlen wird. Neumann ist optimistisch genug, dem Durchschnittsbürger zu unterstellen, zwischen der "Förderung einer Idee und dem Verkauf von Seife"¹³ unterscheiden zu können.

Nun hat Neumann selbst an verschiedenen Stellen¹⁴ immer wieder betont, daß Politik ein Kampf um Macht ist. Aber er unterscheidet in diesem Machtkampf zwischen gesellschaftlichen Gruppen, die nur ihren egoistischen und partikularen Interessen hinterherjagen und solchen Gruppen, die rationale oder 'Menschheitsinteressen' vertreten. Die Gedankenstruktur jener bezeichnet er als Ideologie, die der letzteren als Idee. Die elementare Aufgabe der politischen Wissen-

ge zur Soziologie der Politik. Frankfurt am Main 1967 (gekürzte Ausgabe). S. 76 (ursprünglich: Neumann, Franz: The Democratic and Authoritarian State. Essays in Political and Legal Theory, hrsg. und mit einem Vorwort von Herbert Marcuse. Glencoe 1957).

12) Ebenda, S. 76.

13) Ebenda, S. 77.

14) Vgl. ebenda, S. 60 und S. 77; und NEUMANN, Franz: Die Wissenschaft der Politik in der Demokratie. Vortrag, gehalten vor den Studenten der FU und der Deutschen Hochschule für Politik am 2. Januar 1950 in Berlin. Nachdruck in: Alfons Söllner (Hrsg.): Franz L. Neumann. Wirtschaft, Staat, Demokratie. Aufsätze 1930 - 1954. Frankfurt am Main 1978. S. 373-392, hier S. 391.

schaft liege nun gerade darin, obwohl die "ungeheure Macht der Propaganda"¹⁵ wirkt, jene Gruppen ausfindig zu machen, die auf der Seite der Idee, des historischen Fortschritts, stehen. In dieser Aufgabe der politischen Wissenschaft, die Symbole und Ideologien zu entschleiern und zum 'Kern der Wahrheit' zu dringen, liegt der entscheidende Unterschied zur Wissenssoziologie. "Die Soziologie befaßt sich vielfach nur mit der Beschreibung des Faktischen; die politische Theorie mit der Wahrheit. Die Wahrheit der politischen Theorie ist die Freiheit. Daraus ergibt sich ein grundsätzliches Postulat: Da keine politische Ordnung die politische Freiheit vollkommen verwirklichen kann, muß die politische Theorie immer kritisch sein. Eine konformistische politische Theorie ist keine Theorie."¹⁶ Politische Theorie darf nicht Selbstzweck und kann nicht wertfrei sein. Ihre Aufgabe ist es, die in einer Gesellschaft vorhandenen und von ihr unterdrückten Möglichkeiten der Freiheit zu bezeichnen und die Tendenzen zu benennen, die bereits bestehende Freiheiten bedrohen. An anderer Stelle schwächt Neumann dieses emphatische Postulat der politischen Freiheit wieder ab, indem er behauptet, die Wissenschaft der Politik könne die Frage, wer den Anspruch der Freiheit vertritt, nicht endgültig entscheiden. "Die Entscheidung fällt die Geschichte. Aber die Wissenschaft von der Politik kann sehr wohl dazu beitragen, die Probleme zu sehen und den Kampf rationaler zu gestalten."¹⁷

Analog der Aufgabenstellung sieht Neumann den gesellschaftlichen Status des Theoretikers. "Der Intellektuelle ist (oder sollte sein) das kritische Gewissen der Gesellschaft. Seine Aufgabe ist es, sich kritisch mit der Gesellschaft auseinanderzusetzen, zu prüfen, wieweit eine Gesellschaft Freiheit verwirklicht bzw. nicht verwirklicht."¹⁸ Die "eigentliche Rolle"¹⁹ des Theoretikers ist die sokratische: Der per statu Unbequeme unterliegt der Gefahr, zum gesellschaftlich

15) NEUMANN: Die Wissenschaft ... a. a. O., S. 391.

16) NEUMANN: Demokratischer ... a. a. O., S. 76.

17) NEUMANN: Die Wissenschaft ... a. a. O., S. 392.

18) NEUMANN, Franz: Intellektuelle Emigration und Sozialwissenschaft. In: Alfons Söllner (Hrsg.): Franz L. Neumann. Wirtschaft, Staat, Demokratie. Aufsätze 1930 - 1954. Frankfurt am Main 1978. S. 402-423, hier S. 402.

19) Ebenda, S. 408.

geächteten Emigranten zu werden. Mit diesem Wandel in seinem Selbstverständnis - vom unermüdlichen Praktiker als Jurist und Politikberater zum sokratischen Theoretiker - hat Neumann sich dem theoriepolitischen Selbstverständnis des Frankfurter Kreises der frühen 30er Jahre genähert. Das Institut für Sozialforschung suchte, als offensichtlich wurde, daß das Deutschland von 1930 bis 1933 der Lukacs'schen Identität von Klassenbewußtsein und kritischer Gesellschaftstheorie Hohn sprach, nach einer Neubestimmung des Zugehörigkeitsverhältnisses von kritischem Denken und praktischen Bemühungen um eine bessere Gesellschaft. Orientiert an den fortschrittlichen Kräften ist der Theoretiker lediglich qua moralischer Entscheidung. Er bleibt skeptisch und läßt sich nicht vereinnahmen, geht aber auf Zeit ein Bündnis mit den vorwärtsgerichteten Kräften ein. Später sollte sich diese sokratische Selbstdefinition unter der Erfahrung des Faschismus weiter radikalalisieren.

6.4.2. Kritisch gewendeter Freiheitsbegriff

Jede Kritik, auch die skeptische, zehrt von einer normativen Basis. Neumanns Maßstab ist ein mehrdimensional angelegter Freiheitsbegriff; durch ihn soll sich ein Theoriekonzept legitimieren, daß als permanent kritisches funktionieren soll. "Die entscheidende Idee der politischen (ist) die Idee der Freiheit."²⁰ Neumanns Freiheitspostulat ist theoriestrategisch von zentraler Bedeutung. Im folgenden wird Neumanns analytische Zerlegung des Freiheitsbegriffs in seine einzelnen Elemente - die juristischen, kognitiven und aktivistischen - genauer betrachtet. Grundlage dieser Darstellung bildet der Aufsatz 'Zum Begriff der politischen Freiheit' (1953).

Neumanns Darstellung des juristischen Freiheitsbegriffs entspricht ziemlich genau der im 'Funktionswandel'-Aufsatz (1937) entwickelten. Im Mittelpunkt der Argumentation steht die Funktion der Allgemeinheit des Rechts für die Freiheitsrechte des Menschen gegen-

20) NEUMANN: Demokratischer ... a. a. O., S. 72.

über dem Staat. Das allgemeine Recht - seine "Grundform ist das generelle Gesetz"²¹ - hat im einzelnen folgende Funktionen:

- In seiner ökonomischen Funktion garantiert es die Zweckrationalität der Gesetzgebung und Verwaltung in einer auf Wettbewerb und Vertrag beruhenden Gesellschaft.²²
- In seiner politischen Funktion verbirgt der Begriff 'Rechtsstaat' den 'wahren Sitz der Macht'. "Die These, derzufolge Gesetze und nicht Menschen herrschen, soll die Tatsache verhüllen, daß Menschen über andere Menschen herrschen."²³
- In seiner moralischen (ethischen) Funktion garantiert die formale Struktur des Rechts in der abstrakten Gleichheit der Menschen vor dem Gesetz und der Unabhängigkeit der Richter ein "Minimum an Freiheit"²⁴.

Die ökonomische und politische Funktion der juristischen Freiheit werden von Neumann negativ bestimmt, den einzigen freiheitlichen Wert liefert die ethische Funktion; sie allein reicht aber bei weitem nicht aus: "Freiheit ist mehr als die Verteidigung von Rechten gegenüber der Macht; sie umschließt ebensosehr die Möglichkeit, die den Menschen innewohnenden Fähigkeiten zu entfalten. Nur weil wir keiner Macht, auch nicht der wohlmeinendsten, die Entscheidung darüber anvertrauen, was für uns gut oder schlecht ist, bestehen wir darauf, daß es einen Bereich der Freiheit gibt, in dem kein Zwang besteht. Das ist der fundamentale und unveräußerte Aspekt - der sogenannte negative oder juristische - unserer Freiheit."²⁵

Die aus der liberalen Freiheitsphilosophie stammende Vorstellung juristischer Freiheit reicht deshalb nicht aus, weil sie Freiheit lediglich negativ, als Abwesenheit von Zwang definiert. Neumann folgt hier Hegels Kritik am abstrakten Recht. Es sei "einseitig und damit inadäquat"²⁶. Auf die Politik bezogen führt ein lediglich

21) NEUMANN: Der Funktionswandel ... a. a. O., S. 594.

22) Vgl. ebenda, S. 562f.; und NEUMANN: Demokratischer ... a. a. O., S. 83f.

23) NEUMANN: Demokratischer ... a. a. O., S. 84; vgl. NEUMANN: Der Funktionswandel ... a. a. O., S. 561f.

24) NEUMANN: Demokratischer ... a. a. O., S. 83; vgl. NEUMANN: Der Funktionswandel ... a. a. O., S. 565f.

25) NEUMANN: Demokratischer ... a. a. O., S. 89.

26) Ebenda, S. 78.

juristischer Freiheitsbegriff zur Gegenüberstellung von Bürger und Staat (Mensch contra Zwang). Hinter dieser Dichotomie steht nach Neumann ein 'philosophischer Idealismus', der auf der Trennung von Staat und Gesellschaft beruht und von der Akzeptanz politischer Entfremdung ausgeht. Die aus dem klassischen Konflikt zwischen Staat und persönlichen Rechten resultierenden Probleme hält Neumann dagegen für im wesentlichen "überkommene Probleme"²⁷. Sie bezögen sich noch auf die überholte Formel 'Bürger contra Staat'. Demgegenüber führt Neumann drei neue Problemfelder innerhalb der modernen Gesellschaft an, die zeigen sollen, daß der juristische Freiheitsbegriff sehr partiell ist und keineswegs alle Aspekte der politischen Freiheit in sich einschließt. Er verweist auf

- die Auswirkungen von Veränderungen der sozialökonomischen Struktur auf die Freiheitsrechte. Die 'Bill of Rights' war konzipiert im Rahmen eines liberalen Staatsmodells; mit zunehmender Integration der Gesellschaft und verstärkter Staatskontrolle reicht dieses Konzept nicht mehr aus.
- die Anwendung sozialer Sanktionen gegen Andersdenkende. Private soziale Macht kann der Freiheit gefährlicher werden als staatliche Macht. Hier muß unter Umständen der Staat gegen private Machtpositionen intervenieren.
- den Versuch, durch die 'Freiheitsrechte' positive Ansprüche an den Staat zu legitimieren. Neumann erläutert diesen Aspekt anhand der theoretischen Rechtfertigungsmöglichkeit der Demokratie; wäre politische Freiheit identisch mit juristischer, so ließe sich die konstitutionelle Monarchie ebenso folgerichtig aus ihr ableiten wie die Demokratie.

Der Mangel des juristischen Freiheitsbegriffs läßt sich auf die falsche Konstruktion von Freiheit und Notwendigkeit als voneinander getrennten, sich gegenüberstehenden Bereichen zusammenfassen; daß dies nicht so sein muß, zeigt Neumann bei der Behandlung des kognitiven Elements der Freiheit. Neumann versucht unter diesem Titel zunächst historische Entwicklungsstadien des Freiheitsbegriffs nachzuzeichnen. Als erste Stufe nennt er die griechische Naturphilosophie

27) NEUMANN: Demokratischer ... a. a. O., S. 92.

des Epikur, derzufolge die Einsicht des Menschen in die äußeren Naturgesetze der menschlichen Freiheit diene, da die Menschen von der Furcht befreit würden, die ihnen ihre Unwissenheit über die äußere Natur einflöße. Damit wurde die Naturwissenschaft ein entscheidender Faktor auf dem Weg der Freiheitsentwicklung. Die zweite Stufe wird durch die Philosophie Spinozas eingeleitet, die Neumann dann durch einen großen (ideen-)geschichtlichen Sprung mit Sigmund Freud verbindet. Spinoza wandte das epikureische Prinzip auf die Erkenntnis des menschlichen Geistes an, indem er postulierte, daß nur ein ausschließlich von der Vernunft geleiteter Mensch ein freier Mensch ist. Voraussetzung zum vernünftigen Handeln ist die Fähigkeit, sich selbst zu verstehen. Neumann zufolge haben die psychoanalytischen Arbeiten Freuds in diesem Sinne zu einem adäquaten Selbstverständnis beigetragen. "Unsere größere Kenntnis der menschlichen Psyche erlaubt uns weiter, den psychologischen Prozeß zu verstehen, der die Angst hervorruft, die den Menschen um die Freiheit bringt und ihn leicht zum Sklaven autoritärer und totalitärer Führer werden läßt ..." ²⁸ Die fortschreitende Erkenntnis über die äußere und innere Natur bedeutet allerdings nicht automatisch auch fortschreitende Entwicklung der Freiheit - naturwissenschaftliches und psychoanalytisches Wissen kann im Dienst der Herrschenden zur Unterdrückung der Freiheit verwendet werden. Deshalb ist die dritte Stufe, das Verstehen der historischen Prozesse, notwendig. Sie führt nach Neumann zu Hegel und Marx, die an die epikureisch-spinozistische Formel - Freiheit als Einsicht in die Notwendigkeit: "Wer versteht, was geschieht und warum es geschieht, ist dadurch frei." ²⁹ - angeknüpft hätten. Neumann lehnt eine fatalistische Lesart dieser Formel ab und verlangt stattdessen eine 'kritische'. Da ihr zufolge Geschichte Menschenwerk ist, muß der geschichtliche Prozeß als sozialer verstanden werden. Die historische Einsicht relativiert traditionale Weltbilder und bremst zugleich 'politischen Radikalismus'. "... insofern ist historische Einsicht kritisch und programmatisch. Die wahre Funktion des kognitiven Elements besteht darin, die in der jeweiligen sozialen Situation latent

28) NEUMANN: Demokratischer ... a. a. O., S. 100.

29) Ebenda, S. 97.

vorhandenen Möglichkeiten der Verwirklichung menschlicher Potentialien nachzuweisen."³⁰ Jede politische Philosophie bleibt nach Neumann in dem Dilemma zwischen Freiheit und Zwang befangen. Das kognitive Element kann als das Bemühen zur "Aussöhnung"³¹ der beiden Antipoden verstanden werden. Es zeigt Wege, und zwar gangbare, zur Freiheit auf.

Um real zu mehr Freiheit zu gelangen, müssen die entdeckten Wege auch beschritten werden. Als dritte Komponente des Freiheitsbegriffs konzipiert Neumann das aktivistische (Willens-)Element "... nur der Mensch kann durch seine Aktion die Wirklichkeit ändern. Nur er allein kann Freiheit verwirklichen."³² Die Möglichkeit dazu hat der/die Einzelne durch Teilnahme an politischen Entscheidungen. Das erfordert ein demokratisch organisiertes Gemeinwesen, denn es ist "... das einzige, das das aktivistische Element der politischen Freiheit institutionalisiert. Es institutionalisiert die Möglichkeit des Menschen, seine Freiheit zu verwirklichen und die Entfremdung von der politischen Macht zu überwinden."³³

Eingangs seines Aufsatzes verspricht Neumann, die drei Freiheitsmomente nach ihrer quasi dialektischen Zerlegung wieder zusammenzusetzen³⁴ - die Synthese bleibt aber aus. Das soll Neumann nicht einfach als Mangel vorgeworfen werden; für dieses 'Versäumnis' gibt es einen systematischen Grund, der in gewissem Ausmaß auf alle teleologischen Geschichtsinterpretationen zutrifft: Ein in eine Geschichtsphilosophie des Fortschritts eingebettetes kognitives Freiheitskonzept benötigt genaugenommen gar keine aktivistische Komponente. Daß Neumann trotzdem an dem aktivistischen Moment festhält, zeigt eine interessante Wende in seiner Theoriebildung an. In seinem Frühwerk beschäftigte er sich ja auch schon ausführlich mit dem Thema 'Freiheit'. Das juristische Element findet sich dort fast wörtlich wieder in dem ersten Teil seiner Dissertation und dem

30) NEUMANN: Demokratischer ... a. a. O., S. 97.

31) Ebenda, S. 97.

32) NEUMANN: Die Wissenschaft ... a. a. O., S. 377.

33) NEUMANN: Demokratischer ... a. a. O., S. 102.

34) Vgl. ebenda, S. 78.

'Funktionswandel'-Aufsatz. Die kognitiven Elemente werden vorher nie explizit benannt, sind aber notwendiger Hintergrund seines reformistischen Theoriekonzepts in der Weimarer Zeit. Nur die Überzeugung von der Evolution des Freiheitsniveaus läßt ihn sinnvoll mit dem Utopismus-Vorwurf gegen das Rätekonzept und gegen Kirchheimers Grundrechtseinschätzung argumentieren; nur das Verständnis dieser Position macht sein Insistieren auf einer sozialistischen Verfassungsinterpretation selbst noch am Vorabend des Faschismus begreiflich. Das juristische und das kognitive Element reichen Neumann für die Bestimmung wirklicher Freiheit nun nicht mehr aus. Mit dem Wandel des allgemeinen Gesetzes zur Generalklausel im totalitären Monopolkapitalismus hat die juristische Freiheit ihre Schutzfunktion eingebüßt. Für die objektiven Freiheitstendenzen des kognitiven Elements fehlt der gesellschaftliche Träger: Die Arbeiterschaft hat sich in den ersten Nachkriegsjahren relativ problemlos integrieren lassen. Um weiterhin auf den Wahrheitsgehalt der Freiheit pochen zu können, benötigt Neumann zusätzlich das aktivistische Moment. "Die Widerstandsfähigkeit und das Wollen des isolierten Individuums wird zum einzigen Springquell von Befreiung."³⁵

Neumann stellt seinen Freiheitsbegriff explizit in die "Tradition der idealistischen Philosophie"³⁶. Er ist aber weit davon entfernt, deren einstige Hoffnungen zu teilen. Sein Freiheitsbegriff liefert keine Grundlage für eine positive politische Philosophie, sondern hat ein negatives Resultat. Es ist ein Freiheitsbegriff in kritischer Absicht, der nie ganz eingelöst werden kann.

6.4.3. Die späte Integration der Psychoanalyse

Im Zusammenhang mit Neumanns Akzentuierung des subjektiven Wollens steht seine systematische Beschäftigung mit der Psychoanalyse. Die Verwendung psychoanalytischer Kategorien gehört zum

35) SÖLLNER, Alfons: Neumann zur Einführung. Hannover 1982. S. 88.

36) NEUMANN: Demokratischer ... a. a. O., S. 216.

Essential der Kritischen Theorie; Franz Neumann stand der Psychoanalyse während seiner Institutszugehörigkeit aber indifferent gegenüber. Auch in seinem 'Behemoth' enthält er sich systematischer sozialpsychologischer Argumentationen und zieht politik-ökonomisch-psychoanalytische Kategorien lediglich für Randprobleme heran. Umso spannender ist deshalb Neumanns Wende im Spätwerk. Noch 1950 gibt er sich ganz 'traditionalistisch': Die Psychologie könne nie erklären, warum Menschen herrschen oder sich beherrschen lassen, welche Herrschaftsmethoden oder Ziele sie haben, lediglich "... daß bestimmte Menschentypen sich leichter zur Herrschaft, andere sich leichter zum Beherrschtwerden eignen - kaum mehr".³⁷

In 'Angst und Politik' (1954) hören wir völlig neue Töne: Angst, er nennt sie manchmal auch Entfremdung, spiele in der Politik eine herausragende Rolle. Um diese These belegen zu können, beschäftigt er sich vorerst mit dem Entfremdungsbegriff auf den Theorieebenen der Psychologie, der Gesellschaft und der Politik. In der Psychologie gebe es seit Freud zwei Angstbegriffe: Realangst und neurotische Angst. Die eine warnt vor berechtigten Gefahren, die andere wird im Ich produziert und führt zu Angst, Schuldgefühlen und dem Bedürfnis nach Schuldgefühlen.³⁸ Die neurotische Angst äußert sich entweder als depressive oder als Verfolgungs-Angst. Die Gesellschaft beruht auf Triebverzicht, und deshalb ist die warnende Komponente der Angst von Vorteil. In ihrer neurotischen Erscheinungsform kann sie allerdings zu panischer Angst werden. An diese neurotischen Ängste kann eine 'Verschwörungstheorie der Geschichte' anknüpfen und die Individuen mit Hilfe caesaristischer Identifikation an politische Ideologien binden. Totalitäre Herrschaft ist nur über diesen massenpsychologischen Mechanismus möglich. Neben der individualpsychologischen Argumentation erklärt Neumann die Genesis neurotischer Ängste aus der gesellschaftlichen Entfremdung (in der hierarchisierten Arbeitsweise, in ökonomischen Abhängigkeiten und im

37) NEUMANN: Die Wissenschaft ... a. a. O., S. 388; ausführlicher in: NEUMANN: Demokratischer ... a. a. O., S. 58ff.

38) Vgl. NEUMANN, Franz: Angst und Politik. Vortrag, gehalten an der FU Berlin 1954. Nachdruck in: Alfons Söllner (Hrsg.): Franz L. Neumann. Wirtschaft, Staat, Demokratie. Aufsätze 1930 - 1954. Frankfurt am Main 1978. S. 424-459, hier S. 430.

Statusverlust gewisser Schichten). Zusammen mit politischer Entfremdung³⁹ bilden diese gesellschaftlichen Formen der Entfremdung die psychologische Basis für regressive Massenbewegungen und totalitäre Herrschaft.

Zu kurz war die Zeit, die Neumann blieb, um den psychoanalytischen Ansatz systematisch in seine Theorie integrieren zu können. Neumann bleibt in seinen - leider nicht mehr fertiggestellten - 'Notizen zur Diktatur' auf einer sehr allgemeinen Ebene. Die Resultate der Individualpsychologie sollen in 'soziale Kategorien' übersetzt werden, nicht, um demokratisch genannte Herrschaftsformen zu denunzieren, sondern um den "Aufstieg totalitärer Gruppen und das Funktionieren des totalitären Staates zu erklären".⁴⁰ Neumann bringt sich damit selbst um die Früchte seiner neuen Erkenntnisse, indem er sie auf autoritäre Gesellschaften beschränkt. Auf der einen Seite ontologisiert er das Angst-Phänomen - "Man kann vielleicht sagen, daß das total repressive System depressive und Verfolgungs-Angst, das halbwegs freiheitliche Realangst institutionalisiert."⁴¹ -, auf der anderen beschreibt er in seinen politökonomischen Ausführungen zur modernen Demokratie 'allgemeine Tendenzen des Kapitalismus', die auf Entfremdung hinauslaufen müssen. Erklären will er aber nur eine Herrschaftsform: die Diktatur. Systematisch 'versäumt' es Neumann, mit Hilfe psychoanalytischer Erklärungsmuster auch an das Funktionieren moderner Demokratien heranzugehen.

6.4.4. Demokratie und politische Macht

Neumann wendet psychoanalytische Kategorien nur sehr begrenzt an und beschränkt diese auf die Analyse der Diktatur. In seiner Analyse der Entwicklung der deutschen Demokratie, einem Schwerpunkt seines Spätwerks, fehlen fast gänzlich psychoanalytische Argumenta-

39) Vgl. NEUMANN: Angst ... a. a. O., S. 447f.

40) NEUMANN: Demokratischer ... a. a. O., S. 166.

41) NEUMANN: Angst ... a. a. O., S. 449.

tionen. Sie ist geprägt von seiner Herrschaftstheorie der notwendigen Verbundenheit von Demokratie und politischer Macht. Obwohl Neumann das "Ziel der Demokratie" als die "Verwirklichung der Freiheit des Menschen durch Massenbeteiligung an ihrer Verwirklichung"⁴² definiert, scheint dieses Ziel nur durch Erlangung der Verfügungsgewalt über politische Macht erreichbar. Freiheit und politische Macht - diese scheinbar so gegensätzlichen Begriffe - versucht Neumann aus ihrer unfruchtbaren Polarisierung zu lösen, in der die persönliche Freiheit gegen die Staatsgewalt gesetzt wird und die ihrerseits auf der Trennung von Staat und Gesellschaft beruht. Seine Ergebnisse zu den Entwicklungstendenzen moderner Demokratien stehen in direktem Gegensatz zur herrschenden Demokratietheorie und weisen die Gleichsetzung von Demokratie und Freiheit als Ideologie nach. Im folgenden soll Neumanns Begriff der politischen Macht und seine Analyse der postliberalen Gesellschaft erläutert werden.⁴³

Auffallend ist angesichts seines emphatischen Freiheitsbegriffs die Nüchternheit, mit der Neumann die Existenz und Notwendigkeit der politischen Macht als eine anzuerkennende Tatsache darstellt. "Keine Gesellschaft in der uns bekannten Geschichte kam ohne sie aus."⁴⁴ Verschieden sind nur die Methoden der politischen Macht, ihr Maß und die Form ihrer Anwendung. Drei Verfahren stehen den Herrschenden zur Ausübung ihrer Macht zur Verfügung: Überzeugung, Gewährung materieller Vorteile und Gewalt. "Generell finden sich alle drei ... in allen Herrschaftsformen."⁴⁵ Trotz der Universalität der politischen Macht darf diese nie losgelöst von ihrem historischen

42) NEUMANN: Die Wissenschaft ... a. a. O., S. 376.

43) Der Begriff der Macht ist für Neumann doppeldeutig: Er umschließt Herrschaft über die Natur (geistige Macht) und Herrschaft über den Menschen (soziale Macht). Während die geistige Macht Wissen über die Gesetze der Natur beinhaltet und somit für den Menschen 'herrschaftslose Macht' bedeutet, wird die soziale Macht, wenn auf Herrschaft im Staat abzielend, zur politischen Macht, die von dem Grenzfall der Erziehung bis zum Grenzfall des Terrors alle Herrschaftsformen umschließt. Vgl. NEUMANN: Demokratischer ... a. a. O., S. 58f.

44) Ebenda, S. 63.

45) Ebenda, S. 63.

Kontext verstanden werden. Neumann kritisiert heftig das Menschenbild der machiavellischen Machttheorie. Die ontologische Annahme, daß der Ursprung der politischen Macht in der Natur des Menschen liegt, der seinerseits mit invarianten Eigenschaften ausgestattet ist - einschließlich der Gier nach Macht -, führe zu einer völligen Verkennung der Bedeutung historischer Prozesse. "Eine sozial relevante menschliche Natur als solche gibt es schlechthin nicht. Die menschliche Natur ist immer ein Produkt der dialektischen Beziehung: Natur-Geschichte. Ein Hitler im Jahre 1900 wäre wahrscheinlich Malermeister geworden. Ein Hitler des Jahres 1933 wurde Diktator."⁴⁶ Hinter Neumanns machttheoretischer Aufgabenstellung steht die feste Auffassung, daß Politik mehr als der unermüdliche Kampf divergierender Gruppen um die Macht ist; sie ist der "... Versuch, die Welt nach einem bestimmten Bild zu formen, ihr die eigenen Ansichten aufzuzwingen. Der historische Prozeß hat einen Sinn."⁴⁷ Neumanns Machttheorie ist eingebunden in seine Analyse der postliberalen Gesellschaft. In Anlehnung an Max Weber versucht er mit Hilfe soziologischer Generalisierungen die Entwicklungstendenzen der modernen Gesellschaft aufzuzeigen. Mit fortschreitender Industrialisierung und zunehmender Komplexität der Gesellschaft konstatiert er Entwicklungstendenzen, die die Einlösung des Freiheitspostulats ferner denn je erscheinen lassen. Es sind dies:

- die Machtkonzentration durch stärker werdende Hierarchisierung;
- die wachsende Bedeutung politischer Macht für soziale Prozesse (Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur), die zu sozialen Petrifizierungen führen;
- die größer werdende Trennung von politischer und sozialer Macht;
- die wachsende Bedeutung der Überzeugungsarbeit und damit des geschickten Einsatzes der Propaganda. "Politik, der Kampf um politische Macht, wird damit in der Demokratie erheblich ideologischer als in früheren Epochen."⁴⁸
- die Zunahme geheimer Regierungstechniken und daraus folgend die Oligarchisierung von Massenbewegungen, d. h. die Dominanz von

46) NEUMANN: Die Wissenschaft ... a. a. O., S. 388.

47) NEUMANN: Demokratischer ... a. a. O., S. 60.

48) Ebenda, S. 67.

Wenigen in den Massenorganisationen (Gewerkschaften, Arbeiterparteien u. a.).

Diese Entwicklungstendenzen stehen in direktem Gegensatz zur herrschenden Demokratietheorie. Neumann entwickelt selbst zwar keine alternative "adäquate Theorie der Demokratie"⁴⁹, gibt aber tentative Hinweise. Demokratie versteht er als eine Herrschaftsform, deren Analyse in die Erforschung der Herrschaftsmethoden einzuordnen ist. "Die Demokratie ist nicht als Rechtsstaat zu definieren, sondern als Herrschaft, die die Unterordnung sozialer Macht unter die politische Macht involviert und diese politische Macht verantwortlich macht."⁵⁰ Helge Pross sieht seinen Demokratiebegriff historisch und soziologisch bestimmt.⁵¹ Im Einklang mit klassischen Lehren sehe Neumann den Sinn der Demokratie in der Gewährung eines Höchstmaßes an Freiheit für alle und zugleich in der Herstellung sozialer Gerechtigkeit. Demokratie ist für Neumann also mehr als die formale Wahl einer Regierung durch die Mehrheit eines Volkes. Neben den politischen gehören zu einer Demokratie die sozialen Rechte und damit eine mit der Demokratie vereinbare Sozialstruktur. Die Vorstellung von einer sozialen Demokratie stand für Neumann zunächst nicht im Widerspruch zu seinen Forderungen der Verstaatlichung. In den 20er Jahren gehörte er zu den Protagonisten des Konzepts der Wirtschaftsdemokratie. Noch 1948 forderte er für das Deutschland nach dem Faschismus konkret: "Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, Auflösung des Großgrundbesitzes, Demokratisierung des öffentlichen Dienstes und der Rechtsprechung und radikale Aufhebung der Bildungsprivilegien der besitzenden Klassen."⁵²

Diese Position ändert sich jedoch. In späteren Arbeiten hat er seine Verstaatlichungsforderungen stillschweigend fallengelassen. Die starke Konzentration auf die 'Mitbestimmung' in der Wirtschaft

49) NEUMANN: Demokratischer ... a. a. O., S. 67.

50) Ebenda, S. 162.

51) Vgl. PROSS ... a. a. O., S. 20.

52) NEUMANN: Militärregierung ... a. a. O., S. 313.

lehnt er ab, da sie ein integratives Element enthalte und die eigentlichen Zentren der Macht verkenne.⁵³

Als methodische Aufgaben der politischen Wissenschaft für die Analyse der Herrschaftsformen nennt Neumann die Untersuchung der Wurzeln politischer Macht und die Ermittlung der politischen Macht innerhalb des jeweiligen Herrschaftssystems. Um die Wurzeln der politischen Macht zu analysieren, nennt er drei Aufgabenfelder für die Politikwissenschaft: Sie muß (a) einen Begriffsrahmen entwickeln, (b) den historischen Rahmen klären, (c) den historischen Prozeß verstehen.⁵⁴ Der umfangreiche Aufgabenkatalog deutet die Art der Fragestellung an: Was ist Macht, wo steckt sie und welchen historischen Wandlungen unterliegt sie? Die Begrifflichkeit ergibt sich für Neumann aus der ideengeschichtlichen Gegenüberstellung von Staat und Gesellschaft. In der antiken Auffassung durchdringt die politische Macht alle Gesellschaftsbereiche. Die wirtschaftliche Macht dient lediglich als Motor für den Erwerb und die Ausübung der politischen Macht. Nach der feudalen Auffassung ist die politische Macht nur eine von mehreren Funktionen der wirtschaftlichen Macht des Grundbesitzes. In der kapitalistischen Auffassung entsteht die Unabhängigkeit der politischen Macht bei gleichzeitiger Verflechtung mit der wirtschaftlichen Macht. Das Sonderphänomen politischer Macht realisiert sich in einer besonderen Institution: dem Staat. Politische Macht ist genetisch verbunden mit wirtschaftlicher, der Staat steht im Dienst der kapitalistischen Gesellschaft.⁵⁵ Die Begriffe von Neumanns Machttheorie oszillieren um das Verhältnis Staat - Gesellschaft. Die Klärung des institutionalisierten Rahmens von Macht versucht Neumann auch aus diesem Blickwinkel. Parteien analysiert er unter dem Aspekt der Umsetzung sozialer in wirtschaftlicher Macht; Privateigentum interessiert ihn in der Form der machtschaffenden Produktionsmittel.⁵⁶ Schwerpunkt seiner Betrachtung ist die Untersuchung der Interessengruppen (pressure-groups), weil an

53) Vgl. NEUMANN: Demokratischer ... a. a. O., S. 107 und S. 178.

54) Vgl. ebenda, S. 65.

55) Vgl. ebenda, S. 66f.

56) Vgl. ebenda, S. 67f.

ihnen die Transmission ökonomischer Interessen in politische bis in alle Einzelheiten zu erkennen ist.⁵⁷ Er hält dies sogar für entscheidender als die Untersuchung der im engeren Sinn politischen Institution. Schwierigkeiten ergeben sich für Neumann bei der Ermittlung der politischen Macht. In Bezug auf totalitäre Staaten (er nennt die Sowjetunion und den Nationalsozialismus als Beispiele) ist diese Aufgabe relativ einfach zu lösen, da die politische Macht eindeutig in der monopolistischen Partei konzentriert ist. Bei der Analyse der modernen Demokratie treten größere Schwierigkeiten auf, das Zentrum der politischen Macht zu bestimmen. Der ehemalige Jurist Neumann lehnt es ab, sich auf die Analyse des Verfassungsrechts zu stützen. Aber außer dem vagen Hinweis, daß empirische soziologische Analysen notwendig seien, sowie der Aufforderung, Ausnahmesituationen wie Belagerungen und Krieg zu untersuchen, da sie "... plötzlich das Zentrum der politischen Macht belichten"⁵⁸, nennt er keine Alternative.

Die durch Neumann konstatierten Tendenzen der zunehmenden Bürokratisierung und Hierarchisierung der postliberalen Gesellschaft, die er sowohl für totalitäre wie auch demokratische Staaten sieht, laufen der Intention der Demokratisierung zuwider. Statt zunehmender Verwirklichung der Freiheit offenbaren die Anzeichen eher die Tendenz zu totalitären Herrschaftssystemen. Auch die Erkenntnis des Intellektuellen kann hier wenig Abhilfe schaffen, da "... die progressiven Einstellungen nicht den geringsten Einfluß auf politische Entscheidungen haben, sofern die gesellschaftlichen Machtpositionen, was in Deutschland der Fall ist, von eng verflochtenen Gruppen besetzt sind, die die Kommunikationsmittel und die ökonomischen und sozialen Basen politischer Macht kontrollieren."⁵⁹

Damit scheint Neumann an seine Theorie der Verflechtung wirtschaftlicher und politischer Macht, wie wir sie aus seinem Frühwerk kennen, anzuknüpfen. Seine These von der zunehmenden Politisierung

57) Vgl. NEUMANN: Die Wissenschaft ... a. a. O., S. 389.

58) NEUMANN: Demokratischer ... a. a. O., S. 71f.

59) NEUMANN: Deutsche Demokratie ... a. a. O., S. 361.

der modernen Gesellschaft drückt jetzt eine differenziertere Position Neumanns zum Verhältnis von Politik und Ökonomie aus, ohne daß er jedoch das Verflechtungspostulat seines Frühwerks revidieren müßte.

6.4.5. Zum Verhältnis von Politik und Ökonomie in Neumanns Spätwerk

Neumanns Aussagen in seinem Spätwerk zum Verhältnis von Politik und Ökonomie sorgen zunächst für Verwirrung. Entgegen seiner Verflechtungsthese tritt hier plötzlich eine starke Betonung der Bedeutung des Politischen hervor, deren Neuartigkeit auf ihren tatsächlichen Gehalt hin untersucht werden soll.

Neumann spricht in seinem Aufsatz 'Politik und Ökonomie im 20. Jahrhundert' unerwartet von der "modernen Periode der bewußten Suprematie der Politik"⁶⁰; noch pointierter an einer anderen Stelle: "Die Suprematie der Politik über die Ökonomie war immer eine Tatsache, die manchmal verschleiert, manchmal offen anerkannt worden ist. In der Struktur der totalen Staaten ist der Sachverhalt klar; in der Struktur der demokratischen Staaten wird der Sachverhalt häufig aus Unkenntnis verdeckt."⁶¹

Wenn Neumann 1950 in einem anderen Aufsatz schreibt: "Das klassische Verhältnis von Wirtschaft und Politik ändert sich. Es scheint, daß die politische Macht beginnt, sich von ihren wirtschaftlichen Wurzeln zu lösen und ihrerseits häufiger die Basis für den Erwerb wirtschaftlicher Macht wird"⁶², so erinnert diese Äußerung eher an die arg bekämpfte Pollock'sche als an Neumanns Verflechtungstheorie aus dem 'Behemoth'. Wie kommt Neumann in seinem Spätwerk zu der These der Suprematie der Politik? Hat er sein Ver-

60) NEUMANN: Demokratischer ... a. a. O., S. 181.

61) Ebenda, S. 182.

62) Ebenda, S. 68.

flechtungstheorem doch gravierend revidiert oder lediglich der modernen Demokratie entsprechend modifiziert?

Oben sind bereits Neumanns Ausführungen zur wachsenden Bürokratisierung und Politisierung der modernen Gesellschaft, bedingt durch den Übergang von der Konkurrenzwirtschaft zur organisierten Wirtschaft, dargestellt worden. Wenn er in diesem Zusammenhang vom klassischen Verhältnis von Politik und Ökonomie spricht, so bezieht er sich eindeutig auf die liberale Konkurrenzökonomie, in die der Staat weniger eingreift als in die Wirtschaft in der postliberalen Gesellschaft. Die 'moderne Periode der bewußten Suprematie der Politik' setzt Neumann mit der Herausbildung der postliberalen Gesellschaft an und schließt die Phase des Faschismus in Deutschland ein. Suprematie der Politik heißt für ihn, daß die Entscheidungsgewalt letztendlich politisch bestimmt ist, diese aber durch ökonomische Machtgruppen beeinflusst wird. Die Verflechtungsthese von politischer und ökonomischer Macht ist damit nicht aufgehoben, da die politischen Entscheidungen keineswegs als losgelöst von den ökonomischen Machtverhältnissen gedacht werden dürfen. Schon in seinem 'Behemoth', wo er die Verflechtung von vier divergierenden Machtgruppen feststellt, besteht für ihn die einzig mögliche Bedeutung eines Primats der Politik über die Ökonomie in der notwendig zu erlangenden Verfügungsgewalt über den Staatsapparat. Diese Bedeutung der politischen Macht verkannt zu haben, wirft Neumann marxistisch wie sozialdemokratisch geprägten Ansätzen vor. So meint er in seinem oben genannten Aufsatz, daß die marxistische Theorie unter dem Mißverständnis leide, die politische Analyse mit der Gesellschaftstheorie in eins setzen zu können. Die Gesellschaftstheorie sei als Aktionstheorie mißverstanden worden, die sich fast ausschließlich auf die Veränderung der ökonomischen Verhältnisse konzentriert und so verkannt hatte, daß der 'Klassenstaat' nur durch direkte politische Mittel, durch Erlangung der Verfügungsgewalt über den Staatsapparat, gestürzt werden könne.⁶³

Der in seiner Demokratietheorie begründete Primat des Politischen zeugt von einer differenzierteren Darstellung als der in seinem

63) Vgl. NEUMANN: Demokratischer ... a. a. O., S. 176.

Frühwerk, zumal hier die Entwicklungsprozesse der modernen Demokratie im Zusammenhang mit totalitären Staaten gezeigt werden, er stellt aber keine qualitativ neue Position dar. Neumann bleibt seiner These der Verflechtung von wirtschaftlicher und politischer Macht trotz des Nachdrucks, den er auf die Bedeutung des Politischen legt, treu. Gegenüber der antiken und feudalen Gesellschaft liegt das Problem der kapitalistischen Gesellschaft in der "Unabhängigkeit politischer Macht bei gleichzeitiger Verflechtung mit wirtschaftlicher Macht".⁶⁴ Entscheidend ist, "daß soziale und politische Macht nicht nur funktional, sondern auch genetisch verbunden sind, daß die wirtschaftliche Macht die Wurzel der politischen Macht ist."⁶⁵ 'Rein' ökonomische Macht und 'rein' politisches Handeln existieren nicht. "Die Wirtschaft ist ebenso ein Instrument der Politik wie die Politik ein Werkzeug der Wirtschaft."⁶⁶ Überraschend ist also nicht seine These von der 'Suprematie der Politik' in der postliberalen Gesellschaft, überraschend und inkonsequent erscheint eher seine - angesichts der wachsenden Politisierung moderner totalitärer wie demokratischer Staaten - fast wörtliche Wiederaufnahme der Betonung der Staatsmacht im Liberalismus. Auch in seinem Spätwerk versucht Neumann Lasalles These vom 'Nachtwächterstaat' - bezogen auf den liberalen Staat des ausgehenden 19. Jh.s - zu widerlegen. Weder in der Theorie noch in der Praxis "... bestand je der geringste Zweifel darüber, daß die Rechtsordnung, die die Intervention des Staates eliminieren sollte, kein Hindernis war, Krieg zu führen, die innere Sicherheit zu schützen und tatsächlich Außenpolitik zu betreiben."⁶⁷ Der Staat habe auch früher schon häufig interveniert, die Theorie der Nichtintervention des Staates "... ist von der Reaktion erst dann akzeptiert worden, als der Staat begann demokratisch zu werden".⁶⁸

64) NEUMANN: Demokratischer ... a. a. O., S. 66.

65) Ebenda, S. 66.

66) Ebenda, S. 67.

67) Ebenda, S. 174.

68) Ebenda, S. 178.

6.5. Annäherung an Essentials der 'Kritischen Theorie'

In Neumanns Spätwerk ist zunächst die Integration der Psychoanalyse am auffälligsten. Es stellt sich die Frage, warum er diese erst in den letzten Jahren und nicht schon früher rezipiert. Einer der Gründe dafür könnte sein, daß die Option für die Arbeiterbewegung die Rezeption der Psychoanalyse verhinderte, denn die optimistische Sichtweise der sozialistischen Massenbewegung verträgt sich kaum mit der Psychoanalyse, die eher pessimistische Annahmen über die Möglichkeit gesellschaftlicher Veränderungen und die Emanzipation von Individuen vertritt. Ein orthodoxer Marxismus und die Orientierung an der Arbeiterbewegung verleiten dazu zu glauben, daß die Arbeiterklasse als die zentrale gesellschaftliche Gruppe handeln wird, die eine Veränderung des Kapitalismus zum Sozialismus bewerkstelligt. Die Arbeiterklasse handelt aufgrund der rationalen Erkenntnis, daß das kapitalistische System nicht funktionieren kann, ohne sie auszubeuten. Dahinter steckt marxistische Überzeugung: Wir sind die handelnden Individuen, die Geschichte bestimmen. Neumann mußte aber dann feststellen, daß sich die Arbeiterklasse nicht so verhält und fragte nach den Gründen. So war er auf die nicht-rationalen Momente verwiesen, die die Arbeiterklasse der marxistischen Prognose zuwiderhandeln ließen. Eine ähnliche Problemstellung hatte schon Marcuse, sein Kollege im Institut für Sozialforschung, behandelt. Nach Rainer Erds Meinung rezipierte Neumann in dem Maße, in dem er sich allmählich von seiner 'orthodox-marxistisch-sozialdemokratischen Position'⁶⁹ abkehrte und liberale Ideen akzeptierte, die Erklärungsmodelle der Psychoanalyse, die er in sein Konzept integrieren wollte. In den Schriften Neumanns ab 1950 wird immer mehr die Frage bestimmend, warum die Arbeiterklasse von sich aus keine adäquaten Anstrengungen unternimmt, um sich aus ihrer unterprivilegierten Situation im Kapitalismus zu befreien.⁷⁰ Die Vermutung liegt also nahe, daß die Veränderung in Neumanns theoretischem Denken auf seine Enttäuschung über die politische Lage zurückzuführen ist. Er war wohl nicht mehr davon überzeugt,

69) Vgl. ERD: Reform ... a. a. O., S. 203.

70) Vgl. ebenda, S. 203.

daß es in allen historischen Situationen ein produktives und fortschrittliches Engagement gebe.

Durch die Rezeption der Psychoanalyse identifizierte Neumann sich zwar nicht mit der Position des 'inneren Kreises' des Instituts für Sozialforschung in den 30er Jahren, aber er näherte sich ihr doch, wenn auch nicht aus der Perspektive des Philosophen, so doch aus der des Juristen, beträchtlich an. Neumann hatte im Institut gearbeitet, in dem eine Analyse des Nationalsozialismus entstand, nämlich 'Autorität und Familie'. Horkheimer, Adorno und die anderen Institutsmitglieder änderten die klassische marxistische Theorie dahingehend ab, daß sie der Arbeiterklasse ihre Bedeutung als Subjekt der Veränderung der kapitalistischen Gesellschaft absprachen. Es sei auch nicht zu erwarten, daß die Arbeiterklasse große Veränderungen in der Gesellschaft durchsetzen wird. Das hat Neumann niemals gesagt. Weil Horkheimer, Adorno und andere den Marxismus in dieser Weise revidierten, waren sie gezwungen, andere theoretische Konzepte, wie etwa die Psychoanalyse, in ihr Modell einzubauen, sonst hätten sie nicht erklären können, warum die Massen nichts gegen den Kapitalismus unternahmen. Einen fundamentalen Wandel seiner theoretischen Einschätzung in dieser Richtung vollzog Neumann erst ganz am Schluß seines Lebens. Das kann daran gelegen haben, daß er sein ganzes Leben ein orthodoxer Marxist und Sozialdemokrat gewesen ist, der an die Arbeiterbewegung als an das historische Subjekt glaubte und deshalb nie seine Theorie revidieren mußte.

Heißt das aber, daß Neumann zuletzt jener psychologisierenden Geschichtserklärung verfiel, die er in der Arbeit 'Ansätze zur Untersuchung politischer Macht' noch deutlich zurückgewiesen hatte? Ich meine das nicht. Neumann nimmt in Übereinstimmung mit der Psychoanalyse bestimmte Dispositionen an, die in der Triebnatur des Menschen angelegt sind. Aber diese Dispositionen werden von ihm nicht als die den historischen Prozeß determinierenden und gestaltenden Kräfte mißverstanden. Vielmehr treffen Dispositionen in bestimmten historischen Situationen auf eine gesellschaftliche Nachfrage und finden Verwendung. Deshalb fragt Neumann z. B. nach den historischen Bedingungen der caesaristischen Identifizierung. Er hält dies also für etwas Bedingtes, nicht für etwas Ursächliches.

Ich kann hier nicht auf die Diskussion des Verhältnisses zwischen materialistischer Geschichtsauffassung und Psychoanalyse eingehen, zu deren hervorragenden Beiträgen Max Horkheimers Aufsatz 'Geschichte und Psychologie' gehört, halte aber Art und Verfahren, in der Franz Neumann die Psychoanalyse in der politischen Wissenschaft gebraucht, für angemessen und äußerst anregend.

Freilich enthalten seine Ausführungen über das Verhältnis zwischen Angst und Politik einige Unklarheiten. Man muß in diesem Zusammenhang aber auch bedenken, daß Neumann sich erst sehr spät mit der Psychoanalyse befaßte und noch kein Experte auf diesem Gebiet war. Er hoffte lediglich, daß seine Studien über die verschiedenen Arten der Entfremdung, "... andere, kompetentere Gelehrte veranlassen wird, sich mit den aufgeworfenen Problemen auseinanderzusetzen".⁷¹ Neumann erkannte also, daß die politische Forschung niemals bei der Psychoanalyse stehen bleiben darf. Denn nicht psychische Kräfte sind das *Movens* der Geschichte. Es kommt darauf an, herauszuarbeiten, wie über sie heute unter den Bedingungen entwickelter Industriegesellschaften verfügt wird.

Die These, daß Neumann bestimmte Elemente der frühen Kritischen Theorie in sein Spätwerk aufgenommen, andererseits aber auch an seiner zentralen Differenz zu ihr festgehalten hat, läßt sich präzisieren. Am deutlichsten wird Neumanns Adaption Frankfurter Essentials an seiner Integration der Psychoanalyse. Festgehalten hat Neumann aber an seiner zentralen Differenz aus seiner Institutszeit zu den Positionen des Horkheimer-Kreises. 'Treu' bleibt er sich in der Analyse der Grundlage moderner Gesellschaften: Zwar stellt auch er einen Funktionszuwachs des Politischen fest - er kann diesen aber plausibel begründen innerhalb seines Verflechtungstheorems (s. o.). Hier liegt auch m. E. die sinnvolle Möglichkeit, Neumanns Brisanz konkret in seinem Verflechtungstheorem zu orten, statt auf ein umfassendes Programm einer kritischen Politikwissenschaft rekurrieren zu müssen. In seinem Konzept einer politischen Theorie mit ökonomischem Einschlag liegt seine Aktualität: Weder

71) NEUMANN: Angst ... a. a. O., S. 425.

muß Neumann (wie etwa Fraenkel) sich gänzlich von marxistischen Einflüssen abwenden, noch beharrt er auf mittlerweile unhaltbaren Positionen des Marxismus. Angesichts der sich eruptiv wiederholenden 'Krisen des Marxismus' erscheint dies vielleicht als ein bedenkenswertes und befreiendes Unterfangen.

Wenn man Neumanns letzte Schriften liest - so z. B. 'Angst und Politik' und 'Intellektuelle Emigration und Sozialwissenschaft' -, kann man zum Schluß kommen, daß er möglicherweise in gewissem Sinn ein verzweifelter Mensch geworden und an einen Endpunkt in seiner Entwicklung gekommen war. Als Begründung hierfür eignen sich zwei Argumente: Neben den verschiedenen theoretischen Veränderungen, die aufgezeigt wurden, hatte Neumann auch zwei grundlegende Fehleinschätzungen über die Entwicklung der Gesellschaft gegeben. In der Weimarer Republik war er vom Reformismus überzeugt gewesen, der dann fehlschlug. Die zweite Fehleinschätzung war die, daß er nach dem Zweiten Weltkrieg glaubte, Deutschland ließe sich in eine sozialistische Demokratie verwandeln.

6.6. Neumanns Spätwerk als Ansatz für eine Theorie der Politik

Für einzelne Theoriefelder des Neumann'schen Spätwerkes ließen sich jeweils pointierte Positionen und klare Bezüge herausfiltrieren. Interessanter erscheint aber die Frage, ob Neumanns Spätwerk darüber hinaus einen akzeptablen Ansatz für die politische Theorie bieten kann. Lassen sich seine Theorieelemente zu einem handhabbaren Ganzen zusammenfügen und an welchen Punkten geben sie weiterführende Anregungen für die Politikwissenschaft? Als akzeptabel soll im folgenden eine politische Theorie ausgezeichnet werden, die Ansprüche auf zwei Ebenen befriedigend einlösen kann: Sie soll zum einen gewissen formalen Mindestanforderungen genügen und zum anderen sich auf der inhaltlichen Seite als angemessen erweisen können.

6.6.1. Zu den formalen Anforderungen

Die formalen Anforderungen an eine politische Theorie lassen sich in zwei Fragestellungen aufgliedern. Die erste zielt auf die besondere Perspektive: Kann die politische Theorie Neumanns einen spezifischen Fokus in der sozialwissenschaftlichen Fragestellung auszeichnen? In der Untersuchung werden die angesprochenen Aufgaben und Ziele der politischen Theorie, ihre Abgrenzung zu anderen Fächern und ihr Begriff des Politischen zu Indikatoren für ihre Einordnung. Die zweite Fragestellung zielt auf den methodologischen Aspekt und untersucht Konsistenz und Adäquanz der Methode Neumanns.

6.6.1.1. Zur Objektbereichsbestimmung

Analog zu den angeführten Themenkomplexen und Schwerpunkten ist Neumanns Bestimmung der Aufgaben und Ziele der Politikwissenschaft ausgerichtet. Resultierend aus Neumanns Freiheitsbegriff bildet der kritische Standpunkt die Bedingung, die der Politikwissenschaft erst den Status einer Theorie verleiht. Ohne diesen Standpunkt bliebe jedes theoretische Bemühen in Konformismus und Ideologie stecken. Da nur ein demokratisches System die Möglichkeit der Verwirklichung von Freiheit in sich trägt, ist die Erziehung zur Demokratie eine wesentliche Aufgabe der Politikwissenschaft. So fordert Neumann z. B., daß alle Studenten, gleich welcher Fachrichtung, die Grundzüge der Politik der Demokratie erlernen sollen. Da für Neumann die Tatsache der Existenz der politischen Macht - obwohl der Verwirklichung der Freiheit scheinbar entgegenstehend - ein notwendiges Faktum darstellt, sieht er eine der Hauptaufgaben der Politikwissenschaft in der Erforschung der Herrschaftsmethoden. Gerade in der Demokratie seien durch die direkte Wahl der Volksvertreter die Herrschaftsmethoden vom "dichten Schleier der Propaganda"⁷² umhüllt. Diesen Schleier gelte es zu durchstoßen, die nur egoistischen Interessen zu entlarven und jene Gruppen ausfindig zu

72) NEUMANN: Die Wissenschaft ... a. a. O., S. 392.

machen, die auf der Seite des historischen Fortschritts um die historisch mögliche Maximierung von Freiheit bemüht sind; wobei Neumann es als die "Pflicht des kritischen Wissenschaftlers"⁷³ bezeichnet, sich selbst in die kritische Analyse einzubeziehen und "... sich über die Prämissen seiner eigenen Position Klarheit zu verschaffen".⁷⁴

Je komplexer die Gesellschaft wird, um so stärker wird der ideologische Charakter der Demokratie und um so undurchschaubarer die ökonomischen und sozialen Interessenverflechtungen. Die Analyse der "Transmission ökonomischer und sozialer Interessen in politische"⁷⁵ wird für Neumann zum speziellen Auftrag, zur "Zentralaufgabe"⁷⁶ der Politikwissenschaft. Forschungspraktisch besteht die Aufgabe der politischen Theorie in der genauen Untersuchung und Aufschlüsselung einzelner gesellschaftlicher Institutionen und Interessengruppen. Parteienanalyse z. B. könne nur aus dieser Fragestellung sinnvoll erarbeitet werden.⁷⁷

Der zweite Aspekt der Bestimmung des Objektbereichs umschließt die Frage nach einer eindeutigen Abgrenzung der Politikwissenschaft zu anderen Fächern. Die Politik selbst, d. h. für Neumann, "der Kampf um die Macht im Staate und der Kampf der Staaten"⁷⁸, bilden den Gegenstand der Politikwissenschaft, deren Analysefelder von den Zielen, Methoden und Ideologien dieses Kampfes bestimmt werden. Scharf abgrenzen möchte Neumann die Politikwissenschaft von ihrer unmittelbaren Nachbarin, der Soziologie, da sie sich auf das Beschreiben des gegenwärtig Faktischen beschränke, während die Politikwissenschaft die Problementwicklung in ihrem historischen Verlauf unbedingt miteinbeziehen müsse.⁷⁹ D. h. für ihn nicht, daß die Kenntnis der Gegenwart nicht von entscheidender Bedeutung ist;

73) NEUMANN: Demokratischer ... a. a. O., S. 63.

74) Ebenda, S. 63.

75) NEUMANN: Die Wissenschaft ... a. a. O., S. 389.

76) Ebenda, S. 389.

77) Vgl. ebenda, S. 389.

78) Ebenda, S. 382.

79) Vgl. ebenda, S. 383.

gerade hier tragen die Methoden der Soziologie zum Verständnis der politischen Wirklichkeit bei, aber eben nur so weit, als ihre Untersuchungsgebiete für die Politik relevant sind. Untersuchungen etwa über autoritäre Strukturen in der Familie interessieren nur, wenn diese Strukturen die politische Willensbildung und politische Entscheidungsprozesse entscheidend beeinflussen.⁸⁰

Die Klärung des Verhältnisses von Politik und Ökonomie stellt für Neumann eine der wichtigsten Forschungsaufgaben der Politikwissenschaft dar. Die Analyse der politischen Macht umschließt die Untersuchung der wirtschaftlichen Basis und die Transmission wirtschaftlicher Macht in politische. Entscheidend sind die ökonomischen Strukturen aber nur, insofern die Fragestellungen eindeutig von der Politik her bestimmt sind. Ein besonderes Problem im Verhältnis von Politikwissenschaft und Ökonomie liegt in der "Struktur der Fabrik"⁸¹, d. h., in dem Einfluß der Produktionsweise auf die Politik, vermittelt über die durch diese Strukturen geprägten Verhaltensweisen der Menschen. Als wichtigster Faktor für die Erziehung zu Gehorsam, Disziplin und autoritärem Verhalten sieht Neumann in der 'Struktur der Fabrik' ein entscheidendes Problem für die Demokratie.

Während Neumann andere sozialwissenschaftliche Disziplinen eher als nützliche Zuarbeiter für die Politikwissenschaft betrachtet, selbstverständlich ohne ihnen einen eigenen wissenschaftlichen Bereich abzustreiten, nimmt die Geschichtswissenschaft eine außerordentliche Position im Verhältnis zur Politikwissenschaft ein. Die Geschichte bilde die "Substanz der politischen Wissenschaft"⁸² - eine Sichtweise, die sowohl die Notwendigkeit der historischen Problementwicklung politologischer Fragestellungen, als auch ein intensives Studium der klassischen Ideengeschichte umschließt. Dennoch setzt Neumann die Politikwissenschaft in klarer Abgrenzung zu einer rein deskriptiven Geschichtswissenschaft und zu jener Art Politikanalyse, die die Ge-

80) Vgl. NEUMANN: Die Wissenschaft ... a. a. O., S. 383.

81) Ebenda, S. 383.

82) Ebenda, S. 383.

schichte als bloßes Illustrationsmaterial zur Konkretisierung ihrer Hypothesen verwendet.

Einen grundsätzlichen Unterschied zwischen Geschichtswissenschaft und Politikwissenschaft sieht Neumann im Erkenntnisinteresse und in der Methode beider Disziplinen. So erläutert er während einer Diskussion des Wissenschaftlichen Beirats der FU⁸³, daß die faktische Aufklärung über die Machtverteilung im Nationalsozialismus, an der er selbst ein fundamentales Interesse hätte, keine systematische Untersuchung zum Problem der politischen Macht biete, solange nicht eine zugespitzte politologische Fragestellung zugrunde läge. Dies zeigt deutlich die übergeordnete Funktion, die Neumann der Politikwissenschaft gegenüber einer eher deskriptiven Geschichtswissenschaft zuweist. Charakteristisch an Neumanns Fächerabgrenzung ist die dominante Rolle, die er der Politikwissenschaft anderen Sozialwissenschaften gegenüber beimißt. Mit Ausnahme der Geschichtswissenschaft, die direkt in die politologische Problementwicklung integriert und zu deren notwendigen Bestandteil erhoben wird, betrachtet er die anderen Sozialwissenschaften als wichtige Ergänzungsfelder für die Politikwissenschaft, deren Methoden und Resultate nur insofern relevant sind, als sie direkt in den Einflußbereich der Politik fallen. Mit der Integration von Ergebnissen und Forschungstechniken, ohne Berücksichtigung ihrer spezifischen Fragestellungen und Themenkomplexe, sieht Neumann selbst die Gefahr des Dilettantismus heraufziehen, da "halbe Bildung gefährlicher ist als Unbildung"⁸⁴ -, eine Gefahr, die seiner Meinung nach nur durch ein sorgfältig aufgebautes Studium der Politikwissenschaft in Zusammenarbeit mit anderen Sozialwissenschaften zu bannen ist.

Der dritte Aspekt eines spezifischen Fokus ist der Begriff des Politischen in der Politikwissenschaft. Im Dilemma zwischen Freiheit und Zwang ist Politik "Kampf um die Macht"⁸⁵. Die Politikwissen-

83) Vgl. Protokoll, Archiv ZI 6, Akte Wissenschaftlicher Beirat, Einladungen, Protokolle. Januar 1951 - Juli 1958. Hier: Sitzung vom 27. Januar 1951. S. 74-76.

84) NEUMANN: Die Wissenschaft ... a. a. O., S. 384.

85) Ebenda, S. 375.

schaft soll sich auf die Seite des historischen Fortschritts schlagen und von hier aus im Rahmen des politisch Durchsetzbaren - damit in klarer Abgrenzung zum Anarchismus - auf Veränderung in der Gesellschaft wirken. Naives Vertrauen in Erziehung, soziale Reformen und Rechtsstaatlichkeit gilt ihm als geradezu gefährlich für die Demokratie. Damit wird verkannt, daß der "Kampf um die politische Macht der Agent des historischen Fortschritts ist, das heißt der Kampf um die Kontrolle der Zwangsorganisationen, um Polizei, um Justiz, um Armee, um Bürokratie, und Außenpolitik".⁸⁶ Also nicht ökonomische Aktionen, sondern politische Aktionen sind das Entscheidende. Demokratie richtig verstanden heißt für Neumann Selbstbeschränkung der politischen Macht, die rational ausgebildet und in voller Verantwortlichkeit ihrer Vertreter "Herrschaft über Menschenrechte"⁸⁷ sein soll, jedoch keine Volksherrschaft, "sondern verantwortliche Parlaments- oder Regierungsherrschaft"⁸⁸. Neumann entpuppt sich als Verteidiger einer repräsentativen Demokratie - eine Position, die angesichts seiner Betonung des aktivistischen Freiheitsbegriffs etwas überrascht.

Neumanns pragmatisch ausgerichtetes Politikverständnis kommt an anderer Stelle noch deutlicher zum Vorschein. Sein Aufsatz 'Angst und Politik' endet mit einem Appell an die eigene Verantwortung. Der kritische Wissenschaftler darf nicht länger schweigen, er muß gegen die Demagogen reden und schreiben. Genauso wichtig wie theoretische und empirische Analysen der politischen Probleme sind engagierte Stellungnahmen zum politischen Tagesgeschehen. "Nur durch unsere eigene verantwortliche erzieherische und politische Tätigkeit kann aus den Worten des Idealismus Geschichte werden."⁸⁹ Dies scheint im Widerspruch zu stehen zu Neumanns vorhergehender Warnung vor einem naiven Vertrauen in die Erziehung. Doch in beiden Fällen versucht er zu verdeutlichen, daß nur der Kampf um die politische Macht die Verwirklichung der Freiheit ermöglicht. Einmal

86) NEUMANN: Demokratischer ... a. a. O., S. 178.

87) Ebenda, S. 182.

88) Ebenda, S. 182.

89) NEUMANN: Angst ... a. a. O., S. 453.

liegt die Betonung auf der politischen Aktion, an anderer Stelle sieht Neumann sich selbst als Kämpfer, der das Feld der schmutzigen Tagespolitik nicht den freiheitsfeindlichen Kräften überlassen will. Kein bloßes Vertrauen auf eine gute Erziehung, sondern noch mehr Erziehung und verantwortliches politisches Handeln sind für ihn die beiden Punkte, die zusammengefaßt einen "doppelten Angriff gegen die Angst und für die Freiheit"⁹⁰ darstellen.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß Neumanns politische Theorie über einen spezifischen Fokus verfügt: Die Aufgabe der Politikwissenschaft ist angelegt als Analyse der politisch-ökonomischen Verflechtungen; die Politikwissenschaft kann eindeutig gegen andere Sozialwissenschaften abgegrenzt werden; Neumanns Theorie verfügt über einen (pragmatisch orientierten) Politikbegriff.

6.6.1.2. Zur Methode in der Politikwissenschaft

Neumanns Äußerungen über Methodisches sorgen, da sie recht widersprüchlich scheinen, auf den ersten Blick für Verwirrung. Da er sich detailliert zu methodischen Fragen schriftlich nicht geäußert hat, ist man auf die Sichtung von Randbemerkungen angewiesen. Der Mangel an schriftlichen Äußerungen sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, wie sehr methodologische Reflexionen in Neumanns späteren Jahren in den Vordergrund rücken. In internen Debatten über politikwissenschaftliche Projekte legt er den Finger immer wieder gezielt auf die methodische Unausgewiesenheit der Politikwissenschaft.⁹¹ In seinen 'Notizen zum Begriff der Diktatur' (1954) schlägt Neumann eine Faktorenanalyse für die soziale Funktion von Diktaturen vor. Notwendig sei eine integrative Analyse von Wirtschaftssystemen, Klassenverhältnissen und Persönlichkeitsstrukturen. "Für jede historische Situation müssen diese ökonomischen, sozialen und psychologischen Faktoren als Einheit behandelt werden."⁹²

90) NEUMANN: Angst ... a. a. O., S. 453.

91) Vgl. Protokoll ... a. a. O., S. 54.

92) NEUMANN: Demokratischer ... a. a. O., S. 163.

Neumann deutet im folgenden Text solch eine Analyse an, indem er versucht, totalitäre Diktaturen entsprechend zu erfassen. Den - oben ja schon dargestellten - Entfremdungsbegriff schlüsselt er in diese drei Faktoren auf: "Psychologie ... Gesellschaft ... und ... Politik".⁹³

In der Anwendung auf konkrete Fragestellungen wird Neumanns Vorzug des Analytischen gegenüber dem Systematischen deutlich. Einzelne Begriffe werden zerlegt, ihre Elemente oft nicht mehr zusammengefügt, so etwa beim Freiheits- und beim Entfremdungsbegriff.

An anderer Stelle in einem programmatischen Vortrag gilt ihm Politikwissenschaft als ein "selbständiges Gebiet".⁹⁴ Sie verlangt einen eigenen Lehrplan und besondere "technische (sagen wir: handwerkliche) Fähigkeiten".⁹⁵ Wie diese beschaffen sein sollen, läßt Neumann unbeantwortet. Den Stellenwert empirischer Arbeiten spricht er bei seiner 'pressure-group'-Analyse an. Der genaue Einfluß dieser Gruppen könne nur durch "empirische Forschung"⁹⁶ rekonstruiert werden. Möglich gemacht wird solch eine Arbeit nur mit Hilfe theoretischer Analysen, was die Feststellung des begrifflichen Rahmens meint. Hat z. B. die Parteienanalyse den Zusammenhang Wirtschaft/Gesellschaft nicht im Hinterkopf, hat ihre Arbeit "keinen rechten Sinn".⁹⁷ Ein anderes Beispiel: Um die Rolle der Politik in totalitären Staaten zu ermitteln, bedarf es der Empirie. "Empirische Untersuchungen können zeigen, ob tatsächlich eine Verlagerung der Macht stattgefunden hat. Solche Untersuchungen sind rar."⁹⁸ Dieser empirischen Arbeit vorgeschaltet bleibt die theoretisch ermittelte Fragestellung. "Es folgt aus dem, was ich gesagt habe, daß das Studium der politischen Wissenschaft nur empirisch innerhalb eines theoretisch gewonnenen Begriffsapparates betrieben werden kann."⁹⁹ Spannend ist nun die Frage, was das für

93) NEUMANN: Angst ... a. a. O., S. 427.

94) NEUMANN: Die Wissenschaft ... a. a. O., S. 380.

95) Ebenda, S. 380.

96) Ebenda, S. 389.

97) Ebenda, S. 389.

98) NEUMANN: Demokratischer ... a. a. O., S. 69.

99) NEUMANN: Die Wissenschaft ... a. a. O., S. 390.

ein Begriffsrahmen sein soll, wo er herkommt und wie er abgesichert werden soll. Neumann selbst verweist uns im nächsten Satz auf noch Unformuliertes: "Die Analyse von Parteien, Bürokratien, Kirchen, Gewerkschaften, Unternehmerverbänden, der sozialen Schichtung, der Meinungen und Haltungen (immer innerhalb einer Theorie der Gesellschaft) ist die zentrale Aufgabe der politischen Wissenschaft."¹⁰⁰ Der Interpretation solcher Sätze sind keine Grenzen gesetzt, Söllner versteht sie als Stütze seiner These von einer Gesellschaftstheorie bei Neumann. Als Grundlage zieht er die von Neumann nachträglich überarbeitete schriftliche Fassung des Referats heran. In der im Archiv des Otto-Suhr-Instituts aufbewahrten Mitschrift des am 2. Februar 1950 in Berlin gehaltenen Vortrags 'Die Wissenschaft der Politik in der Demokratie' fehlt der Hinweis auf eine Theorie der Gesellschaft völlig, verwiesen wird von Neumann lediglich auf einen Begriffsapparat, der allerdings aus recht willkürlichen Typisierungen besteht. Nun mag eine heftige Spekulation darüber beginnen, welche der beiden Fassungen Neumanns Intention trifft. Nicht von der Hand zu weisen bleibt aber der Einwand, daß Neumann seine embryonale Gesellschaftstheorie nicht allzu wichtig genommen haben kann, wenn er die Möglichkeit zur Verdeutlichung durch einen mündlichen Vortrag nicht ausschöpft.

Im völligen Gegensatz dazu stehen Äußerungen Neumanns aus seinem vorletzten Aufsatz 'Angst und Politik': "Die politische Wissenschaft unterscheidet sich von den traditionellen Disziplinen dadurch, daß sie keine ihr eigene Methode hat ... also nur eine Fragestellung, der sie mit allen möglichen Methoden zu Leibe rücken will."¹⁰¹ Dieser methodologischen Offenheit entsprechen Neumanns manchmal willkürliche Generalisierungen wie 'Industriegesellschaft', 'Komplexitätssteigerung' oder 'Bürokratisierung der Gesellschaft'.¹⁰²

Diese doch recht widersprüchlichen Aussagen sind bedingt durch Neumanns Verarbeitung zweier verschiedener Traditionslinien. Durch

100) NEUMANN: Die Wissenschaft ... a. a. O., S. 390.

101) NEUMANN: Angst ... a. a. O., S. 424.

102) Vgl. NEUMANN: Demokratischer ... a. a. O., S. 63ff.

seine Emigration wurde er mit einem neuen Traditionszusammenhang konfrontiert. Zum einen steht er in der Nachfolge des deutschen theoretisch-historischen Wissenschaftsansatzes, der sich Neumann über Hegel und Marx, aber auch Max Weber vermittelt. Als emigrierter Wissenschaftler lernt Neumann dann außerdem den streng empirisch ausgerichteten Ansatz der amerikanischen Sozialforschung kennen. Er will beide Stränge produktiv verknüpfen und empfindet die amerikanische Politik- und Sozialwissenschaft als Befreiung für sein wissenschaftliches Arbeiten.¹⁰³ An beiden Ansätzen übt Neumann Kritik wegen ihrer Einseitigkeit, beide will er für die Politikwissenschaft kritisch retten, indem er den Versuch unternimmt, die "... neuen Erfahrungen mit der alten Tradition zu verknüpfen"¹⁰⁴. Mit diesem Ansinnen kann er nicht deren jeweilige methodologischen Implikate ignorieren. Er hält fest an der Positivismuskritik, die ein Essential der Kritischen Theorie ist. In einem Vortrag vor Studenten und Dozenten der wiedereröffneten Deutschen Hochschule für Politik in Berlin fordert er die konsequente Abwendung von der Tradition des juristischen Positivismus: "Der Positivismus ist der Ausdruck des Sieges des Obrigkeitsstaates ... Für mich handelt es sich heute darum, den Sieg des Positivismus und das Verschwinden der Wissenschaft von der Politik zu verstehen. Der politische Sinn des Positivismus ist die Akzeptierung des Status quo."¹⁰⁵

Festhalten will Neumann aber auch an der empirisch ausgerichteten Arbeit. Angesichts der Verstrickung deutscher Geisteswissenschaftler mit dem Faschismus sieht er in streng empirischer Forschung einen Garanten demokratischer Faschismusverarbeitung. In einem Bericht über seinen Berlin-Besuch 1950 an die Columbia-University heißt es: "The (German) universities do nothing to train democratically - minded civil servants ... Nor are the universities in a position to ascertain some of the most simple facts about Germany, because they are repugnant to empirical research."¹⁰⁶

103) Vgl. NEUMANN: Intellektuelle ... a. a. O., S. 415ff.

104) Ebenda, S. 417.

105) NEUMANN: Die Wissenschaft ... a. a. O., S. 374.

106) NEUMANN, Franz: Preliminary Report on my Trip to Berlin. The National Archives, Record No. 260. 300-1/5. Visiting Experts Reports File. S. 6.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß Neumann zwar über keine einheitliche Methode für die Politikwissenschaft verfügt, er dieses Manko aber reflektiert. Er begründet die methodologische Offenheit mit der übergeordneten Stellung der Aufgaben und Ziele der Politikwissenschaft.¹⁰⁷

6.6.2. Zur inhaltlichen Angemessenheit

Im folgenden soll versucht werden, Neumanns Ansatz, exemplarisch anhand seines Verflechtungstheorems, in den Kontext neuerer Theorieansätze zu stellen. Die Wahl seines Verflechtungstheorems zu diesem Zweck erscheint insofern als besonders sinnvoll, als es in Früh- und Spätwerk ein zentrales Fundament seiner Theorie bildet. In Kontrastierung zu der aktuellen Diskussion des Verhältnisses von Politik und Ökonomie stellt sich Neumanns Ansatz als ein Beitrag dar, aus der heutigen Sackgasse staats-theoretischer Konzepte herauszufinden. Er bietet einen fruchtbaren Ausweg aus der staats-theoretischen Polarisierung. Als überlegen erweist sich sein Konzept sowohl Theorien gegenüber, die den Staat zum Funktionsträger der Ökonomie degradieren (wie die marxistischen Staatsableitungsversuche), als auch gegenüber Konzepten, die wirtschaftliche Einflüsse zu sehr vernachlässigen. Seine Position läßt sich an neuere Lösungsversuche in Form einer Verflechtungstheorie anschließen.

Das Anliegen der in der Tradition der Marx'schen Kritik der Politischen Ökonomie stehenden Staatsableitungstheorien ist es, die allgemein als selbstverständlich hingenommene Trennung der Sphären Politik und Ökonomie (bzw. Staat und Gesellschaft) durch die systematische Analyse der Genese dieser Trennung zu überwinden, da nur so die spezifischen inneren Vermittlungen zwischen den Sphären zu ermitteln seien.¹⁰⁸ Im Gegensatz zu der historisch-analytischen

107) Vgl. NEUMANN: Angst ... a. a. O., S. 424.

108) Vgl. BLANKE, B./JÜRGENS, U./KASTENDIEK, H.: Zur neueren marxistischen Diskussion über die Analyse von Form und Funktion des bürgerlichen Staates. In: W.-D. Narr (Hrsg.): Politik

Rekonstruktion dieser Trennung versuchen die Ableitungstheorien den Staat bzw. das politische System 'funktionalistisch' zu bestimmen. Aus den Funktionen, die der Staat für andere Bereiche erfüllt, wird dessen Existenz erklärt. In der kapitalistischen Gesellschaft muß die Notwendigkeit des Staates begründet werden aus den bestimmten Erfordernissen der kapitalistischen Reproduktion, die strukturelle gesellschaftliche Funktionen zu ihrer Voraussetzung hat, die von den konkurrierenden Einzelkapitalien nicht erfüllt werden.¹⁰⁹ Die theoretische Ableitung des Staates wird geleistet durch die Anlehnung an Marx' allgemeine Kategorien des Kapitals, wobei umstritten ist, an welchen Kategorien aus dem 'Kapital' konkret anzusetzen ist. Entscheidend bei allen Versuchen ist jedoch, daß der Staat als Wahrer der Basis der Warenproduktion des Privateigentums fungiert, und damit eine bestimmte Form des Produktionsprozesses, die "Herrschaft des Kapitals über die Lohnarbeit"¹¹⁰, garantiert. Die Staatsableitungstheorien unterliegen der Gefahr, in die "Sackgasse eines funktionalistischen Harmonismus"¹¹¹ zu geraten. Es wird ein Harmonieverhältnis von Staat und Ökonomie aufgebaut, ohne die spezifischen Handlungsziele, Bedingungen und Motive der ökonomischen und politischen Akteure genau zu untersuchen. Eine empirische Überprüfung des spezifischen Stellenwerts des Staates für die Stabilisierung des ökonomischen Systems ist nicht mehr offengelassen; durch die funktionalistischen Ableitungen des Staates können lediglich die vorher festgeschriebenen Funktionen bestätigt werden. Entgegen dieser abstrakten funktionalistischen Herangehensweise, die den Entstehungszusammenhang von Politikinhalten unterbewertet, versucht Neumann durch methodische Verbindung von differenzierten empirischen Untersuchungen mit historisch-analytischer Theoriebildung die Transmission ökonomischer bzw. sozialer Interessen in politische zu analysieren und die jeweiligen Wechselbeziehungen ökonomischer und politischer Handlungsträger nachzuweisen.

und Ökonomie - autonome Handlungsmöglichkeiten des politischen Systems. Opladen 1975. S. 19-60, hier S. 20f.

109) Vgl. HIRSCH, J.: Staatsapparat und Reproduktion des Kapitals. Frankfurt am Main 1974. S. 27.

110) BLANKE/JÜRGENS/KASTENDIEK ... a. a. O., S. 32.

111) VOBRUDA, G.: Politik mit dem Wohlfahrtsstaat. Frankfurt am Main 1983. S. 41.

Die 'Stamokaptheorien' bestimmen die Rolle des Staates ebenfalls instrumentell aus der ökonomischen Perspektive; der Staat gilt ihnen als dem Interesse der Monopole untergeordnet. Die Notwendigkeit der gesamtgesellschaftlichen Regulierung wird mit der Widersprüchlichkeit der Produktionsverhältnisse und der zunehmenden Krisenhaftigkeit des monopolistischen Kapitalismus begründet, der ohne staatliche Interventionen die gesamtgesellschaftliche Reproduktion nicht gewährleisten kann. Im Gegensatz zu den Staatsableitungstheorien, die den Staat als "integralen Bestandteil des Kapitalverhältnisses"¹¹² begreifen, verstehen die 'Stamokaptheorien' die staatlichen Eingriffe als "außerökonomische Gewalt"¹¹³, die die "letztmögliche Entwicklungsform des privaten Kapitalverhältnisses"¹¹⁴ aufrecht erhalten. Die staatlichen Eingriffe tragen selbst den Charakter von Monopolbedingungen, d. h., es handelt sich um "... Bedingungen, die gegen das ungehemmte Wirken des Konkurrenzmechanismus gerichtet sind"¹¹⁵ und somit die Verwertungsbedingungen für das Monopolkapital setzen. Das Verhältnis von Politik und Ökonomie reduziert sich so auf das Problem der personalen Vermittlung von Monopolinteressen in die Politik, wobei die strukturellen Beziehungen zwischen Politik und Ökonomie, etwa die Frage nach den strukturellen Grenzen staatlicher Interventionen, ebenso wenig Beachtung finden wie die Machteinflüsse der politischen Akteure auf die Monopole bzw. auf die ökonomischen Machtträger insgesamt. Besondere Probleme bereitet dieser Theorie das Verständnis der Vermittlung zwischen den qualitativen Differenzen der monopolistischen Einzelkapitalinteressen und dem Gesamtinteresse des Staates. Die Behauptung, auch die Monopolisten verfolgten ein objektiv bedingtes Interesse an der Stabilisierung des Kapitalismus als Ganzes¹¹⁶, ist tautologisch, da die Notwendigkeit des Staates gerade mit der Un-

112) WIRTH, M.: Zur Kritik der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus. In: Prokla (1973), Nr. 8/9. S. 17-44, hier S. 21.

113) KATZENSTEIN, R.: Zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus. In: Prokla (1973), Nr. 8/9. S. 1-16, hier S. 12.

114) Ebenda, S. 13.

115) Ebenda, S. 12.

116) Vgl. Autorenkollektiv: Imperialismus heute. Der Staatsmonopolistische Kapitalismus in Westdeutschland (hrsg. vom Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED). Berlin (Ost) 1967. S. 147.

fähigkeit der Monopole, Gesamtinteressen zu verfolgen, begründet wird.

Im Gegensatz zu den bisher aufgeführten Ansätzen, die die Rolle des Staates funktionalistisch von der Ökonomie her bestimmen und damit die gegenseitige Dependenz zu wenig berücksichtigen, haben andere staatstheoretische Konzepte den Mangel, die Rolle der Ökonomie systematisch unterzubewerten. Als Beispiel wird in diesem Zusammenhang der Ansatz von Ernst Fraenkel vorgestellt, da dieser wie Franz Neumann aus marxistischer Tradition stammt. Im Gegensatz zu Neumann gab Fraenkel nach der Erfahrung des Stalinismus und dem Miterleben der 'Roosevelt-Revolution' während seiner Emigrantenzzeit diese Position später völlig auf. In der Pluralismustheorie seines Spätwerks taucht die Ökonomie als spezifisches Problemfeld nicht mehr auf. Der "Antagonismus von Kapital und Arbeit" bildet lediglich eine, wenn auch politisch bedeutsame, Erscheinungsform "einer die gesamte industrielle Massengesellschaft durchziehende(n) Kette von Interessengegensätzen".¹¹⁷ Der Interessenausgleich wird zum Prinzip der pluralistischen Demokratie. Das Ergebnis dieses Prozesses des Interessenausgleichs bildet das Gemeinwohl, eine entscheidende normative Grundkategorie des Fraenkel'schen Ansatzes. Zur Erlangung des Gemeinwohls bedarf der Sektor der Interessenkonkurrenz eines nichtkontroversen Sektors, des Bereichs von "uneingeschränkt verbindlich anerkannten regulativen Prinzipien"¹¹⁸. Dieser Bereich umschließt alle verfassungsrechtlich und gesetzlich normierten Regeln. Die Forderung nach uneingeschränkter Anerkennung dieses Sektors bedeutet in der Konsequenz die Akzeptanz der vorhandenen gesellschaftlichen Strukturen. Dem Fraenkel'schen Ansatz bleibt damit eine Klärung des strukturellen Phänomens politischer und ökonomischer Machtbeziehungen verschlossen.

Neumann dagegen will politische Macht nicht losgelöst von der ökonomischen Basis sehen. Das Phänomen der Macht bleibt für ihn ohne "marxistische Geschichtsinterpretation"¹¹⁹ unverstanden. Der

117) FRAENKEL: Reformismus ... a. a. O., S. 427.

118) Ebenda, S. 404.

119) NEUMANN: Die Wissenschaft ... a. a. O., S. 388.

Konflikt zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen stellt "Ursprung und Richtung der politischen Macht"¹²⁰ dar. Mit der radikalen Ablehnung des Marxismus zu Beginn der westdeutschen Politikwissenschaft sieht Neumann das Verständnis der politischen Macht verunmöglicht, solch eine Politikwissenschaft sei ideologisch geworden.

Als Anschluß der aktuellen Debatte an Neumanns Ansatz können die Positionen von Wolf-Dieter Narr und Frieder Naschold gelesen werden, die von einer "starken 'Verfängerung' bis in die Organisationen hinein"¹²¹ zwischen ökonomischen und politischen Machthabern sprechen und es als falsch bezeichnen, eine lineare einseitige Abhängigkeit zu unterstellen. Das Zentralthema der Politik, die Frage nach der Steuerungsfähigkeit des Staates, ist für Narr nur "durch die historisch-systematische Analyse der Art des Zusammenhangs und der Form der Wechselwirkung von Ökonomie und Politik"¹²² zu beantworten. Das Verhältnis von Politik und Ökonomie ist trotz "Gleichläufigkeit der Interessen"¹²³ äußerst konfliktgeladen, da die politischen Instanzen unter größerem Legitimationsdruck stehen, was zur Konfrontation mit kurzfristigen Interessen wirtschaftlicher Machtträger führt. Neumann, der zwar weniger von Interessenkonkordanz als vielmehr von Interessendifferenzen ausgeht, die durch gegenseitige Abhängigkeit Kompromißbereitschaft erzwingen, weist explizit auf die Konfliktgeladenheit und Irrationalität dieser Interessenvermittlung hin, die die Politik in die Doppelstellung dränge, durch Legitimationsdruck zugleich ideologischer und demokratischer zu werden. Ideologischer, da egoistische Interessen als allgemeine ausgegeben werden müssen und demokratischer, da die Machtträger tatsächlich häufig gezwungen sind, über ihre partikularen Interessen hinauszugehen. Diese Doppelstellung der Politik und deren Interessenvermitt-

120) NEUMANN: Die Wissenschaft ... a. a. O., S. 389.

121) NARR, Wolf-Dieter und Frieder NASCHOLD: Einführung in die moderne politische Theorie III. Stuttgart 1971. S. 132.

122) NARR, Wolf-Dieter (Hrsg.): Politik und Ökonomie - autonome Handlungsmöglichkeiten des politischen Systems. Opladen 1975. S. 9.

123) NARR/NASCHOLD ... a. a. O., S. 131.

lung empirisch und theoretisch genauestens zu untersuchen, stellt für Neumann eine Zentralaufgabe der Politikwissenschaft dar.¹²⁴ Neumanns Theorie im Kontext heutiger Konzepte erweist sich als ein fruchtbarer Ansatzpunkt, die Krise der aktuellen staatsrechtlichen Diskussion zu überwinden. Nach dem Abklingen der "Ableitungseuphorien"¹²⁵ und der sich ebenfalls in einer Sackgasse befindenden 'Stamokaptheorien' ist eine erneute Aufnahme des Neumann'schen Ansatzes geboten.

6.6.3. Resümee

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß Neumanns Spätwerk einen weiterführenden und brauchbaren Ansatz politischer Wissenschaft bietet. Den formalen Anforderungen wird Neumann weitgehend gerecht: Sehr genau umreißen läßt sich der spezifische Fokus der politikwissenschaftlichen Fragestellung. Die relative methodische Offenheit reflektiert Neumann wissenschaftshistorisch und kann sie zudem aus dem Primat der Aufgabenstellung politischer Theorien begründen. Auch auf der inhaltlichen Seite kann ein positives Resultat verzeichnet werden: Sein Verflechtungstheorem legt ein überzeugendes Konzept des Verhältnisses von Politik und Ökonomie vor, in vorbildlicher Weise entwirft er darin eine Theorie der Politik mit ökonomischem Einschlag.

124) Vgl. NEUMANN: Die Wissenschaft ... a. a. O., S. 389.

125) KOSTEDDE, N.: Die neuere marxistische Diskussion über den bürgerlichen Staat. Einführung - Kritik - Resultate. In: Gesellschaft (1978), Nr. 8/9. S. 150-196, hier S. 189.

7. Wirkungsgeschichte

In diesem Teil will ich meine in der Einleitung aufgestellte These von der mangelnden Rezeption des Gesamtwerkes Neumanns belegen. Beispielhaft will ich dies für sein Hauptwerk, den 'Behemoth', nachweisen, indem ich zunächst einen chronologischen Überblick über dessen Rezeption gebe und dann diese Arbeiten nach der Art ihrer Ausführungen und nach ihren inhaltlichen Gesichtspunkten ordne. Abschließend möchte ich das tatsächliche Ausmaß des Einflusses Neumanns und seiner Schriften bestimmen und schließlich Gründe und Ursachen für die mangelhafte Rezeption aufzeigen.

7.1. Rezeptionsgeschichte des 'Behemoth'

7.1.1. Chronologischer Überblick

Die chronologische Ordnung der Rezeptionsgeschichte läßt sich in drei Phasen erfassen: die Zeit des Erscheinens des 'Behemoth' um 1941/42, die Phase von etwa 1955 bis zur Herausgabe der deutschen Übersetzung des Werkes 1976/77 und die Zeit nach der Übersetzung bis heute.

Die mir bekannten Autoren, die sich direkt nach Erscheinen des 'Behemoth' mit diesem auseinandersetzen, sind Arthur Rosenberg, Alfred Sohn-Rethel, Neumanns ehemaliger Kollege und Freund Ernst Fraenkel, C. Wright Mills, Paul M. Sweezy und Maxine Yaple Sweezy. Auffallend ist, daß eine Rezeption zu dieser Zeit hauptsächlich in den USA stattfand, abzulesen daran, daß die Aufsätze der genannten Autoren bis auf eine Ausnahme (Alfred Sohn-Rethel) in amerikanischen Publikationen erschienen; der 'Behemoth' blieb in Europa dagegen lange Zeit weitgehend unbekannt. Die Reaktionen auf das Erscheinen des Werkes beliefen sich in dieser ersten Phase zunächst meist auf kurze Buchbesprechungen oder nur auf knappe Verweise auf den 'Behemoth'. Rezensionen erschienen von Arthur Rosenberg in der Zeitschrift 'Studies in Philosophy and Social Sci-

ence'¹, von Ernst Fraenkel in der 'Neuen Volkszeitung'², von Maxine Yapple Sweezy in den 'Annals of the American Academy of Political and Sociological Science'³, von C. Wright Mills in 'Power, Politics and People'⁴ und von Paul M. Sweezy in 'Science and Society'⁵. Kurze Verweise gaben Alfred Sohn-Rethel⁶ und Paul M. Sweezy⁷, von dem ein weiterer Text in den USA erschien. Auf die inhaltlichen Ausführungen der genannten Autoren gehe ich im anschließenden Teil näher ein.

In der zweiten Phase von etwa 1955 bis zum Erscheinen der deutschen Übersetzung 1977 fand der 'Behemoth' dann allmählich auch in Europa, besonders in Deutschland, Beachtung, wenn auch m. E. eine zu geringe. Mit den Gründen der mangelnden Rezeption, die sich sehr gut in dieser zweiten Phase erkennen läßt, beschäftige ich mich im weiteren Verlauf meiner Argumentation. Die Autoren, die in Deutschland auf den 'Behemoth' verwiesen haben und sich zum Teil auch inhaltlich mit dem Werk auseinandersetzten, sind i. d. R. Faschismuskritiker bzw. Historiker wie Bracher, Nolte, Broszat, Wippermann, Kühnl u. a. Die einzige mir bekannte und zugängliche Rezension aus dieser Zeit stammt von dem US-Amerikaner H. Stuart Hughes⁸.

Mit Erscheinen der deutschen Übersetzung setzte auch eine verstärkte Auseinandersetzung mit der Theorie des 'Behemoth' ein, hauptsächlich durch den Arbeitskreis 'Kritische Theorie' um Alfons Söllner

-
- 1) ROSENBERG, Arthur: Political and Social Science. In: Studies in Philosophy and Social Science 9 (1941). S. 526f.
 - 2) FRAENKEL, Ernst: Das Produkt des Großkapitals. In: Neue Volkszeitung 11 (New York 1942), Nr. 20. S. 1.
 - 3) SWEEZY, Maxine Yapple: Neumann, Franz. Behemoth. In: Annals of the American Academy of Political and Sociological Science 222 (1942). S. 195f.
 - 4) MILLS, C. Wright: The Nazi Behemoth. In: Irving Louis Horowitz (Hrsg.): Power, Politics and People. New York 1964. S. 170-178 (ursprünglich: Locating the Enemy. The Nazi Behemoth dissected. In: Partisan Review 4 (1942). S. 432-437).
 - 5) SWEEZY, Paul M.: The Present as History. New York 1953 (zuerst erschienen in 'Science and Society' 1942).
 - 6) SOHN-RETHEL, Alfred: Zur Klassenstruktur des deutschen Faschismus (Frühjahr 1941). In: Johannes Agnoli, Bernhard Blanke und Niels Kadritzke (Hrsg.): Ökonomie und Klassenstruktur des deutschen Faschismus. Frankfurt am Main 1973. S. 186ff.

und Helmut Dubiel. Zu erwähnen sind außerdem noch Rainer Erd⁹, Gunnar Stollberg¹⁰, verschiedene Schriften von Richard Saage¹¹ sowie Gert Schäfer¹², Wolfgang Luthardt¹³ und die Herausgabe eines Sammelbandes über Neumann von Joachim Perels.¹⁴

Im weiteren möchte ich die mir zugänglichen Ausführungen über Neumanns 'Behemoth' nach inhaltlichen Gesichtspunkten ordnen. Obwohl einige Publikationen nicht greifbar waren, läßt sich ein guter Überblick über die bisher erfolgte Auseinandersetzung mit der Theorie des 'Behemoth' geben und meine These von der geringen Beachtung, die man Neumanns Werk schenkte, untermauern. Die mir vorliegenden Aufsätze, die ich zuvor zum größten Teil im chronologischen Abriß kurz aufgelistet habe, teile ich in vier Gruppen ein; dies sind zunächst Rezensionen, dann theoretische Auseinandersetzungen sowie Verweise und schließlich, diese Kategorie überrascht vielleicht zunächst, sog. 'Nichterwähnungen'.

-
- 7) SWEEZY, Paul M.: Theorie der kapitalistischen Entwicklung. Frankfurt am Main 1970.
 - 8) HUGHES, H. Stuart: F. Neumann. Between Marxism and Liberal Democracy. In: Donald Fleming und Bernard Bailyn: The Intellectual Migration. Europe and America 1930 - 1960. Cambridge/Mass. 1969. S. 446-462.
 - 9) ERD: Reform ... a. a. O.
 - 10) STOLLBERG, Gunnar: Der vierköpfige Behemoth. Franz Neumann und die moderne Auffassung vom pluralistischen Herrschaftssystem des Faschismus. In: Gesellschaft (1976), Nr. 6. S. 92-117.
 - 11) SAAGE: Faschismustheorien ... a. a. O.; SAAGE, Richard: F. Neumann: Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933 - 1945. In: Politische Vierteljahresschrift 20 (1979). S. 29-32; SAAGE, Richard: Das sozio-politische Herrschaftssystem des Nationalsozialismus. Reflexionen zu F. Neumanns 'Behemoth'. In: Jahrbuch des Instituts für deutsche Geschichte der Universität Tel-Aviv 10 (1981). S. 341-362.
 - 12) SCHÄFER: Franz Neumanns Behemoth ... a. a. O.; SCHÄFER: Franz Neumann ... a. a. O.
 - 13) LUTHARDT, Wolfgang: Kontinuität und Wandel in der Theorie Franz Neumanns. In: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung (1983), Heft 3. S. 329-373.
 - 14) PERELS, Joachim (Hrsg.): Recht, Demokratie und Kapitalismus. Aktualität und Probleme der Theorie Franz L. Neumanns. Baden-Baden 1984.

7.1.2. Rezensionen

Sieben verschiedene Rezensionen des 'Behemoth' sollen im folgenden in der Reihenfolge ihres Erscheinungsjahres vorgestellt werden.

Die erste ist die von Arthur Rosenberg¹⁵ in der Institutszeitschrift 'Studies in Philosophy and Social Science' von 1941. In seiner kurzen Besprechung lobt er das Buch zwar, geht aber auf Neumanns inhaltliche Darstellung des Nationalsozialismus überhaupt nicht ein; auch die vielen Verbindungen mit den Ansichten, die im Institut für Sozialforschung vertreten wurden, erwähnt er nicht. Obwohl er Neumanns Werk positiv bewertet, bleibt für ihn ein ungelöstes Problem: Die alte 'Political Science' sei nämlich dem Phänomen des Faschismus nicht gewachsen, es sei "... something wrong with the categories"¹⁶.

Auch Ernst Fraenkel lobt in seinem 1942 in der 'Neuen Volkszeitung' erschienenen Artikel¹⁷ Neumanns 'Behemoth'. Besonders hebt er dessen eingehende Quellenforschung hervor und unterscheidet es von Essays solcher Autoren, "... die glauben, des kompliziertesten Phänomens der modernen Geschichte dadurch Herr werden zu können, daß sie aus unsubstantiierten Behauptungen ein System ableiten, das ihrer vorgefaßten Meinung entspricht."¹⁸ Auf die inhaltlichen Aussagen des 'Behemoth' geht auch er kaum ein. Seine Kritik setzt dort an, wo Neumanns Analyse in der Feststellung endet, daß der totalste aller Staaten gar kein Staat mehr sei.¹⁹ Er wirft Neumann vor, daß dieser nach seiner Analyse, also der logisch-klaeren Zergliederung unübersichtlicher Zusammenhänge, die Auswertung der Ergebnisse seiner Einzelforschungen zu einem einheitlichen Bild mehr oder weniger nicht vornimmt. Seine Kritik einschränkend sagt er gleichzeitig aber auch, daß mit der Abfassung eines 'abschließenden Buches' über den Nationalsozialismus vielleicht allzuviel gefordert

15) ROSENBERG: Political ... a. a. O.

16) Ebenda, S. 526.

17) FRAENKEL: Das Produkt ... a. a. O.

18) Ebenda, S. 1.

19) Vgl. hierzu Teil 4.2.2. dieser Arbeit.

sei, weil ein derartiges Unterfangen eine größere zeitliche Distanz voraussetze.

Eine eingehende Darstellung des Inhalts des 'Behemoth' gibt Paul M. Sweezy in seinem 1942 in der Zeitschrift 'Science and Society' erschienenen Aufsatz.²⁰ In der Einleitung lobt er Neumanns Fähigkeit der sozialen Analyse und dessen ausgezeichnete Qualifikationen, die dieser besitzt; er bewertet den 'Behemoth' als das beste bis dahin veröffentlichte Werk zum Thema Nationalsozialismus. Im weiteren stellt er die Hauptthesen der einzelnen Kapitel des Werkes auf ca. sechs Seiten vor. Seine Kritik setzt wie die Fraenkels bei der Frage ein, ob Deutschland ein Staat sei. Neumanns negative Beantwortung dieser Frage verwirre die Mehrzahl der Sozialwissenschaftler, nicht zu sprechen von den Laien, weil es nicht gerechtfertigt sei und paradox erscheine, die Analyse mit dieser Feststellung zu beenden, obwohl Neumann die ganze Zeit vom Staat gesprochen habe. Einen weiteren Grund warum Neumanns Schluß so nicht zu akzeptieren sei, sieht er in der Bedeutung, die das Verschwinden des Staates in der sozialistischen Literatur spiele, obwohl er gleich einschränkend Neumanns Darstellung der Art, wie der Staat im nationalsozialistischen Deutschland angeblich verschwunden sei, hiervon unterscheidet. Ein weiterer Kritikpunkt bezieht sich darauf, daß Neumanns Werk in ökonomischer Hinsicht statistisch und qualitativ noch umfassender und genauer werden müsse. Auch Sweezy schränkt seine gesamte Kritik am 'Behemoth' ein, wenn er sagt, daß sich diese nur auf die Form und die Darstellungsweise beziehe, die inhaltliche Vortrefflichkeit der Neumann'schen Analyse jedoch rückhaltlos anerkenne.

In ihrer kurzen Rezension in den 'Annals of the American Academy of Political and Sociological Science'²¹ von 1942 würdigt Maxine Yaple Sweezy Neumanns Werk insofern, als dieses, im Gegensatz zu früheren Schriften anderer Autoren zum selben Thema, Politik, Geschichte, Recht, Soziologie, Philosophie und Ökonomie miteinander verbinde, um das gesamte Modell der nationalsozialistischen Gesell-

20) SWEETZY, P. M.: The Present ... a. a. O.

21) SWEETZY, M. J. ... a. a. O.

schaft bloßzulegen. Für sie bedeutet dies das höchste Lob und daneben sei jede Kritik unbedeutend. Im gleichen Atemzug aber gesteht sie, daß sie verwirrt sei über Neumanns Analyse des nationalsozialistischen Deutschlands als 'Nicht-Staat'. Sie stellt an dieses Bekenntnis anschließend die Ausführungen Neumanns zum Namen 'Behemoth' und seine Begründung für die Wahl dieser Bezeichnung dar. Ihrer Meinung nach hat Neumann jedoch diesen Begriff nie in seinem umfassenden Sinn erklärt. Die Inhalte der Neumann'schen Analyse stellt sie nur kurz vor, indem sie auf ein Zitat Neumanns über die vier herrschenden Gruppen im nationalsozialistischen Deutschland und deren Bedeutung zurückgreift. Als moralische Verpflichtung erwächst hieraus ihrer Meinung nach die Bekämpfung des Nationalsozialismus für immer und ewig; gelingen soll dies durch Auflösung der Partei, der Armee, der Bürokratie und vor allem durch eine grundlegende Änderung der ökonomischen Struktur Deutschlands.

C. Wright Mills würdigt in seinem Aufsatz 'The Nazi Behemoth'²² Neumanns präzise Analyse, dessen Auffassungskraft und handwerkliches Können; er sieht den 'Behemoth' in der besten Tradition der deutschen Sozialwissenschaften. Den Inhalt gibt er in drei Abschnitten wieder; zunächst geht er auf den Typ von Kapitalismus ein, den Neumann als 'totalitären Monopolkapitalismus' bezeichnet, anschließend beschreibt er Neumanns Sicht der vier herrschenden Gruppen im damaligen Deutschland und stellt schließlich Neumanns Ausführungen zur Ideologie im nationalsozialistischen Deutschland dar. Auffallend ist, daß Mills - im Gegensatz zu einigen der bereits besprochenen Autoren - nicht auf Neumanns These des 'Nicht-Staates' eingeht. Der 'Behemoth' ist für ihn in der Hinsicht bedeutend, als er Licht auf den Kapitalismus in Demokratien wirft. Mills tun sich die gefährlichen Umriss einer möglichen Zukunft auf, in der der Nationalsozialismus für ihn nur einer der Feinde ist; in diesem Sinne helfe Neumann nicht nur, das nationalsozialistische Deutschland zu verstehen, sondern den Feind in der ganzen Welt zu erkennen. Insofern erscheint ihm Neumanns Buch nicht nur als das wichtigste über das damalige Deutschland, sondern auch als ein

22) MILLS: The Nazi ... a. a. O.

lebendiger Beitrag zu allen linksorientierten Überzeugungen und Grundhaltungen.

In seinem Aufsatz 'Franz Neumann between Marxism and Liberal Democracy'²³ geht H. Stuart Hughes näher auf den 'Behemoth' ein. Zunächst erkennt auch er Neumanns Analyse und dessen Faktenzusammenstellung an und sieht ihn in der marxistischen Tradition, weil er auf 'Entlarvung' als auf das primäre Interesse des Politikwissenschaftlers insistiere. Inhaltlich stellt er dann Neumanns, wie er es nennt, 'Schlüssel' vor, die Ökonomie und die vier herrschenden Gruppen. Im weiteren erscheint es ihm merkwürdig, daß Neumann sich in seinem 'Behemoth' nie auf die Arbeit des Italieners Gaetano Salvemini über den italienischen Faschismus bezog, obwohl er dessen Werk kannte. Noch überraschender ist für ihn die Tatsache, daß diese neuere Interpretation des italienischen Faschismus angenommen und wenig kontrovers diskutiert wurde, hingegen Neumanns vergleichbare Arbeit wiederholt in Frage gestellt worden sei. Neumanns These vom 'Nicht-Staat' weist Hughes nicht zurück, sondern versucht, sie als zweite Linie der Neumann'schen Argumentation, neben der ökonomischen und sozialen, im Zusammenhang der 'Totalitarismustheorie' und des 'Kalten Krieges' zu verstehen. Dieser zweite Argumentationsstrang sei für Neumann insofern wichtig gewesen, als dieser die Sowjetunion und das nationalsozialistische Deutschland aus Gründen terminologischer Verwirrung nicht in einen Topf werfen wollte. Neumann habe zwar den Begriff 'totalitär' verwendet, aber nie dazu ausgenützt, wie etwa die Befürworter des 'Kalten Krieges', um den Unterschied zwischen faschistischer und kommunistischer Gesellschaft zu verwischen.

Eine in Deutschland herausgegebene Rezension des 'Behemoth' von Richard Saage²⁴ erschien 1979, also nach Übersetzung des Werkes. Er lobt die Analyse mit den Worten Ernst Fraenkel's aus dessen Rezension von 1942 als "erste Enzyklopädie des Nationalsozialismus"²⁵, sie sei es trotz aller Verdienste von Brachers Gesamtdar-

23) HUGHES ... a. a. O.

24) SAAGE: F. Neumann ... a. a. O.

25) Ebenda, S. 29.

stellung des deutschen Faschismus ('Die deutsche Diktatur'. Köln und Berlin 1969) bis auf den heutigen Tag geblieben. Obwohl heute aufgrund der Auswertung von Quellenmaterialien, die Neumann als Emigranten und Verfolgtem des deutschen Faschismus nicht zur Verfügung gestanden hätten, genauere Erkenntnisse über einzelne Aspekte des nationalsozialistischen Herrschaftssystems vorlägen, könne nicht bestritten werden, daß in Neumanns fundamentaler Studie alle Interpretations- und Theorieansätze, die in der Faschismuskommunikation eine Rolle spielten, vorweggenommen, kritisiert und nicht selten auf einen Forschungsstand gebracht worden wären, der bisher unerreicht geblieben sei. Als Beispiel für vorweggenommene Interpretations- und Theorieansätze führt Saage zunächst den 'modernisierungstheoretischen Ansatz' von Autoren wie Dahrendorf, Schoenbaum und Turner an. Ein Vorläufer sei Neumanns 'Behemoth' auch für jene Interpretationsperspektive gewesen, die er als These von der 'deutschen Sonderentwicklung' bezeichnet. Nicht zuletzt sei auch Neumanns fundierte Darstellung des Rassenimperialismus nach wie vor neben Noltes ideologiekritischen Untersuchungen unverzichtbar für das Verständnis der geistigen Wurzeln des deutschen Faschismus. Laut Saage bedarf die allgemeine Zuordnung des 'Behemoth' zur marxistischen Forschungstradition der Präzisierung. Er stellt fest, daß Neumanns Untersuchung in nicht unbeträchtlichem Maße auch Max Weber verpflichtet ist. Dies belegt er mit Neumanns Analyse wesentlicher Herrschaftsmechanismen des Systems, die sich der Idealtypen der charismatischen und bürokratischen Herrschaft bedient; auch orientiere sich Neumanns Kapitalismusbegriff nicht nur an Marx, sondern auch an Weber. Im weiteren geht Saage auf die ökonomischen und außerökonomischen Faktoren der Neumannschen Analyse ein und legt schließlich Neumanns Hauptthese vom 'totalitären Monopolkapitalismus' dar. In diesem Zusammenhang erwähnt er auch kurz die Divergenz Neumanns zu der von seinem früheren Institutskollegen Pollock vertretenen 'Staatskapitalismus'-Theorie. Eines der wesentlichsten Resultate von Neumanns Untersuchung sieht Saage im Nachweis, daß unter dem deutschen Faschismus der 'Leviathan' zunehmend vom 'Behemoth' verdrängt worden sei. Abschließend hält Saage als Verdienst Neumanns fest, daß dieser die spezifische Form dieses Imperialismus in seiner Innen- und Außenstruktur umfassender und überzeugender dargestellt habe

als jeder andere Autor vor und auch nach ihm. Neumanns 'Behemoth' habe nicht zuletzt deswegen Maßstäbe gesetzt, die bis heute nicht überholt worden seien.

Auffallend bei diesen sieben von mir kurz vorgestellten Rezensionen ist ihr Erscheinungsjahr und -ort. Die ersten fünf Buchbesprechungen wurden mehr oder weniger kurz nach dem Erscheinen des 'Behemoth' um 1942 publiziert. Aus den folgenden 25 Jahren bis zur deutschen Übersetzung ist mir nur die von Hughes bekannt. Bei meinen Nachforschungen stieß ich auf nur eine deutsche Rezension, die von Richard Saage. Man kann also davon ausgehen, daß der 'Behemoth' zumindest in Europa bzw. in Deutschland bis zum Erscheinen der deutschen Übersetzung weitgehend unbekannt blieb und daß das Werk hauptsächlich von Autoren in den USA rezipiert worden ist. Eine stärkere Auseinandersetzung in Deutschland mit der Theorie des 'Behemoth' findet erst seit Herausgabe der deutschen Übersetzung im Jahre 1977 statt.

Allen Rezensionen ist ihr uneingeschränktes Lob für Neumanns Analyse gemein. Besonders hervorgehoben werden Neumanns eingehende Quellenforschung, seine Fähigkeit der präzisen sozialen Analyse, seine Faktenzusammenstellung, seine Verbindung der verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen und sein hervorragendes handwerkliches Können. Dieses Lob steigert sich noch, wenn Maxine Yaple Sweezy jede Kritik am 'Behemoth' als unbedeutend abtun möchte, Paul M. Sweezy den 'Behemoth' als das beste bis dahin erschienene Werk zum Thema Nationalsozialismus einstuft und schließlich Saage diese Einschätzung noch dadurch ergänzt, daß auch kein Autor nach Neumann ein überzeugenderes Werk geliefert hätte.

Unterschiede ergeben sich hinsichtlich des Umfangs der inhaltlichen Darstellung des 'Behemoth'. Wo die Hauptthesen Neumanns überhaupt wiedergegeben werden, geschieht dies meist in recht knapper Form; drei Autoren (M. J. Sweezy, Rosenberg, Fraenkel) gehen nicht oder kaum auf die zentralen Aussagen des 'Behemoth' ein. Ähnliche Unterschiede tauchen bei der kritischen Auseinandersetzung der Autoren mit der Theorie des Neumann'schen Werkes auf. Zunächst fallen die beiden recht scharfen Kritiken Fraenkels und P. M. Sweezys

und die etwas schwächere von M. Y. Sweezy an Neumanns These des 'Nicht-Staates' auf. Die anderen Autoren beziehen ihre Kritik nicht auf diese Aussage, geben aber andererseits auch nicht zu erkennen, inwieweit sie dieser Einschätzung Neumanns zustimmen.

Ansonsten wird weitergehende Kritik so gut wie nicht geübt. Fraenkel schränkt seine harte Kritik auch gleich wieder ein, indem er sagt, daß vielleicht von Neumann allzuviel gefordert würde, da die zeitliche Distanz für ein 'abschließendes' Buch über den Nationalsozialismus noch nicht gegeben sei; ebenso relativiert auch P. M. Sweezy seine Kritik, da er diese nur auf Form und Darstellungsweise der Neumann'schen Untersuchung bezogen sehen will.

7.1.3. Theoretische Auseinandersetzungen

Zu diesem Teil meiner Arbeit liegen mir fünf Schriften vor, die sich teils kritisch mit der Theorie des 'Behemoth' auseinandersetzen, teils die Thesen Neumanns in eigene Untersuchungen einfließen lassen, indem in einigen Fällen sehr ausführlich der Inhalt der Neumann'schen Analyse wiedergegeben wird. Letzteres ist bei Saage und Söllner der Fall, eine theoretische Auseinandersetzung findet bei Stollberg, Carroll und Schäfer statt. Im folgenden möchte ich diese Texte zunächst nur kurz vorstellen.

Die Ausführungen Söllners²⁶ kann ich insofern sehr kurz abhandeln, als sie zum großen Teil im Abschnitt 4.2.2. dieser Arbeit auftauchen, in dem ich mich bei der Darstellung der Theorie des 'Behemoth' im wesentlichen auf Söllners Text gestützt habe. Ich will deshalb nur kurz eine Einordnung seiner Ausführungen vornehmen. Söllner gibt die m. E. ausführlichste Zusammenfassung (23 Seiten) der Theorie des 'Behemoth' im dritten Teil seiner Arbeit, in der er unter der Überschrift 'Die historische Dialektik von Recht und Macht' die materialistische Rechts- und Staatstheorie der beiden ehemaligen

26) SÖLLNER: Geschichte ... a. a. O., S. 139-162.

Institutskollegen Kirchheimer und Neumann darstellt. Er arbeitet sehr präzise und ausführlich die drei Elemente der Neumann'schen Strukturanalyse heraus, das politologische, das der progressiven Bürokratisierung und das der kapitalistischen Produktionsweise. Im übrigen hat sich Söllner von allen mir bekannten Autoren am intensivsten mit der Person Neumanns und mit dessen Schaffen beschäftigt.

Mit den Ausführungen Richard Saages zum 'Behemoth' in seinem Werk 'Faschismustheorien'²⁷ verhält es sich ähnlich wie mit den gerade dargestellten von Alfons Söllner. Saage stellt die Theorie des 'Behemoth' der in den Werken von Fraenkel²⁸ und Pollock²⁹ entwickelten gegenüber, die im Teil 4.2.2. dieser Arbeit ebenfalls dargestellt werden. Den Rahmen für Saages Untersuchungen bildet das Verhältnis von Ökonomie und Politik unter den Bedingungen des Faschismus an der Macht. Er versteht die Position von Neumann, Fraenkel u. a. als Vorläufer des konflikttheoretisch und auch des polit-ökonomisch orientierten Ansatzes. Insofern erscheint es ihm in seinem Werk notwendig, die damals formulierten Einsichten in die Struktur des nationalsozialistischen Herrschaftssystems zu skizzieren. Seine Auseinandersetzung mit dem 'Behemoth' findet dann auch nur in der Form statt, daß er die für ihn zentralen Thesen Neumanns lediglich wiedergibt, jedoch mit Blick auf Fraenkels und Pollocks Theorien. Es scheint mir, daß Saage am ehesten die Theorie Neumanns favorisiert, was nicht zuletzt daran abzulesen ist, daß er abschließend den 'Behemoth' sehr lobt und dessen mangelnde Rezeption als einen Skandal bezeichnet.

Im Nachwort des 'Behemoth' beschäftigt sich Gert Schäfer³⁰ mit dessen Theorie und der heutigen Faschismusdiskussion. In seinen Ausführungen zur Herausgabe und Übersetzung des Werkes geht er den Fragen nach, warum erst jetzt und warum jetzt noch dieses

27) SAAGE: Faschismustheorien ... a. a. O., S. 53-66.

28) FRAENKEL: Der Doppelstaat ... a. a. O.

29) POLLOCK: State Capitalism ... a. a. O.

30) SCHÄFER: Franz Neumanns Behemoth ... a. a. O.

Buch, über ein Vierteljahrhundert nach seinem Entstehen, in der Muttersprache des Autors veröffentlicht wird; in diesem Zusammenhang interessiert ihn besonders die bisherige Rezeption des Werkes. Im weiteren stellt er die Hauptthesen Neumanns vor und setzt sie in Beziehung zu den neueren Werken jüngerer Autoren wie etwa Broszat, Buchheim, Kadritzke, Blauch, Petzina, Carroll, Mason, Blanke, Sohn-Rethel u. a. Es schließt sich der Vergleich der Neumann'schen Theorie mit der seiner Kollegen Pollock und Fraenkel an.

Auch auf die Beurteilung des 'Behemoth' durch Berenice A. Carroll³¹ geht Schäfer ein. Ihr Buch sei eine differenzierte Auseinandersetzung mit dem ökonomischen Teil von Neumanns Analyse. Er sieht den Gestus ihrer Kritik am besten durch folgenden Satz charakterisiert: "Seit Neumanns 'Behemoth' ist dieser Sachverhalt nicht mehr detailliert und aufschlußreich analysiert worden, doch ist das Buch heute veraltet, obwohl es immer noch den besten Ansatz darstellt."³² Laut Schäfer verweist Carroll dann mehrfach detailliert auf Aussagen des 'Behemoth' zum Beleg für ihre Thesen.

Eine längere und sehr kenntnisreiche Auseinandersetzung mit Neumanns 'Behemoth' gibt es von Gunnar Stollberg³³. Seine Untersuchung gilt der 'pluralismustheoretischen' Auffassung des Verhältnisses von Industrie und Nationalsozialismus. Er setzt hierzu nicht bei den Studien westdeutscher Historiker an, sondern versucht anhand der Werke der beiden Deutschamerikaner F. Neumann und A. Schweitzer, die für ihn den Ausgangspunkt bzw. das Vorbild der westdeutschen pluralismustheoretischen Faschismusforschung darstellen, ein prinzipielles methodisches Problem dieser Forschungsrichtung aufzuzeigen: die Erklärung des Zusammenhalts und der gemeinsamen Interessen der verschiedenen Herrschaftsträger. Im einzelnen untersucht er, wieweit Neumann und Schweitzer eine Erklärung dieses Zusammenhalts gelungen ist bzw. mit ihrer jeweiligen Vorgehensweise

31) CARROLL, Berenice A.: Design for Total War. Paris 1968.

32) Ebenda, S. 83 Anm. 19; zit. n. SCHÄFER: Franz Neumanns Behemoth ... a. a. O., S. 717.

33) STOLLBERG ... a. a. O.

gelingen konnte. Anschließend geht er noch auf zwei Vertreter dieser Vorgehensweise ein und weist den Einfluß Neumanns auf die moderne westdeutsche pluralismustheoretische Faschismusforschung (Petzina, Bollmus) nach. Stollberg kommt im Laufe seiner Untersuchung zu dem Ergebnis, daß es Neumann nicht wirklich gelinge, "... eine Erklärung des Zusammenhalts der faschistischen Herrschaftsträger, der Einheit der 'ruling class'"³⁴, zu liefern. Als erste Begründung führt er die auf unterschiedlichen Ebenen liegenden Kohäsionskräfte (wirtschaftlicher, politischer und psychischer Natur) an, die Neumann voraussetzt, mit denen jedoch die pluralistische Einheit der herrschenden Klasse kaum zureichend erklärt sei. Ein weiteres Argument gilt ihm, daß Neumann die subjektiven, bewußtseinsmäßigen Motive und Entscheidungen der herrschenden Gruppe überbetone, während doch die Profitsituation und Kapitalverwertungsschwierigkeiten das Handeln determinierten. Die Einsicht in den Zusammenhang von Ökonomie, Klassenstruktur und Politik werde Neumann schließlich auch verstellt durch seine "personale Akzentuierung des Kapitalverhältnisses"³⁵ - in der Rede von Machtlagern und -blöcken - und seine "zu sehr an der Oberfläche der gesellschaftlichen Erscheinungen"³⁶ haftende Analyse der herrschenden Klasse.

Diesen fünf kurz vorgestellten Ausführungen ist eine relativ intensive Auseinandersetzung mit dem 'Behemoth' gemein. Die beiden ersten Autoren (Söllner, Saage) geben nur eine mehr oder weniger ausführliche inhaltliche Darstellung der Untersuchung Neumanns. Eine kritische Rezeption findet sich bei den übrigen drei Autoren, wobei mir die von Stollberg als interessanteste, kenntnisreichste und einträglichste erscheint. Es ist aber erkennbar, und das gilt es festzuhalten, daß eine angemessene Auseinandersetzung mit der Theorie des 'Behemoth' bis heute nicht stattgefunden hat.

34) STOLLBERG ... a. a. O., S. 93.

35) Ebenda, S. 100.

36) Ebenda, S. 110.

7.1.4. Verweise

Unter dieser Überschrift fasse ich solche Texte, die sich nur recht knapp auf den 'Behemoth' beziehen. Dies geschieht vorwiegend in drei verschiedenen Ausprägungen bzw. Zusammenhängen: als Übereinstimmung (meist als Beleg, verbunden mit Lob), als politische Biographie Neumanns (oft im Rahmen von Vorworten, Gedenkreden, Würdigungen etc.) und als Ausführungen, die die Geschichte des Instituts für Sozialforschung beleuchten (und dabei besonders die Kontroverse zwischen Neumann und Pollock).

Ein besonders gutes Beispiel für die erste Kategorie bilden die drei Werke von Karl Dietrich Bracher,³⁷ wo Neumanns 'Behemoth' sehr häufig zum Beleg zitiert wird, ohne daß eine explizite Kritik stattfindet; es werden höchstens beiläufige Einwände gemacht, die an Neumanns Argumentation vorbeigehen. Ohne sich näher mit Neumanns Hauptwerk auseinandergesetzt zu haben, stellt Bracher schließlich fest: "Den bedeutendsten Versuch einer soziologisch-ökonomisch angesetzten Gesamterklärung enthält die frühe Darstellung des deutsch-amerikanischen Politikwissenschaftlers Franz Neumann."³⁸

Einen kurzen Verweis, der auch als Anerkennung der Analyse Neumanns einzuschätzen ist, bringt C. Wright Mills in seinem Werk 'The Sociological Imagination'³⁹, wenn er den 'Behemoth' als "... ein großartiges Beispiel dafür, wie die Strukturanalyse einer konkreten Gesellschaft aussehen sollte"⁴⁰, beschreibt.

Ernst Nolte zählt den 'Behemoth' in seiner Einleitung der 'Theorien über den Faschismus'⁴¹ zur "kenntnisreichsten und umfassendsten

37) BRACHER, Karl Dietrich: Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34. 2. durchges. Aufl. Köln und Opladen 1962; BRACHER, Karl Dietrich: Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur und Folgen des Nationalsozialismus. Köln und Berlin 1969; und BRACHER, Karl Dietrich: Die Auflösung der Weimarer Republik. 5. Aufl. Villingen 1971.

38) BRACHER: Die deutsche ... a. a. O., S. 5.

39) MILLS, C. Wright: Kritik der soziologischen Denkweise. Neuwied und Berlin 1963 (ursprünglich: The Sociological Imagination. New York 1959).

Analyse des Nationalsozialismus"⁴². Er stellt ihn zusammen mit den Theorien Laskis und Parsons für den Zeitraum 1939 bis 1945 vor.

Wolfgang Wippermann verweist auch nur kurz auf den 'Behemoth', indem er sehr knapp dessen Hauptthese darstellt und ihn würdigt als eine "... systematische sozioökonomische Untersuchung und geistesgeschichtliche Herleitung des Dritten Reiches ..., die in vielen Punkten bis heute nicht übertroffen wurden".⁴³

Eine explizite Übereinstimmung mit "allem wesentlichen"⁴⁴ äußert Alfred Sohn-Rethel in seinem Aufsatz 'Zur Klassenstruktur des deutschen Faschismus', in dem er Neumanns Ergebnisse voraussetzt und im weiteren die faschistische Partei und den Zusammenhang ihrer Macht mit der Ökonomie untersucht.

Eine ähnliche Äußerung, aber auch, ohne näher auf den 'Behemoth' einzugehen, erscheint bei Paul M. Sweezy, der sagt: "Neumanns Schlüsse stimmen im wesentlichen mit denen dieses Buches überein."⁴⁵

Unterschiedliche Einschätzungen des 'Behemoth' im Rahmen der Totalitarismustheorie gibt es von Walter Schlangen und Reinhard Kühnl. Schlangen zählt Neumanns Arbeit zu den "ersten systematischen Analysen des 'Totalitarismus'"⁴⁶, während Kühnl Neumann folgendes bescheinigt: "Sein scharfer Blick für gesellschaftliche Zusammenhänge und seine methodische Schulung an marxistischer Wissenschaft haben ihn davor bewahrt, die Herrschaftstechniken des

40) MILLS: Kritik ... a. a. O., S. 90.

41) NOLTE, Ernst: Theorien über den Faschismus. Köln und Berlin 1967.

42) Ebenda, S. 63.

43) WIPPERMANN, Wolfgang: Faschismustheorien. 2. Aufl. Darmstadt 1975. S. 68.

44) SOHN-RETHEL ... a. a. O., S. 186.

45) SWEETZ, P. M.: Theorie ... a. a. O., S. 394 Anm. 433.

46) SCHLANGEN, Walter: Der Totalitarismus-Begriff. Grundzüge seiner Entstehung, Wandlung und Kritik. In: Aus Politik und Zeitgeschehen, Beilage zur Wochenzeitung 'Das Parlament', B 44/70. S. 3-44, hier S. 9.

Faschismus von ihrem sozialen Inhalt zu lösen und von hier aus zu einer Identifizierung von Faschismus und Bolschewismus zu gelangen."⁴⁷

Im Rahmen von Vorworten, Gedenkreden, Würdigungen, Einleitungen etc. wird von den Autoren Herbert Marcuse, Helge Pross, Gert Schäfer, Rainer Erd und Alfons Söllner eine intellektuelle und politische Biographie Neumanns gezeichnet, in der natürlich auch Bezug auf den 'Behemoth' genommen wird.

Herbert Marcuse zeigt in dem Vorwort zu 'Franz Neumann. Demokratischer und autoritärer Staat'⁴⁸ kurz den Zusammenhang zwischen dem 'Behemoth' und Neumanns späterer Arbeit im 'Office of Strategic Services' und im 'Department of State' auf, der darin bestehe, daß Neumann die in seiner Studie gewonnenen Einsichten auf die Analyse anwandte und für die Prognose deutscher Entwicklungen fruchtbar machte.

In der Einleitung im selben Werk apostrophiert Helge Pross⁴⁹ den 'Behemoth' in fast derselben Weise wie Marcuse, geht aber auch noch kurz auf die ihrer Meinung nach unzureichende Rezeption ein.

Im Rahmen einer Würdigung lobt Otto Kirchheimer⁵⁰ den 'Behemoth' als den bedeutendsten Erklärungsversuch des nationalsozialistischen Deutschlands, trotz der Flut von Schriften zum gleichen Thema, die später erschienen sind.

Neumanns Freund und früherer Kollege Ernst Fraenkel geht in seiner 'Gedenkrede auf Franz Neumann'⁵¹, die 1955, also kurz nach Neumanns Tod gehalten wurde, näher auf den 'Behemoth' ein. Er

47) KÜHNEL, Reinhard: Linke Totalitarismusversionen. In: M. Greiffenhagen, R. Kühn und J. B. Müller: Totalitarismus. Zur Problematik eines Begriffs. München 1972. S. 97-119, hier S. 107.

48) MARCUSE ... a. a. O., S. 5-8.

49) PROSS ... a. a. O.

50) KIRCHHEIMER, Otto: F. Neumann. An Appreciation. In: Dissent 4 (1957). S. 382-386.

51) FRAENKEL: Reformismus ... a. a. O., S. 168-179.

legt zunächst dessen Entstehungsgeschichte und seine Doppelfunktion während des Krieges und der ersten Nachkriegszeit dar. Obwohl ihn die These, daß das 'Dritte Reich' kein Staat mehr sei, niemals zu überzeugen vermochte, konzidiert er doch, daß dies nichts daran ändere, daß Neumann das Standardbuch über den Nationalsozialismus geschrieben habe, eine Leistung, die er umso höher bewertet, "... als die Klarheit des Urteils nicht durch Ressentiments getrübt, die Sachlichkeit der Darstellung nicht durch polemische Propaganda gestört ist."⁵²

Wolfgang Luthardt erwähnt den 'Behemoth' in seiner Studie 'Kontinuität und Wandel in der Theorie Franz L. Neumanns. Eine historisch-politische Skizze',⁵³ im Rahmen der Entwicklung Neumanns auf theoretischem Gebiet während dessen 'Londoner Zeit'. Besonders hebt er abschließend die Ignoranz einiger Institutsmitglieder, besonders Horkheimers, bezüglich des 'Behemoth' hervor.

Gert Schäfer nimmt in zwei Texten Bezug auf den 'Behemoth'. In einem Aufsatz von 1984⁵⁴ über einige Motive im politischen Denken von Franz L. Neumann gibt er zunächst zu verstehen, daß er an dieser Stelle auf Neumanns klassische Analyse des nationalsozialistischen Deutschlands nicht näher eingehen will, ordnet sie dann aber der marxistischen Richtung zu und beschäftigt sich in diesem Zusammenhang auch mit der Kontroverse zwischen Neumann und Pollock. In dem Werk 'Deutsche Historiker' von Hans-Ulrich Wehler zeichnet Schäfer eine kurze Biographie Neumanns.⁵⁵ Auf den 'Behemoth' geht er ein, indem er zunächst die Hauptthese Neumanns vorstellt, Bemerkungen zur Quellenlage macht, den Rahmen des 'Behemoth' bzw. Neumanns Tradition angibt (Marx, Weber, angelsächsische Wissenschaftskultur) und den Inhalt des Werkes relativ ausführlich wiedergibt. Abschließend stellt auch er die bis heute kaum gewährte Würdigung des Neumann'schen Ansatzes fest.

52) FRAENKEL: Reformismus ... a. a. O., S. 178.

53) LUTHARDT ... a. a. O., S. 331f.

54) SCHÄFER, Gert: Ein Intellektueller an der Seite der Arbeiterbewegung. Über einige Motive im politischen Denken von Franz L. Neumann. In: PERELS ... a. a. O., S. 13-63.

55) SCHÄFER: Franz Neumann ... a. a. O.

Sehr ausführlich beschäftigt sich Rainer Erd in seinem Buch 'Reform und Resignation. Gespräche über Franz L. Neumann'⁵⁶ mit dem 'Behemoth'. In Gesprächen mit Zeitgenossen und ehemaligen Mitarbeitern Neumanns klärt er zunächst den Diskussionszusammenhang, innerhalb dessen der 'Behemoth' im nach New York emigrierten Institut für Sozialforschung stand. Er weist auf die relative Isolierung Neumanns hin und bezeichnet den 'Behemoth' als Individualarbeit Neumanns, da sich das Institut gegenüber seinem Werk mit interessierter Distanz verhielt und es kaum einen theoretischen 'Input' gab. Eine weitere Frage, die ihn besonders interessiert, ist die, wie Neumann von New York aus das mit Abstand materialreichste und informierteste Buch über den deutschen Nationalsozialismus schreiben konnte. Eine Erklärung liegt in den relativ guten Bibliotheksbeständen des Instituts für Sozialforschung und vor allem der Columbia Universität. Aber das Interessantere und Wichtigere ist, daß Franz Neumann methodologisch die These vertreten hat, daß der Nationalsozialismus gar nicht so sehr ein System ist, das an der eigenen Undurchschaubarkeit interessiert ist. Wenn man in den großen deutschen Zeitungen, die natürlich in New York zu haben waren, den Wirtschafts- und Politikteil analysierte, dann, so meint er, wäre daraus genügend Material zu entnehmen, um die Gesellschaftsordnung des Nationalsozialismus erkennen zu können. Als Beleg dafür könne man Neumanns ständiges Zitieren des Börsenblattes und vor allem ökonomischer Zeitschriften ansehen, die die Entwicklung der Ökonomie in Deutschland zu belegen versuchen. Abschließend will Erd den Einfluß des 'Behemoth', der ja zunächst in englischer Sprache erschien, auf die amerikanische politikwissenschaftliche Diskussion klären. Hierzu bemerkt sein Gesprächspartner Söllner, daß der 'Behemoth' sofort als das klassische Standardwerk über den deutschen Nationalsozialismus bezeichnet und empfunden wurde. Übrigens als ein Werk, das so konkret geschrieben, so empirisch detailliert konzipiert und durchgeführt war, daß auch Regierungsstellen es bei ihren Überlegungen über die Frage 'Wie ist die antifaschistische Politik und ein militärischer Angriff auf Deutschland zu gestalten?' als sehr brauchbar empfunden haben, so daß sie auf dieser Grundlage operative Überlegungen anstellen konnten.

56) ERD: Reform ... a. a. O., S. 109-121.

Alfons Söllner, einer der besten Kenner Neumanns, zeichnet in seinem Buch 'Franz L. Neumann. Wirtschaft, Staat, Demokratie. Aufsätze 1930 - 1954'⁵⁷ eine relativ ausführliche intellektuelle und politische Biographie Neumanns. Bei seiner Bezeichnung der Schaffensperiode Neumanns von 1933 bis 1942 als das 'materialistische Jahrzehnt' bezieht er sich auf den 'Behemoth' darum nur recht knapp, da eine ausführliche Würdigung mit Gert Schäfers Nachwort im 'Behemoth' erschienen sei. Söllner stellt daher nur die Hauptthesen Neumanns vor und weist nochmals auf die außerordentliche Qualität des Werkes hin.

In einer anderen Schrift⁵⁸, gedacht als Einführung zu Neumann, geht er ähnlich wie im vorher besprochenen Text auf den 'Behemoth' zunächst nur kurz ein innerhalb der Darstellung von Neumanns Schaffensperioden bzw. theoretischer Entwicklung.⁵⁹ In einem abschließenden Gespräch mit Rainer Erd über die politische Biographie Neumanns geht es um dessen theoretischen Veränderungsprozeß nach 1933 und um sein Ergebnis, den 'Behemoth'. In erster Linie wollen beide Gesprächspartner anhand des Hauptwerkes Neumanns dessen Wandel zum Marxisten in den Jahren 1933 bis 1942 aufzeigen.

Auf den 'Behemoth' wird sehr häufig verwiesen in Schriften, die sich mit der Geschichte des Instituts für Sozialforschung und hierbei natürlich auch mit der Kontroverse zwischen Neumann und Pollock beschäftigen. Ich möchte beim Vorstellen dieser Texte nur den Zusammenhang aufzeigen, in dem sie sich auf den 'Behemoth' beziehen, da die konträren Positionen der beiden Nazismusforscher - und damit auch die Theorie des 'Behemoth' - schon im Teil 4.2.2.2. dieser Arbeit ausführlich behandelt worden sind.

Die erste zusammenfassende Darstellung der Geschichte der Frankfurter Schule in den Jahren 1923 bis 1950 hat Martin Jay⁶⁰ geschrie-

57) SÖLLNER: Franz L. Neumann. Wirtschaft ... a. a. O., S. 7-56.

58) SÖLLNER: Neumann ... a. a. O.

59) Vgl. ebenda, S. 14f.

60) JAY ... a. a. O.

ben. In ihr geht er sehr ausführlich auf die verschiedenen Positionen, Mitarbeiter und zwangsläufig auch auf den 'Behemoth' ein. Dieser interessiert aber lediglich als Beleg für Neumanns zu Pollock konträren Ansatz.

Etwa ebenso ausführlich und in der gleichen Weise behandelt auch Alfons Söllner in seinem Werk 'Horkheimer, Pollock, Neumann, Gurland, Marcuse - Wirtschaft, Recht und Staat im Nationalsozialismus' dieses Thema im Teil 'Die Nationalsozialismusforschung des Instituts für Sozialforschung - ihre wissenschaftsgeschichtliche Stellung und ihre gegenwärtige Bedeutung'⁶¹.

Rainer Erd skizziert in seinem Aufsatz 'Franz L. Neumann und das Institut für Sozialforschung'⁶² auch die theoretischen Kontroversen zwischen Neumann und dem 'inneren Kreis', kommt aber zu anderen Ergebnissen als Jay und Söllner, indem er dem Institut ein hohes Interesse an Neumann und seiner Arbeit zuschreibt, welche allerdings zunächst nicht wissenschaftlicher, sondern juristisch-administrativer Art im Dienste des Instituts war. Auf den 'Behemoth' bezogen zeichnet er die Diskussion zwischen Pollock und Neumann über den Nationalsozialismus nach.

Ausschließlich von der Faschismusanalyse im Institut für Sozialforschung handelt Michael Wilsons Dissertation⁶³. Auch er stellt die konkurrierenden Darstellungen des Nationalsozialismus vor, und zwar die von Fromm, Pollock und Neumann. Hierbei bezieht er sich kurz auf die Aussage des 'Behemoth' und zeigt anschließend anhand zweier Quellen die nicht sehr positive Rezeption im Institut für Sozialforschung auf; schließlich legt er noch das Verhältnis von Politik und Ökonomie in Neumanns Analyse dar.

Die Texte folgender Autoren beschäftigen sich weniger ausführlich mit der Geschichte des Instituts für Sozialforschung und dem 'Behe-

61) SÖLLNER: Horkheimer ... a. a. O., S. 7-31.

62) ERD, Rainer: Franz L. Neumann und das Institut für Sozialforschung. In: PERELS ... a. a. O., S. 111-123.

63) WILSON ... a. a. O.

moth'. So verweist Alfons Söllner in einem weiteren Text nur kurz auf Neumanns Werk in dem Abschnitt, in welchem er die Entwicklung der Kritischen Theorie in den 40er Jahren nachzeichnet.⁶⁴

In einer weiteren Darstellung der Frankfurter Schule stellt auch Phil Slater⁶⁵ Neumanns Theorie des 'Behemoth' als einen Angriff auf die 'Staatskapitalismus'-These Pollocks vor.

Im Rahmen einer Einleitung zu 'Friedrich Pollock. Stadien des Kapitalismus'⁶⁶ wird ebenso von Helmut Dubiel auf die konträren Positionen der beiden Faschismusforscher aufmerksam gemacht.

Der Text von Joachim Radkau⁶⁷ beschäftigt sich mit dem Institut für Sozialforschung unter dem Gesichtspunkt des Einflusses der deutschen Emigranten in den USA auf die amerikanische Europapolitik. Zusätzlich zeigt er noch Tendenzen in der Deutung des Nationalsozialismus durch verschiedene Autoren in der Emigration, unter anderen Neumann, auf.

7.1.5. 'Nichterwähnungen'

Diese Kategorie erscheint mir besonders wichtig und interessant für die Wirkungsgeschichte, da hier die mangelnde Rezeption und Kenntnis des 'Behemoth' überdeutlich wird insofern, als in sehr vielen verdienstvollen Arbeiten der jüngeren Faschismusforschung⁶⁸ Neumanns Buch vielleicht im Literaturverzeichnis genannt ist, Parallelen teilweise bis in die Wortwahl ins Auge springen, jedoch nicht bloß auf einen Verweis verzichtet wird, sondern überdies die umfassende

64) SÖLLNER: Zur Archäologie ... Bd. 1., a. a. O., S. 7-37.

65) SLATER, Phil: Origin and Significance of The Frankfurt School. London 1977.

66) DUBIEL ... a. a. O., S. 7-19.

67) RADKAU, Joachim: Die deutsche Emigration in den USA. Ihr Einfluß auf die amerikanische Europapolitik 1933 bis 1945. Düsseldorf 1971. S. 39ff.

68) Ich beziehe mich hier auf Gert Schäfers Ausführungen im Nachwort des 'Behemoth' und stelle seine Beispiele und seine Einschätzung derer vor.

theoretische Konzeption des 'Behemoth', trotz offensichtlicher sachlicher Notwendigkeit, undiskutiert bleibt.

Das erste Beispiel ist Martin Broszats 'Der Staat Hitlers. Grundle-
gung und Entwicklung seiner inneren Verfassung. München 1969',
der den 'Behemoth' zwar im Literaturverzeichnis aufführt, ihn aber
trotz größter Sach- und Argumentationsnähe nicht nennt. Ebenso
verhält es sich bei Reinhard Kühnl, 'Formen bürgerlicher Herrschaft.
Liberalismus - Faschismus'. Hamburg 1971.', der jedoch in einem
anderen Zusammenhang auf das Buch eingeht ('Linke Totalitarismus-
versionen'. In: M. Greiffenhagen, R. Kühnl und J. B. Müller: Totali-
tarismus. Zur Problematik eines politischen Begriffs'. München
1972).⁶⁹ Auch Peter Hüttenberger erwähnt in seinem Buch 'Die
Gauleiter. Studien zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP.
Stuttgart 1969' den 'Behemoth' nicht, obwohl Grundthesen und
Sachzusammenhänge in vielem übereinstimmen. Reinhard Bollmus,
'Das Amt Rosenberg und seine Gegner. Studien zum Machtkampf
im nationalsozialistischen Herrschaftssystem. Stuttgart 1970', erwähnt
Neumanns Analyse ebenfalls nicht, obgleich seine theoretische Aus-
einandersetzung mit Fraenkel und einige Resultate, zu denen er
gelangt, dies nahelegen. Lothar Gruchmann, 'Nationalsozialistische
Großraumordnung. Die Konstruktion einer 'deutschen Monroe-Dok-
trin'. Stuttgart 1962', erwähnt Neumann nicht, obwohl er, weithin
gestützt auf dieselben Quellen und Autoren wie Neumann, den
gleichen Gegenstand wie das Kapitel V des 'Behemoth' behandelt.
Hans Mommsen, 'Beamtentum im Dritten Reich. Stuttgart 1966',
erwähnt den 'Behemoth' auch nicht, obschon er dort eine ihn her-
ausfordernde Analyse hätte finden können. Axel Kuhn, 'Das faschi-
stische Herrschaftssystem und die moderne Gesellschaft. Hamburg
1973', kennt weder Neumann noch Fraenkel.

Als Beispiel dafür, daß diese Nichtbeachtung des 'Behemoth' nicht
nur für deutsche Veröffentlichungen gilt, kann man das Buch von
Arthur Schweitzer, 'Big Business in the Third Reich. Bloomington
1964', heranziehen. Hier taucht zwar Neumanns Analyse im Litera-

69) Vgl. Teil 7.1.4. (Verweise) dieser Arbeit.

turverzeichnis auf, es ist jedoch trotz weithin gleichen Beleg- und Quellenmaterials nicht ein einziger Verweis auf Neumanns Pionierarbeit enthalten, und dies trotz nicht mehr zu übertreffenden sachlichen Zwangs.

7.2. Bedeutung und Einfluß Neumanns

Der in Neumanns 'Behemoth' enthaltene differenzierte Ansatz zu einer Erklärung des Gesamtprozesses der gesellschaftlichen Entwicklung im nationalsozialistischen Deutschland hat bis heute kaum die gebührende Würdigung erfahren. Max Weber hat einmal gesagt, jede wissenschaftliche Arbeit sei dazu da, bald überholt zu werden. Das ist gewiß richtig. Ehe sie jedoch überholt werden kann, müssen ihre Vorzüge und ihre Mängel zur Kenntnis genommen werden. Diese Ehre ist Neumann bisher noch nicht widerfahren.

Der 'Behemoth' gilt hierzulande seit langem als Geheimtip. Er ist jedenfalls nicht gänzlich unbekannt und ungelesen. Aber was bekannt ist, ist auch in diesem Fall noch lange nicht erkannt. Denn offensichtlich ist das Werk bislang nicht angemessen und systematisch rezipiert oder kritisiert worden. Das liegt sicherlich nicht, wie schon in der Einleitung dieser Arbeit erwähnt, an der fremden Sprache allein und auch nicht daran, daß das Buch veraltet ist, weil es ja schon vor einem Menschenalter geschrieben wurde und in der Zwischenzeit unerhörte wissenschaftliche Fortschritte sich Bahn gebrochen haben.

Eine Annäherung an die Problematik der unzureichenden Rezeption des 'Behemoth' versucht Gert Schäfer im Nachwort des Werkes⁷⁰, indem er feststellt, daß die Tatsache, daß ein in nicht gerade unbekannter Sprache geschriebenes und seit dem Neudruck von 1963 auch wieder allgemein zugängliches Buch über ein Vierteljahrhundert nach seinem Entstehen in der Muttersprache des Autors veröffent-

70) SCHÄFER: Franz Neumanns Behemoth ... a. a. O.

licht wird, in zweifacher Hinsicht begründet werden muß: warum erst jetzt (1977) und warum jetzt noch? Was die erste Frage angeht, so gibt es darauf zunächst eine sehr triviale Antwort. An dem Buch haben sich im Laufe der Jahre verschiedene Übersetzer versucht, das Unternehmen aber in den frühesten Anfangsstadien aufgrund diverser Schwierigkeiten immer wieder aufgegeben. Warum gleichwohl erst jetzt? Wir müssen uns daran erinnern, daß in der Bundesrepublik Deutschland marxistische wissenschaftliche Werke bis gegen Ende der 60er Jahr i. d. R. weder Verleger noch Leser fanden - erst recht dann, wenn es sich um eine vergleichsweise größere Investition bei ungewissem Ertrag und dazu noch inhaltlich um das Verhältnis von deutscher Gesellschaft und Faschismus handelte. Der 'Behemoth' stellte in dieser Hinsicht ein besonderes Risiko dar, weil er bekannte Namen und nicht so bekannte Informationen enthält, und weil er quer liegt zum ideologischen Selbstverständnis aller maßgeblichen Teile der deutschen nachfaschistischen Gesellschaft. Denn die in ihm enthaltene Darstellung von Entstehung und Entwicklung des nationalsozialistischen Deutschen Reiches läßt, um die gebräuchliche Floskel zu verwenden, 'die Vergangenheit' nicht 'ruhen', sondern wirft auf 'die dunkelste Epoche unserer Geschichte' ein durchdringendes Licht. Dem Selbstverständnis der Zeit des 'Wiederaufbaus' nach dem 'totalen Zusammenbruch' steht Neumanns Analyse entgegen. Neumanns kritische Darstellung drohte die in der Nachkriegszeit allseits mühselig aufgerichteten politischen und gesellschaftlichen Legitimationen und Identifikationen zu gefährden. Das wissenschaftliche Echo auf Neumanns 'Behemoth' blieb wohl auch deswegen so gering, weil sich seine Position nicht in die mit dem 'Kalten Krieg' dominant werdende und als Verdrängungsversuch einzuschätzende Totalitarismustheorie einfügen ließ, die das stalinistische System grundsätzlich mit dem nationalsozialistischen identifizierte.

Der Mann, der den 'Behemoth' schrieb, paßte nicht in die politische Landschaft Nachkriegsdeutschlands. So ist Neumann auch heute weithin unbekannt. Eine Umfrage unter sozialdemokratischen Juristen würde vermutlich zeigen, daß 95 % - vielleicht sogar noch mehr - den Namen Franz Neumann nicht gehört haben oder daß sie Franz Leopold Neumann mit dem langjährigen Vorsitzenden der Berliner

SPD, Franz Neumann, verwechseln würden. Daß derjenige, der in der Emigration die wichtigste Analyse des nationalsozialistischen Systems geschrieben hat, in der Bundesrepublik Deutschland als Theoretiker nahezu unbekannt und in der Wissenschaft kaum rezipiert worden ist, ist ein Schandfleck dieser Republik und zugleich symptomatisch für deren Geist. Für Alfons Söllner spiegelt sich in dem lang anhaltenden Schweigen ein Versäumnis, das das Verhältnis der Deutschen zu ihrer Geschichte ein weiteres Mal als Verdrängungsprozeß erscheinen läßt.⁷¹ Auch für Richard Saage spricht "... dieser Skandal ... für sich selbst; er ist ein handfestes Symptom für jenes noch immer vorherrschende Bedürfnis nach Verdrängung der Erfahrungen des Dritten Reiches, dem, wie es scheint, der Wissenschaftsbetrieb nur zu willig Rechnung trägt."⁷²

Den Sozialdemokraten war ein Mann wie Neumann zu unbequem, im übrigen war er Amerikaner und vielleicht auch zu 'links'. Den Kommunisten war er zu 'rechts'. Den Juristen war er zu politologisch, den Politologen zu juristisch. Für Theoretiker wie Horkheimer war er zu empirisch, den Empirikern zu theoretisch.

Nahezu niemand hat sich nach 1945 in Deutschland an Neumann erinnert und ihn um seine tatkräftige Unterstützung beim Aufbau eines demokratischen Gemeinwesens gebeten. Das Frankfurter Institut für Sozialforschung wurde nach dem Kriege ohne Neumann aufgebaut, selbst in den ersten Publikationen sucht man den Namen des früheren Mitglieds und Gegenpols zu Horkheimer vergebens. Keine der linken Gruppierungen, keine der Gewerkschaften, für die Neumann vor 1933 eingetreten war, hat sich seine Analysen zu eigen gemacht. Niemand hat Neumann auf ein Schild gehoben, vielleicht auch, weil Neumann alles getan hat, damit ihn niemand auf ein Schild heben kann und seine Texte kaum zu einer Integrationstheorie oder Legitimationswissenschaft beitragen können. Auch in der Studentenbewegung war - von wenigen Ausnahmen abgesehen - Franz Neumann entweder unbekannt oder aber verkannt. Er selber war

71) Vgl. SÖLLNER: Neumann ... a. a. O., S. 5.

72) SAAGE: Faschismustheorien ... a. a. O., S. 66.

besonders über die Erfahrung verbittert, daß an ihm, einem der brilliantesten Gewerkschaftsjuristen der Weimarer Republik, offensichtlich - wie an vielen intellektuellen Emigranten - keinerlei Interesse von seiten der Gewerkschaften und der SPD bestand.

Eine vergleichbare Rolle in der SPD, die Neumann vor dem Krieg gespielt hatte, spielte nach 1946 Adolf Arndt, der in der Bundesrepublik Deutschland der juristische Hauptsprecher der SPD wurde. Zunächst fällt auf, daß sich Adolf Arndt in seinen großen juristischen und rechtstheoretischen Beiträgen nicht ein einziges Mal auf irgendeine Schrift von Franz L. Neumann bezieht. Daß die sozialistischen Fragestellungen, Kategorien und Perspektiven von Franz L. Neumann in der Nachkriegssozialdemokratie, deren Hauptlinie Adolf Arndt repräsentierte, einem radikalen Verdrängungsprozeß zum Opfer gefallen sind, hängt maßgeblich mit den gesellschaftlichen und politischen Bedingungen der Nachkriegszeit zusammen. Mit Beginn des 'Kalten Krieges' 1947/48 verlor die in Franz Neumann paradigmatisch verkörperte wissenschaftliche Richtung in weitem Maße ihr gesellschaftliches Substrat. Nachdem die beiden deutschen Regierungen das jeweilige ökonomische und politische Modell der Konfliktparteien des 'Kalten Krieges' durchgesetzt hatten, konnten die theoretischen Ansätze von Neumann, - die marxistische Ökonomie- und Klassenanalyse des Kapitalismus einschließlich seiner faschistischen Terrorformen - mit dem Ziel der Er kämpfung einer rechtsstaatlich gesicherten sozialistischen Demokratie verbunden - nur in der Opposition festgehalten werden. Diese Perspektive war einem erheblichen restaurativen Anpassungsdruck ausgesetzt, der sich auch in dem immer stärker werdenden Trend der Sozialdemokratie widerspiegelte, die eigene wissenschaftliche und zielsetzende Tradition sozialistischer Theorie, wie sie etwa in der 'Gesellschaft' (1924 bis 1933) und in der 'Zeitschrift für Sozialismus' (1933 bis 1936) verkörpert war, abzustreifen. Da Adolf Arndt als geistiger Wegbereiter dieser Tendenz wie auch als Mitautor des Godesberger Programms von 1959 eine wichtige Rolle einnahm, konnte ihm nichts ferner liegen als der politische Rekurs auf Franz Neumanns demokratischen Marxismus. Selbst wenn Arndt die Arbeiten Neumanns bekannt gewesen wären, hätte er sie zu dem Ballast gerechnet, der von der Sozialdemokratie über Bord zu werfen sei.

Mit dem Desinteresse seitens der Gewerkschaften an Neumann beschäftigt sich Rainer Erd in seinem Buch, in welchem er Gespräche mit Zeitgenossen Neumanns abgedruckt hat.⁷³ Er fragt zunächst, warum 1954 offensichtlich niemand die Idee gehabt hat, einen Emigranten wie Neumann zur Rückkehr zu bewegen und ihm die Stelle des Bundesarbeitsgerichtspräsidenten anzubieten und stattdessen - durch die Gewerkschaften unterstützt - ein ehemals führender nationalsozialistischer Arbeitsrechtsprofessor, Hans Carl Nipperdey, zum Präsidenten gewählt wurde, der dann die Arbeitsrechtsprechung entscheidend mitgeformt und ihr eine konservative Struktur gegeben hat. Die Antwort liegt zunächst im überraschend schlechten Verhältnis eines Teils der Gewerkschaftsführung zu Intellektuellen und auch zu jüdischen Gewerkschaftsführern während der Nazi-Zeit. Abendroth meint einschränkend, daß der latente Antisemitismus in der deutschen Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung viel schwächer war, als gemein angenommen, und verweist auf den von jeher stark ausgeprägten Anti-Intellektualismus, der viel stärker als in der Sozialdemokratie sei. Am wichtigsten scheint jedoch die Angst vor der Aufarbeitung des Traumas von 1933 durch Leute wie z. B. Neumann zu sein. Es gab zwar Gewerkschaftsführer aus der Weimarer Zeit, die auch nach 1945 wieder zum Funktionärskörper gehörten und die auch im Gedächtnis hatten, wie sich die Gewerkschaftsspitzen spätestens seit März 1933 in ihrer Anpassung an das 'Dritte Reich' verhalten haben. Dieses sollte jedoch verdeckt und deshalb nicht unbeugsame Intellektuelle wie Neumann ins Land geholt werden. Das ungeheure Verdrängungsbedürfnis der sozialdemokratischen wie auch der Gewerkschaftsführer läßt sich auch an der späten Veröffentlichung von Neumanns Büchern, wie z. B. den 'Behemoth', ablesen. Eine Wiederveröffentlichung hätte auch aufgedeckt, warum der Faschismus an die Macht kommen konnte. Für den Sieg des Faschismus in Deutschland war auch maßgeblich das Versagen der Führungen von Arbeiterbewegung, Sozialdemokratie, kommunistischer Partei und der Gewerkschaften. Die historische Diskussion, die jetzt in den Gewerkschaften geführt wird, erfolgt viel zu spät; sie hätte 1945 beginnen müssen.

73) Vgl. ERD: Reform ... a. a. O., S. 239-252.

Auch auf die Wirkungsgeschichte Neumanns in den USA geht Erd in seinem Gesprächsband ein.⁷⁴ Die Tatsache eines großen Einflusses Neumanns auf die heutige politische Wissenschaft in den USA wird von einem seiner ehemaligen Schüler in Abrede gestellt. Er führt dies darauf zurück, daß die Tradition, in der Neumanns Denken steht, in den Vereinigten Staaten von Amerika unbekannt ist. Die kontinentale Philosophie sei zu jener Zeit nicht bekannt gewesen und die rechtstheoretische Position, die Renner und andere vertraten, sei bis heute noch nicht rezipiert worden; es gäbe in England oder in Amerika kaum Wissenschaftler, die fundierte Kenntnisse über den Austromarxismus besäßen. Großen Einfluß hatte dagegen der 'Behemoth', der in den letzten Jahren des Krieges zur Bibel geworden war und als wichtigstes Buch über den Nationalsozialismus galt. Auf den Einfluß und die Doppelfunktion des Buches in den USA bin ich im Teil 4.2.1.2. dieser Arbeit schon näher eingegangen. Der Einfluß Neumanns während der Studentenbewegung auf die linksorientierten Juristen und Politologen muß eher gering gewesen sein, wie der Schüler Neumanns berichtet. Das liegt seiner Meinung nach daran, daß in den USA keiner Neumanns Anliegen adäquat verstehe, da die Kämpfe, die er mit Schmitt ausgefochten habe und die deutsche Rechtsstruktur dort völlig unbekannt seien. Interessant und weiterführend ist die Frage Erds nach den Ursachen der seit der Studentenbewegung breiten Rezeption der Schriften von Adorno, Horkheimer, Marcuse, Fromm u. a., aber nicht von Neumann. Zunächst erhält er als Antwort, daß die Studentenbewegung in den 60er Jahren in den USA vor allem ein kulturelles und nicht so sehr ein politisches Phänomen war. Um dieses Bedürfnis nach kulturellen Erfahrungen zu stillen, schien Marcuses Theorie für viele geeigneter zu sein als die Theorie des Rechtsstaates von Neumann. Entscheidend für die 'Popularität' von Marcuse, Adorno und Horkheimer und die relative Unbekanntheit Franz Neumanns in der amerikanischen Linken ist aber das Fehlen einer organisierten Arbeiterschaft, egal, welcher linken Schattierung.

74) Vgl. ERD: Reform ... a. a. O., S. 230-235.

8. Schluß

Franz Neumann wurde in seiner frühen Periode, in der reformistischen Phase (bis 1933) vor allem durch die Werke und die Arbeiten dreier Theoretiker beeinflusst, durch die beiden Austromarxisten Otto Bauer und Karl Renner und durch seinen Lehrer, den Arbeitsrechtler Hugo Sinzheimer. Als Grundlage auch für seine späteren Schriften können die politischen Einsichten, die sich bei Neumann in dieser Zeit - während der Weimarer Republik - herausbildeten, gelten.

Die zentrale These Renners ging von der Möglichkeit der schrittweisen Verwirklichung des Sozialismus aus, der evolutionär, durch Veränderungen der sozio-ökonomischen Substruktur der Gesellschaft ins Werk gesetzt werden könne. Dies wiederum würde die Funktion der Gesetze verändern. Mit anderen Worten: Mit der fortschreitenden Entwicklung des Kapitalismus würden bestimmte normative Institutionen überflüssig werden und andere, die bisher lediglich eine Hilfs- oder Komplementärfunktion einnahmen, größere Bedeutung gewinnen. Renner glaubte, daß auf diesem Wege der Sozialismus verwirklicht würde, in seiner Vorstellung war eine revolutionäre Veränderung der Gesellschaft nicht notwendig. Auf dem Umweg über diese Idee wurde Sinzheimer, der Renners Theorie rezipiert hatte, um sie für sein Konstrukt der 'Kollektiven Demokratie' zu verwenden, auf die sich dann Neumann mit dem Begriff der 'kollektiven Selbstverwaltung' des öfteren bezog, für diesen wichtig. Neumann ging in dieser Periode davon aus, daß die 'Kollektive Demokratie' die soziale Übergangsform zwischen Kapitalismus und Sozialismus sei und daß Deutschland in der Weimarer Republik die Erfahrung eines Ausgleichs der Klassenkräfte machte. In der Bauer'schen Terminologie bedeutete dies, daß sich die Kräfte des Kapitalismus und des Sozialismus die Waage hielten. Neumann blieb dieser Auffassung bis 1933 treu. Dann mußte er erkennen, daß das Kräftegleichgewicht zusammengebrochen war und die Arbeiterklasse sich nicht mehr in einer Position befand, von der aus sie eine Umwandlung der Gesellschaft in Angriff nehmen konnte. In dieser Zeit also waren der evolutionäre Sozialismus von Karl Renner und Otto Bauer

sowie die juristische Verwendung dieses evolutionären Sozialismus durch Hugo Sinzheimer von großer Bedeutung für Neumann.

Die politische Strategie des Reformismus, die Neumann während der Weimarer Republik vertrat, läßt sich systematisch mit der Formel von der Dialektik von politischer und sozialer Demokratie bzw. der vom demokratischen und sozialen Rechtsstaat beschreiben. Neumann erkannte als Aufgabe der sozialistischen Staatstheorie, den positiven Gehalt des zweiten Teils der Weimarer Verfassung zu entwickeln; er stellte sich die Herbeiführung der sozialistischen Gesellschaftsordnung mit Hilfe und unter Ausnutzung des bürgerlichen und in der Weimarer Verfassung modifizierten Legalitätssystems vor. Für die Beschreibung des Systems politischer und ökonomischer Repräsentation verwandte er den Begriff 'Kollektive Demokratie'. Unter der Formel vom 'sozialen Rechtsstaat' vertrat Neumann eine kompromißhafte Konzeption, deren tragende gesellschaftspolitische Elemente auf den 1918/19 'geschlossenen' politischen und sozialen Kompromissen zwischen sozialdemokratischer Arbeiterbewegung, liberal-demokratischem Bürgertum und Katholiken beruhten.

Festzuhalten für die Schriften aus der Weimarer Zeit gilt, daß in ihnen die juristische Begründungsstrategie alle anderen Elemente dominiert. Erklärbar wird dies, wenn man sich die Geschichte des Weimarer Reformismus vergegenwärtigt, dessen politische Theorie wie auch seine Praxis als Ganze rechtsorientiert bzw. legalistisch war. So hat Neumann bis 1933 an dem Glauben festgehalten, daß das Recht das Medium sei, durch das Interessen der Arbeiterklasse realisiert werden könnten. Dabei erkannte er selbst noch nach der Wirtschaftskrise nicht den systematischen Charakter, den die Erosion des Weimarer Staats- und Rechtsgefüges seit Brünnings Regierungsantritt angenommen hatte; er realisierte nicht die staatliche Desintegration und die geballte Macht der Reaktion, die hinter ihr stand. Fast bis zum bitteren Ende war Neumann überzeugt, daß ein gesellschaftlicher Veränderungsprozeß ohne eine grundlegende Umwälzung der Produktionsverhältnisse möglich wäre; sein politischer Beginn ist von dem unbeirrbaren Glauben an die kontinuierliche Veränderbarkeit des kapitalistischen Systems, die tagtägliche Revolte derer, die unter diesen Verhältnissen leiden und die wegweisende Rolle des

Juristen in diesem gesellschaftlichen Transformationsprozeß geprägt. So kann man in Neumanns Schriften bis 1933 die politischen Hoffnungen, aber auch die Illusionen der Weimarer Linken lesen. Denn den Reformismus ereilte am Ende der Weimarer Republik ein Schicksal, das, wie Neumann später ja selbstkritisch anmerkte, sowohl unvermeidlich wie selbstverschuldet war.

Eine Veränderung in Neumanns politischer Konzeption fand 1933 statt, als ihn der Zwang, sein Heimatland verlassen zu müssen, von der Vorstellung abbrachte, die Weimarer Republik wäre in eine sozialistische Gesellschaft zu transformieren. So wurde das Exil zur Bedingung, die aus dem Reformpolitiker einen Radikalen auf dem Gebiet der theoretischen Kritik formte. Die sozialdemokratische Reformstrategie bezeichnete er jetzt explizit als gescheitert. Seine ersten Schriften aus dieser Phase sind eine schonungslose Kritik und Selbstkritik des Rechts- und Staatsfetischismus der Weimarer Zeit. Die Idealisierung des bürgerlichen Rechtsstaates war in Theorie und Praxis ein entscheidender Fehler der Weimarer Arbeiterbewegung; dieser naive Fortschrittsoptimismus, der das oberste Prinzip der politischen Theorie des Reformismus darstellte, hielt die Arbeiterbewegung von einer kämpferischen antikapitalistischen Politik ab. So hoffte und erwartete Neumann nun, daß die Arbeiterklasse in Deutschland endlich die Initiative ergreifen würde, da die Zeit aufgrund der Entziehung gewisser rechtlicher Garantien der Arbeiterklasse reif für eine Revolution sei. Eine große Hilfe wäre in diesem Zusammenhang, wie er dann Ende der 30er Jahre aufgrund seiner pessimistischen Einschätzung der Erfolgsaussichten der Arbeiterklasse feststellte, ein Sieg der Alliierten über Deutschland; diesen Prozeß beschreibt er in seinem Hauptwerk, dem 'Behemoth'. Die maßgebliche Veränderung in Neumanns Denken bestand also in der neuen Erkenntnis, daß der Sozialismus nicht gewaltlos realisiert werden kann und er nun von einem materialistischen Geschichtsverständnis ausging. Er entwickelte sich sozusagen vom marxistischen Reformismus der Weimarer Zeit in Richtung eines eher revolutionären Marxismus.

Als Konsequenz aus dem Schlußkapitel seines 'Behemoth', welches sich mit strategischen Überlegungen, wie der Nationalsozialismus

praktisch niederzuringen sei, befaßt, stellte sich Neumann direkt für die Faschismusbekämpfung zur Verfügung. So arbeitete er von 1942 bis 1947 als praktischer Politikberater für die Macht, von der er annahm, daß sie Hitler-Deutschland besiegen würde. 1947 verließ er die US-amerikanischen Regierungsbehörden und bezeichnete seine Forschungs- und Planungsarbeit im OSS als gescheitert. Zu Beginn hatte er die Hoffnung gehabt, daß die amerikanische Regierung nach Niederringung des Faschismus auch für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft in Deutschland verwendbar sein würde. Doch für die USA war die Wiedererrichtung der Demokratie identisch mit der Wiedererrichtung des Kapitalismus. Das Dilemma ergab sich also konkret erst, als es - nach der Erreichung des negativen Kriegsziels (bedingungslose Niederlage Hitlers) - um die positive Formulierung der künftigen Politik ging. Neumanns Vorstellung vom Wiederaufbau lief auf ein sozialistisches Deutschland hinaus; er strebte einen sog. dritten Weg an, eine mittlere Position zwischen der kommunistischen und der traditionell sozialdemokratischen, einen von beiden Blöcken unabhängigen europäischen Sozialismus.

Neumann vertrat nun wieder eine eher reformistische, durch die angelsächsischen Demokratien geprägte Position. Für die US-Amerikaner bedeutete der vorangetriebene 'Kalte Krieg' zunächst Schaffung von Sicherheit gegen die Sowjetunion; dieser Maxime wurde alles untergeordnet. So blieb eine von Neumann erhoffte wirkungsvolle Entnazifizierung und die gesellschaftliche und wirtschaftliche Neuordnung in Deutschland aus. Nachdem er die Wirkungs- und Einflußlosigkeit seiner Arbeit für die Wiedererrichtung der Demokratie mittels einer Militärregierung und diese paradoxe Situation selbst erkannt hatte, beendete er seine Tätigkeit der praktischen Politikberatung.

Nach dem Krieg erhielt Neumann einen Ruf an die Columbia Universität in New York und lehrte dort ab 1948 als ordentlicher Professor der Wissenschaft von der Politik. Im Hinblick auf seine wissenschaftliche Tätigkeit in dieser Phase war sein Ziel, eine reale Theorie der Politik zu entwerfen. Die Themen, auf die sich Neumann konzentrierte, erstreckten sich vor allem auf zwei Gebiete: einerseits die politische Philosophie, ihre Geschichte und ihre gegenwärtige

Bedeutung, andererseits auf den Themenbereich Macht, Herrschaft und politisches System. Neumann sah immer noch in der Arbeiterbewegung die einzig verlässliche Stütze der politischen Demokratie in einer modernen Gesellschaft. Doch mit Blick auf Weimar bemängelte er an Gewerkschaften und SPD die gefährliche Neigung zur Verselbständigung der bürokratischen Führungskader gegenüber der Basis, was die schon vor 1933 aufgetretenen Folgen hat: politische Entfremdung der Mitgliederschaft und damit fehlende Aktivität und Kampfbereitschaft der Basis, Legalismus und Identifikation der Funktionäre mit dem gegebenen Staat statt Orientierung an den politischen Zielen der Arbeiterbewegung. So stellte er später auch fest, daß die deutsche Arbeiterbewegung ihre historische Aufgabe, nämlich die Durchsetzung des dritten Weges zwischen Kapitalismus und Sowjetkommunismus, nicht erfüllt hat und somit ein zweites Mal gescheitert ist. Diese erneute Desillusionierung könnte auch der Grund für Neumanns späte Integration der Psychoanalyse in den 50er Jahren sein. Sein Leben lang hatte er geglaubt, daß die Arbeiterklasse das historische Subjekt sei; doch jetzt fragte er sich, warum die Arbeiterklasse nichts tat, um sich aus ihrer nach wie vor unterprivilegierten Situation zu befreien. So wandte er sich schließlich Erklärungsmustern für nicht-rationales Verhalten zu und versuchte die Psychoanalyse in sein Konzept zu integrieren; er verfiel jedoch nicht einer psychologisierenden Geschichtserklärung. In Neumanns politischer Konzeption in dieser Spätphase ist ein Funktionszuwachs des Politischen festzustellen - er kann diesen aber plausibel begründen innerhalb seines Verflechtungstheorems. Dieses legt ein überzeugendes Konzept des Verhältnisses von Politik und Ökonomie vor, in vorbildlicher Weise entwirft er darin eine Theorie der Politik mit ökonomischen Einschlag. Weder mußte Neumann sich gänzlich von marxistischen Einflüssen abwenden, noch beharrte er auf mittlerweile unhaltbaren Positionen des Marxismus. Angesichts der sich wiederholenden 'Krisen des Marxismus' erscheint dies wohl als ein bedenkenswertes und befreiendes Unterfangen.

Die Rezeptionsgeschichte des Hauptwerkes Neumanns, des 'Behe-moth', hat gezeigt, daß dieses bis heute kaum die gebührende Würdigung erfahren hat, die es seinem Gehalt nach verdient hätte. Diese weitgehende Nichtbeachtung ist auch für das gesamte theoretische

Werk Neumanns zu konstatieren. Erst in allerjüngster Zeit sind die Chancen für eine angemessene Aufnahme seiner Arbeiten etwas besser geworden. Die kritische Darstellung von Entstehung und Entwicklung des nationalsozialistischen Deutschen Reiches, enthalten im 'Behemoth', drohte die in der Nachkriegszeit allseits mühselig genug aufgerichteten politischen und gesellschaftlichen Legitimationen und Identifikationen zu gefährden. So wurde Neumanns Analyse, die sich der Begrifflichkeit der Zeit des 'Wiederaufbaus' nach dem 'totalen Zusammenbruch' verweigerte, erst 1977 ins Deutsche übertragen. Neumann ist heute in der Bundesrepublik Deutschland als Theoretiker weithin unbekannt. Das liegt z. T. auch am Verdrängungsprozeß, der das Verhältnis der Deutschen zu ihrer Geschichte charakterisiert, den Wissenschaftsbetrieb eingeschlossen. Auch die Gewerkschaften, für die Neumann vor 1933 eingetreten war, hatten nach dem Krieg keinerlei Interesse an ihm. Die Gewerkschaften hatten ein ebenso großes Verdrängungsbedürfnis; deshalb wollten sie einen Mann wie Neumann, der das Trauma der Gewerkschaftspolitik im 'Dritten Reich' miterlebt hatte und aufarbeiten wollte, nicht aus dem Exil zurückholen. In den USA hatte Neumann ebensowenig Einfluß; dort ist die Tradition, in der sein Denken steht, weitgehend unbekannt. Entscheidend für die relative Unbekanntheit Neumanns, auch bei der amerikanischen Linken, ist jedoch das Fehlen einer organisierten Arbeiterschaft in den USA.

Die Notwendigkeit, die Erfahrung des 'Behemoth' auf Begriffe zu bringen, besteht im wesentlichen noch immer. Nach wie vor sind wir weit davon entfernt, auch nur ausreichend informiert zu sein. Es zeugt von Unkenntnis zu behaupten, wir hätten uns bisher z. B. die empirischen Details des deutschen Faschismus an der Macht wirklich angeeignet. Was nach wie vor zu leisten wäre, ist eine angemessene und intensive Auseinandersetzung mit der Theorie des 'Behemoth'. Erst seit kürzester Zeit hat eine einigermaßen gerechte Würdigung eingesetzt, die mehr als nottut. Der 'Behemoth', vermutlich bis heute das tiefste und wahrste Werk über den Nationalsozialismus, ist in Deutschland außerhalb des engsten Kreises der Fachgelehrten nicht entfernt so bekannt und wirksam geworden, wie das Buch, seinem Gehalt nach, es verdient hat. Angesichts der Beschaffenheit von Person und Oeuvre ist es ein Stück Wiedergutmachung

im doppelten Sinn, an ihm und an der Sache, wenn in der Bundesrepublik Deutschland nachdrücklich die Aufmerksamkeit auf Neumann und seinen 'Behemoth' gerichtet wird.

Literaturverzeichnis

1. Schriften Franz L. Neumanns

- Rechtsphilosophische Einleitung zu einer Untersuchung über das Verhältnis von Staat und Strafe. Rechtswiss. Diss. (bei Max Ernst Mayer). Maschinenschrift. Frankfurt am Main 1923 (vorhanden im pol. Seminar der Universität Frankfurt).
- Der Kampf um den Zwangstarif. In: Die Arbeit 2 (1925). S. 694-703.
- Richterliches Ermessen und Methodenstreit im Arbeitsrecht. In: Arbeitsrecht 16 (1929). Sp. 321-332.
- Gegen ein Gesetz zur Nachprüfung der Verfassungsmäßigkeit von Reichsgesetzen. In: Die Gesellschaft 6 (1929). S. 517-536.
- Die politische und soziale Bedeutung der arbeitsgerichtlichen Rechtsprechung. Berlin 1929.
- Die soziale Bedeutung der Grundrechte in der Weimarer Verfassung. In: Die Arbeit 7 (1930). S. 569-582 (nachgedruckt in: Alfons Söllner (Hrsg.): Franz L. Neumann. Wirtschaft, Staat, Demokratie. Aufsätze 1930 - 1954. Frankfurt am Main 1978. - im folgenden zitiert als 'Söllner: Franz L. Neumann. Wirtschaft ...').
- Der Entwurf eines Monopol- und Kartellgesetzes. In: Die Arbeit 7 (1930). S. 773-786; mit Anhang: Entwurf eines Kartell- und Monopolgesetzes, ebd., S. 786-791.
- Über die Voraussetzungen und den Rechtsbegriff einer Wirtschaftsverfassung. In: Die Arbeit 8 (1931). S. 588-606 (nachgedruckt in: Söllner: Franz L. Neumann. Wirtschaft ...).
- Koalitionsfreiheit und Reichsverfassung. Die Stellung der Gewerkschaften im Verfassungssystem. Berlin 1932.
- Das gesamte Pressenotrecht vom 4. Februar 1933. Berlin 1933.
- The Decay of German Democracy. In: The Political Quarterly 4 (1933). S. 525-543 (nachgedruckt in: Söllner: Franz L. Neumann. Wirtschaft ...).
- Faschismus in Großbritannien. In: Deutsche Freiheit (Einzigste Unabhängige Tageszeitung Deutschlands, Erscheinungsort: Saarbrücken) 2 (1934), Nr. 57 vom 9. März 1934 (unter Pseudonym 'Leopold Franz').
- The State and Labour in Germany. In: The Contemporary Review 146 (1934). S. 713-721.
- Trade Unionism. Democracy, Dictatorship (mit einem Vorwort von Harold J. Laski). London 1934.

- The Governance of the Rule of Law. Phil. Diss. (bei Harold J. Laski, London School of Economics and Political Science). London 1936 (vorhanden in London University Library).
- Der Funktionswandel des Gesetzes im Recht der bürgerlichen Gesellschaft. In: Zeitschrift für Sozialforschung 6 (1937). S. 542-596.
- Types of Natural Law. In: Zeitschrift für Sozialforschung 8 (1939/40). S. 338-361 (nachgedruckt in: Söllner: Franz L. Neumann. Wirtschaft ...).
- Behemoth: The Structure and Practice of National Socialism. New York 1942 (deutsche Übersetzung: Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933 - 1944. Aus dem Amerikanischen von Hedda Wagner und Gert Schäfer. Herausgegeben und mit einem Nachwort 'Franz Neumanns 'Behemoth' und die heutige Faschismusk Diskussion' von Gert Schäfer. Köln 1977).
- Reeducating the Germans. In: The Dilemma of Postwar Germany. New York 1948 (nachgedruckt in: Söllner: Franz L. Neumann. Wirtschaft ...).
- Military Government and the Revival of Democracy in Germany. In: Columbia Journal of International Affairs 2 (1948). S. 3-20 (nachgedruckt in: Söllner: Franz L. Neumann. Wirtschaft ...).
- Soviet Policy in Germany. In: The Annals of the American Academy of Political and Social Science (1949). S. 165-179.
- Germany and Western Union. Vortrag vor der Academy of Political Science. New York 1949.
- Die Wissenschaft der Politik in der Demokratie. Vortrag, gehalten vor den Studenten der FU und der Deutschen Hochschule für Politik am 2. Januar 1950 in Berlin. Berlin 1950 (nachgedruckt in: Söllner: Franz L. Neumann. Wirtschaft ...).
- German Democracy 1950. In: International Conciliation. Carnegie Endowment for International Peace. New York 1950. S. 251-296 (nachgedruckt in: Söllner: Franz L. Neumann. Wirtschaft ...).
- Approaches to the Study of Political Power. In: Political Science Quarterly 65 (1950). S. 161-180 (nachgedruckt in: Neumann: Demokratischer und autoritärer Staat ... a. a. O.).
- Preliminary Report on my Trip to Berlin. In: The National Archives, Record No. 260. 300-1/5. Visiting Experts Reports File. New York 1950.
- Zum Begriff der Politischen Freiheit. In: Zeitschrift für die Gesamte Staatswissenschaft 109 (1953). S. 25-53 (nachgedruckt in: Neumann: Demokratischer und autoritärer Staat ... a. a. O.).
- Angst und Politik. Vortrag, gehalten an der FU Berlin. Tübingen 1954 (nachgedruckt in: Söllner: Franz L. Neumann. Wirtschaft ...).

- Notes on the Theory of Dictatorship (fragmentarisches Manuskript, hrsg. von Julian Franklin, Columbia University; nachgedruckt in: Neumann: Demokratischer und autoritärer Staat ... a. a. O.).
- The Democratic and The Authoritarian State. Essays in Political and Legal Theory (hrsg. und mit einem Vorwort von Herbert Marcuse). Glencoe 1957.
- Demokratischer und autoritärer Staat. Beiträge zur Soziologie der Politik. Frankfurt am Main 1967.
- Wirtschaft, Staat, Demokratie. Aufsätze 1930 - 1954 (hrsg. von Alfons Söllner). Frankfurt am Main 1978.
- Die Herrschaft des Gesetzes. Eine Untersuchung zum Verhältnis von politischer Theorie und Rechtssystem in der Konkurrenzgesellschaft (übersetzt und mit einem Nachwort von Alfons Söllner). Frankfurt am Main 1980.

2. Schriften anderer Autoren

Autorenkollektiv: Imperialismus heute. Der Staatsmonopolistische Kapitalismus in Westdeutschland (hrsg. vom Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED). Berlin (Ost) 1967.

BAUER, Otto: Die österreichische Revolution. Wien 1923.

BLANKE, B.; U. JÜRGENS und H. KASTENDIEK: Zur neueren marxistischen Diskussion über die Analyse von Form und Funktion des bürgerlichen Staates. In: Wolf-Dieter Narr (Hrsg.): Politik und Ökonomie - autonome Handlungsmöglichkeiten des politischen Systems. Opladen 1975. S. 19-60.

BOLLMUS, Reinhard: Das Amt Rosenberg und seine Gegner. Studien zum Machtkampf im nationalsozialistischen Herrschaftssystem. Stuttgart 1970.

BONN, Moritz J.: Das Schicksal des deutschen Kapitalismus. Berlin 1930.

BRACHER, Karl Dietrich: Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34. 2. durchges. Aufl. Köln und Opladen 1962.

- Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur und Folgen des Nationalsozialismus. Köln und Berlin 1969.

- Die Auflösung der Weimarer Republik. 5. Aufl. Villingen 1971.

BROSZAT, Martin: Der Staat Hitlers. München 1969.

CARROLL, Berenice A.: Design for Total War. Paris 1968.

- DESSAUER, Friedrich: Recht, Richtertum und Ministerialbürokratie. Mannheim 1928.
- DUBIEL, Helmut (Hrsg.): Friedrich Pollock. Stadien des Kapitalismus. München 1975.
- ERD, Rainer: Franz L. Neumann und das Institut für Sozialforschung. In: Joachim Perels (Hrsg.): Recht, Demokratie und Kapitalismus. Aktualität und Probleme der Theorie Franz L. Neumanns. Baden-Baden 1984. S. 111-123.
- (Hrsg.): Reform und Resignation. Gespräche über Franz L. Neumann. Frankfurt am Main 1985.
- FRAENKEL, Ernst: Kollektive Demokratie. In: Die Gesellschaft 6 (1929). S. 103-118.
- Der Doppelstaat. Frankfurt am Main und Köln 1974 (ursprünglich: The Dual State. A Contribution to the Theory of Dictatorship. New York, London und Toronto 1941).
- Das Produkt des Großkapitals. In: Neue Volkszeitung 11 (1942), Nr. 20. S. 1.
- Zur Soziologie der Klassenjustiz. In: Ders.: Zur Soziologie der Klassenjustiz und Aufsätze zur Verfassungskrise. Darmstadt 1968. S. 1-41.
- Reformismus und Pluralismus. Hamburg 1973.
- GRUCHMANN, Lothar: Nationalsozialistische Großraumordnung. Die Konstruktion einer 'deutschen Monroe-Doktrin'. Stuttgart 1962.
- GURLAND, Arkadij: Das Heute der proletarischen Aktion. Hemmnisse und Wandlungen im Klassenkampf. Berlin 1931.
- HELLER, Hermann: Rechtsstaat oder Diktatur? Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart. Tübingen 1930.
- HIRSCH, Joachim: Staatsapparat und Reproduktion des Kapitals. Frankfurt am Main 1974.
- HÜTTENBERGER, Peter: Die Gauleiter. Studien zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP. Stuttgart 1969.
- HUGHES, H. Stuart: F. Neumann between Marxism and Liberal Democracy. In: Donald Fleming und Bernard Bailyn: The Intellectual Migration. Europe and America 1930 - 1960. Cambridge/Mass. 1969. S. 446-462.
- JAY, Martin: Dialektische Phantasie. Die Geschichte der Frankfurter Schule und des Instituts für Sozialforschung 1923 - 1950. Frankfurt am Main 1976 (ursprünglich: The Dialectical Imagination. A History of the Frankfurt School and the Institut of Social Research 1923 - 1950. Boston und Toronto 1973).
- KATZENSTEIN, Robert: Zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus. In: Prokla (1973), Nr. 8/9. S. 1-16.

- KIRCHHEIMER, Otto: Weimar - und Was Dann? Entstehung und Gegenwart der Weimarer Verfassung. Berlin 1930 (ins Englische übersetzt und wiederabgedruckt in: Frederic S. Burin und Kurt L. Shell (Hrsg.): Politics, Law and Social Change. Selected Essays of Otto Kirchheimer. New York und London 1969. S. 33-74).
- F. Neumann. An Appreciation. In: Dissent 4 (1957). S. 382-386.
- KOSTEDDE, N.: Die neuere marxistische Diskussion über den bürgerlichen Staat. Einführung - Kritik - Resultate. In: Gesellschaft (1978), Nr. 8/9. S. 150-196.
- KÜHNEL, Reinhard: 'Linke' Totalitarismuskonstruktionen. In: M. Greiffenhagen, R. Kühn und J. B. Müller: Totalitarismus. Zur Problematik eines politischen Begriffs. München 1972. S. 97-119.
- Formen bürgerlicher Herrschaft. Liberalismus - Faschismus. Hamburg 1971.
- KUHN, Axel: Das faschistische Herrschaftssystem und die moderne Gesellschaft. Hamburg 1973.
- LEIGLAND, Tory James: Marxism, Law and Social Change. The Political Education of Franz Neumann. Ph. D. Columbia University. New York 1980.
- LUTHARDT, Wolfgang: Kontinuität und Wandel in der Theorie Franz Neumanns. In: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (1983). S. 329-373.
- MARCUSE, Herbert (Hrsg.): Franz Neumann. Demokratischer und autoritärer Staat. Studien zur politischen Theorie. Frankfurt am Main und Wien 1967.
- MILLS, C. Wright: The Nazi Behemoth. In: Irving Louis Horowitz (Hrsg.): Power, Politics and People. New York 1964. S. 170-178 (ursprünglich: Locating the Enemy. The Nazi Behemoth Dissected. In: Partisan Review 4 (1942). S. 432-437).
- Kritik der soziologischen Denkweise. Neuwied und Berlin 1963 (ursprünglich: The Sociological Imagination. New York 1959).
- MOMMSEN, Hans: Beamtentum im Dritten Reich. Stuttgart 1966.
- NARR, Wolf Dieter (Hrsg.): Politik und Ökonomie - autonome Handlungsmöglichkeiten des politischen Systems. Opladen 1975.
- NARR, Wolf-Dieter und Frieder NASCHOLD: Einführung in die moderne politische Theorie III. Stuttgart 1971.
- NOLTE, Ernst: Theorien über den Faschismus. Köln und Berlin 1967.
- PERELS, Joachim (Hrsg.): Recht, Demokratie und Kapitalismus. Aktualität und Probleme der Theorie Franz L. Neumanns. Baden-Baden 1984.

POLLOCK, Friedrich: Staatskapitalismus. In: Die Umschau 3 (1948). S. 144-166 (ursprünglich: State Capitalism: Its Possibilities and Limitations. In: Studies in Philosophy and Social Science 9 (1941). S. 200-225.

- Ist der Nationalsozialismus eine neue Ordnung? (ursprünglich: Is National Socialism a New Order? In: Studies in Philosophy and Social Science 9 (1941). S. 440-455).

PROSS, Helge: Einleitung. In: Herbert Marcuse (Hrsg.): Franz Neumann. Demokratischer und autoritärer Staat. Studien zur politischen Theorie. Frankfurt am Main und Wien 1967. S. 9-27.

Protokoll. Archiv ZI 6. Akte Wissenschaftlicher Beirat. Einladungen, Protokolle. Januar 1951 - Juli 1958, hier: Sitzung vom 27. Januar 1951.

RADKAU, Joachim: Die deutsche Emigration in den USA. Ihr Einfluß auf die amerikanische Europapolitik, 1933 - 1945. Düsseldorf 1971.

RENNER, Karl: Die Rechtsinstitute des Privatrechts und ihre soziale Funktion. 2. Aufl. Tübingen 1929.

ROSENBERG, Arthur: Die Entstehung der Deutschen Republik 1871 - 1918. Berlin 1928.

- Political and Social Science. In: Studies in Philosophy and Social Science 9 (1941). S. 526f.

SAAGE, Richard: Faschismustheorien. München 1976.

- Rezension: F. Neumann: Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933 - 1945. In: Politische Vierteljahresschrift 20 (1979). S. 29-32.

- Das sozio-politische Herrschaftssystem des Nationalsozialismus. Reflexionen zu F. Neumanns 'Behemoth'. In: Jahrbuch des Instituts für deutsche Geschichte der Universität Tel-Aviv 10 (1981). S. 341-362.

SCHÄFER, Gert: Franz Neumanns Behemoth und die heutige Faschismuskommunikation. In: Franz Neumann: Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933 - 1944. Köln und Frankfurt am Main 1977. S. 663-776.

- Franz Neumann. In: Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.): Deutsche Historiker. Bd. 8. Göttingen 1982. S. 96-113.

- Ein Intellektueller an der Seite der Arbeiterbewegung. Über einige Motive im politischen Denken Franz L. Neumanns. In: Joachim Perels (Hrsg.): Recht, Demokratie und Kapitalismus. Aktualität und Probleme der Theorie Franz L. Neumanns. Baden-Baden 1984. S. 13-63.

SCHLANGEN, Walter: Der Totalitarismus-Begriff. Grundzüge seiner Entstehung, Wandlung und Kritik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung 'Das Parlament', B 44/70. S. 3-44.

- SCHWEITZER, Arthur: Big Business in the Third Reich. Bloomington 1964.
- SERING, Paul (das ist Richard Löwenthal): Faschismus und Monopolkapitalismus. Sechs frühe Aufsätze. (Raubdruck) o. O., o. J. (1975).
- SINZHEIMER, Hugo: Otto von Gierkes Bedeutung für das Arbeitsrecht. In: Arbeitsrecht (1922). S. 1-6.
- Zur Kritik des bürgerlichen Rechts. In: Zeitschrift für Soziales Recht 2 (1929/30). S. 93-97.
 - Die Justiz in der Weimarer Republik. Eine Chronik. In: Die Justiz (1931) (wiederabgedruckt in: Thilo Ramm (Hrsg.): Hugo Sinzheimer und Ernst Fraenkel. Die Justiz in der Weimarer Republik. Eine Chronik. Neuwied und Berlin 1968).
- SLATER, Phil: Origin and Significance of the Frankfurt School. London 1977.
- SÖLLNER, Alfons: Franz L. Neumann - Skizzen zu einer intellektuellen und politischen Biographie. In: Ders. (Hrsg.): Franz L. Neumann. Wirtschaft, Staat, Demokratie. Aufsätze 1930 - 1954. Frankfurt am Main 1978. S. 7-56.
- Geschichte und Herrschaft. Studien zur materialistischen Sozialwissenschaft 1929 - 1942. Frankfurt am Main 1979.
 - Neumann zur Einführung. Hannover 1982.
 - (Hrsg.): Franz L. Neumann. Wirtschaft, Staat, Demokratie. Aufsätze 1930 - 1954. Frankfurt am Main 1978.
 - (Hrsg.): Horkheimer, Pollock, Neumann, Kirchheimer, Gurland, Marcuse. Wirtschaft, Recht und Staat im Nationalsozialismus. Frankfurt am Main 1981.
 - (Hrsg.): Zur Archäologie der Demokratie in Deutschland. Analysen politischer Emigranten im amerikanischen Geheimdienst. Bd. 1. 1943 - 1945. Frankfurt am Main 1982.
 - (Hrsg.): Zur Archäologie der Demokratie in Deutschland. Bd. 2. Analysen von politischen Emigranten im amerikanischen Außenministerium. 1946 - 1949. Frankfurt am Main 1986.
- SOHN-RETHEL, Alfred: Zur Klassenstruktur des deutschen Faschismus (Frühjahr 1941). In: Johannes Agnoli, Bernhard Blanke und Niels Kadritzke (Hrsg.): Ökonomie und Klassenstruktur des deutschen Faschismus. Frankfurt am Main 1973. S. 186ff.
- STOLLBERG, Gunnar: Der vierköpfige Behemoth. Franz Neumann und die moderne Auffassung vom pluralistischen Herrschaftssystem des Faschismus. In: Gesellschaft (1976), Nr. 6. S. 92-117.

SWEEZY, Maxine Yapple: Neumann, Franz: Behemoth. In: Annals of the American Academy of Political and Sociological Science (1942). S. 195f.

SWEEZY, Paul M.: Theorie der kapitalistischen Entwicklung. Frankfurt am Main 1970.

- The Present as History. In: Science and Society (1942).

VOBRUDA, G.: Politik mit dem Wohlfahrtsstaat. Frankfurt am Main 1983.

WILSON, Michael: Das Institut für Sozialforschung und seine Faschismusanalysen. Frankfurt am Main und New York 1982.

WIPPERMANN, Wolfgang: Faschismustheorien. 2. Aufl. Darmstadt 1975.

WIRTH, M.: Zur Kritik der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus. In: Prokla (1973), Nr. 8/9. S. 17-44.

Lebenslauf

Am 20. Februar 1958 wurde ich, Stefan Rose, als Sohn des Bauingenieurs Alfred Rose und seiner Ehefrau Luise Rose, geb. Mönnighoff, in Düsseldorf geboren.

Nach dem Besuch der Grundschule in Hochdahl-Millrath von 1964 bis 1967 wechselte ich auf das Städtische Gymnasium Haan/Rheinland und bestand dort 1976 das Abitur.

Im Herbst 1978 begann ich an der Gesamthochschule Siegen das Lehramtsstudium der Sekundarstufe II für die Fächer Sozialwissenschaften und Geschichte. Ab dem Frühjahr 1979 studierte ich diese Fächer drei Semester an der Gesamthochschule Wuppertal. Zum Wintersemester 1980/81 ging ich nach Münster, wo ich im Herbst 1982 einen Studiengangwechsel vornahm und mich für den Magisterstudiengang Soziologie mit den Nebenfächern Erziehungswissenschaft und Politikwissenschaft einschrieb.

Die Magisterprüfung der WWU Münster bestand ich am 14. Januar 1985. Danach begann ich mit der Arbeit an dieser Dissertation.

